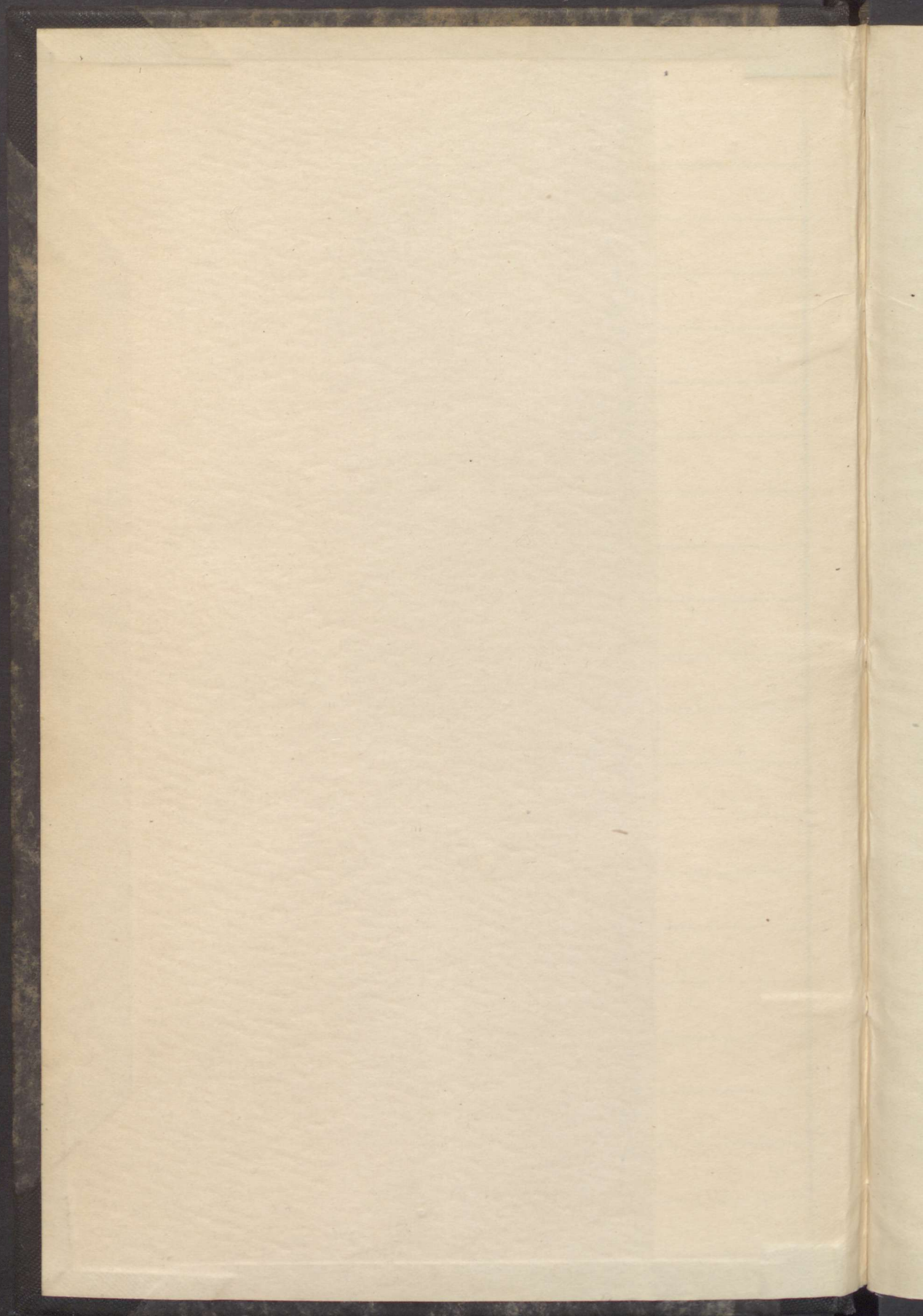
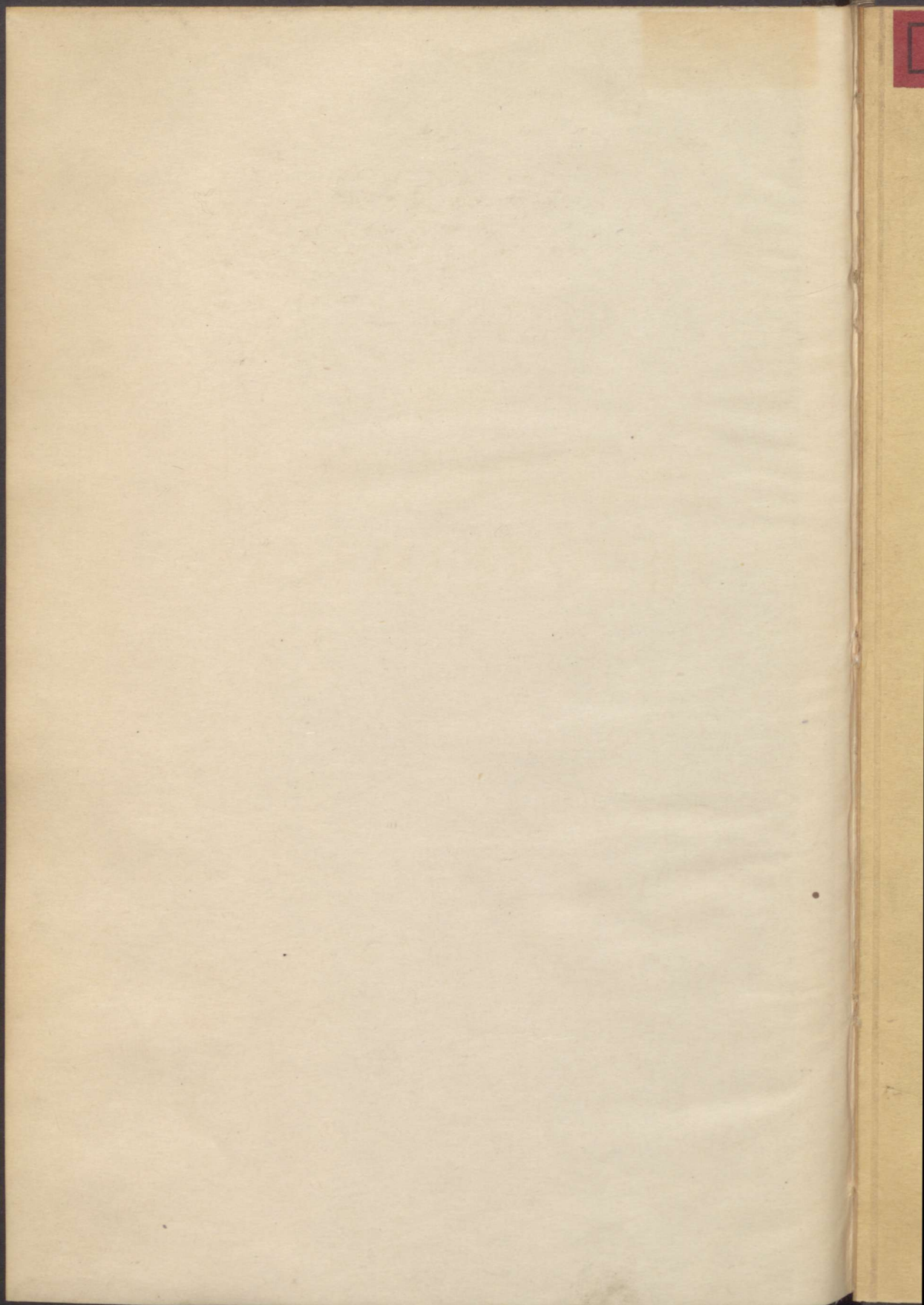


212543

ZÁRT ANYAG



4455



05534

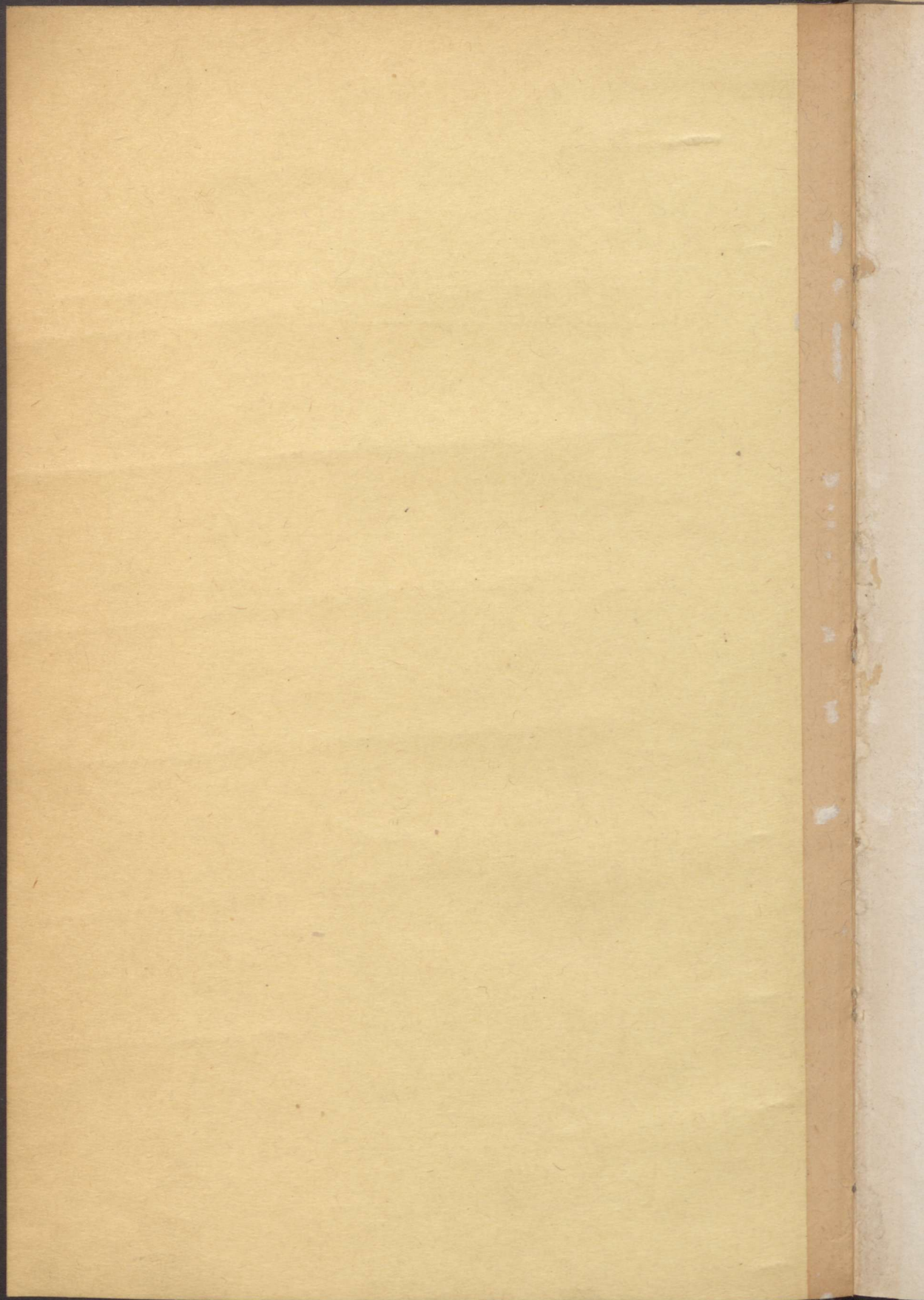
39.

Veröffentlichungen
des Instituts für Minderheitenrecht an der Budapester
Kgl. Ungarischen Péter Pázmány Universität.
Unter Leitung von Prof. Dr. Béla Kenéz.
Zahl 4.

DER ZUSAMMENBRUCH JUGOSLAWIENS

VON
DR ANDREAS FALL

BUDAPEST, 1942



Veröffentlichungen
des Instituts für Minderheitenrecht an der Budapester
Kgl. Ungarischen Péter Pázmány Universität.
Unter Leitung von Prof. Dr. Béla Kenéz.
Zahl 4.

**DER
ZUSAMMENBRUCH
JUGOSLAWIENS**

VON
DR ANDREAS FALL

BUDAPEST, 1942

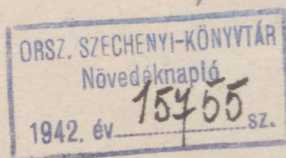
~~653~~ .r.

212543



~~05534~~

16.545/4



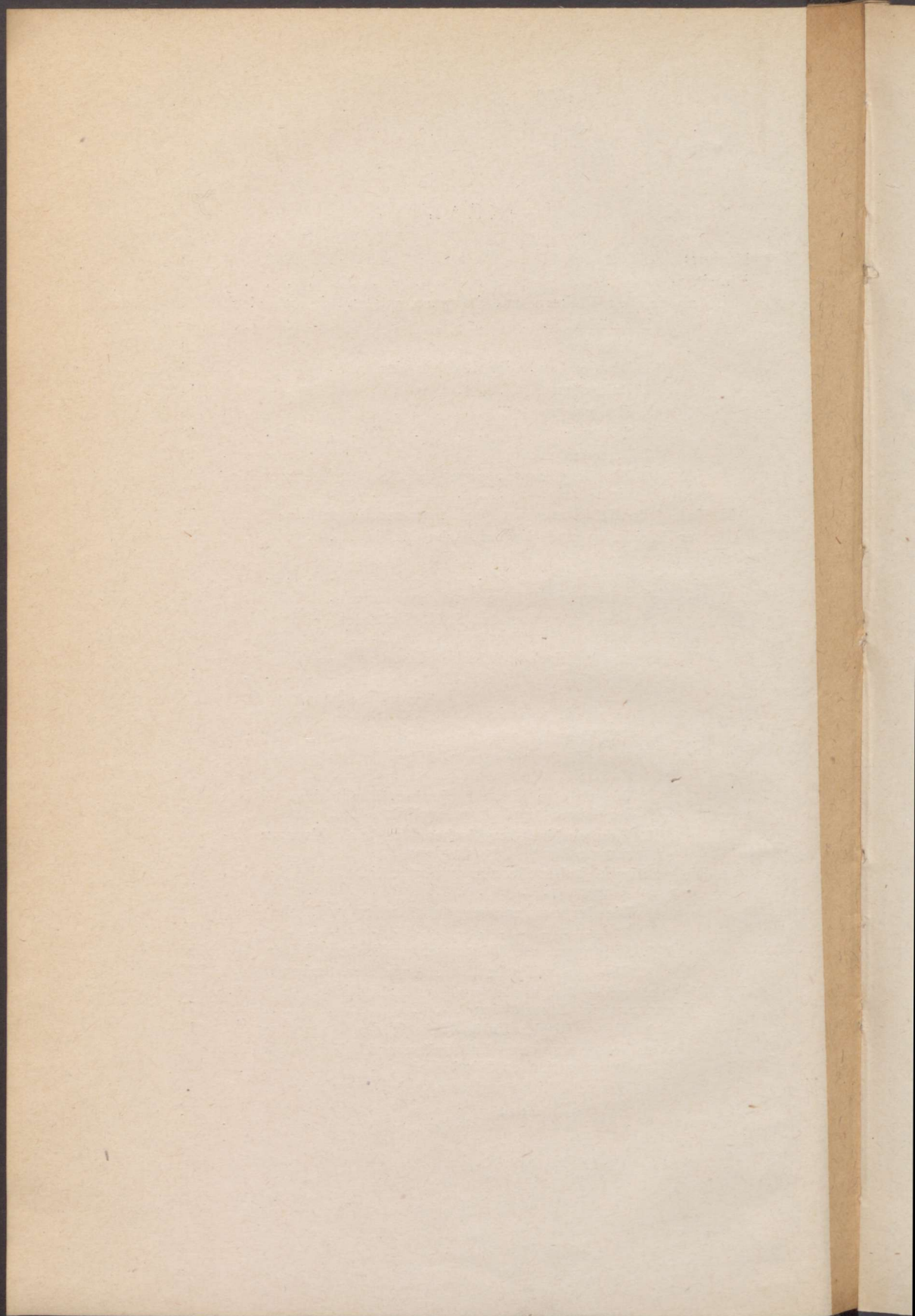
R1965

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. Andreas Fall.

Druckerei und Kunstanstalt der Hornyánszky Viktor A.-G., Budapest.
Verantwortlich: Technischer Direktor Ludwig Nemes.

INHALT

	Seite
Vorwort	5
Einleitung	9
I. Aus welchen Völkern und Stämmen entstand Jugoslawien?	15
1. Serbien	15
2. Kroatien	29
3. Bosnien und die Herzegowina	39
4. Dalmatien	44
5. Montenegro	46
6. Slowenien	48
7. Mazedonien	49
8. Die Jugoslawien angegliederten ungarischen Ge- biete	50
II. Kampf des Illyrismus und der gross-serbischen Idee . . .	71
III. Der Weltkrieg und die serbische Maffia	81
IV. Das geographische, statistische und wirtschaftliche Gesicht Jugoslawiens	89
V. Der zweiundzwanzigjährige Krankheitsprozess	103
1. Die Verfassung des S. H. S.-Staates. — Die Fest- setzung der Grenzen	104
2. Die serbisch-kroatische Koalition. — Die alba- nische Frage	111
3. Blutige Bruderkämpfe. — Die Nachbarstaaten gegen Jugoslawien	114
4. Glück und Ende der Diktatur	118
5. Der Königsmord von Marseille und die jugo- slawische Aussenpolitik	125
6. Die Erfolge Milan Stojadinović' auf dem Gebiete der Innen- und Aussenpolitik	137
7. Vom serbisch-kroatischen Ausgleich bis zum Zu- sammenbruch Jugoslawiens	143
VI. Die politische, kulturelle und wirtschaftliche Lage der Ser- ben in Ungarn	155
1. Die Serben genossen vollständige politische Frei- heit	155
2. Südungarn als Wiege der serbischen Kultur . . .	157
3. Günstige wirtschaftliche Lage der Serben . . .	168
VII. Die politische, kulturelle und wirtschaftliche Lage des Ungartums in Jugoslawien	171
1. Die politische Unterdrückung des Ungartums . .	173
2. Bekämpfung des kulturellen und religiösen Lebens der ungarischen Minderheit	186
3. Wirtschaftliche Ruinierung der ungarischen Volks- gruppe	198
Schlusswort	207
Literatur	209



VORWORT

Sarajewo! Im Sommer 1914 widerhallte die ganze Welt von diesem Wort. Es bezeichnete den Schauplatz eines verhängnisvollen Mordanschlags, aber es war auch Sinnbild und Verkörperung gross-serbischer und panslawistischer Herrschsucht, durch die der Krieg entfesselt, der Boden Europas mit Blut getränkt und Völkermillionen in Trauer und Elend gestürzt wurden. Im Weltkrieg trug der Geist von Sarajevo den Sieg davon und dieser Geist siegte auch nach dem Kriege, am Verhandlungstisch. Mittel- und Südost-Europa wurden zergliedert, eine im Laufe von Jahrhunderten aufgebaute Wirtschaftsordnung, hochentwickelte Kulturen vernichtet, Völker unter das Joch der Fremdherrschaft gebeugt, die Samen der Rache ausgestreut, Hass, Missgunst, Zwietracht und Wortbruch zu herrschenden Mächten erhoben. All das nur, um die unersättliche Habsucht der kleinen Völker Südeuropas: der Serben, Rumänen und Tschechen zu stillen.

Die Sieger träumten von einem neuen Europa und verkündeten endgültige Neuordnung. Demgegenüber wurde das europäische Gleichgewicht zerstört, in erster Reihe im Donaubecken, von wo der Krieg seinen Ausgang nahm und in dem sich die schrecklichsten Zustände stabilisierten. Das neue Europa, das in den Vororten von Paris durch die Friedensdiktate entstand, wurde von Sarajewo überschattet. Tschechen, Rumänen und Serben, als Gendarmen der neuen Ordnung bestellt, sorgten dann dafür, dass der Geist Sarajevos ganz Europa überflute.

Im neuen, durch die Friedensdikate geschaffenen Europa wurde die bindende Kraft internationaler Verträge zu einem unbekannten Begriff. Statt eines Rechtsfriedens herrschte der Friede der Gewalt, statt Ordnung, Gerechtigkeit und der Achtung der Rechte anderer herrschten Unrecht, Unordnung und Willkür. Die Völker wurden weiter gegen einander gehetzt, der Krieg auf wirtschaftlichem Gebiet weitergeführt, der Fortschritt der Zivilisation zum Stillstand gebracht und Europa an den Rand eines neuen Abgrunds getrieben. Die schweren Folgen der Böswilligkeit und der Fehler traten zunächst in Mitteleuropa und am Balkan zum Vorschein, wo die hohen Grundsätze des Schutzes der wirtschaftlichen, kulturellen und religiösen Minderheitenrechte grob verletzt und mit Füßen getreten wurden, wo die Serben, Rumänen und Tschechen, deren Gelüste befriedigt worden waren, zur Sicherung der Beute unter dem Namen der Kleinen Entente einen Bund der Ränke und des Terrors geschlossen haben.

So wurde das Donaubecken zum Brandherde Europas und das Leben seiner Völker zur Hölle. Die Herrschaft der Serben, Tschechen und Rumänen kennzeichnete das Streben nach Vernichtung der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Existenz ihrer Minderheiten: ihr Grund und Boden wurde geraubt, ihre Schulen gesperrt, Denkmäler zertrümmert, ihre Religion verfolgt, ihre Menschen- und Bürgerrechte konfisziert. Der sich entladenden Unzufriedenheit wurde in diesen Ländern nicht durch Sicherung der menschlichen und bürgerlichen Freiheit, nicht im Geiste der Verzeihung und Versöhnung begegnet, sie wurde vielmehr durch Spitzel, Bajonette und Gefängnis unterdrückt. Führend waren dabei die Serben, die in ihrem Staate 22 Jahre hindurch einen wahrhaftigen Kriegszustand aufrechterhielten. Jugoslawien wurde mittels einer Armee von Gendarmen und Polizisten verwaltet, die ständig nach Aufständischen und Bomben fahndeten und selber Bomben warfen und mordeten. Der Geist von Sarajewo lebte, wirkte und wütete weiter. Nur auf diese Weise liess sich der in Mord und Sünde erzeugte Staat zusammenhalten.

Gegen diesen niedrigen Geist von Sarajewo empörten sich die Besiegten, die Verfolgten und Geplünderten. Sie forderten Frieden, Anerkennung ihrer Menschen- und Bürgerrechte und appellierten dabei an das Rechtsgefühl der Grossmächte. Sobald sich aber das schlummernde Gewissen Europas rührte, griffen die Gendarmen des neuen Europa immer wieder rasch ein. Mit den gleichen Mitteln, deren sie sich bei den Friedensverhandlungen bedient hatten, mit Lüge, Irreführung und Drohungen, verstanden sie es, immer wieder dem Siege der Gerechtigkeit vorzubeugen. Als sich jedoch das Recht nicht für die Dauer begraben liess, als es doch ans Licht kam und sein siegreicher Vormarsch sich nicht mehr aufhalten liess, suchten sie das Schicksal mit einem System von Militärbündnissen, durch zunehmende Rüstungen und ewiges Säbelgerassel aufzuhalten. Vergeblich verkündeten die Besiegten die aufbauende friedliche Politik der Revision, die Antwort der Sieger, der Nutzniesser lautete stets: eine Änderung des Statusquo bedeute den Krieg. Der Geist von Sarajevo wollte nicht den Frieden, sondern den Krieg. Der Geist von Sarajewo wurde siegreich! Wieder ging der Krieg vom Donaubecken aus, ein Gewitter von Blut und Feuer fegte bis zum Ozean über Europa hinweg, und liess ein Meer von Tränen, Trauer und Leiden zurück. Die höhere ethische Weltordnung wollte aber, dass in diesem Blut- und Flammenmeer auch der Geist von Sarajewo vernichtet werde. Der Krieg, der Bumerang, der 1914 weggeschleudert wurde, prallte zurück und traf nun Belgrad ins Herz, jene Stadt, in der der Geist von Sarajewo aufgekeimt war und zu einem ganz Europa überschattenden Riesenbaum anwuchs.

Sarajewo ist heute vom gross-serbischen Joch befreit: es kehrt in den europäischen Kulturkreis zurück. Diese Rückkehr ist das Sinnbild dafür, dass es mit der gross-serbischen Herrschsucht zu Ende, dass auch der Geist von Sarajewo tot ist. Mit unheilvoller Konsequenz durchzieht dieser Geist die Geschichte des Staates Jugoslawien, er wurde zur Seele und Richtschnur dieses Mosaikstaates, zugleich auch zu einem Mitträger der europäischen Ge-

schichte. Darum empfanden wir die Notwendigkeit, dem Leser diesen Geist, der insbesondere das Leben der Völker des Donaubeckens so stark beeinflusste, im Rahmen der zweiundzwanzigjährigen Geschichte Jugoslawiens vorzuführen.

Budapest, im Juni 1941.

Dr. Andreas Fall.

EINLEITUNG

In der ersten Hälfte des Monats April 1941 brach der junge, kaum 22 Jahre alte jugoslawische Staat — durch eigenes Verschulden — zusammen. Die kurze, auf nur zwei Jahrzehnte zurückreichende Geschichte Jugoslawiens war reich an Krisen und inneren Kämpfen. Diese Kämpfe und Konvulsionen beschäftigten wiederholt die öffentliche Meinung der Welt, auch hat das Land durch seine kühnen aussenpolitischen Aktionen des öfteren den Weltfrieden gefährdet. Die Ursachen davon lassen sich mit Leichtigkeit im inneren Aufbau des Landes nachweisen. In den Pariser Vorortfrieden wurden mehrere Staaten am grünen Tisch gewaltsam errichtet. Ein solcher forcierter Flickstaat war die Tschecho-Szlovakei und als ein solcher erwies sich auch Jugoslawien. Man konnte ihm seinen staatlichen Rahmen geben, doch gelang es nicht, diesen Rahmen mit einer dem Geiste, der Kultur und Gesinnung nach einheitlichen jugoslawischen Nation auszufüllen.

Eine jugoslawische Nation gibt es ebensowenig, wie es jemals eine tschecho-slowakische Nation gegeben hat. Im jugoslawischen Staate gab es Serben, Kroaten, Slowenen, Bosniaken, Albanesen, Ungarn, Deutsche, Mazedonier, Wenden, Bunjewatzen, Schokatzten, Slowaken, Ruthenen, Rumänen, Türken, Italiener, Griechen, usw., nur gerade Jugoslawen gab es nicht, als Söhne der gleichen, einheitlichen, jugoslawischen Nation. Es gibt jugoslawische Nationen und jugoslawische Stämme, doch entwickelte sich deren Geschichte, Kultur und Religion Jahrhunderte

hindurch getrennt; die Nationen der Serben, Kroaten, Slowenen, Bosniaken entstanden im Laufe einer organischen geschichtlichen Entwicklung, indem sie sich von unten, von den Stammesorganisationen her zu Nationen entwickelten. Demgegenüber wurde Jugoslawien am Tische der Pariser Vorortverhandlungen, durch ein Machtwort, künstlich, von oben ins Leben gerufen. Die Geschichte der grossen Nationen zeigt jedoch, dass kein Volk von oben zur Nation gestaltet werden kann. Wohl gab es einzelne slawische Dichter, — Gaj, Gundulić — die von der gemeinsamen Abstammung der südslawischen Brudervölker sangen, auch sie wussten jedoch nichts von einem übernationalen Jugoslawismus der Serben, Kroaten und Slowenen. Das Wort „jugoslawisch“ dient lediglich zur geographischen Bezeichnung der im Süden lebenden Slawen, hatte aber niemals etwa eine politisch einheitliche Nation bezeichnet.

Schriftsteller und Wissenschaftler, die die geschichtliche Entwicklung der in den Rahmen des jugoslawischen Staates gezwängten Nationen und Volksstämme gründlich studierten, konnten daraus die einzige geschichtliche Tatsache ableiten, dass diese Nationen und Stämme einander jahrhundertlang feindlich gegenüberstanden und sich gegenseitig aufs heftigste bekämpften, einander stets zu unterjochen trachteten, aber niemals zu verstehen vermochten.

Auch im Bereiche der Kultur erschienen die Gegensätze zwischen den Nationen und Stämmen des ehemaligen Jugoslawiens als unüberwindlich. Jugoslawien zerfiel in drei heterogene Kulturzonen. Es gab in diesem Lande Gebiete mit einer vollständig europäischen Kultur und mit europäischem Geist, daneben gab es auch eine halbeuropäische und schliesslich eine echte Balkan-Kulturzone. Die europäische Kultur vertraten die von Ungarn abgetrennten Gebiete, Kroatien, Slawonien und Slowenien, die halbeuropäische erstreckte sich auf Bosnien, die Herzegowina und das Küstenland, während Serbien, Mazedonien und Montenegro in die Balkanzone gehörten. Inmitten dieser

kulturellen Gegensätze musste die westlich-lateinische Kultur einen Kampf auf Leben und Tod mit jener östlichen Kultur byzantinischer Herkunft auskämpfen, die durch ihre Intoleranz und Gewalttätigkeit die Völker Jugoslawiens in einen nie enden wollenden inneren Kampf verstrickte. Der Kulturgegensatz war aber glühendste Gegenwart nicht nur im Bereiche der Religion und der Kultur, sondern ebenso auch auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet und in allen Erscheinungen des völkischen Lebens.

Das Gesicht Jugoslawiens wies ständig ominöse Krankheitssymptome auf. Die Einheit des Staates wurde durch gegenseitiges Misstrauen seiner Teile zerrissen und bis zum serbisch-kroatischen Ausgleich bot das Land gleichsam das Bild eines ständigen Kriegszustandes. Nach dem serbisch-kroatischen Ausgleich jedoch traten die zentrifugalen und separatistischen Bestrebungen wieder mit voller Kraft in Aktion. Die Atomisierung des Staates begann. Auch die Bosniaken und Slowenen traten mit Autonomieforderungen hervor. Daneben begann ein Wettlauf zwischen Serben und Kroaten um die Gewinnung einzelner Volksstämme; beide bewarben sich um die Bosniaken und um die Bunjewatzen.

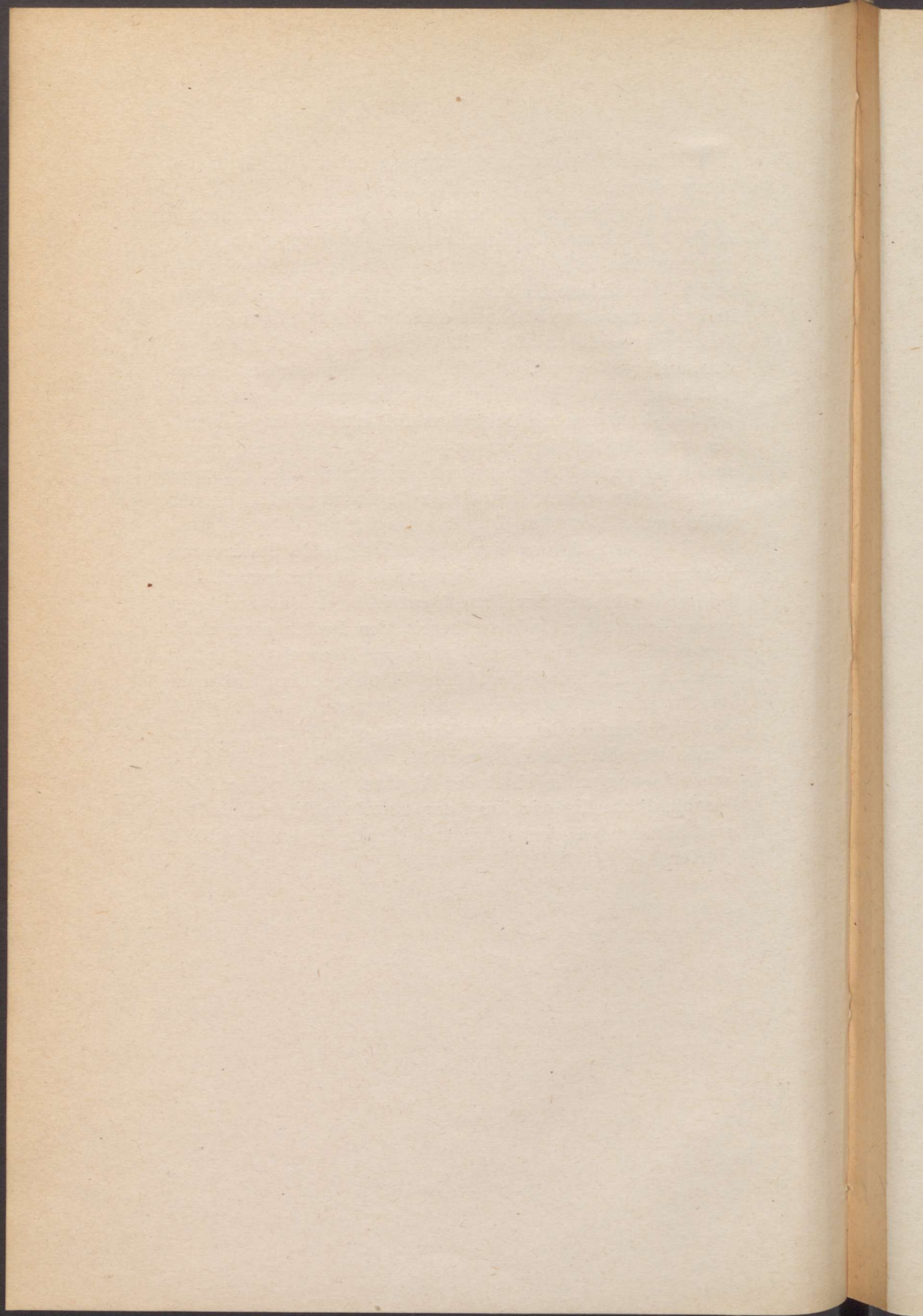
Auf wirtschaftlichem Gebiet hat sich der Kampf derart vertieft, dass zwischen Belgrad und Zagreb Streitigkeiten um den Austausch von Rohstoffen gegen Industrieerzeugnisse auf der Tagesordnung waren.

Diese Krise des jugoslawischen Staates hat in einem doppelten geschichtlichen Irrtum ihren Ursprung. Den einen Irrtum begingen die Diktatmächte der Pariser Vorortfriedensverträge, indem sie glaubten, Völkerschaften verschiedener Kultur und Traditionen mit Gewalt zu einem Einheitsstaat zusammenschweissen zu können, der andere jedoch muss den interessierten Völkern, den Serben, Kroaten und Slowenen, selbst zur Last gelegt werden, die Phantomen nachjagten, sich Traumgebilden hingaben, und indem sie die feste Grundlage der histori-

schen Entwicklung verliessen, der Unsicherheit verfielen. Sie suchten Wunschträume weltfremder Dichter und panslawistischer Chauvinisten und Stubengelehrten zu verwirklichen und übersahen dabei die Tatsachen der seelischen, geistigen und völkischen Struktur, die diese Völkerschaften scharf voneinander trennten. Es gab aber schliesslich auch eine dritte Ursache, die zur Krise führen musste, dass nämlich jede der drei Nationen mit bestimmten heimlichen Vorbehalten in die „Ehe“ getreten war. Den Serben, die den grossen Weltkrieg tapfer zu Ende kämpften, schwebte das Bild Gross-Serbiens vor. Die Kroaten und Slowenen wiederum hofften, dass ihnen im Rahmen einer förderativen Verfassung kraft ihrer höheren Kultur die Vorherrschaft und die Führung im neuen Staate zufallen würden. Offen verkündeten alle drei die Gründung des Staates der Serben, Kroaten und Slowenen (S. H. S.) auf Grund der vollständigen Gleichberichtigung und tatsächlich wurde am 1. Dezember 1918 in Belgrad die Konstituierung des serbisch-kroatisch-slowenischen Staates beschlossen. Die Gleichberichtigungsklausel ist übrigens sowohl im berühmten Pakt von Korfu vom 20. Juli 1917 als auch in der Genfer Konvention vom 9. November 1918 enthalten, die wir im dritten Kapitel der vorliegenden Studie eingehend besprechen. Die erste Erscheinungsform des jugoslawischen Staates, das Königreich S. H. S. blieb denn auch in seiner äusseren Form bis zum 3. Oktober 1929 bestehen, an welchem Tage das bisherige Königreich S. H. S. unter der Diktatur des Generals Živković in „Kraljevina Jugoslavija“ d. i. „Süd-slawisches Königreich“ umgetauft wurde. Dem Wesen nach hörte jedoch die Gleichberechtigung der Serben, Kroaten und Slowenen und die föderative Idee schon am 28. Juni 1921, dem Tage der Votierung der neuen sogenannten Vidovdan-Verfassung auf, die den Sturz der jugoslawischen Idee und den Sieg des grosserbsichen Staates bedeutete. In der Vidovdan-Verfassung wurde der alte Traum Gross-Serbiens verwirklicht, und die Hegemonie der Serben über die Kroaten, Slowenen und sonstigen

Volksstämme begründet. Gleichzeitig setzte der Lebenskampf der betrogenen Völker ein.

Als der Führer der kroatischen Bauernpartei Stefan Radić 1928 durch die Revolverkugel des Puniša Račić in der Skupština tödlich verwundet wurde, entstand zwischen Serben und Kroaten, aber zugleich zwischen allen Völkern und Stämmen Jugoslawiens eine unüberbrückbare Kluft. Diese wurde durch die Diktatur des Generals Živković nur noch weiter vertieft. Die besten unter den serbischen und kroatischen Volksführern wurden ermordet, und dem serbisch-kroatischen Bruderhass fiel auch König Alexander zum Opfer. Prinzregent Paul brachte zwar einen serbisch-kroatischen Ausgleich zustande, doch konnte dadurch der serbisch-kroatische Gegensatz nicht aus der Welt geschafft werden. Die Thronbesteigung Peters II. und die Regierungsbildung des Generals Simović beschworen wieder den Zerfall des jugoslawischen Staates herauf. Der Führer der kroatischen Bauernpartei Maček war nur gegen wesentliche Zugeständnisse bereit, den Posten eines stellvertretenden Ministerpräsidenten zu übernehmen, ohne sich dabei auf den einheitlichen Willen und das Vertrauen des kroatischen Volkes stützen zu können. Beim Ausbruch des jugoslawisch-deutschen Krieges entluden sich dann die Jahrhunderte alten Gegensätze mit stürmischer Wucht, was wir nur natürlich finden können, wenn wir auf die geschichtliche Entwicklung der einzelnen Völkerschaften und Stämme des jugoslawischen Staates einen Rückblick werfen.



I. Aus welchen Völkern und Stämmen entstand Jugoslawien?

1. Serbien.

Das Volk der Serben — so behauptet die serbische Geschichtsschreibung — ist eines der hervorragendsten Völker der alten Geschichte. Die serbische Kirchengeschichte lehrt, die Serben seien die Ahnen sämtlicher slawischen Völker der Welt, also der Russen, Polen, Kroaten, Bulgaren, usw. Von diesem geschichtlich fundierten Übertreibungsgeist sind die führenden Schichten der serbischen Nation: Mittelstand und Armée, aber auch die Gesamtheit des serbischen Volkes gleicherweise durchdrungen. Aus diesem Geist lässt sich der dauernde Fieberzustand Serbiens erklären, ein Zustand, der nicht allein das serbische Volk, sondern sozusagen alle Balkanvölker in steter Unruhe hält. Nicht ohne Grund wurde Serbien der ständige Wetterwinkel Europas genannt. Diese Unruhe, dieser ständige Fieberzustand kennzeichnet den ganzen Verlauf der serbischen Geschichte.

Die südslawischen Völker, unter ihnen auch die Serben wanderten aus ihrer Urheimat zwischen Dnjeper und Weichsel in kleinen Gruppen im Laufe des VI—IX. Jahrhunderts in ihr jetziges Siedlungsgebiet ein. Sie traten nicht als Eroberer auf, sondern nahmen stammweise unter den hier wohnenden Völkern Aufenthalt und ergaben sich den hiesigen Herren. Ähnlich wie die übrigen Slawenvölker lebten auch die Serben in Grossfamilienverbänden, den sogenannten Zadruga und mit der Zeit erkannten die Häupter der nebeneinander lebenden Familien dem ansehnlichsten, hervorragendsten unter ihnen die Županwürde zu. Später ergab sich die Notwendigkeit weiteren

Zusammenschlusses und so wählten mehrere Župane einen gemeinsamen Oberžupan. Wir wissen um die Serben vom Anfang des VII. Jahrhunderts an. Der Staat des ersten Oberžupans entstand am Fluss Raš, von dem das mittelalterliche Serbien Rascia benannt wurde. Die Oberhoheit über Rascien übte Byzanz aus. Im X. Jahrhundert erkannte es die Oberhoheit des bulgarischen Reichs und nach dessen Fall wieder die Herrschaft von Byzanz an.

Die Zusammenfassung der serbischen Stämme und die Gründung des serbischen Staates knüpft sich an den Namen der Dynastie Nemanja. Die Regierungszeit der Nemanjiden fällt zum Teil mit der Zeit der ungarischen Könige aus dem Hause Árpád zusammen. Zwischen beiden Dynastien sind durch Heirat engere Bande entstanden und die Macht der Nemanjiden konnte sich unter dem Schutze der mächtigen Árpádenkönige entfalten. Gründer der Dynastie war Béla Uroš, der um 1120 die Oberžupanschaft von Rascien erlangte. Der Oberžupan Béla Uroš und die späteren Abkömmlinge der Nemanjiden suchten zur Abwehr der byzantinischen Gefahr die Freundschaft der ungarischen Könige aus dem Hause der Árpád. Als Folge dieser Freundschaft heiratete der ungarische König Béla II. (der Blinde) die Tochter Ilona des Oberžupans Béla Uroš. Weder Béla Uroš, noch seinem Nachfolger in der Oberžupanschaft gelang es, sämtliche serbischen Stämme zu vereinigen. Diese Vereinigung blieb dem Enkel von Béla Uroš, Stefan Nemanja vorbehalten. Dieser wurde als Oberžupan durch den byzantinischen Kaiser Manuel 1168 bestätigt, doch war seine Lage keineswegs leicht, da der ständig meuternde serbische Geist auch seine Macht mit scheelenden Augen ansah. Er musste sich auch mit seinen eigenen Brüdern und den übrigen Županen messen. Er vermochte seine Machtposition nur dadurch zu festigen, dass er seinen angeborenen katholischen Glauben verliess und in Raša sich der orientalischen Kirche anschloss, ein Akt, durch den er sich das volle Vertrauen Manuels sicherte.

Nach dem Tode Manuels verband sich Stefan Nemanja mit einem der mächtigsten Herrscher des unga-

rischen Mittelalters Béla III. Als dieser einen Sieg über Byzanz errang, sah Stefan Nemanja die Zeit zum Abfall von Byzanz gekommen. Dank seinem Bündnis mit dem König von Ungarn gelang es ihm nacheinander Zeta, Travunija, Zahumlje, Cattaro zu unterwerfen und immer mehr Župane mussten seine Oberherrschaft anerkennen. Er war der erste Oberžupan, dem es gelang, sämtliche serbischen Stämme unter seiner Herrschaft zu vereinigen. Stefan Nemanja errichtete Kirchen und Klöster für die orientalische Kirche und schuf dadurch die Grundlagen der serbischen Nationalkirche. Seinen jüngsten Sohn liess er zum Mönch erziehen und dieser trat unter dem Namen Sava in ein Kloster ein. Für diesen Sohn gründete er ein Kloster am Berge Athos, dem später in der serbischen Kirchengeschichte eine wichtige Rolle zufiel. Stefan Nemanja (1169—1196) wurde somit der Begründer nicht nur des serbischen Staates, sondern auch der serbischen Nationalkirche. Nach seiner Abdankung setzte Stefan Nemanja seinen ältesten Sohn Stefan II. als seinen Erben ein, dem jüngeren Sohn Vuk vermachte er Zeta, das Erbgut der Familie. Zwischen den beiden Brüdern entbrannte bald ein heftiger Kampf um die Oberherrschaft. Auf der Seite Vuks griff auch König Emmerich von Ungarn ein, der 1202 in Serbien einfiel, sich den Titel eines „rex Rasciae sive Serbiae“ zulegte und den Fürsten Vuk als seinen Vasallen auf dem Throne Serbiens einzusetzen suchte. Die beiden Brüder wurden schliesslich durch den dritten, den mit hohen diplomatischen und organisatorischen Fähigkeiten begabten Mönch Sava miteinander versöhnt, der damit für die nächsten anderthalb Jahrhunderte die mittelalterliche Macht Serbien begründete. Stefan II. erhielt 1217 vom Papst den Königstitel und wurde durch den päpstlichen Legaten zum König gekrönt. Diese Krönung ihres Königs durch den Abgesandten des römischen Papstes rief grosse Erregung unter den Serben hervor, die zu jener Zeit schon der orientalischen Kirche angehörten. Für die Entwicklung dieser Kirche war die Tätigkeit von Cyrill und Method im IX. Jahrhundert von

grundlegender Bedeutung. Durch ihre Übersetzung der Bibel ins Slawische ebneten sie die Wege zur Verbreitung der nunmehr slawischen Lehre und kräftigten die orientalische Kirche. Als Friedensstifter, nunmehr zwischen Volk und König, trat wieder der Bruder Sava auf. Stefan II. wandte sich erneut Byzanz zu, erbat sich vom Kaiser eine Krone, mit der ihn Sava zum zweiten Mal zum König krönte. In Nicaea erwirkte Sava die Anerkennung der autonomen serbischen Nationalkirche durch die griechische Kirche, und er selbst wurde auf eigenes Verlangen durch den Patriarchen von Byzanz 1219 zum ersten Erzbischof der neuen serbischen Nationalkirche eingesetzt. Die Gründung der Nationalkirche bedeutet eine entscheidende Wendung in der Geschichte des serbischen Volkes. Tatsächlich wurde erst dadurch die serbische Nation gebildet und ihr Bestehen durch eine solche engste Verknüpfung von Nationalität und Glauben gesichert. Ohne die griechisch-orientalische Kirche ist die Geschichte Serbiens garnicht verständlich. Zur Zeit der 500-jährigen Türkenherrschaft verlor das Serbenvolk sein selbständiges Vaterland, sein staatliches Leben und durfte nur die orientalische Kirche beibehalten: diese erzog nun das Volk in einer Weise, dass es seinen Nationalcharakter bewahren konnte. Die Kirche wurde zur Trägerin der nationalen Bestrebungen und Zielsetzungen und behielt dadurch jederzeit einen entscheidenden Einfluss auf die serbische Politik, namentlich in den späteren Perioden der serbischen Geschichte.

Das junge serbische Königreich beginnt sich unter Uroš I. (1242—1276) wirtschaftlich und kulturell zu kräftigen und auch auszudehnen. Uroš III. (1321—1331) bereitete Bulgarien eine schwere Niederlage und befestigte seine Herrschaft über sämtliche Serbenstämme des Balkans; von den Bulgaren erwarb er Niš und eroberte neue Gebiete in Mazedonien. Die Regierung seines Nachfolgers Dušan des Mächtigen (1331—1355) gilt als die Glanzperiode der serbischen Grossmacht. Dušan eroberte ganz Mazedonien, Albanien, Thessalien und liess sich 1346

in Üsküb zum Kaiser der Griechen und Serben krönen. Er wollte sich auch Bosnien unterwerfen, das unter ungarischer Oberherrschaft stand, dies gelang ihm jedoch nicht, denn der Ban von Bosnien Stefan Kontromanić war seinem Lehnsherrn, dem mächtigsten Ungarnkönig des Mittelalters Ludwig dem Grossen treu ergeben. Zar Dušan setzte alles daran, um sein Reich zu einer Einheit zu verschmelzen, der Versuch schlug jedoch fehl, und unter seinen Nachfolgern zerfiel das Reich wieder in seine Bestandteile, in erster Reihe aus dem Grunde, weil es nicht etwa auf die gross-serbische Nationalidee gegründet, vielmehr ausschliesslich auf die persönliche Macht Dušans aufgebaut wurde. Mit seinem Sohn Uroš IV. (1355—1371) stirbt die gerade Linie der Nemanjiden aus. Die Auflösung begann bereits unter der Regierungszeit dieses Königs, als die Grossen des Landes die Macht an sich rissen und sich nacheinander von der Zentralregierung lossagten. Einer dieser Magnaten war der Held der serbischen Volkslieder, Kraljević (Königssohn) Marko, der in Wirklichkeit eine recht trübe Rolle spielte, indem er im Heer des türkischen Sultans gegen das eigene Volk kämpfte. Ein anderer Häuptling, Knez (Fürst) Lazar wurde später von den Serbenstämmen als Herrscher anerkannt, hatte indes grosse Schwierigkeiten zu überwinden. Auf der einen Seite kämpfte er gegen den Ban von Bosnien Stefan Tvrtko, der sich die Zwietracht des serbischen Hochadels zunutze machte und nachdem er einen Teil Serbiens unter seine Herrschaft brachte, sich in Mileševo zum König von Serbien und Bosnien krönen liess. Andererseits musste er der türkischen Gefahr die Stirne bieten, doch konnte er sie wegen der Uneinigkeit der Serben nicht abwenden: am 28. Juni 1389, am Tage des Hl. Vid wurde sein Heer auf dem Amselfeld durch die Türken geschlagen, und Lazar selbst fand in der Schlacht den Tod. Seither gilt der St.-Veits-Tag, „Vidovdan“, bei den Serben als Nationalfeiertag. Damit war das Los Serbiens besiegelt, das Land geriet für 500 Jahre unter Fremdherrschaft. Der tragische Untergang Serbiens wurde auch dadurch nicht aufgehal-

ten, dass im Laufe der Schlacht auch der Sieger, Sultan Murad durch den Dolch des Meuchelmörders Obilić fiel.

Nach der Schlacht am Amsefeld geriet nur ein Teil Serbiens unter türkische Hoheit und bis 1459 hielt sich an der Donau das teils von den Türken, teils von Ungarn abhängige serbische Fürstentum, dessen Herrscher sich den Titel eines Despoten beilegte. Der erste dieser Despoten war der Sohn Lazars Stefan, der 1427 König Sigismund von Ungarn als seinen Lehnherrn anerkannte, ihm folgte im gleichen Jahr Georg Branković.

Serbien wurde durch die Ausbreitung der Türkenmacht vernichtet und fortan fiel dem ungarischen Reich die Mission zu, die westliche Zivilisation gegen das Osmanenreich zu verteidigen. Die glorreiche historische Rolle, das Vordringen der Türkenmacht zum Halt zu bringen und sie aus Europa zu vertreiben, nahm der hervorragende Feldherr der Ungarn, Johann Hunyadi auf sich, der die Türken zuerst 1430 bei Smederevo schlug. Nach mehreren Siegen begann er 1443 den sogenannten langen Feldzug, eroberte Niš und Sofia und verfolgte die Türken bis zum Balkan-Gebirge. 1444 drang Johann Hunyadi an der Spitze ungarischer und christlich-europäischer Truppen bis zu Warna vor, wo er jedoch eine Niederlage erlitt. In diesem Kriege focht der serbische Despot Georg Branković auf Seite der Türken gegen die vereinigte christlich-europäische Armee und er war es, der Skanderbeg daran verhinderte, mit seinen Albanesen Hunyadi zu Hilfe zu eilen. Die Haltung Branković' war Verrat nicht nur an der westlichen Christenheit, sondern auch am eigenen Lande, denn Hunyadi verteidigte nicht allein Ungarn, wollte er ja auch alle Balkanvölker von der Türkenherrschaft befreien. Durch die Niederlage von Warna verlor Hunyadi nicht den Mut: 1448 führte er einen neuen Feldzug gegen die Türken und gelangte bis zum Amsefeld, wo er aber die Schlacht infolge des Verrats des rumänischen Woiwoden Dan verlor. Er selbst konnte sich nur mit Mühe retten und den Flüchtenden hielt Georg Branković eine Zeitlang gefangen. Diese histo-

rischen Ereignisse beleuchten recht anschaulich die Gesinnung und Haltung der Rumänen und Serben, die sich den Türken als Söldner verdingten und Westeuropa verrieten, während das ungarische Volk in der Verteidigung Europas blutete und der ungarische Feldherr immer wieder die Europa bedrohende Türkenmacht angriff. Seine letzte Schlacht gegen die Türken focht Hunyadi bei Belgrad (1456), er gewann auch die Schlacht, doch wurde er von der im Lager wütenden Pest hinweggerafft. Zum Andenken an die Schlacht von Belgrad werden bis auf den heutigen Tag in sämtlichen Kirchen der Christenheit jeden Mittag um 12 Uhr die Glocken geläutet, um den Ruhm Johann Hunyadis und der ungarischen Waffen zu verkünden.

Sultan Mohammed II. besetzte 1456 ganz Serbien und machte es zu einem Teil des Osmanenreiches. Serbien wurde fortan aus Istanbul verwaltet; mit dem Sitz in Belgrad wurde daraus ein besonderes Paschalik gebildet. Die Serben gaben den Kampf auf, ihr Volk ging in der türkischen Reichsverwaltung und im türkischen Heerwesen auf, sie zahlten ihre Steuern und stellten bewaffnete Hilfstruppen der über Ungarn vordringenden türkischen Weltmacht. Das serbische Volk fiel nun dem Sklavenlos der „Rajas“, die nur ihrer Kopfzahl nach berücksichtigt wurden. Nicht nur gingen ihre staatliche Organisation und gesellschaftlichen Einrichtungen verloren, sondern zunächst wurde auch die unabhängige serbische Kirche vernichtet. Dennoch war die Lage der Serben verhältnismässig leichter, als beispielsweise die der von den Türken unterjochten ungarischen Gebiete. Viele der serbischen Herrendienten getreu den Türken und brachten es bis zu Spahis, Beys, usw. und diese behandelten sodann ihre Rassenbrüder doch milder. So stieg u. a. der Serbe Mehmed Sokolović, der Eroberer von Szigetvár bis zum Grosswesir auf, und erwirkte bei der Pforte 1557 die Wiederherstellung des 1459 aufgehobenen Patriarchats von Peć (Ipek). Zum ersten Patriarchen wurde sein Bruder, der Priester Makarios ernannt und dem Patriarchat wurde in serbi-

schen Kirchenangelegenheiten vollständige Unabhängigkeit eingeräumt. Im wiedererwachten kirchlichen Leben fiel die hauptsächlichste Rolle den Mönchsklostern zu; in diesen wurden das serbische Nationalbewusstsein und die Überlieferungen gepflegt und die serbische Kultur verbreitet. Die Kirche wurde zu einer nationalen Volkskirche, sie fasste sozusagen das gesamte Serbentum zu einer kräftigen Einheit zusammen und das Volk erblickte in ihr eine organische Ergänzung seines nationalen Lebens und seiner Aspirationen. Tatsächlich verdankt es das serbische Volk seiner Nationalkirche, dass es trotz seiner 500 Jahre hindurch währenden Sklaverei seine nationale Eigenart bewahren konnte. Die gesamte westliche Hälfte der Balkanhalbinsel wurde in kirchlicher Hinsicht dem Patriarchat Peć zugeteilt und dieses formte jeden, der in sein Machtbereich fiel, zum Serben. Mit Hilfe der Nationalkirche drangen die Serben auch tief in kroatisches Gebiet ein.

Die Macht des Osmanenreiches wurde in Ungarn gebrochen. Den Türken gelang es nur einen Teil Ungarns zu erobern und die übrigen Landesteile, sowie das inzwischen zu einem selbständigen ungarischen Fürstentum gewordene Siebenbürgen führten 150 Jahre hindurch den Kampf gegen das Osmanenreich weiter fort. Den ersten grossen Schlag erlitten die Türken durch die Rückeroberung von Buda (Ofen) und durch dieses weltgeschichtliche Ereignis ist der Verfall des Reiches offenkundig geworden. Bald geriet auch die Botmässigkeit der Patriarchen von Peć ins Wanken. 1690 flüchtete der Patriarch Arsen III. Crnoljević mit 36.000—40.000 serbischen Familien nach Ungarn. Kaiser Leopold gewährte ihnen die Einwanderung unter der Bedingung, dass sie nach der Befreiung ihres Vaterlandes dorthin zurückwandern würden. Dem Kaiser-König, aber auch den Serben schwebte ein Aufenthalt von höchstens einigen Jahrzehnten vor. Im Friedensschluss von Požarevac 1718 wurde ein Teil Serbiens einschliesslich Belgrad befreit, schon 1739 wurden jedoch diese Gebiete von den Türken wieder erobert. Eine zweite Ein-

wandererschar kam unter Führung des Patriarchen Arsen IV. von Peć nach Ungarn, damit fand aber auch das Patriarchat ein Ende. Als Vergeltung hob der Sultan das Patriarchat 1766 auf und unterstellte die Serben dem griechischen Patriarchen von Konstantinopel. Durch die Befreiungsfeldzüge wurde der Freiheitsdrang der Völker des Balkans erweckt. Unter dem Eindruck der selbstbewussten Aktionen der in Südungarn in Freiheit lebenden Serben griffen auch die Serben Serbiens 1804 zu den Waffen. Der Anführer des Aufstandes war Karadjordje, der Ahnherr des letzten serbischen Königshauses. Karadjordje war ein einfacher Bauer, der sich durch Schweinehandel ein grosses Vermögen erwarb. Auch ihn wollten die Janitscharen ermorden, aber er stellte sich an die Spitze der verfolgten Flüchtlinge, die sich vor den Grausamkeiten der Janitscharen in die Wälder Serbiens flüchteten. Der Aufstand Karadjordjes richtete sich nicht gegen den Sultan, sondern gegen die Janitscharen, er selbst wollte nicht von der Türkei abfallen, nur die Lebensmöglichkeiten seines gequälten Volkes sichern. Der Freiheitskrieg des Karadjordje stützte sich auf die Habsburger Dynastie, noch mehr erhoffte er von der Unterstützung des russischen Reiches. Unter dem Vorwand des Schutzes der orthodoxen Kirche begann sich Russland seit der zweiten Hälfte des XVIII. Jahrhunderts konsequent in die Angelegenheiten des Balkans einzumischen; es hegte schon früher Expansionspläne, die sich auch auf die Eroberung der Dardanellen erstreckten. Zur Durchführung dieser Pläne benötigte es jedoch das Vertrauen und die Unterstützung der Balkanvölker. Russland sah dem Kampf Karadjordjes wohlwollend zu, obgleich es den Aufständischen nur geringe Hilfe zu gewähren vermochte. Mit wechselndem Glück bekriegte Karadjordje neun Jahre hindurch die Türken, während er indessen auch gegen die innere Zwietracht ankämpfen musste. 1813 wurden die Aufständischen endgültig geschlagen und die serbische Sache schien verloren, rund 11.000 Familien flüchteten

nach Ungarn, auch Karadjordje fand auf ungarischem Boden Zuflucht.

Die Türken übten jetzt blutige Rache, doch zwang ihre Grausamkeit das Serbenvolk zu erneutem Aufstand. Dieser brach am Palmsonntag 1815 aus und an seine Spitze stellte sich Miloš Obrenović, der bereits im ersten Aufstand eine bedeutende Rolle gespielt hatte. Auf die Nachricht der Erhebung eilte Karadjordje sofort heim, doch liess ihn Obrenović in der Nähe von Smederevo ermorden. Nun wurde Obrenović auch von den Aufständischen als Führer anerkannt und 1817 durch die Skupština zum Fürsten gewählt. 1838 erkennt bereits auch die Pforte ihm den Fürstentitel zu und gewährt Serbien eine Verfassung, obgleich das kleine Land auch weiter unter der Herrschaft des Sultans verblieb. Miloš Obrenović und sein Sohn Michael begannen in russischem Geist und nach dem Muster des zaristischen Absolutismus autokratisch zu regieren und sich Russland dienstbar zu machen. Schliesslich wurden sie durch eine neue Revolution vertrieben und der Sohn Karadjordjes, Alexander als Fürst Serbiens eingesetzt (1842—1858). Alexander Karadjordjević büsste jedoch infolge seiner austrophilen Politik seine Volkstümlichkeit bald ein, und musste dem Russenfreund Miloš Obrenović (1858—1860) den Platz räumen. Nach dessen Tod gelangte sein Sohn Michael (1860—1868) auf den Thron, den ausser seiner Frau, der Gräfin Julia Hunyadi, zahlreiche Freundschaftsbande mit Ungarn verbanden. Unter seiner Regierung wurde Serbien von der Türkenherrschaft befreit. Fürst Michael fiel einem Anschlag zum Opfer, der durch Alexander Karadjordjević angestiftet wurde und ihm folgte sein Sohn Milan (1868—1889). Unter der Regierung Milans erkannte der Berliner Kongress 1878 das unabhängige Serbien an, das auch die Gegend von Niš und Pirot zugewiesen erhielt. Milan nahm 1882 den Königstitel an. Seine austrophile Politik war unter dem Volke nicht populär, denn zu dieser Zeit machte sich auf geistigem und sozialem Gebiet der russische Einfluss immer stärker fühlbar, und die panslawistischen Ideen wiegten sämtliche

Schichten der serbischen Gesellschaft in grossartige Machtträume. König Milan geriet infolgedessen in eine immer schwierigere Lage und musste 1889 zugunsten seines noch minderjährigen Sohnes Alexander auf den Thron verzichten.

Die Unzufriedenheit nahm aber auch unter König Alexander Obrenović zu, und erreichte ihren Höhepunkt, als der König die Witwe eines Ingenieurs, Draga Lunjevica heiratete. Verschwörer ermordeten 1903 den König mitsamt der Königin, und einigen ihrer Verwandten, sowie mehrere Minister und Generale. Die Verschwörer brachten den Prinzen Peter Karadjordjević auf den Thron, der auf der Seite Russlands gegen die Türken gekämpft hatte, und seiner Vergangenheit getreu einen eindeutig russenfreundlichen politischen Kurs einschlug.

Unter König Peter I. entstand eine extremistische serbisch-nationale Bewegung, die sich die Wiedererrichtung des Zarenreiches Dušans zum Ziel setzte und in der Türkei, in den von Südslawen bewohnten Teilen der österreichisch-ungarischen Monarchie und auch in Montenegro eine Propaganda zu entfalten begann. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden Geheimgesellschaften und Komitadschi-Organisationen finsterster Art gegründet, wie z. B. die „Schwarze Hand“ („crna ruka“), die auch als Organisation „Einheit oder Tod“ bekannt war; eine ähnliche Organisation war auch die „Narodna obrana“ (Nationale Verteidigung). Die Organisation „Schwarze Hand“ wurde 1903 im wesentlichen aus serbischen Offizieren gebildet und ihre erste Tat war die Ermordung Alexander Obrenović'. In ihrer Ideologie und ihren Mitteln bildete diese Bewegung den Vortrupp jener aggressiven südslawischen Politik, die zum Weltkrieg 1914—1918 führte. Sämtliche jugoslawisch-nationalistischen Bestrebungen der Slawen der österreichisch-ungarischen Monarchie wurden hinter den Kulissen namentlich seit 1911 durch diese Organisation zielbewusst zusammengefasst, genährt, gefördert und auf das Ziel der slawischen Einheit ausgerichtet. Unabhängig von der „Schwarzen Hand“ entstand 1909 die Organisation „Narodna obrana“,

die auch vom Staate anerkannt wurde und sich die Förderung des Nationalgedankens mit Hilfe der intellektuellen Propaganda zum Ziele setzte. In ihren Satzungen war auch die Förderung der körperlichen Ertüchtigung durch die Gründung von Turn- und Schützenvereinen usw. vorgesehen. Die „Schwarze Hand“ war jedoch mit der Tätigkeit der Narodna obrana nicht zufrieden und um diese in Schwung zu bringen, trat das energischste Mitglied der „Schwarzen Hand“ Milan Vasić in die Narodna obrana ein, wo er sich zum Sekretär ernennen liess und dadurch die gesamte Organisation unter den Einfluss der „Schwarzen Hand“ brachte. Schliesslich sind auch zahlreiche Mitglieder der Narodna obrana in die „Schwarze Hand“ eingetreten und diese riss, auf diese Weise gekräftigt, die Lenkung nicht nur der inneren, sondern auch der Aussenpolitik an sich. Ihren Mittelpunkt hatte die Bewegung in der Militärakademie Vojnička. Hier wurden im Geiste der „Schwarzen Hand“ jene Offiziere erzogen, die dazu berufen waren, später das serbische Militär für die panserbische Propaganda zu gewinnen. Seele, treibende Kraft und eigentlicher Lenker der „Schwarzen Hand“ war der Generalstabsobers Dragutin Dimitrijević-Apis. Auch die übrigen Leiter der Organisation waren Offiziere und höhere Staatsbeamte, wie dies aus den unter den Satzungen zu lesenden Unterschriften ersichtlich ist. Die Statuten der „Schwarzen Hand“ wurden nämlich durch folgende Persönlichkeiten unterzeichnet: den Führer und ansehnlichsten Mann der Obrana, der im Krieg Generalstabschef der II. Armee war, ferner den Generalstabsobersten Milan Milašević, Kommandanten der II. Morava-Division den Infanterie-Obersten Čedomir Popović, Kommandanten des XXIII. Infanterie-Regiments, Kavallerie-Oberstleutnant Velimir Vemić, Kommandanten des I. Kavallerie-Regiments, den serbischen Konsul in Athen Bogdan Radenković, den Major Voja Tankošić, Oberkommandanten der Komitadschi-Banden, der die Waffen an Princip und Genossen verteilte und früher die gegen Mazedonien eingesetzten Komitadschi befehligt hatte, die Majore Ilije Radivojević, Ilije Jovanović und Milan Vasić,

selbständige Kommandanten im Weltkrieg, und Ljubomir Jovanović. Unter den Führern der „Schwarzen Hand“ befanden sich ferner Oberst Lj. Vulović, Oberst Vladimir Tučović, Kommandant von Gasturja, der Generalstabschef der I. Armee Radoje Lazić u. a. m.

Diese Statuten, „Verfassung“ genannt, deren vollständigen Text zuerst die in Zagreb herausgegebene politische Zeitschrift „Nova Evropa“, ein Organ „jugoslawischer“ Richtung, veröffentlichte, lässt die serbische Mentalität in den dunkelsten Farben erscheinen. Denn nach dieser „Konstitution“ sollten Bestand, Führung und Entwicklung des serbischen Staates auf Dolch, Revolver und Meuchelmord aufgebaut werden. Diese Bewegung liess Attentate gegen den Fürsten von Montenegro und gegen österreichisch-ungarische Würdenträger verüben und führte gegen die Grenzen des türkischen Reiches nicht nur Bandenkämpfe, sondern seine Mitglieder gingen auch in Verkleidung über die Grenze, um die dort wohnhaften Serben zu bewaffnen und Aufstände anzuzetteln. Als Ergebnis dieser unterirdischen Wühlarbeit brach sodann 1912—1913 der sogenannte Balkankrieg aus. Im ersten Balkankrieg fiel die Türkei auseinander. Bei der Teilung der Beute entstanden zwischen Serbien und Griechenland einerseits und Bulgarien anderseits Differenzen um die Zugehörigkeit Mazedoniens und Ostthraziens und so begannen sie zusammen mit Rumänien, das ständig auf der Lauer war, 1913 den zweiten Balkankrieg gegen Bulgarien. Aus dem zweiten Balkankrieg ging Serbien gekräftigt, mit verdoppeltem Gebiet und vor Macht und Selbstbewusstsein strotzend hervor. Der Sieg von Kumanovo, an dem die Offiziere der „Schwarzen Hand“ einen bedeutenden Anteil hatten, brachte im ersten Balkankriege Serbien das sogenannte Südserbien ein.

Nun, da die Türkenmacht gestürzt und Südserbien dem Lande hinzugefügt war, verlegte sich die Verschwörer-gesellschaft auf die Sprengung Österreich-Ungarns. Als Ergebnis ihrer unterirdischen Arbeit hat sodann eine Fünfergruppe der Organisation am 28. Juni 1914 in Sarajewo Franz Ferdinand ermordet, dessen trialistische Idee

den Plan des Zusammenschlusses aller Serben zu vereiteln drohte. Vom Mordplan soll auch Nikola Pašić, einer der begabtesten Politiker Serbiens, gewusst haben. Der Revolver, der am 28. Juni 1914 den Thronfolger-Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Gemahlin tötete, wurde zwar durch Gavrilo Princip abgefeuert, doch war es Dimitrijević-Apis, der den Mord organisiert und materiell unterstützt hat, die Meuchelmörder in der Handhabung der Bomben und des Revolvers durch Major Tankošić ausbilden liess und ihnen Waffen und aus dem staatlichen Arsenal Kragujevac Bomben zukommen liess. Diese dunkle militärische Organisation war es also, die den Weltkrieg 1914—1918 entfesselte. Die gleiche Organisation verübte im August 1916 in Saloniki ein Attentat gegen Pašić und den Prinzen Alexander, da es hiess, Pašić verhandle über einen Sonderfrieden. Der Anschlag schlug fehl, nun sah jedoch auch Pašić die Zeit zur endgültigen Auflösung der berüchtigten Organisation gekommen. 1917 kam es auch so weit: sämtliche Attentäter wurden verhaftet und vom Gericht wegen Anstiftung zur Revolution zum Tode oder zu schweren Kerkerstrafen verurteilt. Nach Auflösung der „Schwarzen Hand“ gründete Nikola Pašić zum Schutz seiner eigenen Person unter dem Namen „Weisse Hand“ (bela ruka) eine neue Geheimorganisation, zu dessen Leiter der General Peter Živković bestellt wurde. Mit Hilfe eines Militärputsches, der nunmehr von der „Weissen Hand“ durchgeführt wurde, warf sich dieser unter König Alexander, am 6. Januar 1929 zum Ministerpräsidenten des jugoslawischen Staates auf und führte eine Militärdiktatur ein. Diese „Weisse Hand“ entfesselte 1941 den deutsch-jugoslawischen Krieg, der zur Auflösung Jugoslawiens führte. Die serbische Zügellosigkeit schuf einen ewigen Brandherd am Balkan und als sie 1914 den Weltkrieg entfesselte, stürzte sie die ganze Welt in eine fürchterliche Katastrophe. Im Weltkrieg fiel die ehemalige Österreichisch-Ungarische Monarchie auseinander und die Serben konnten ihren alten Traum, die Errichtung des Mosaikstaates Jugoslawien verwirklichen.

2. Kroatien.

Nach kroatischen Geschichtsschreibern wurden zu Beginn des VII. Jahrhunderts einige Stämme der Gross-Kroaten, die damals ein Gebiet nördlich der Karpathen bewohnten, durch den byzantinischen Kaiser Heraklios gegen die Avaren zu Hilfe gerufen. Der Kaiser versprach ihnen für den Fall, dass sie die Avaren bezwängen, ein Gebiet zum Zwecke der Staatsgründung zu überlassen. Ein Stamm der Gross-Kroaten, die Brüder Klukas, Lobel, Košenac, Muhlo und Hrvat und ihre Schwestern Tuga und Buga, sämtlich aus der kriegerischen Schicht des Volkes, folgten dem Ruf des Kaisers. In jahrelangen Kämpfen besiegten nun die Kroaten die Avaren; in den folgenden zwei Jahrhunderten führten sie keinen Krieg, sondern widmeten sich der Arbeit, sich in ihrem Staate einzurichten. In der zweiten Hälfte des VIII. Jahrhunderts sind sie bereits Christen. Ihr erstes Siedlungsgebiet reichte im Norden bis zur Save und Kulpa und hatte Knin zum Hauptort. Der Gründer der nationalen Dynastie Ban Trpimir (845—864) residierte schon in Klis (Clissa). Die Kroaten gelangten ebenso wie die Ungarn zwischen zwei grosse Kulturen, die byzantinische und die römische. Dadurch, dass sie sich für die letztere entschieden, schlossen sie sich dem westeuropäischen Kulturkreis an und erhoben sich in kultureller Hinsicht weit über die übrigen Balkanvölker. Die hervorragendste Persönlichkeit der kroatischen nationalen Dynastie war Ban Tomislav (910—928), der sämtliche kroatische Banate vereinigte und 925 durch den Papst zum König gekrönt wurde.

Die Ungarn, die ihr heutiges Land 896 eroberten, besetzten das gesamte Flussgebiet der vier Flüsse Donau, Theiss, Drau und Save, ja, sie dehnten ihre Herrschaft auch über die Save fast bis zur Kulpa aus. Sie besetzten somit auch das Gebiet zwischen Save und Drau, das aus zwei Teilen bestand; dem eigentlichen Slawonien, worunter man das Gebiet westlich des Ilova-Flusses verstand, mit Zagreb

als Mittelpunkt und dem Gebiet östlich davon, das die vier Komitate Srijem (ung. Szerém) Požega, Virovitica (ung. Verőce) und Valko, zwischen Ilova, Drau, Donau und Save umfasste, seit der ungarischen Landnahme überwiegend von Ungarn bewohnt war und zu einem integrierenden Teil des ungarischen Staates wurde. Kroatien reichte zu jener Zeit vom Kulpafluss bis Dalmatien, welcher Name zu jener Zeit lediglich die Küstenstädte bezeichnete, während das Landesinnere Croatia genannt wurde.

Die Glanzperiode des Kroatischen Staates fällt in die Regierungszeit Peter IV. Krešimir (1058—1074), unter dessen Regierung die jahrhundertelangen Kämpfe Venedigs um die dalmatinischen Städte begannen. Auch die ersten ungarisch-kroatischen Beziehungen hängen mit den Eroberungsgelüsten Venedigs zusammen, gegen die Kroatien wiederholt die Unterstützung ungarischer Könige anrief. Die Beziehungen wurden später noch enger geknüpft. König Zvonimir (1076—1089) heiratete die Schwester Ilona des Ungarkönigs St. László. Mit dem Nachfolger Zvonimirs Stefan II. (1089—1091) erlosch die nationale Dynastie und die Witwe Zvonimirs erhob Ansprüche auf den kroatischen Königsthron. Ihr Bruder, König László, den sie zur Hilfe rief, besetzte Kroatien bis zum Berge Gvozd und setzte als König dieser Gebiete seinen Neffen Álmos ein (1091—1095), errichtete im damals ungarischen Slawonien das Bistum Zagreb, dessen Gerichtsbarkeit er auch die Kroaten unterstellte. Auch König Álmos residierte in Zagreb.

Der kroatische Adel war König Álmos abgeneigt und entfesselte gegen ihn einen Aufstand, vor dem sich Álmos nach Ungarn flüchtete, und dem erst König Koloman von Ungarn ein Ende machte. Dieser zog an der Spitze eines starken Heeres 1102 in die kroatische Hauptstadt Biograd na moru (Zara vecchia) ein, wurde von den kroatischen Stämmen als Herrscher anerkannt und gekrönt. Nach den kroatischen Geschichtsschreibern schloss König Koloman mit den Grossen des Landes ein Abkommen (*pacta conventa*), worin er versprach, sein Königreich Kroatien unter Wahrung der alten Gebräuche, von Ungarn unabhängig zu

regieren. Zweifellos hielt König Koloman die Autonomie Kroatiens aufrecht. Während Slawonien zur Gänze königlicher Besitz war, gelangten in Kroatien nur die ehemaligen kroatischen Königsgüter in den Besitz der ungarischen Könige, die Bevölkerung verblieb weiter im Genuss ihrer alten Rechte. Die zwölf führenden kroatischen Geschlechter, die Wahrer des kroatischen Königreiches, behielten ihre sämtlichen Privilegien und ihre Steuerfreiheit bei. Seit den Zeiten König Kolomans blieb das Los Kroatiens acht Jahrhunderte hindurch unzertrennlich mit dem Ungarns und der ungarischen Nation verbunden. Das ungarisch-kroatische Verhältnis hat sich je nach den Machtverhältnissen wiederholt verändert, ohne dass sich dadurch lange Zeit hindurch Gegensätze zwischen den beiden Ländern ergeben hätten. Unter den Árpádenkönigen wurden Kroatien und Slawonien stets von einem königlichen Prinzen regiert, wobei jedes der beiden Länder durch besondere Bane verwaltet wurde.

Nach dem Aussterben des Königsstammes der Árpáden bewahrte der kroatische Adel ebenso wie der ungarische dem Thron von Ungarn die Treue, und als Karl Robert aus dem Hause Anjou den Thron bestieg, wurde er von ihnen gemeinsam unterstützt. Unter seinen vertrautesten Ratgebern befanden sich Kroaten ebenso wie Ungarn. Getreu unterstützten die Kroaten auch König Ludwig den Grossen von Ungarn. Nach dessen Tode wurde seine Tochter Maria (1382—1395) Königin von Ungarn, die jedoch die kroatischen Herren durch ihre Strenge erbitterte, so dass sich diese mit einigen ungarischen Magnaten gegen sie wandten. Maria selbst wurde von den Aufständischen gefangen genommen und erst durch ihren Gemahl Sigismund, Markgrafen von Brandenburg befreit, der sodann von den ungarischen Ständen zum König gekrönt wurde (1387—1437). Doch sind noch Jahre verstrichen, ehe sich der Aufstand endgültig legte, und in der Zwischenzeit war auch Königin Maria gestorben (1395). Diese Wirren machte sich Venedig zunutze und es gelang ihm auch, bis 1452 die Eroberung Dalmatiens zu vollenden.

Nach dem Tode Sigismunds hörte die Zwietracht auf und Kroaten und Ungarn kämpften wieder vereint gegen die Europa bedrohende Türkengefahr. In den Feldzügen Johann Hunyadis vergossen Kroaten wie Ungarn ihr Blut in der Verteidigung der westlichen Zivilisation. In Kroatien fielen die Türken zuerst 1493 ein. Zu dieser Zeit sassen bereits schwache Herrscher auf dem ungarischen Königsthron, die weder Ungarn, noch Kroatien wirksam zu verteidigen vermochten. 1526 brach die Macht Ungarns auf dem Schlachtfeld bei Mohács zusammen und damit wurde auch das Los Kroatiens besiegelt. Zwei Jahre später besetzten die Türken Lika und Krbava. Nach dem Fall von Klis (1537) geriet das gesamte südliche Kroatien mit dem Küstenlande unter türkische Herrschaft. 1538—1699 bestand Kroatien nur aus einem schmalen Streifen Land, dessen Ostgrenze die Linie Senj-Karlovac-Sisak-Babócsa bildete.

Parallel mit dem Vordringen der Türken setzte auf Veranlassung der kroatischen Magnaten, der Zrinyi, Franjepán, Keglevich usw. der Zug der Kroaten nach dem Norden ein. Die kroatischen Gutsherren liessen ganze Dörfer, ja Bezirke nach dem Lande zwischen Drau und Save und nach Westungarn auswandern, um sie dort auf ihren vom König erhaltenen neuen Domänen anzusiedeln. Die entvölkerten kroatischen Gebiete wurden durch serbische Hirten besetzt. Die Kroaten richteten sich nach und nach in den drei alten slawonischen Komitaten Križevci, Varaždin und Zagreb ein und übertrugen auf dieses Land die Benennung Kroatien, während der Name Slawonien fortan zur Bezeichnung der früher reinungarischen Komitate Požega, Virovitica, Valko und Srijem diente. Mit den Ungarn bestand gutes Einverständnis und von diesen wurde wiederum die Autonomie Kroatiens geachtet. 1538 wurden die beiden Bansposten, 1558 die beiden Landtage (sabor) vereint, und seither erscheinen die Länder Kroatien-Slawonien und Dalmatien als eine staatsrechtliche Einheit.

Kroatien und das kroatische Volk kämpften weiter an der Seite der Ungarn gegen die Türken und später gegen die österreichische Unterdrückung. In diesen Kriegszeiten

stieg auch das Geschlecht der Zrinyi in die Reihe der führenden Geschlechter des kroatischen Hochadels empor. Nikolaus Zrinyi wurde Ban von Kroatien und Generalkapitän der ungarischen Grenzfesten (1542—1566). Von der Feste Zrinj in Mittelkroatien zogen die Zrinyi nach Čakovec (ung. Csáktornya) in der sogenannten Murinsel. Der Ban Nikolaus Zrinyi richtete gegen die Türken mehrere Angriffe. Sultan Sulejman zog im Mai 1566 gegen Wien. Mit einem 150.000 Mann starken Heer und vielen Geschützen setzte er bei Osijek über die Drau. Er griff zunächst die Festung Szigetvár an, dessen Burghauptmann Zrinyi war, um diesen für seine wiederholten Angriffe zu bestrafen, und belagerte die Festung, deren Besatzung von nur 2500 Ungarn und Kroaten sich heldenmütig gegen die türkische Übermacht wehrte. Die Besatzung schmolz aber nach und nach auf 600 Mann zusammen und Zrinyi musste schliesslich den Ausfall aus der Festung wagen. Er und fast alle seine Kämpfer fanden dabei den Heldentod und besiegelten damit für alle Zeiten die ungarisch-kroatische Schicksalsgemeinschaft. Der Sultan war einige Tage früher an seiner Wut und Verärgerung über den Widerstand gestorben.

Gemeinsam verteidigten Kroaten und Ungarn ihre Freiheit und Unabhängigkeit auch gegen die Knechtungspolitik der Habsburger Dynastie. Das schönste Beispiel dafür liefert die sog. Wesselényi'sche Verschwörung. Der Palatin Franz Wesselényi, der Primas von Esztergom Georg Lippay, der judex curiae Franz Nádasdy, der kroatische Ban Nikolaus Zrinyi (ein Enkel des Helden von Szigetvár) und sein Bruder Peter waren die Hauptbeteiligten, ihnen schlossen sich später der Kroat Franz Frangepan und der Ungar Franz Rákóczi an. Die Verschwörer wollten die Freiheit des Landes verteidigen und Kaiser Leopold zur Achtung der Verfassung zwingen. Inzwischen waren Wesselényi, Lippay und Nikolaus Zrinyi gestorben, die Verschwörung wurde aber an Wien verraten, das blutige Rache übte. Peter Zrinyi und Frangepan wurden in Wiener-Neustadt und Nádasdy in Wien vor ein fremdes Gericht gestellt und

enthauptet. Auch hier starben ungarische und kroatische Adelige für die Freiheit ihrer Völker.

Gemeinsam kämpften die kroatischen und ungarischen Stände auch um die Befreiung Ungarns und Kroatiens. Die ungarische Hauptstadt Buda (Ofen) wurde 1686 von den Türken befreit. 1691 wurde mit Ausnahme der Festung Temesvár ganz Ungarn und 1699 — ausgenommen einen Teil der Komitate Srijem (Syrmien) und Lika-Krbava — Kroatien und Slawonien frei. Zur gleichen Zeit wurden die Türken auch in Dalmatien zurückgedrängt, die befreiten Teile gelangten jedoch unter venezianische Herrschaft.

Nach dem Befreiungskrieg, da die unmittelbare Türkengefahr vorbei war, empfanden die Kroaten die Notwendigkeit der ungarischen Unterstützung nicht mehr so stark, wie früher. Der kroatische Landtag war König Karl III. gegenüber bereits 1712, früher, als der ungarische Reichstag, bereit, die Erbfolge der weiblichen Linie anzuerkennen; durch die ungarischen Stände wurde diese erst auf dem Reichstag 1722—23 zum Gesetz erhoben. Schritte wurden unternommen, um die Justiz- und Finanzverwaltung Kroatiens von den ungarischen Zentralbehörden loszulösen, ja der ungarische Reichstag gab 1715 seine Zustimmung dazu, dass die Beschlüsse des kroatischen Landtags fortan nur der königlichen Bestätigung, jedoch keiner Genehmigung durch den ungarischen Reichstag bedurften.

Durch den Absolutismus Josef II. wurden die Kroaten wieder dazu veranlasst, sich an die Seite der Ungarn zu stellen. Die zum Reichstag 1790 entsandten kroatischen Deputierten wurden angewiesen, die ungarisch-kroatischen Beziehungen enger zu knüpfen. Das Selbstbewusstsein der Kroaten wurde auch dadurch gehoben, dass durch diesen Reichstag die Einverleibung des ursprünglichen Slawonien in Kroatien durch die ungarischen Stände anerkannt wurde.

Im Laufe der Reichstagsverhandlungen über die ungarische Sprache entstanden indessen starke Gegensätze zwischen den beiden Nationen, die zu einer fortschreitenden Entfremdung führten. Diese prinzipiellen Gegensätze und der Widerstand der Kroaten veranlassten die Wiener Regie-

rung, sich diese gegen Ungarn zunutze zu machen, ein Versuch, der bereits zur Zeit des Rákóczi'schen Freiheitskampfes wenn auch mit wenig Erfolg, unternommen wurde. Die Kroaten standen fortan im Solde Wiens und wurden dazu verwendet, das Ungartum zu schwächen und seine verfassungsmässigen Bestrebungen zu vereiteln.

Mehr als durch die Intrigen Wiens wurde das ungarisch-kroatische Verhältnis durch den Illyrismus vergiftet. Ludwig Gaj (1809—1872) war von panslawistischen Ideengängen beeinflusst. Seine Theorie von der Zusammenfassung sämtlicher Südslawen zu einer einheitlichen Nation (1830) gründete er auf die Sprachverwandtschaft. Nach dieser Lehre stammten sämtliche Südslawen vom Volke der Illyren ab, die hier vor der Römerherrschaft ein mächtiges Reich gebildet haben sollen. Dieses Reich gelte es aus Kroatien, Dalmatien, Serbien, Bulgarien und aus den von Slawen bewohnten Teilen Ungarns und Österreichs wiederherzustellen. In seinem Fanatismus ging Gaj so weit, der Fiktion der Einheit zuliebe aus der kroatischen Literatur das altkroatische Idiom zu verdrängen und dafür die Mundart der Gegend von Ragusa, die dem Serbischen am nächsten steht, zur Schriftsprache zu machen. Diese „illyrische Bewegung“ wurde durch die ungarnefeindliche Wiener Regierung Kolowrat mit allen Mitteln unterstützt. Gaj gewann breite Schichten der kroatischen Intelligenz für seine Bewegung und verdrängte überall den ungarnefreundlichen kroatischen Adel „Magyaronen“ genannt. Der schlecht informierte ungarische Kanzler Graf Georg Apponyi hat sogar diese Bestrebungen der Illyristen unterstützt. Als Ideal schwebte dem Begründer des Illyrismus eine sprachlich-kulturelle Gemeinschaft mit den Serben, und die Vereinigung der historisch-kroatischen Gebiete vor. Offen wurde fortan der Abfall von Ungarn verkündet und infolgedessen musste die Bewegung zwangsläufig zu den Ereignissen des Jahres 1848 führen. Gaj und seine Anhänger veranstalteten in Zagreb am 25. März 1848 eine Nationalversammlung, dort riefen sie den vom König bereits zum Ban ernannten Obersten Jelačić auch ihrerseits zum Ban aus

und forderten die Erfüllung ihrer nationalen Wünsche. Jelačić machte die noch ungarfreundlichen Kroaten mundtot. Aus den Soldaten der Militärgrenze und den gegen Ungarn aufgewiegelten Kroaten organisierte er eine einheitliche ungarfeindliche Armee. Jelačić diente eigentlich gar nicht den kroatischen Interessen, sondern vielmehr dem Hause Habsburg, das eine Einigung zwischen Ungarn und Kroaten zu vereiteln suchte. So oft Versuche zur Annäherung der beiden Nationen unternommen wurden, verstand es die Kamarilla von Wien, diese immer wieder zu verhindern. Der kroatische Nationalismus gab sich einem Freudentaumel hin, als der serbische Patriarch von Karlovci Rajačić die Botschaft des serbischen Nationalkongresses von Karlovci über ein gegen Ungarn zu schließendes serbisch-kroatisches Bündnis nach Zagreb überbrachte und Ban Jelačić in seiner Würde auch nach dem Ritus der prawoslawischen Kirche bestätigte. Jelačić überschritt die Drau unter kaiserlichen Fahnen, um mit österreichischen Waffen den ungarischen Freiheitskrieg niederzuschlagen. Sein Versuch schlug indessen fehl, als die Rekruten der ungarischen Nationalgarde sein Heer bei Pákozd auseinanderjagten; Jelačić selbst flüchtete nach Wien. Der ungarische Freiheitskrieg wurde dann mit russischer Hilfe niedergeschlagen, die Kroaten warteten aber vergebens auf den von Wien erhofften Lohn. Kroatien wurde gemeinsam mit dem alten Slawonien als ein Kronland verwaltet, während die kroatische Militärgrenze auch weiter unter Sonderverwaltung blieb; Syrmien wurde der serbischen Wojwodina zugeschlagen, die Sonderstellung Dalmatiens weiter aufrecht erhalten und auch in Kroatien ein Regime der Unterdrückung und Germanisierung eingeführt. Um einen Keil zwischen Ungarn und Kroaten zu treiben, wurde die Murinsel, tausend Jahre hindurch ein integrierender Teil Ungarns, jetzt durch die Wiener Regierung mitsamt Fiume Kroatien einverleibt. Bereits 1860 gelangte jedoch die Murinsel wieder an Ungarn zurück, und die Fiume-Frage erfuhr eine provisorische Regelung,

wonach die Stadt unter ungarische Verwaltung gestellt wurde.

Kroatien befolgte auch weiter eine unrichtige Politik und schloss sich dem im Jahre 1867 zustandegekommenen österreichisch-ungarischen Ausgleich nicht an, obwohl Franz Deák den Kroaten ein weisses Blatt zur Formulierung ihrer Bedingungen übergeben hatte. Die kroatische Politik wurde aus dieser Sackgasse durch Baron Levin Rauch herausgeführt, der die Wahlen ausschrieb und eine unionistische kroatische Mehrheit zusammenbrachte. Diese votierte nunmehr den Ausgleich mit Ungarn, worin Kroatien-Slawonien eine weitgehende Autonomie eingeräumt wurde. Der Ausgleich ist im G. A. XXX : 1868 niedergelegt, und durch dieses Gesetz wird die Murinsel wieder dem ungarischen Komitat Zala einverleibt und Fiume als autonomes Gebiet (*corpus separatum*) wieder Ungarn angegliedert. In bezug auf Dalmatien wurden die uralten ungarischen Rechte anerkannt, eine endgültige Regelung der Frage jedoch wurde offengelassen. Kroatien erhielt sämtliche Teile jenseits der Drau, einschliesslich der ursprünglich ungarischen Komitate Srijem, Požega und Virovitica. Seit dem Ausgleich stand an der Spitze Kroatiens der vom König ernannte Ban. Die Kroaten entsandten einen kroatischen Minister in die ungarische Regierung; die kroatische Landesregierung war ausschliesslich dem kroatischen Landtag verantwortlich, und ihr waren die innere Verwaltung, das Kultus- und Unterrichtswesen und die Justiz übertragen. Für die sonstigen Angelegenheiten bestand Gemeinschaft mit Ungarn, infolgedessen delegierte der kroatische Landtag 29 Abgeordnete in den ungarischen Reichstag und die kroatischen Magnaten blieben auch weiterhin Mitglieder des ungarischen Magnatenhauses. Im ungarischen Reichstag stand den kroatischen Abgeordneten das Recht zu, in kroatischen Angelegenheiten auf kroatisch das Wort zu ergreifen, der kroatischen Landwehr wurden die kroatische Kommandosprache und kroatische Fahnen zugestanden.

Nach dem Ausgleich schritt der Ausbau des kroatischen Staatslebens mit grossen Schritten vorwärts, es wurden die Geschworenengerichte, ferner die allgemeine Schulpflicht eingeführt, und grosse Sorgfalt wurde auch der Modernisierung der Verwaltung zugewendet. In Zagreb wurde eine kroatische Universität errichtet. Trotz allem bekämpften die Kroaten auch weiterhin den Ausgleich und namentlich dessen finanzielle Klauseln. Ungarn bzw. die ungarischen Regierungen boten alles zur Sicherung der Zusammenarbeit auf und scheuten auch schwere finanzielle Opfer nicht. Obgleich die sog. kroatische Quote der Beiträge zu den Kosten der gemeinsamen Verwaltung schon ursprünglich sehr niedrig festgesetzt wurde (6,44% gegen 93,56% der ungarischen Quote), räumte man den Kroaten das Recht ein, vor der Entrichtung dieser Quote 2,200.000 Gulden aus den kroatischen Einnahmen zur Deckung der Kosten der kroatischen Verwaltung zurückzubehalten. Die Quote wäre aus dem Rest zu tragen gewesen, einen Rest gab es aber zumeist garnicht, so dass Kroatien eigentlich keine Quote zahlte. Im Jahrzehnt 1885—1894 hat Ungarn für Zwecke der gemeinsamen Verwaltung 35,900.000 Gulden statt Kroatiens ausbezahlt.

Die durch Baron Levin Rauch gegründete kroatische Unionistenpartei geriet bereits 1871 in die Minderheit und 1873 ging die Regierung an die nationale Partei, die Feinde des Ausgleichs über, die sich zwar um der Macht willen zunächst mit dem Ausgleich abfanden, jedoch niemals zu aufrichtigen Freunden der Union wurden. Die zwanzigjährige Regierung des Bans Grafen Karl Khuen-Héderváry (1883—1903) war eine Periode des wirtschaftlichen und kulturellen Aufstiegs. Der Ban bot alles zur Sicherung der ungarisch-kroatischen Lebensgemeinschaft auf; während seiner Regierung stützte er sich auf die nationale Partei, in der indessen die serbischen Elemente immer mehr die Oberhand gewannen. Nach seinem Rücktritt erlitt die kroatische Nationalpartei im Jahre 1906 eine Wahlniederlage und die serbisch-kroatische Koalition gelangte an die Macht. In der Koalition waren die Serben im Übergewicht,

die bereits in der Friedenszeit den Abfall Kroatiens vorbereiteten. Die von nun an einander in rascher Folge ablösenden Bane regierten bald mit, bald gegen die Koalition.

Unmittelbar vor dem Weltkrieg führten die Kroaten einen zähen Kampf gegen die vom Handelsminister Franz Kossuth 1907 eingeführte Dienstpragmatik der Eisenbahner, durch die auch auf den kroatischen Strecken der Staatsbahnen die ungarische Amtssprache eingeführt wurde. Der kroatische Landtag (sabor) schritt zur Obstruktion und das ungarisch-kroatische Verhältnis hat sich endgültig verschlimmert. Zur Beruhigung der Gemüter entsandte König Franz Josef I. Baron Ivan Škerlec als königlichen Kommissar nach Kroatien, der, nachdem er zum Ban ernannt wurde, seine Aufgabe mit Erfolg löste. 1917 geriet die Macht vollständig in die Hände der serbisch-kroatischen Koalition und diese konnte nunmehr den Abfall vorbereiten, den der Vizepräsident des kroatischen Sabors, Svetozar Pribičević, am 29. Oktober 1918 durch die serbische Mehrheit des Landtags auch beschliessen liess.

3. Bosnien und die Herzegowina.

Die kroatische Geschichtsschreibung bezeichnet die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina als ein Volk, das mit dem kroatischen Volk identisch ist. Im VI. und VIII. Jahrhundert liessen sich kroatische Stämme im Zahumlje (Hügelland) nieder und besiedelten später die Gegend des Rama- und Bosnaflusses. Bosnien erhielt seinen Namen vom Bosnafluss.

Bosnien hat eine recht wechselvolle Geschichte. Bis zur Mitte des X. Jahrhunderts ist nur wenig von diesem Lande bekannt. Die ersten Nachrichten über Bosnien finden wir bei Konstantinos Porphyrogenetos. Fest steht, dass seit den ersten Staatsgründungsversuchen der Drinafluss die Ostgrenze Bosniens bildete. Unter der Regierung des ersten kroatischen Königs Tomislav gehörte Bosnien zum Königreich Kroatien. In der Regierungszeit des Kaisers Basileos II. des Grossen, zu Beginn des XII. Jahrhunderts,

gelangte Bosnien unter griechische Oberhohheit. 1137 dehnte der ungarische König Béla II. seine Herrschaft auf Bosnien aus, und in einem Diplom aus dem Jahre 1138 nennt er sich König von Rama (Béla Dei gratia Hungariae Ramaeque Rex). Seit jener Zeit findet man den Namen Rama unter den Titeln der ungarischen Könige. Rama wurde zu jener Zeit nach dem Komitat Rama im Ramatal mit Bosnien identifiziert.

Seit der Zeit Béla II. massen die ungarischen Könige dem Besitz Bosniens und der Herzegowina vom Gesichtspunkt der Verteidigung Kroatiens und Dalmatiens eine hohe Bedeutung bei. Unter der Ungarnherrschaft wurde Bosnien in die Banate von Só, Ozora und Bosna gegliedert, denen die vom Könige bestellten Bane vorstanden. Die Benennung Ban stammt von den Kroaten: nur sie und die Bosniaken hatten Bane. Der wirkliche Begründer des bosnischen Staates war der Ban Kulin (1180—1204). Er unterhielt zunächst gute Beziehungen zum Papst, doch wurden diese bald gestört, denn in Bosnien begann sich der Bogumilismus zu verbreiten. Der Bogumilismus lehrt die Dualität der Schöpfung: die Seele hätte Gott, den Körper jedoch der Teufel erschaffen. Seinen Namen erhielt der Bogumilismus vom Geistlichen Bogumil, der diese Lehre in Bulgarien verkündete. Die ungarischen Könige bekämpften die bogumilistische Ketzerei, sie kämpften jedoch auch gegen das Vordringen von Byzanz. Der mächtige Griechenkaiser Manuel dehnte seine Macht auf die ganze Balkanhalbinsel aus und eroberte auch Bosnien. Nach seinem Tode gelang es einem der mächtigsten Herrscher des ungarischen Mittelalters, König Béla III. (1173—1196) Bosnien zurückzuerlangen.

Papst Innozenz benützte seinen ganzen Einfluss, um der Verbreitung des Bogumilismus Einhalt zu gebieten. Auf die Intervention des Papstes wollte König Emmerich von Ungarn zur Ausrottung des Bogumilismus einen Kreuzzug führen. Ban Kulin kehrte hierauf in die katholische Kirche zurück, und die bosnischen Vornehmen erschienen vor König Emmerich und schworen, die Befehle der römischen

Kirche befolgen zu wollen. Nach dem Tode Ban Kulins hielt Ban Stefan, der in der Zeit 1224—1232 erwähnt wird, dem katholischen Glauben die Treue, in Kreisen des Volkes griff jedoch der Bogumilismus wieder um sich. Papst Gregor IX. entsandte 1233 den Kardinal Jakob als Legaten nach Bosnien, um die dortigen Glaubensverhältnisse zu studieren. Kardinal Jakob trennte das Bistum Bosnien vom Metropolitanat Ragusa los und unterstellte es dem Erzbistum Kalocsa. Durch diese kirchliche Behörde hat sich die ungarische Oberhoheit in Bosnien noch mehr gestärkt. Nach kurzer Zeit machte Ban Ninoslav wieder gemeinsame Sache mit den Bogumilen, doch begab sich König Béla IV. von Ungarn (1235—1270) 1240 nach Bosnien und stellte die ungarische Oberherrschaft wieder her. König Karl Robert von Ungarn (1308—1342) machte Stefan Kotromanić zum Ban von Bosnien.

Die Kotromanić waren die Begründer der nationalen bosnischen Dynastie. Stefan Kotromanić eroberte auch das Zahumlje (Hügelland) und wurde auch in einen Krieg mit dem Serbenzaren Dušan dem Mächtigen verwickelt, dem es jedoch nicht gelang, Bosnien zu erobern. Das Verhältnis zum ungarischen Herrscherhaus wurde durch die Heirat von Karl Roberts Sohn Ludwig mit der Tochter Stefans Elisabeth noch enger geknüpft. Stefan Kotromanić folgte als Ban sein Neffe Tvrtko I. nach, der sich „aus Gottes und unseres Herrn Ludwig Gnaden Ban von Bosnien“ nannte. Aus diesem Titel ist ersichtlich, dass Bosnien auch unter der Regierung Ludwigs des Grossen die ungarische Oberherrschaft anerkannte. Tvrtko I. liess sich 1337 zum König krönen. Welches Machtgefühl Tvrtko als Vasalle des ungarischen Königs hatte, geht auch daraus hervor, dass er die Grenzen Bosniens immer mehr erweiterte. Im Osten besetzte er einen Teil Serbiens, 1390 gliederte er ganz Dalmatien dem Königreich Bosnien an und beherrschte einen grossen Teil Kroatiens. Auf dem Höhepunkt seiner Macht, starb er, kurz nachdem er den Titel eines „Königs von Bosnien, Rascien, Kroatien und Dalmatien“ angenommen hatte. Nach seinem Tod bewarben sich mehrere bosnische

Magnaten um den Thron, durch ihren Parteikampf wurde aber das Land arg geschwächt. König Sigismund von Ungarn rückte an der Spitze seines Heeres dreimal nach Bosnien ein, unterdrückte den Parteizwist und hielt die ungarische Oberherrschaft über Bosnien aufrecht. Inzwischen raubten und plünderten schon die Türken in Bosnien, und manche bosnische Herren vertrauten sich bereits der türkischen Unterstützung an. Die bosnischen Könige zahlten seit 1437 bereits Tribute an die Türken. 1463 eroberten diese ganz Bosnien und liessen den letzten König von Bosnien hinrichten. Die Herren von Zahumlje (Hügel-land) konnten sich indes noch lange Zeit hindurch behaupten. Stefan Vukčić, der sich zum Herrn dieses Gebiets aufwarf, erhielt von Kaiser Friedrich III. den Titel eines Herzogs: seit jener Zeit wurde das bisherige Zahumlje Herzegowina genannt. 1483 eroberten die Türken auch die Herzegowina. König Matthias von Ungarn (1458—1490) wollte die Türken nicht nur aus Bosnien, sondern überhaupt aus Europa vertreiben, an der Durchführung dieses Planes wurde er jedoch durch seine sonstigen Kriege verhindert. Dennoch gelang es ihm 1463 den grössten Teil Bosniens zurückzuerobern, er nahm die Festung Jajce, befestigte weitere 28 Orte und setzte den Ban von Macsó (Mačva) Nikolaus Ujlaky zum König von Bosnien ein. Das von ihm eroberte Gebiet blieb bis 1528 unter ungarischer Herrschaft, gelangte dann aber in türkischen Besitz und diese Rechtslage blieb bis 1878 bestehen.

Durch die Türkenherrschaft wurde Bosnien vom ungarischen Königreich und damit von der westeuropäischen Kultur getrennt. Ein grosser Teil des Volkes trat zum Islam über, um das blosse Leben zu retten, das gleiche taten die bosnischen Herren, um ihre Besitze zu behalten. Der bosnische Adel gelangte durch den Übertritt zu grosser Macht und auch in der Verwaltung des mächtigen Osmanenreiches fiel ihm eine bedeutende Rolle zu. Die bosnischen Beys wurden die fanatischsten Muselmanen und verfolgten die katholischen Bosniaken und die Kroaten aufs unbarmherzigste. Als Konstantinopel 1839 die Gleichberechti-

gung der Christen anerkannte, erhoben sich die Bosniaken und der Aufstand konnte nur mit Gewalt unterdrückt werden. Im Lande brodelte es jedoch weiter und die Türken waren nicht imstande, Ordnung zu schaffen. Die Aussenminister Russlands, Deutschlands und Österreich-Ungarns traten 1875 in Wien zu einer Beratung zusammen und beschlossen, von der Pforte die Einstellung der Christenverfolgungen zu fordern. 1876 wurde hierüber das „Berliner“ Memorandum abgefasst und von sämtlichen Grossmächten, mit Ausnahme Englands, gebilligt. Inzwischen brach in Konstantinopel eine Revolution aus, der Sultan wurde abgesetzt und der neue Sultan Murat liess in Bosnien Waffenstillstand und Amnestie verkünden. Die Serben benützten die bosnische Frage, um der Pforte gegenüber mit Forderungen hervorzutreten. Da diese abgewiesen wurden, drangen serbische Truppen in Bosnien ein, sie wurden jedoch geschlagen und zum Rückzug gezwungen. Russland vermittelte zwischen der Türkei und Serbien, als aber die Pforte sämtliche Vorschläge der europäischen Grossmächte zurückwies, erklärte Russland am 24. April 1877 der Türkei den Krieg. Die Russen erfochten am 19. Dezember 1877 einen glänzenden Sieg, überschritten das Balkangebirge und besetzten Adrianopel. Als sich die russische Armee Konstantinopel näherte, bot die Türkei den Frieden an. Im Frieden von San Stefano wurde Bosnien und der Herzegowina die Autonomie gewährt.

England, Deutschland und Österreich-Ungarn waren indes mit dem Frieden von San Stefano nicht einverstanden und auf dem Berliner Kongress, der am 13. Juni 1878 zusammentrat, wurde der Frieden neu gestaltet. Zunächst stellte der Kongress fest, dass der Krieg von Bosnien und der Herzegowina seinen Ausgang nahm, ferner, dass eine Autonomie nicht durchführbar wäre, da sie keine endgültige Befriedung bringen, ja infolge der sozialen und Glaubensgegensätze nur neuen Zwist unter der Bevölkerung hervorrufen würde. Mit Rücksicht hierauf erhielt die Österreichisch-Ungarische Monarchie nach Artikel XXV. des Berliner Vertrags das Mandat, Bosnien und die Herzegowina

zu besetzen und zu befrieden. Die Monarchie schaffte tatsächlich in kürzester Zeit Ordnung und unter ihrer Verwaltung blühte das Land bald auch wirtschaftlich auf. Die Okkupation der beiden Provinzen löste bei den slawischen Ländern starken Widerwillen aus und Russen wie Serben entfalteten in der Bevölkerung dieser Provinzen eine ständige Wühlarbeit, um sie gegen die Monarchie aufzuwiegeln. Angesichts dieser Lage proklamierte Kaiser und König Franz Josef 1908 die Annexion der beiden Provinzen, d. i. die endgültige Ausdehnung der Souveränität der Monarchie auf Bosnien und die Herzegowina, wobei er sich auf die uralten Rechte der Könige von Ungarn berief. Der Hass der Slawenvölker richtete sich nunmehr in erster Reihe gegen Ungarn. Insbesondere Serbien sah sich durch die Annexion benachteiligt und bot von nun an alles auf, um die Monarchie zu sprengen.

4. Dalmatien.

Neben Kroatien und Bosnien wies die Geschichte Dalmatiens die meisten Berührungspunkte mit der ungarischen Geschichte auf. Durch den Besitz Dalmatiens gelangte Ungarn zum Adriatischen Meer und konnte sich in den Blutkreislauf des Mittelmeeres und Europas einschalten.

Seinen Namen erhielt Dalmatien von einem Stamm der illyrischen Ureinwohner, die sich Dalmaten nannten. Von den Zeiten Augustus' bis zum Tode Diokletians herrschten die Römer in Dalmatien. Die römischen Kaiser massen, ebenso wie später das Venedig des Mittelalters, dem Besitz Dalmatiens hohe Bedeutung bei, da er ihnen die Adria sicherte. Die römischen Kaiser brachten viele Opfer zur Förderung des Landes. Diokletian, ein Dalmatiner von Geburt, errichtete in der Hauptstadt der Provinz, Salona (Spalato) einen Kaiserpalast, dessen Überreste noch heute die Grösse der römischen Kultur verkünden. Nach dem Tode Diokletians wurde das Land von barbarischen Stämmen besetzt und im V. Jahrhundert gelangte es unter die Herrschaft der Avaren. Diese wurden durch die im

VII. Jahrhundert vom Kaiser Heraklios herbeigerufenen Kroaten vertrieben, die sodann den grössten Teil Dalmatiens in Besitz nahmen, während die Urbewohner auf die Inseln und die Küstenstädte verdrängt wurden.

Dalmatien wurde somit zum ersten Siedlungsgebiet der Kroaten und seine Grenzen reichten im Norden bis zur Save und Kulpa. Zu jener Zeit wurde nur der schmale Küstenstreifen Dalmatien genannt, der durch Byzanz, später durch Venedig beherrscht wurde. Die Eroberung Kroatiens durch König László den Heiligen (1091) öffnete Ungarn den Weg zum Adriatischen Meer. Die Expansion setzte König Koloman (1095—1116) fort, der 1102 das damalige Dalmatien eroberte und Spalato, Sebenico, Trau und Zara besetzte. Ungarn gelangte so zum Adriatischen Meer, das mit dem Mittelmeer den Hauptverkehrsweg des damaligen Welthandels bildete. Ragusa stand zu jener Zeit noch unter venezianischer Herrschaft und gelangte erst 1358 unter den Schutz der Könige von Ungarn.

Unter König Stefan III. von Ungarn (1162—1173) wurde Dalmatien vom griechischen Kaiser Manuel besetzt, nach dessen Tode das Land durch König Béla III. zurückerobert wurde. Als König Andreas II. (1205—1235) von Ungarn einen Kreuzzug nach dem Heiligen Land führte, sicherte er sich die Hilfe Venedigs zum Transport der Truppen durch die Abtretung Zaras. Unter den letzten ungarischen Königen aus dem Hause Árpád gab es mit Venedig um den Besitz Dalmatiens beständigen Streit.

Unter König Karl Robert aus dem Hause Anjou eroberte der Ban von Kroatien Stefan Kotromanić einen Teil Dalmatiens für Ungarn zurück. Ludwig der Grosse von Ungarn eroberte wieder ganz Dalmatien und dehnte seine Herrschaft 1358 sogar auf Ragusa aus. Dieser wichtige Hafen blieb sodann bis 1526 ungarischer Besitz und diese Zeit war die Glanzperiode ragusanischer Geschichte. Die mächtigen Könige förderten die Stadt mit allen Mitteln, und diese wurde zum bedeutendsten Handelshafen des Balkans. Die Erinnerung an diese Periode lebte Jahrhunderte lang im Kreise der Bewohner fort.

Dalmatien selbst wurde durch König Sigismund bereits 1413 an Venedig abgetreten. Im XVI. Jahrhundert gelangten Dalmatien wie Ragusa unter türkische Herrschaft. Die Kroaten zogen vor den Türken gegen Norden und liessen sich im heutigen Kroatien-Slawonien nieder. Der Name Dalmatiens wurde fortan auch auf die früher kroatischen Gebiete ausgedehnt, während das frühere Slawonien von nun an Kroatien hiess.

Dalmatien wurde 1718 vom Türkenjoch befreit und geriet wieder unter die Herrschaft Venedigs. Im Frieden von Campoformio (1797) gelangte es an Österreich. Ragusa wurde von den Türken erst 1806 befreit, gelangte aber 1809 in französischen Besitz. Seit 1816 war Dalmatien eines der österreichischen Erbländer. Ungarn verzichtete niemals auf seine Rechte und hielt seine Ansprüche auch im ungarisch-kroatischen Ausgleich 1868 aufrecht, worin die Forderung nach einer Angliederung an Kroatien-Slawonien aufgestellt wurde. Nach dem Weltkrieg wurde auch Dalmatien, ein Land von rein lateinischer Kultur, Jugoslawien einverleibt.

5. Montenegro.

Montenegro, ursprünglich Zeta genannt, ist ein kleines Bergland in der westlichen Hälfte der Balkanhalbinsel, im Karstgebiet der Dinarischen Alpen. Es hatte stets eine wichtige Rolle in der Geschichte des Balkans inne; seine eigene Geschichte wurde vor allem durch die Serben beeinflusst. Die Einwohner, kroatische und albanische Stämme, nahmen frühzeitig das Christentum an. Montenegro gab den Serben die Nemanjiden-Dynastie. Stefan Nemanja vereinigte 1170 Montenegro mit Serbien (Rascien) und die Vereinigung blieb bis 1367 bestehen, doch auch während dieser Zeit wurde Montenegro gesondert verwaltet. Die Serbisierung wurde unter den Nemanjiden begonnen. Nach dem Tode Zar Dušans gelangte das Land unter die Herrschaft der Balša und seit dem XV. Jahrhundert wurden die Regierungsgeschäfte durch die

serbischen Crnojević geführt; nach deren Sturz übergang die Verwaltung des kleinen Landes auf die serbischen Bischöfe von Cetinje, die die Serbisierung vollendeten. Seit dem XVI. Jahrhundert musste das Ländchen beständig gegen die Türken kämpfen, denen es niemals gelang, sich das Land ganz zu unterwerfen. Ein Aufstand wurde 1685 unterdrückt.

Der Metropolit Danilo (1700—1735) wurde zum Gründer der nationalen Dynastie, indem er die Oberherrschaft für erblich erklärte. 1707 rottete er die türkisierten Slawen (Porturici) aus und sicherte die Alleinherrschaft der prawoslawischen Kirche. In seinen Kämpfen gegen die Türken war Danilo wenig erfolgreich; mit mehr Glück als er kämpfte der Fürst Peter Petrović I. (1782—1830), der die Türken in mehreren Schlachten schlug. Peter II. (1830—1851) förderte die Kultur des Landes, gründete Schulen und unterstützte die Literatur; auch er selbst verfasste Dichtungen. Sein Nachfolger Danilo (1851—1860) legte seine kirchliche Würde nieder, nahm mit Zustimmung des Zaren den Titel eines Fürsten an und wurde damit nach Jahrhunderten der erste weltliche Herrscher des Landes. Unter seiner Regierung erkannte auch die Türkei die Unabhängigkeit Montenegros an. Sein Neffe Nikita Petrović (1860—1918) war der grösste Fürst des Ländchens, der den Kampf gegen die Türken fortsetzte und erwirkte, dass als Lohn für die jahrhundertelangen Kämpfe der Berliner Kongress nicht nur die Souveränität des Landes anerkannte, sondern auch die Besetzung der beiden Adria Häfen Antivari und Dulcigno durch Montenegro bestätigte. Unter Nikita wurde das Landesgebiet wesentlich erweitert, 1910 zum Köngreich deklariert, Nikita zum König gekrönt und die Verwaltung modernisiert; besondere Sorgfalt wandte der König der Förderung der Kultur zu. Auch am Balkankrieg 1912—13 nahm Montenegro Teil und wurde durch Zuweisung neuer Gebiete belohnt. Im Weltkrieg kämpfte es auf der Seite der Serben, brach aber 1916 zusammen, Nikita floh ins Ausland und starb 1921 in Frankreich. Nach dem Weltkrieg wurde das Land durch die Serben

besetzt und auf Intervention Frankreichs dem neuen Jugoslawien einverleibt. Ein Teil der Montenegriner hat niemals auf die Unabhängigkeit verzichtet und betrachtet einen Enkel Nikitas, den Prinzen Michael als König. 1941 wurde Montenegro wieder befreit.

6. Slowenien.

Slowenien wurde nach dem Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie in den Bergzügen der Karawanken aus drei Ländern Österreichs: Krain, Südsteiermark und den südlichen Teilen Kärntens, sowie aus der ungarischen Murgegend (Prekomurje) gebildet. Seine Einwohner sind katholische Slawen, deren Sprache jedoch von der serbo-kroatischen abweicht. Die Slowenen hatten stets ihr nationales Eigenleben, das nach dem Westen orientiert war, die stärksten Kulturbeziehungen pflegten sie mit den Deutschen und Italienern.

In das heutige Siedlungsgebiet zogen die Slowenen im VI. Jahrhundert ein, und bereits im VIII. Jahrhundert sind sie Christen. Bis zum Ende des XIII. Jahrhunderts gehörten sie zum Deutschen Reich, seither gelangten sie unter die Herrschaft der Habsburger Dynastie. Napoleon gliederte das Siedlungsgebiet der Slowenen dem neu-geschaffenen Illyrien an, doch fiel es seit 1814 wieder Österreich zu, und verblieb dessen integrierender Teil bis zum Zusammenbruch. Die südslawische Idee begann unter den Slowenen erst zu Beginn des XX. Jahrhunderts Fuss zu fassen. 1917 stellten sich auch die Slowenen in der sogenannten Mai-Deklaration auf die Grundlage der südslawischen Einheit und anerkannten am 29. Oktober 1918 die Führung des in Zagreb residierenden südslawischen Nationalrats. Am 9. November 1918 unterzeichnete der Führer der Slowenen Anton Korošec die Genfer Deklaration, die ein dualistisches Jugoslawien vorsah. Am 24. November 1918 deklarierte der südslawische Nationalrat die Vereinigung der Völker der Serben, Kroaten und Slowenen, am 1. Dezember wurde die Vereinigung durch

den Regenten Alexander offiziell proklamiert und Slowenien wurde dadurch zu einem Teil des jugoslawischen Staates.

7. Mazedonien.

Die fast zweitausendjährige glorreiche Geschichte Mazedoniens ist reich an Ruhm und Kämpfen. Das wildromantische Land liegt in der Balkanhalbinsel, nördlich vom Golf von Saloniki und reicht bis zur Šar-planina und dem Rila-Gebirge, im Westen bis zum Ochrida-See, im Osten bis Drama. In seiner Geschichte führten abwechselnd Griechen, Perser, Rom, Venedig und die Türken eine hervorragende Rolle.

Die griechische Kultur begann sich in Mazedonien unter Archelaos (413—399 v. Chr.) zu verbreiten. Philipp II. unterwarf sich ganz Griechenland, Alexander der Grosse gründete ein griechisch-mazedonisches Weltreich, besiegte in Asien die Perser, drang in Aegypten ein und führte den glorreichsten Feldzug der Weltgeschichte. Nach seinem Tode fiel das Reich auseinander und Mazedonien wurde 146 v. Chr. eine römische Provinz. Nach dem Zerfall des Römerreiches fiel Mazedonien an den oströmischen Kaiser. Zur Zeit der Völkerwanderung liessen sich in Mazedonien, das seit Zar Simeon dem Grossen (893—927) zu Bulgarien gehörte, slawische Stämme nieder. Die Mazedonen wurden slawisiert, gelangten in den bulgarischen Kulturkreis und sprachen fortan bulgarisch. Mit Bulgarien gelangte Mazedonien unter die Herrschaft von Byzanz (1019—1086) und nach dessen Fall wurde es von den Türken beherrscht. Zar Dušan verleibte es seinem Serbenreich ein, doch hörte die Serbenherrschaft mit dem Tode Dušans auf. Mazedonien gehörte niemals zum Patriarchat von Peć (Ipek), sondern zum bulgarischen Erzbistum Ochrida und nach dessen Abschaffung (1767) zum Patriarchat Konstantinopel. Seit der Errichtung des bulgarischen Exarchats 1870 gehört ihm auch Mazedonien an und dabei blieb es auch, nachdem Bulgarien von der Türkenherrschaft befreit wurde.

Im Frieden von San-Stefano wurde der grössere Teil Mazedoniens Bulgarien zugewiesen, doch gab der Berliner Kongress diese Gebiete wieder der Türkei zurück. Im Frieden von Bukarest, nach dem zweiten Balkankrieg, wurde Mazedonien zum grössten Teil zwischen Serbien und Griechenland aufgeteilt. Nach dem Weltkrieg wurde Bulgarien im Friedensvertrag von Neuilly grausam verstümmelt, es durfte nur einen kleinen Teil Mazedoniens behalten, während Serben und Griechen sich in den Rest teilten. Mazedonien wurde seither der Wetterwinkel Europas und die ganze Welt widerhallte von der mazedonischen Frage.

8. Die Jugoslawien angegliederten ungarischen Gebiete.

Durch das Friedensdiktat von Trianon wurden fünf Gebietsteile von Ungarn losgetrennt und Jugoslawien angegliedert:

1. Das Gebiet zwischen Donau, Theiss und Maros, das Komitat Torontál sowie Teile der Komitate Temes und Krassó-Szörény umfassend, seit dem XVIII. Jahrhundert allgemein Banat genannt;

2. das Komitat Bács-Bodrog zwischen Donau und Theiss;

3. im Donau-Drauwinkel der südöstliche Teil des Komitats Baranya;

4. die sogenannte Murinsel, — auf ungarisch Muraköz (Zwischenmurland) genannt — zwischen Drau und Mur, die vom Komitat Zala losgetrennt wurde;

5. die Murgegend (Prekomurje) nördlich der Mur, auch Wendenland genannt, von den beiden Komitaten Zala und Vas losgerissen.

Es handelt sich um Gebiete, die bereits zur Zeit der Landnahme zu Ungarn gehörten, ja rein-ungarische Gebiete waren und zweifellos zu jener Zeit noch von keinem Serben betreten wurden.

Das Banat. In den Komitaten Torontál, Temes, Krassó-Szörény hatte sich das Ungartum die Alleinherrschaft gesichert. Die Könige aus dem Hause Árpád wandten der



Verteidigung dieser Komitate die grösste Sorgfalt zu und errichteten dort Burgen und Festungen; Stefan der Heilige machte diese Provinz auch zu einem Kulturzentrum, indem er dort das Bistum Csanád organisierte, dessen erster Bischof der Heilige Gerhard wurde.

Der Tatareneinfall hat auch diese Gegend verwüstet und nun begannen Rumänen aus Oltenien nach der Szörénység einzuwandern, und auch Kumanen liessen sich hier nieder. Rumänen und Serben begannen in grösseren Massen im XIV. Jahrhundert, vor den Türken fliehend, einzuwandern. Nach urkundlichen Beweisen war Kevevéra an der unteren Donau die erste serbische Siedlung in Ungarn. Die serbischen und rumänischen Einwanderer gliederten sich selbstredend in den Rahmen des ungarischen Staates ein. Infolge der sich ständig wiederholenden türkischen Einbrüche schmolz die ungarische Bevölkerung immer mehr zusammen, und an Stelle der ausgerotteten oder nach Norden abgewanderten Ungarn liessen sich dann immer wieder einwandernde Serben und Rumänen nieder.

1552 fiel Temesvár nach heldenmütiger Verteidigung durch Stefan Losonczy, die Türken besetzten das Gebiet der drei Flüsse und organisierten darin das Paschalik Temesvár. Zu dieser Zeit lebten in den drei Komitaten bereits eine grosse Anzahl Rumänen und Serben. Die letzteren liessen sich auch im Komitat Bács-Bodrog nieder und sickerten von dort nach Transdanubien in die Komitate Baranya, Tolna und Fejér hinüber, ja auch Theiss aufwärts bis nach Szolnok. Es wäre jedoch falsch, im Banat zur Türkenzeit eine zahlreiche serbische Bevölkerung anzunehmen; diese lebte vielmehr in kleinen Siedlungen von kaum 100 bis 200 Seelen, die überdies provisorischen Charakter hatten, da die Bevölkerung infolge der ständigen Kriege den Wohnort ständig wechseln musste. Die Gesamtzahl der Serben in ganz Ungarn (also nicht nur im Banat) kann bis zum letzten Jahrzehnt des XVII. Jahrhunderts auf höchstens 40.000 bis 50.000 geschätzt werden.

In Ungarn boten sich den Serben günstige Ansiedlungsmöglichkeiten, denn bereits in den Gesetzen des XV.

Jahrhunderts wurde ihnen die freie Ausübung der Religion zugesichert. Die Türken bekämpften nur die Ungarn, den serbischen Einwanderern gegenüber waren sie jedoch nachsichtig, ja sie unterstützten sie und unter der Türkenherrschaft wurden mehrere serbische Bistümer gegründet, unter ihnen das von Temesvár.

Während der Befreiungskriege 1683—1699 nahmen auch die ungarischen Könige die Unterstützung der Serben in Anspruch. Leopold I. (1657—1705) schloss mit dem serbischen Patriarchen von Peć (Ipek) Arsen III. Crnojević am 20. August 1690 einen Vertrag gegen die Türken. Leopold hielt zu jener Zeit bereits den grössten Teil des heutigen Rumänien, Serbien und Bulgarien in seinem Besitz und wollte die Türken endgültig aus Europa vertreiben. Hiezu nahm er auch die Hilfe der Serben in Anspruch, wogegen sich Patriarch Crnojević das Recht sicherte, als Vorgesetzter aller Serben zu gelten, die im Reiche des Kaisers lebten. Kurz nach Abschluss des Vertrages mussten sich die Truppen Leopolds aus dem osmanischen Reich zurückziehen und ihnen schloss sich auch der Patriarch Crnojević mit seinen Gläubigen, 36.000 bis 40.000 Familien an. Die massenhafte Einwanderung der Serben erfolgte somit 1690, also zumindest 80% der in Ungarn lebenden Serben blicken auf eine nicht viel mehr als 200 Jahre umfassende Vergangenheit in diesem Lande zurück. Die unter der Führung des Patriarchen Arsen Crnojević eingewanderten Serben liessen sich zwischen Donau und Theiss, zu einem kleinen Teil in Transdanubien nieder. Nach den Komitaten Temes, Torontál und Krassó-Szörény gelangte jedoch keiner von ihnen, da dieses Gebiet erst 1718, im Frieden von Požarevac von der Türkenherrschaft befreit wurde.

Nach der Vertreibung der Türken wurden diese Komitate 1718 durch den Wiener Hof nicht an das Mutterland zurückgegliedert, sondern mit einem österreichischen General an der Spitze unter Militärverwaltung gestellt. Der General war nur dem Wiener Hofkriegsrat, nicht aber der ungarischen Regierung verantwortlich. Aus den acht tür-

kischen Sandschaken wurden 13 österreichische Militärbezirke gebildet, denen je ein Verwalter vorstand: das war die „Landes-Administration des Temesvarer Banats“ und daher stammt auch die Benennung Banat (ungarisch richtig Bánság).

Dieses Gebiet hat unter der Türkenherrschaft viel gelitten und wurde fast vollständig verheert. Das Banat zählte im Mittelalter noch 56 Burgen, 44 Städte und 1.727 Dörfer mit einer rein ungarischen Bevölkerung. Die 1717 durchgeführte Volkszählung berichtet über 663 verödete Dörfer, in denen serbische und rumänische Einwanderer Zuflucht fanden. (S. Jenő Horváth: The Banat.)

Nach der Beendigung der Türkenherrschaft warteten die vertriebenen Ungarn vergeblich auf die Erlaubnis, in ihre alten Heime zurückzukehren. In die österreichische Militärprovinz war die Rückkehr den Ungarn verwehrt. Dagegen durften die Serben und Rumänen ihre Wohnsitze und ihren Boden behalten und sie genossen die gleichen Rechte, wie in der Türkenzeit.

Die Gemeinde Egres an der Maros war 1179 noch rein ungarisch, unter der Türkenherrschaft wurde sie bald serbisch, später rumänisch. Nagyszentmiklós war im XIV. Jahrhundert rein ungarisch, 1557—58 wohnten dort nur mehr 30 serbische Familien. Die ungarische Gemeinde Valkány wurde 1736 durch die österreichischen Beamten den rumänischen Einwanderern übergeben. Die im XI. Jahrhundert unter dem Namen Nagykökénd bekannte ungarische Gemeinde wurde im XVIII. Jahrhundert zur serbischen Stadt Nagykikinda. Lang ist die Liste der Dörfer und Städte, die früher ungarisch waren, infolge der Zeitumstände jedoch später serbisch oder rumänisch wurden.

Der Freibrief, den Kaiser und König Leopold I. 1691 dem Patriarchen Crnojević erteilte, war für die Serben recht günstig. Immerhin wird in einem Punkte des Freibriefes bestimmt, dass der Kaiser, wenn er siegt, die Serben in ihre alte Heimat repatriieren werde. Aus dem Freibrief kann daher festgestellt werden, dass die Serben als Gäste und nicht als endgültige Siedler nach Ungarn kamen.

Nach der Befreiung des Banats hat die österreichische Dynastie in diesem Gebiet die Serben und Rumänen begünstigt. Sie wollte die Provinz Österreich sichern, und verhinderte daher die Rückwanderung der durch die Türken vertriebenen Urbevölkerung, förderte dagegen die Einwanderung der Deutschen, während sie die serbische und rumänische Bevölkerung in militärischen Formationen organisierte. Das war der Ursprung der „Militärgrenze“ die unmittelbar der Wiener Regierung unterstellt wurde.

Im XVIII. Jahrhundert tauchte auch der natürliche Wunsch nach der Rückgliederung des Banats an das Mutterland auf, dem Königin Maria Theresia auch nachgekommen ist und so konnte 1778 ein ungarischer königlicher Kommissar feierlich nach Temesvár einziehen. Früher schon, 1771, wurde ein „Regulamentum Illyricae Nationis“ erlassen, das ausdrücklich bestimmte, dass die serbischen Grenzer der Militärbehörde, die übrigen Serben jedoch in ihren Zivilangelegenheiten den Komitats- und Grundherrschaften unterstellt werden.

Unter den Serben, die sich verschiedener Begünstigungen erfreuten, dauerten indessen die Unruhen weiter an. 1790 wurde ein serbischer Nationalkonvent nach Temesvár einberufen, um den Wunsch nach einer territorialen Autonomie zu formulieren und dem König zu unterbreiten. Der Plan zur Errichtung einer serbischen Woiwodschaft missfiel jedoch gewissen Wiener Kreisen, auch waren die serbischen Delegierten unter sich nicht einig, ja, einer von ihnen, Sabbas Tököli gab der Meinung Ausdruck, ein solcher Schritt wäre der grösste Undank den Ungarn gegenüber, die den Serben Zuflucht gewährt hatten. Die Petition wurde dem königlichen Kommissar dennoch überreicht, vom Wiener Hof jedoch abgewiesen. Der ungarische Reichstag gewährte 1790/91 der serbischen Kirche das Recht der freien Religionsübung und sicherte dem Patriarchen und den serbischen Bischöfen Sitze im Reichstag, so dass die Serben eine anerkannte Vertretung erhielten.

Das Jahr 1848 brachte tiefgehende Wandlungen im

Leben des Banats mit sich. Durch das Versprechen einer territorialen Autonomie sicherte sich die österreichische Regierung die Hilfe der Serben in der Bekämpfung der ungarischen Freiheitsbewegung. Das geschah zur Zeit, als die ungarische Regierung am 7. Mai 1848 die Militärgrenze auflöste.

Die Serben hielten am 13. Mai 1848 in Karlovci ihre Nationalversammlung ab. Diese Versammlung erklärte, das serbische Volk bilde eine politisch freie und unabhängige Nation unter dem Hause Habsburg und der ungarischen Krone. Es bilde auf seinem Gebiet, das aus dem heutigen Komitat Bács-Bodrog, dem Bezirk des Regiments von Peterwardein (Petrovaradin), dem früheren Temesvárer Banat, und den Komitaten Szerém (Srijem) und Baranya besteht, eine autonome serbische Woiwodschaft (Vojvodina). Vorläufig werden die Angelegenheiten der Vojvodina durch ein 48-köpfiges Nationalkomitee verwaltet. Die serbische Kirche sei autonom und bilde ein unabhängiges Patriarchat. Erzbischof Rajačić wurde zum Patriarchen und Stefan Šuplikac zum serbischen Woiwoden gewählt.

Den Standpunkt der ungarischen Regierung und der ungarischen Nation gegenüber diesen nationalen Forderungen legte Ludwig Kossuth am 26. August 1848 in einer Rede über die Berücksichtigung der nationalen Wünsche klar und genau dar. Kossuth bekannte sich in dieser Rede als Anhänger der Idee der bürgerlichen Gleichheit, der daher jedem Bürger des Vaterlandes ohne Unterschied der Sprache und der Religion den Vollgenuss aller Rechte und Freiheiten zugestehe. Er könne aber nicht zulassen, dass die einzelnen Nationalitäten sich in territorialer Hinsicht zu autonomen politischen Einheiten organisieren, da diese Idee zur Auflösung der Einheit des Landes führe. In Ungarn gebe es nur einen einzigen Weg, auf dem alle Volksstämme ihr Gedeihen finden können: dass niemand Pläne erwäge, die darauf hinausliefen, dass Ungarn nicht ein Staat sei, sondern sich darin jede Rasse einen besonderen Status fordern dürfe, denn auf dieser Grundlage würde Ungarn zerfallen. Unter dieser Bedingung sei er zu

jeder Konzession bereit, die geeignet ist, im Rahmen des kirchlichen Lebens, des Schulwesens, der Gemeinde- und Munizipalverwaltung die freie kulturelle, sprachliche und nationale Entwicklung der einzelnen Nationalitäten zu fördern.

Demgegenüber erliess Kaiser Franz Josef ein Patent, worin er der Errichtung einer serbischen Woiwodschaft unter der Oberherrschaft der österreichischen Regierung zustimmte. Gross war indessen die Enttäuschung, als der zum Gouverneur der Wojvodina eingesetzte österreichische General mit der Begründung, die Serben befänden sich in der Minderheit, eine rein deutsche Verwaltung einführte. Nun stellten sich die Serben natürlich wieder auf die Seite der Ungarn. Die neue Lage schuf somit wieder neue Unzufriedenheit.

Auch die Rumänen organisierten sich. Am 27. Juni 1848 hielten sie in Lugos eine Versammlung ab, in der sie die Befreiung der Rumänen von der serbischen Kirchenverwaltung forderten. Dieser Wunsch wurde erst später, im Gesetzartikel IX : 1868 erfüllt, der die Organisierung der autonomen rumänischen Nationalkirche ermöglichte.

Die von Wien ans deutsch verwaltete Wojvodina wurde bereits 1860, nach kaum 11-jährigem Bestand, mit Ausnahme von zwei Militärgrenzdistrikten, aufgelöst und wieder Ungarn angegliedert. Die beiden Militärgrenzdistrikte wurden 1872, bzw. 1873 abgeschafft und ebenfalls der ungarischen Verwaltung unterstellt. Zur selben Zeit wurden auch die Komitate Krassó und Szörény vereinigt.

Das ungarische Nationalitätsgesetz vom Jahre 1868 (G. A. XLIV : 1868) räumte jedem Untertan des ungarischen Staates die gleichen Rechte ein. Die Präambel des Gesetzes erklärt, dass jeder Bürger Ungarns, welcher Nationalität er auch angehöre, den Grundsätzen der Verfassung entsprechend in politischer Hinsicht gleichberechtigtes Mitglied der einheitlichen und unteilbaren ungarischen Nation sei. Diese Gleichberechtigung könne nur insofern Gegenstand besonderer Verfügungen sein, als der amtliche Gebrauch der im Lande üblichen Sprachen in der Regierung und

Verwaltung des Landes und in der Rechtssprechung solche erfordert.

In bezug auf den amtlichen Gebrauch der verschiedenen Sprachen gelten nach diesem Gesetz die folgenden Bestimmungen:

Amtssprache des ungarischen Staates ist das Ungarische. Obgleich das Ungarische auch die ausschliessliche Sprache der Gesetzgebung ist und die Gesetze auf Ungarisch erlassen werden, müssen diese auch in den übrigen im Lande üblichen Sprachen in beglaubigter Übersetzung verkündet werden.

Die Protokolle der Munizipien sind in ungarischer Sprache abzufassen, sie dürfen aber daneben auch in einer anderen Sprache redigiert werden, sofern dies von zumindest einem Fünftel der Munizipalräte verlangt wird. In den Munizipalversammlungen dürfen jene Mitglieder, deren Muttersprache nicht das Ungarische ist, in ihrer Muttersprache das Wort ergreifen. Die Munizipien dürfen in ihren Eingaben an die Regierung neben dem ungarischen Text spaltenweise eine Übersetzung in einer der Protokollsprachen beifügen. Im Schriftwechsel untereinander dürfen sich die Munizipien nach Belieben der Staatssprache oder ihrer eigenen Protokollsprache bedienen. Die Munizipalbeamten sollen im eigenen Bezirk, im Verkehr mit den Gemeinden, Institutionen und den Parteien und Vereinigungen womöglich deren Sprache gebrauchen.

Der Einzelne darf vor den Gerichten in Angelegenheiten, in denen kein Anwaltszwang besteht, sich seiner eigenen Sprache bedienen. Die Sprache der durch die Regierung zu errichtenden höheren Gerichte ist jedoch ausschliesslich das Ungarische.

Die einzelnen Kirchengemeinden dürfen mit Rücksicht auf die gesetzlich gesicherten Rechte ihrer vorgesetzten Kirchenbehörden die Sprache ihrer Matrikel- und der internen Geschäftsführung selbst bestimmen, wie sie auch die Unterreichtssprache ihrer Schulen innerhalb der durch die Schulgesetze gezogenen Grenzen selbst wählen dürfen.

Die höheren Kirchenbehörden bedienen sich im Verkehr mit der Regierung der ungarischen Sprache, dürfen aber spaltenweise eine Übersetzung in der eigenen Sprache beifügen. Die Unterrichtssprache der von der Regierung errichteten Schulen wird durch diese bestimmt, sie hat aber dafür zu sorgen, dass in jenen Schulen, die sich in Gebieten mit einer grösseren Anzahl fremdsprachiger Einwohner befinden, jedermann sich auch in seiner eigenen Muttersprache bis zu jener Stufe auszubilden in der Lage sei, wo bereits der höhere Universitätsunterricht beginnt. Die Sprache des Universitätsunterrichts ist das Ungarische, doch sind an der Universität für die Sprache und Literatur der einzelnen Nationalitäten, sofern solche noch nicht vorhanden wären, Lehrstühle zu errichten.

Gemeindebeamte haben sich den Einwohnern der Gemeinde gegenüber in Amtsangelegenheiten der Sprache der Gemeinde zu bedienen. Die Gemeinden dürfen in Eingaben an das eigene Munizipium oder an die Regierung die Staatssprache oder ihre eigene Protokollsprache gebrauchen. In Gemeinde- oder Kirchenversammlungen darf sich jedermann ungehindert der eigenen Muttersprache bedienen.

Jeder Staatsbürger, jede Gemeinde und Kirche ist berechtigt, aus eigenen Mitteln Schulen oder sonstige Bildungsanstalten zu errichten, selbstverständlich unter Aufsicht des Staates und unter Achtung der Schulgesetze des Landes. Die Sprache solcher Schulen und Bildungsanstalten wird durch ihre Erhalter bestimmt.

Bei der Anstellung der Beamten soll fortan ihre Befähigung richtunggebend sein. Die nationale Zugehörigkeit soll niemanden daran hindern, zu welchem Amt immer ernannt zu werden, oder jedweden Grad im öffentlichen Dienst zu erreichen, ja, die Regierung hat dafür zu sorgen, dass auch Angehörige der Nationalitäten nach Massgabe ihrer Fähigkeiten und Sprachkenntnisse zu Komitats-Obergespanen ernannt werden.

In keinem Staate der Welt wurde je ein billigeres Nationalitätsgesetz erbracht. Welche Erfolge die ungarischen

Nationalitäten auf Grund dieses Gesetzes im Bereiche der Förderung ihrer Kultur zu erzielen vermochten, werden wir in einem späteren Kapitel darlegen.

Nach dem Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn im Jahre 1867 und nach dem 1868 zustandegekommenen Nationalitätsgesetz trat eine Ruhelage ein, die jedoch von nur kurzer Dauer war. 1903 bestieg Peter Karadjordjević den serbischen Thron und setzte sich die Verwirklichung der grosserbischen Idee, die Vereinigung aller Serben zum Ziel. Die berüchtigte „Schwarze Hand“ begann ihren Kampf, mit russischer Unterstützung setzte in den von Südslawen bewohnten Teilen der Monarchie eine breitangelegte serbische Propaganda ein. Die russisch-serbischen Bestrebungen zur Sprengung Österreich-Ungarns führten schliesslich 1914 den Weltkrieg herbei. Der Krieg wurde für die Einwohner des Banats von schicksalhafter Bedeutung, denn zwei Balkanvölker, die Rumänen und Serben erhoben zu gleicher Zeit Anspruch auf dieses Gebiet. Die Slawen forderten das Banat für die Serben, doch wurde es durch die Ententemächte im Geheimvertrag vom Jahre 1916 Rumänien zugesprochen. 1918 wurde das Banat von den Serben besetzt und bis zur Teilung zwischen Rumänen und Serben durch die Friedensverträge auch besetzt gehalten.

Das üppig-fruchtbare Gebiet der **Bácska** (Komitat Bács-Bodrog) liegt zwischen Donau und Theiss und grenzt im Norden an die Komitate Pest-Pilis-Solt-Kiskun und Csongrád. Zur Zeit der Landnahme der Ungarn wurde es durch den Stamm Botond in Besitz genommen. Die keinen Allodialbesitz bildenden Teile wurden durch Stefan den Heiligen zum königlichen Besitz erklärt, der darauf königliche Domänen gründete, und grosse Schenkungen an Kirchen und Privatpersonen machte. Königliche Burgen waren die Festen Bács und Bodrog, kirchliche Donation z. B. das Bistum Kalocsa, das seinen Sitz zeitweilig in Bács hatte. Aus den beiden Königsburgen wurden später im XIII. Jahrhundert die beiden Komitate Bács und Bodrog gebildet. Das blühende, rein-ungarische Land wurde unter

Béla IV. durch die Tataren verwüstet, doch bald wieder aufgebaut.

Eine mässige Einwanderung von Serben trifft man bereits im XV. Jahrhundert an, doch gab es in beiden Komitaten vor der Schlacht von Mohács 12 Burgen, 28 Marktflecken und 500 Dorfgemeinden, wovon indes nur 35 serbische Einwohner hatten, die Bevölkerung bestand somit zu 95% aus Ungarn.

Die Türken haben die Komitate Bács und Bodrog in verhältnismässig kurzer Zeit gebrandschatzt und verwüstet und die Bevölkerung bis auf kaum 10% ausgerottet. Nach dem Fall von Buda gelangten beide Komitate unter türkische Herrschaft und gehörten zum Paschalik Buda. Unter der Türkenherrschaft geriet die früher hochentwickelte Landwirtschaft in Verfall und die Bevölkerung befasste sich zum grösseren Teil mit Viehzucht, das ehemals so hochkultivierte Land versumpfte und wurde zu wüstem Ödland.

Während der Befreiungskriege (1683—1699) wurden die beiden Komitate wiederholt durch die türkischen und die kaiserlichen Armeen durchzogen. Franz Barkóczy schlug 1686 die Türken bei Zenta. Nach der Eroberung von Buda drangen die christlichen Armeen bis Szeged und Pécs vor und eroberten diese beiden Städte. 1687 brachte Fürst Karl von Lothringen den Türken eine entscheidende Niederlage bei. Die Macht der Türken war gebrochen, nacheinander verloren sie Osijek, Belgrad, Niš und Widdin. 1691 vernichtete Ludwig von Baden die Armee des Grosswesirs bei Slankamen. Sultan Mustafa zog 1697 selbst zur Wiedereroberung Ungarns aus, erlitt aber bei Zenta vom Prinzen Eugen von Savoyen eine entscheidende Niederlage. Gebrochen bat der Sultan um Frieden. Im Sinne des Friedens von Karlowitz (Karlovcı) verzichtete der Sultan mit Ausnahme des Temesköz und Syrmiens auf ganz Ungarn. Die Komitate Bács und Bodrog waren endgültig von den Türken befreit.

Vom Wiener Hof wurde dieses Gebiet als eine eroberte Provinz behandelt, die vertriebenen Ungarn nicht in ihre Heimat zurückgelassen, dagegen die sogenannte neoacquis-

tica commissio zur Überprüfung von Neuerwerbungen eingesetzt. Die Kommission sollte die alten ungarischen Grundbesitzer legitimieren und ihre Besitze jenen zurückerstatten, die ihre Rechte urkundlich nachzuweisen vermochten. Dies konnten aber die wenigsten tun, da während der Türkenkriege auch die Urkunden vernichtet wurden. Angehörigen fremder Nationalitäten wurden jedoch Grundbesitze auch unentgeltlich zugeteilt. 1690 liessen sich auch die Serben unter Führung des Patriarchen Arsen III. Crnojević in den beiden Komitaten nieder.

Karl III. vereinigte die Komitate Bács und Bodrog. Nach dem Befreiungskrieg wurde in einem Teil des Komitats die Theiss- und Donau-Militärgrenze organisiert. Gegen Mitte des XVIII. Jahrhunderts hob Königin Maria Theresia auf Drängen des ungarischen Reichstags die Theiss-Militärgrenze auf, gleichzeitig wurde aber im Donau-Theisswinkel aus dem Komitat Bács-Bodrog der Tschaikisten-Bezirk ausgeschieden (1750) und erst 1873 wieder dem Komitat eingegliedert.

Unterdessen schritt unter Verdrängung der Ungarn die Ansiedlung fremder Nationalitäten: der Serben und Deutschen weiter fort. Die Ansiedlung der Serben erschien weder vom nationalen oder kulturellen, noch auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus als erwünscht, denn sie waren ein unzuverlässiges, arbeitsscheues, unkultiviertes Balkanvolk. Weniger bedenklich erschien die Ansiedlung der Deutschen, obgleich diese gleichfalls die Hintansetzung der Ungarn bedeutete, denn die Deutschen verstanden sich auf den Ackerbau und ihre Kultur und ihre Lebensweise standen den ungarischen Lebensformen näher. Trotz aller Schwierigkeiten, die der Wiener Hof verursachte, nahm auch die Zahl der ungarischen Siedler zu, denn die ungarischen Magnaten brachten Ungarn auf ihre Besitztümer mit und in die Städte kehrten die bürgerlichen Elemente in Massen zurück, so dass die ungarische Bevölkerung von Zenta, Zombor, Ujvidék, Szabadka ständig zunahm. Im Laufe des XIX. Jahrhunderts gewannen ungarische Kultur und ungarische Wirtschaft schrittweise Raum. Durch unga-

risches Wissen und ungarische Arbeit wurden die Sümpfe abgeleitet, auch der Franzenskanal wurde durch zwei geniale ungarische Ingenieure, die Brüder Kiss entworfen. Durch die ungarische Kultur wurde die Bácska zu einem in der ganzen Welt bekannten landwirtschaftlichen Kulturgebiet, zur Kornkammer Ungarns.

Im ungarischen Freiheitskrieg 1848 bot die Wiener Kamarilla die Serben der Bácska gegen die Ungarn auf und Franz Josef erfüllte ihren Wunsch, indem er aus der Bácska und dem Banat eine serbische Woiwodina organisierte. Die aufständischen Serben wurden im Freiheitskrieg durch die ungarische Honvéd bei Szenttamás und Hegyes geschlagen.

1860 gelangte die Bácska an das Mutterland zurück. Nach dem Ausgleich setzte in der Bácska eine Periode des Aufstiegs ein und die Bevölkerung wies an Kultur und Wohlstand ohne Unterschied der Nationalität rasche Fortschritte auf.

1918 brach die Monarchie zusammen und das gesamte Komitat Bács-Bodrog wurde durch serbische Truppen besetzt. Durch den Friedensdiktat von Trianon fielen vier Fünftel des Komitats, ein Gebiet von 8.150 Quadratkilometer, an Jugoslawien, nur ein Fünftel verblieb mit der Stadt Baja und Umgebung, die von den Serben evakuiert wurden, beim Mutterland. Im April 1941 wurde die gesamte Bácska durch die ungarische Honvéd zurückerobert.

Vom Komitat **Baranya** wurden 1.143 Quadratkilometer Jugoslawien angegliedert, nur um diesem Lande in Westungarn eine Brückenkopfstellung zu sichern. Auch dieses Komitat wurde bereits bei der Landnahme durch die Ungarn besetzt. Stefan der Heilige gründete in Pécs ein Bistum. Aus Eszék (Osijek) führte ein wichtiger Verkehrsweg nach Buda über das Komitat Baranya und das Komitat wurde dadurch wirtschaftlich wesentlich gefördert. Pécs wurde auch zu einem bedeutenden Kulturzentrum, hier wurde die erste ungarische Universität 1367 durch König Ludwig den Grossen errichtet. Unter König Matthias

zählte das Komitat 920 blühende Gemeinden und 540 Grundbesitzer. 1526 eroberten die Türken auch Pécs und schlossen es mit dem ganzen Komitat dem Paschalik von Nagykanizsa an. Das Komitat wurde erst 1689 von der Türkenherrschaft befreit. Während der Türkenzeit ging die Zahl der ungarischen Bevölkerung stark zurück und in den entvölkerten Gebieten siedelten sich Bunjewatzen, Schokatzen und Serben an. Nach der Vertreibung der Türken machte hier Kaiser Leopold I. Deutsche ansässig.

Nach dem Weltkrieg 1914—18, in den ersten Novembertagen 1918 besetzten die Serben den grössten Teil des Komitats und auch die Stadt Pécs. Die Sicherheit der Person und des Vermögens hörte auf und das Ungartum musste die schwersten Ausschreitungen erdulden. Die Friedenskonferenz setzte am 26. Februar 1919 die Grenze zwischen Ungarn und Jugoslawien fest. Die Serben hätten danach Pécs, Mohács und den grössten Teil des Komitats evakuieren müssen, sie zogen aber auch nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Ungarn am 4. Juni 1920 nicht aus. Zwei und dreiviertel Jahre trieben sie ihr Unwesen in der Baranya, bis endlich im August 1921, die Entente die Evakuierung von Pécs und der Baranya verfügte. Am 21. August rückte die Honvéd nach Pécs ein. Der südöstliche Teil des Komitats wurde im April 1941 befreit.

Die **Murinsel** — auf ungarisch Muraköz (Zwischenmurland) genannt — liegt im Südwesten Ungarns, zwischen den Flüssen Drau und Mur und wird im Westen durch zwei Bäche begrenzt, die am Fusse der steirischen Berge und des Hügellandes der Murinsel dahinfließen. Zur Zeit der Landnahme der Ungarn (s. J. Muravölgyi: „Muraköz és a horvátok“) wurde der sogenannte „Avarenring“ zwischen Drau, Mur und Raab, somit auch die Murinsel von Volkssplittern des pannonisch-avarisch-slawnischen Stammes bewohnt, die Murinsel allerdings war nur sehr dünn bevölkert, denn dieses Gebiet wird unter den Avaren und auch später noch als kaum bewohnt bezeichnet. Der innere Teil bestand zu jener Zeit aus einem tief gelegenen,

moorigen Waldgebiet, das durch die alljährlich aus ihren Ufern tretenden Flüsse Mur und Drau und durch den Ternava-Bach gespeist wurde, und für Siedlungs- und Kulturzwecke ungeeignet war. Erst nach und nach wurde die Murinsel durch ihre ungarischen und zeitweilig deutschen Herren im Laufe der Jahrhunderte mit ihren ungarischen, deutschen, slawonischen Kriegern und Leibeigenen bevölkert, und durch diese neuen Siedler entwässert und die Moraste und Wälder in Kulturboden umgewandelt. Es gab Jahrhunderte, in denen die Bevölkerung der Murinsel in der Mehrzahl aus Ungarn bestand. Im XVI. Jahrhundert findet man folgende ungarische Ortsnamen in der Murinsel: Csáktornya, Stridó, Belica, Nedőce, Kotori, Szerdahely, Ujudvar, Légrád, Szenicze, Perlak, Szentmihály, Szentgyörgy, Hódos, usw. Die Namen der damaligen Seelsorger lauteten: Forgács, Kanisai, Sutták, Harcán, Dubinszky, Lenth, Horváth, Vimicsay, Serény, Kálmántsei, Schemtei, Somogyváry, usw.

Das von den Türken bedrängte Slawonenvolk siedelte später, besonders zur Zeit der Zrinyi, aus den Gebieten jenseits von Drau und Save in so grosser Zahl nach der Murinsel über, dass die ungarische und deutsche Bevölkerung der Gegend im Slawonentum aufging. Andererseits übertrug auch die seit Jahrhunderten in der Murinsel lebende ungarische Bevölkerung ihre sprachlichen und ethnographischen Eigenheiten auf die frühere und auch auf die später eingewanderte slawonische Bevölkerung. Es ist daher nur zu verständlich, wenn die Bevölkerung der Murinsel, die im Laufe der Jahrhunderte zu einer ethnischen Einheit verschmolzen ist, und auch in ihren sprachlichen Eigenheiten und Gebräuchen einheitlich ist, sich gegenwärtig weder für kroatisch, noch für slawonisch, weder für ungarisch noch für deutsch hält, wie auch ihre slawonische Sprache heute noch stark mit ungarischen, deutschen und lateinischen Wörtern durchsetzt ist.

Die Murinsel hat weder vor der ungarischen Landnahme, noch seither je zu jenem Gebiet zwischen Drau und Save gehört, die in alten Zeiten Slawonien, Slowakenland,

später Kroatien genannt wurde. Die Drau war stets der Grenzfluss zwischen diesem Land und Ungarn. Die Tatsache, dass die Murinsel bis zur Zeit des Vordringens der Türken stets zu Ungarn gehörte, wird nicht einmal von den jugoslawischen Historikern bestritten.

Nach dem traurigen Ende des ungarischen Freiheitskrieges von 1848—49 verlangte der kroatischen Ban Jelačić vom Wiener Hof, man möge die Murinsel, in die die Kroaten 1848 eingefallen waren, bei Kroatien belassen. Der Wiener Ministerrat beschloss in seiner Sitzung vom 19. Dezember 1849, die Murinsel provisorisch, bis die Frage von der zuständigen Gesetzgebung entschieden wird, in kroatischem Besitz zu belassen. Selbst nach der Niederlage der Ungarn hielten es demnach weder der Kaiser noch die Wiener Regierung für zulässig, die Murinsel auf Wunsch der Kroaten vom ungarischen Staatskörper endgültig loszulösen. Der erwähnte Ministerratsbeschluss trägt die Nummer 8.434/1849. Als 1860 der Absolutismus sein Ende fand und die Komitate wieder selbst ihre Beamten wählten, weigerte sich das kroatische Komitat Varašdin, Beamte für die Murinsel zu wählen, und begründete die Weigerung damit, dass „die Murinsel bisher gesetzlich nicht zu Kroatien gehörte“. Die Beamten für die Murinsel wurden in der Munizipalversammlung des Komitats Zala, am 15. Februar 1861 in Zalaegerszeg gewählt. Die Murinsel erhielt somit von jenem Komitat seine Beamten, dem es tausend Jahre hindurch angehört hatte.

Der grosse ungarische Staatsmann Franz Deák führte 1861 als Antwort auf ein Rundschreiben des Komitats Zagreb Folgendes aus: „Es gibt keinerlei Beweise dafür, dass Kroatien in älteren Zeiten die Murinsel tatsächlich besessen hätte, aber diese gehörte zweifellos seit Jahrhunderten Ungarn an, wie dies auch von Kroatien anerkannt wird. Während der letzten Jahrhunderte hätte Kroatien genügend Gelegenheit gehabt, seine Forderungen in Bezug auf die Murinsel, sei es im Reichstag, sei es vor dem Herrscher, geltend zu machen, was es jedoch niemals tat, und solche Forderung auch im Reichstag niemals vor-

brachte, sondern die Rechte Ungarns bzw. die Munizipalrechte des Komitats Zala über die Murinsel stets respektierte. Was hat nun grösseres Gewicht: ein solcher Besitz, oder jene 12 Jahre (1849—1861), auf die sich das Komitat Zagreb beruft?“

Auch diese Antwort Franz Deáks liefert den klaren Beweis dafür, dass die Murinsel stets Ungarn, bzw. dem Komitat Zala angehört hat. Dennoch hat am 3. November 1918 inmitten der Wirren der allgemeinen Waffenstreckung das um Varašdin versammelte jugoslawische Militär den Einfall in die Murinsel über die Draubrücke von Varašdin versucht, doch wurde es durch die bewaffneten Einwohner der Murinsel, mit etwas Unterstützung seitens des ungarischen Militärs wieder vertrieben.

Die zwischen Ungarn und dem neuen Staate S. H. S. abgeschlossene Belgrader „Militärkonvention“ vom 13. November 1918 bezeichnete den Drauffluss als die Demarkationslinie zwischen Ungarn und dem neuen Staat S. H. S. Die Jugoslawen haben jedoch das Abkommen gebrochen: am 24. Dezember überschritten jugoslawische Truppen die Drau, marschierten in Csáktornya ein und besetzten die ganze Murinsel.

Das Volk der Murinsel hielt während der 22-jährigen Jugoslawenherrschaft seine Beziehungen zum Komitat Zala und dem tausendjährigen ungarischen Vaterland aufrecht, nicht nur, weil es seelisch stets zu Ungarn gehörte, aber in erster Reihe als Folge der unauflösbaren wirtschaftlichen Bande, die es mit dem Komitat Zala verknüpften. In der Murinsel gibt es über 10.000 Grundbesitzer, die Weingärten und sonstige Gründe auch im Komitat Zala besitzen, doch gibt es auch sonstige wirtschaftliche Interessen, durch die die Bevölkerung der Murinsel mit dem Komitat Zala verbunden ist. Von der Jugoslawenherrschaft wurde die Murinsel im April 1941 befreit.

Die **Murgegend** (Prekomurje) liegt zwischen Mur und Raab und wird nach ihrer wendischen Bevölkerung auch Wendenland genannt. Dieses Gebiet wurde durch das

Friedensdiktat von Trianon von den Komitaten Zala und Vas losgelöst. Seit den Zeiten Stefan des Heiligen bildete dieses Gebiet einen integrierenden Teil Ungarns (S. Alexander Mikola: „Vergangenheit und Gegenwart des Wendenvolkes“ in ungarischer Sprache). Vom ethnischen Gesichtspunkt aus war das Ländchen niemals einheitlich, denn es wurde von jeher durch Ungarn und Wenden gemischt bewohnt. Durch eine lange Reihe historischer Daten wird bestätigt, dass die Mehrheit des Wendenvolks schon seit dem XIII. Jahrhundert die ungarische Sprache beherrschte und dass ihre Kultur die ungarische war. Das beweisen die im XIV. Jahrhundert erbauten Kirchen von Tótlak, Bántornya, Mártonhely, Muraszombat und ihre Fresken, die neben Szenen aus der Bibel solche aus dem Leben ungarischer Heiliger, wie St. Stefan, St. Emmerich, St. László und St. Elisabeth darstellen. Während der Türkenherrschaft sandte der Pascha von Kanizsa den Vorständen der wendischen Gemeinden Verfügungen in ungarischer Sprache zu. Zahlreiche kirchliche Protokolle und Akten aus der Zeit der Reformation und Gegenreformation beweisen, dass die Seelsorger in dieser Gegend in ungarischer Sprache predigten, die Parteien durch die kirchlichen Behörden in ungarischer Sprache vernommen wurden, dass in kirchlichen Versammlungen die Wenden sich der ungarischen Sprache bedienten. Die unmittelbarsten Dokumente der ungarisch-wendischen Lebensgemeinschaft sind die Familiennamen: ein bedeutender Teil der Wenden trägt ungarische Zunamen. Der am häufigsten vorkommende Name dieses Gebiets ist Kardos, was darauf hinzuweisen scheint, dass die Wenden sich bereits unter den Königen aus dem Hause Árpád mit den ungarisch-rassigen Grenzern vermischt haben.

Die Zugehörigkeit dieses Gebiets war tausend Jahre hindurch niemals strittig. Dennoch stellten die Jugoslawen nach dem Zusammenbruch der Monarchie, auf Befehl eines Hauptmanns Jurišić eine 200 Mann starke Truppe zusammen, die mit Kavallerie, Maschinengewehren und Artillerie ergänzt wurde, am 26. Dezember 1918 in das

Wendenland einfiel und am nächsten Tag bis zum Hauptort des Gebiets Muraszombat vordrang.

Im Geheimen organisierte sich jedoch das Wendenvolk und griff unter der Führung von Vinzenz Bednyák in den frühen Morgenstunden des 2. Januar 1919 die jugoslawischen Truppen an. Die Schlacht hielt im Inneren der Stadt Muraszombat und in ihrer nächsten Umgebung bis in die Nachmittagsstunden an und endete damit, dass es der kleinen Truppe von Wenden gelang, die Jugoslawen vollständig zu zerstreuen.

Die Schlacht von Muraszombat blieb nicht ohne Folgen. Eine führende Persönlichkeit der slowenischen Regierung erklärte, Jugoslawien habe das Wendenland nicht nötig. Dieser Schlacht ist es auch zuzuschreiben, dass der Oberste Rat und die Territoriale Kommission in ihrem Beschluss vom 12. Mai 1919 die Ansprüche der Jugoslawen auf das Wendenland abwiesen.

Aus einer auch in Druck erschienenen Schrift des jugoslawischen Delegierten der Pariser Friedenskonferenz Ivan Zolger erfuhr man, dass „das Wendenland niemals unter jugoslawische Herrschaft gelangt wäre, wenn nicht die französischen Delegierten und Experten den Jugoslawen ständig an die Hand gegangen wären“ und wenn „Tardieu die Beschlüsse des Obersten Rates nicht wiederholt eigenmächtig zugunsten der Jugoslawen verfälscht hätte“, ein Verfahren, worüber er „mit den Vertretern anderer Grossmächte oft in heftigen Konflikt geriet“. Der offizielle Delegierte der jugoslawischen Regierung an der Friedenskonferenz von Paris bestätigt somit schriftlich, dass das Wendenland durch den Obersten Rat Ungarn zuerkannt wurde, dass aber dieser Beschluss durch Tardieu eigenmächtig abgeändert und derart formuliert wurde, dass die Wenden Jugoslawien angegliedert wurden. Durch diese Fälschung erlangten also die Jugoslawen die Zustimmung zur Besetzung des Wendenlandes, die am 12. August 1919 vollzogen wurde.

Im dritten Jahre der Jugoslawenherrschaft zog das gesamte Wendenvolk am 19. und 20. September 1921

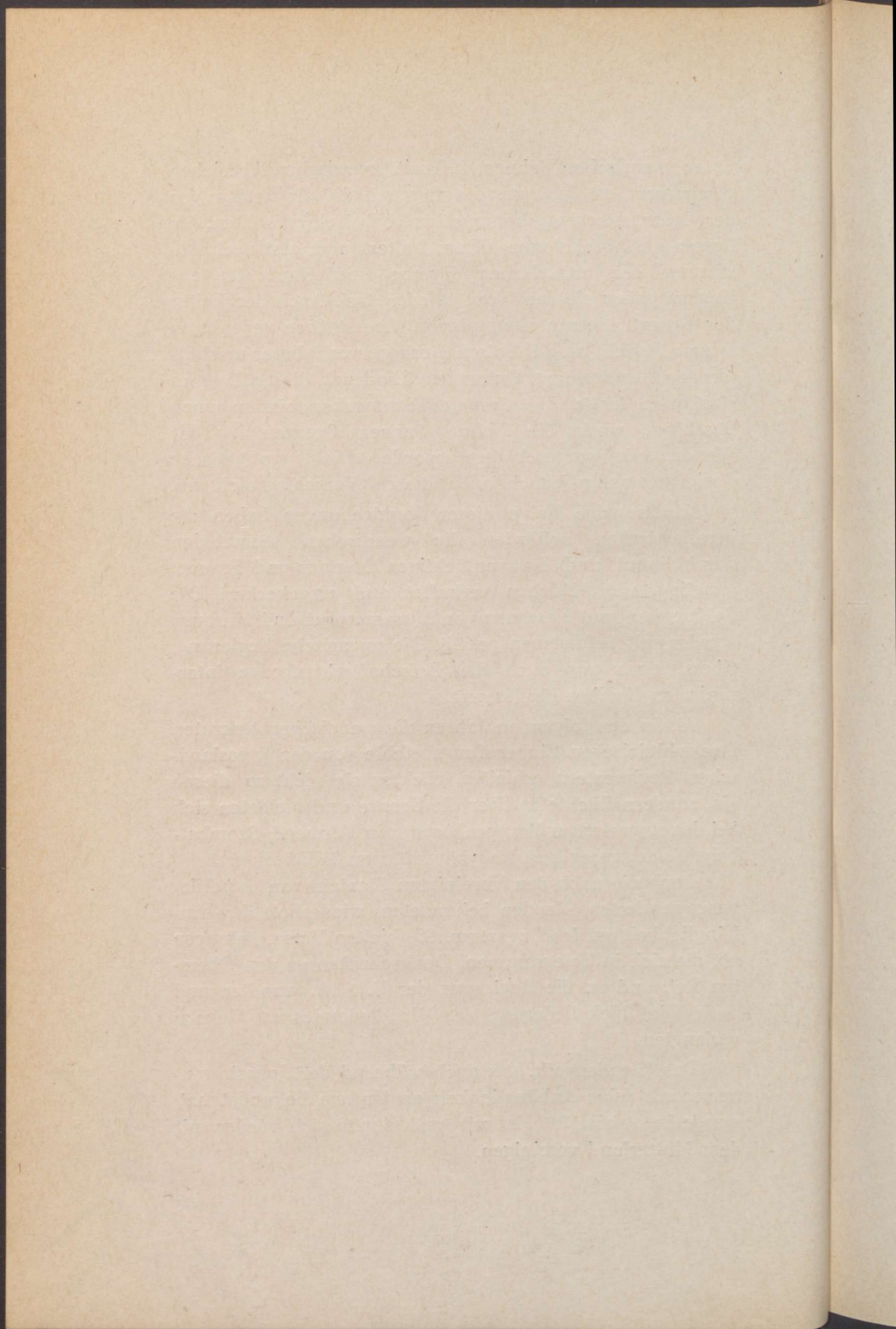
unter ungarischen Fahnen und mit ungarischen Abzeichen geschmückt, an der Strasse auf, durch die die Kraftwagen der Grenzfestsetzungskommission vorbeifahren sollten. Sie liessen die Autokolonne öfters halten und erst nach Absingung der ungarischen Hymne und Hochrufen auf Ungarn gaben sie den Weg wieder frei. Auch der Leiter der Grenzfestsetzungskommission Oberst Cree gedenkt in seinem Bericht an die Botschafterkonferenz dieser erschütternden Kundgebung. Unter dem Eindruck dieser Demonstrationen fasste die Grenzfestsetzungskommission einen Beschluss, worin die Ziehung neuer Grenzen für das Wendenvolk vorgeschlagen wurde. Die jugoslawische Regierung nahm jedoch auch diesen Vorschlag nicht an.

Als traurige Folge dieser Kundgebungen haben die jugoslawischen Behörden die wendischen Gemeinden durchkämmt, und die verdächtigen Männer und Frauen, Jünglinge und Mädchen verhaftet und eingekerkert. Die Gefängnisse und Kasernen von Muraszombat und Marburg wurden mit Gefangenen gefüllt. Die ungarische Regierung, Oberst Cree und auch die Botschafterkonferenz intervenierten für ihre Freilassung.

Als in den folgenden Jahren die wendischen Rekruten ihre militärischen Einberufungsbefehle von den jugoslawischen Regimentern erhielten, rückten sie nicht zu diesen ein, sondern flüchteten über die Grenze und meldeten sich bei den ungarischen Truppenkörpern in Körmend, Szombathely, Zalaegerszeg und Nagykanizsa zum Militärdienst.

Auch die nach den Vereinigten Staaten von Amerika ausgewanderten Wenden bekundeten wiederholt ihre Anhänglichkeit an das Ungartum. Sie hielten Versammlungen ab, die sich in Telegrammen, Denkschriften an den Obersten Rat, und an die Regierung der U. S. A. wandten und darin die Rückgliederung des Wendenlandes an Ungarn verlangten.

Das Wendenvolk, das auch während der Jugoslawenherrschaft seine Anhänglichkeit an Ungarn bekundet hat, wurde im April 1941 befreit und durfte sich wieder mit dem Mutterland vereinigen.



II. Kampf des Illyrismus und der gross-serbischen Idee.

Eine Betrachtung der Geschichte jener Völker und Volksstämme, Länder und Provinzen, aus denen Jugoslawien entstanden war, bestätigt nicht bloss unsere Feststellung, dass sich diese Jahrhunderte hindurch gegenseitig zu unterjochen suchten und voneinander durch vielseitige, schärfste Gegensätze getrennt waren; darüber hinaus wird dadurch auch die Behauptung bestätigt, dass sich diese Nationen und Länder, Volksstämme und Provinzen hinsichtlich ihres geschichtlichen Werdens, dann auch was Religion, Kultur und Lebensformen anbelangt, voneinander grundverschieden entwickelt haben. Es war in höchstem Masse ungerecht und sinnlos, diese verschiedenen Volksgruppen in die jugoslawische Einheit hineinzuzwängen und einen der Entwicklung unfähigen, mosaikartigen Staat zu gründen. Selbst die beiden, an dieser Staatsbildung am meisten interessierten Völker: Kroaten und Serben hegten über die Schaffung der südslawischen Einheit entgegengesetzte Auffassungen, und daraus ist jener schwere historische Konflikt entstanden, der letzten Endes zum Untergang Jugoslawiens und der südslawischen Einheit führen musste.

Schon im Mittelalter haben alle drei südslawischen Völker, die Serben, Bosniaken und Kroaten Versuche zur Schaffung der südslawischen Einheit unternommen, doch beruhten diese sämtlich auf Vormachtbestrebungen und sollten mit der Waffe verwirklicht werden. Diese Zielsetzung vermochte keines der drei Völker zur Gänze zu verwirklichen. Während der Türkenherrschaft vermochten sie freilich an derartigen Plänen nicht weiterzuschmieden,

denn ihr nationales Dasein war bedroht, sodass sie einzig vom Wunsch. beseelt waren ihre Freiheit und Unabhängigkeit wieder zu erlangen. Als es dann in der Tat zur Befreiung gekommen war und die südslawische Idee sich neuerlich zu regen begann, nahm sie wieder die frühere Gestalt an: die Kroaten träumten von Grosskroatien, ebenso wie die Serben von Gross-Serbien. Zwei Geistesströmungen, zwei politische Zielsetzungen liefen nebeneinander her, die sich nie miteinander zu verbinden vermochten und erst durch die Pariser Vorortdiktate vorübergehend in den Dienst eines Staates gezwängt wurden. Doch selbst in diesem Rahmen verfolgten sie noch verschiedene Wege, um sich schliesslich in verhängnisvoller Weise voneinander zu entfernen.

Von diesen politischen Zielsetzungen trat am frühesten die grosskroatische Bewegung in der Form des Illyrismus zum Vorschein.

Kroatien stand zu Ungarn in Verhältnis eines sog. Nebenlandes. Nach dem ungarischen Staatsrecht bildete Kroatien einen integrierenden Teil des Stephansreiches, jedoch nicht als Provinz, sondern als „Nebenland“. In diesem Rahmen hat der kroatische Nationalstaat bestanden, mit kroatischer Landwehr und kroatischer Kommandosprache; mit kroatischer Verwaltung, einem besonderen vom König von Ungarn ernannten kroatischen Ban an der Spitze; mit dem kroatischen Landtag (Sabor), dessen Delegierte zugleich Mitglieder des ungarischen Reichstages waren. Aus diesem Nebenlandverhältnis sind zahlreiche staatsrechtliche Streitfragen entstanden, denn beide Nationen wachten ängstlich über ihre eigenen verfassungsmässigen Rechte. Besondere Störungserscheinungen sind aus diesen staatsrechtlichen Meinungsverschiedenheiten kaum entstanden, solange nicht am Horizont zunächst die illyrische und später die jugoslawische Idee erschienen waren.

Der Gedanke des Illyrismus reicht in die napoleonischen Zeiten zurück. Napoleon, um das von ihm verhasste Österreich zu schwächen und zugleich Italien einen Hieb

zu versetzen, hatte das kurzlebige Illyrien geschaffen, das aus der Krain, Kärnten, Dalmatien, Istrien und Kroatien hätte bestehen und somit eigentlich ein Grosskroatien sein sollen, ein Staat der katholischen und westlich orientierten Südslawen. Nach dem Sturze Napoleons war Metternich freilich mit allen Mitteln bestrebt, selbst den Gedanken des Illyrismus zu ersticken. Dieses Bestreben war indessen vergeblich, denn die Zielsetzung, eine Idee lässt sich, zumal wenn sie sich in einer lebenden Nation, in ihrem erwachenden geistigen Bewusstsein festgesetzt hat, kaum je ausrotten. Man vermag sie wohl vom offenen Schauplatz der Politik durch Polizei, Bajonette, oder Gefängnis zu verdrängen, sie wird sich trotzdem, besonders in Kreisen der Intelligenz, in vertraulichen privaten Zusammenkünften, am Leben erhalten. So sollte es auch der wiedererwachten Idee des Illyrismus ergehen. Sie lebte insbesondere in den Salons und geheimen Korrespondenzen des kroatischen Hoch- und Landadels, sowie des Klerus weiter. In den grossen kroatischen Massen waren ihre Zielsetzungen aber zu jener Zeit noch nicht wahrnehmbar. Überhaupt herrschte in Kroatien zu jener Zeit noch das Lateinische als Amtssprache, in den höheren Schichten wieder bediente man sich der deutschen Verkehrssprache. Den führenden Persönlichkeiten des übrigen Slawentums sagte der Illyrismus natürlich nicht zu, denn diese erblickten darin eine Art von Latinismus, römischen Geist und katholische Machtbestrebungen. Tatsächlich erhielt aber der zielbewusste kroatische Nationalismus den ersten Anstoss von der illyristischen Bewegung.

Aus dem Illyrismus ging somit die kroatische Nationalidee mit betont slawischem Charakter hervor. Als 1848 die Stunde der allgemeinen europäischen Revolution schlug, erwachte auch der Illyrismus zu neuem Leben. Diese Bewegung bestand bis dahin in sehnstüchtiger nationaler Träumerei, ohne bestimmte Formen anzunehmen; jetzt wurde sie aber von Wien aus angefacht, und bewusst zu einer gegen Ungarn gerichteten Idee der unabhängigen kroatischen Eigenstaatlichkeit gestaltet.

Österreich warf mit fremder Hilfe den ungarischen Freiheitskampf nieder und nachher wurde auch die autonome kroatische Staatsidee von Bach unterdrückt. Trotzdem lebte der kroatische Nationalgedanke weiter, doch blieb darin für die Serben kein Platz mehr übrig. Eine jugoslawische Idee hat es damals noch nicht gegeben und somit ist die Behauptung unrichtig, wonach der Illyrismus zugleich als Vorläufer des Jugoslawismus gelten sollte.

Der erste ernstgesinnte Kroat, der auf slawischer Grundlage, doch erst noch in unbestimmter Form die Vereinigung mit dem Serbentum verkündete, war der deutschnamige Bischof von Djakovar Strossmayer. Er dachte auch an eine Vereinigung und politische Zusammenarbeit mit den Serben, jedoch in der Form, diese zugleich für die Kultur des westlichen Christentums zu gewinnen. Der Strossmayer'sche Plan glich weniger einer praktischen Politik mit jugoslawischem Programm, als einem blossen slawophilen Wunschtraum. Gerade darum vermochte er weder bei den Serben, noch bei den Kroaten tiefere Wurzeln zu fassen: bei den Serben aus dem Grunde, weil seine Annahme eine Trennung vom Prawoslawentum bedeutet hätte und bei den Kroaten darum, weil sie darin eine übertriebene Annäherung an die Serben erblickten. Kroatischerseits fand die Idee des Illyrismus fast nur in literarischen Kreisen und in jenen der Wissenschaft grösseren Anklang.

Ante Starčević verstand es als erster, die kroatischen Nationalbestrebungen politisch und juristisch zu formulieren. Als echter Jurist kannte er nur eine nationale Politik, die ausschliesslich auf das kroatische Staatsrecht gegründet war, darum nannte er auch seine Partei die „Kroatische Rechtspartei“. Den Ungarn war Starčević nicht wohlgesinnt, ebensowenig den Österreichern und den Serben; die geschichtliche Verbundenheit und den Ausgleich Kroatiens mit Ungarn lehnte er ab. Von den Rechtsgrundlagen der Vergangenheit behielt er lediglich die Anerkennung der Habsburger als legitimer Könige Kroatiens und war nur mit ihnen zu unmittelbaren und rechtmässigen Verhand-

lungen bereit. Diese entschieden kroatische Politik Starčević' gewann ihm die breiten Schichten des kroatischen Volkes und war auch auf die spätere Entwicklung der kroatischen Politik von tiefgreifender Wirkung.

Die Kroaten interessierten sich stets nur für die kroatische Nationalpolitik, für die Idee der Vereinigung mit dem Serbentum hatten sie nie viel übrig. Die Idee von der südslawischen Einheit lebte wohl auch in Kroatien fort, doch eher nur in der Literatur und blieb auf einige panslawistisch veranlagte Träumer beschränkt. Ludwig Gaj verkündete seinen Illyrismus im Zeichen der südslawischen Einheit, bildete auch eine politische Partei, doch vermochten seine Zielsetzungen die kroatische Volksseele nicht zu durchdringen. Eine grosse Kluft zwischen Serben und Kroaten bildete auch die Kirchenfrage, da ja die Kroaten überzeugte Katholiken, als solche aufrichtige und begeisterte Träger der westlich-lateinischen Kultur sind, so dass sie sich seelisch nie mit dem, durch Byzanz beeinflussten serbischen Geist zu verständigen vermochten.

Die jugoslawische Idee wurde in Kroatien nicht von kroatischer Seite, sondern durch die dortigen Serben verbreitet. Die ungemein geschickte Politik Belgrads verhalf in Kroatien vor dem Weltkriege der serbisch-kroatischen Koalition zur Macht, und dadurch wurden dem Jugoslawismus Tür und Tor geöffnet. Im Laufe des Weltkrieges verstand es dann die unterirdisch unermüdlich tätige gross-serbische Politik, sich einzelne kroatische Persönlichkeiten zu gewinnen, die in der Folge der jugoslawischen Idee dienten und bei der Bildung des jugoslawischen Staates mithalfen. Als diese kroatischen Politiker, unter ihnen Dr. Anton Trumbić sich davon überzeugten, dass die Serben nicht die Verwirklichung der südslawischen Einheit, sondern des gross-serbischen Traumes anstrebten, schreckten sie nicht davor zurück, dem zweideutigen und falschen Jugoslawismus aufs schärfste entgegenzutreten. Die irregeführten und getäuschten kroatischen Politiker unterstützten den Jugoslawismus, somit nur für sehr kurze Zeit und sie taten dies selbst dann mit dem Hintergedanken, in dem zu

schaffenden südslawischen Staat die Lenkung an sich zu reißen und dessen geistige Führer zu sein. Sehr früh mussten sie dann der Wahrheit innwerden, dass diese Hoffnungen sich als haltlos erwiesen, da die gross-serbische Idee siegreich wurde und nicht das auf die Gleichberechtigung der südlichen Slawenvölker aufgebaute Südslawien zustande kam, sondern sie selbst den gross-serbischen Bestrebungen zur Herrschaft verhalfen. Nach kurzlebiger Zusammenarbeit setzte nun ein verbissener Kampf zwischen dem kroatischen und dem gross-serbischen Gedanken ein, doch wusste der letztere vorübergehend die kroatischen Nationalbestrebungen aus dem Felde zu schlagen.

Die gross-serbische Idee war Anfang des XIX. Jahrhunderts entstanden; ihr Begründer war der Vater der serbischen Literaturreform, Vuk Karadžić (1787—1864). Die Anhänger der gross-serbischen Idee behaupten, dass es auf dem Balkan und in den angrenzenden Teilen Mitteleuropas nur eine slawische Nation gebe, das Serbentum. Selbst die katholischen Kroaten und die moslemischen Bosniaken werden von ihnen als Serben betrachtet. Die Verwirklichung dieser gross-serbischen Idee bildete seit der Befreiung Serbiens Hauptziel. Natürlich schwebte dem Serbentum hierbei nicht die südslawische Einheit, sondern der Ausbau der eigenen Hegemonie vor Augen. Ernste Formen und auch ansehnliche Kraft erhielt dieser gross-serbische Gedanke, als Russland sich hinter Serbien gestellt und sich dort im Interesse der Verwirklichung der grossen panslawischen Ziele eine Brückenkopfstellung ausgebaut hat. Letzten Endes suchen beide: der Panslawismus und die gross-serbischen Bestrebungen die Doppelmonarchie zu zertümmern. Sowohl Russland, als auch Serbien waren sich darüber klar, dass die panslawistischen, bzw. die gross-serbischen Bestrebungen nur dann restlos verwirklicht werden können, wenn Österreich-Ungarn vernichtet wird. Russland selbst schiedete im Hintergrund an seinem Werk und schob Serbien in die vorderste Reihe, um ganze Arbeit zu leisten. Diese Wendung setzte 1903 mit aussergewöhnlicher Wucht ein. Damals bestieg in Serbien Peter I. den Thron, der die Ver-

wirklichung des gross-serbischen Gedankens zu seinem politischen Programm machte. Er besass zwei mächtige Helfer. Der eine war Nikola Pašić, Schöpfer des jugoslawischen Staates und stärkster Vorkämpfer der gross-serbischen Idee. Als geschickter, wiewohl nach völlig balkanischen Methoden arbeitender Diplomat wusste er die gross-serbische Idee in die russische Aussenpolitik einzuordnen und dadurch sollte es ihm auch gelingen, diese Idee zu verwirklichen. Der andere Faktor, dem bei der Entstehung des gross-serbischen Staates eine entscheidende Rolle zufiel, war die berüchtigte „Schwarze Hand“. Diese unterirdische revolutionäre Organisation trat seit 1903 aggressiv in den Vordergrund der serbischen Politik. Wie im Abschnitt „Serbien“ darauf hingewiesen wurde, bildete die „Schwarze Hand“ einen Staat im Staate und mit ihren balkanischen Machenschaften stellte sie die Verkörperung der gross-serbischen Zielsetzungen dar, die sie auch durchzuführen wusste. Die Tätigkeit dieser Organisation widersprach natürlich von Grund auf sowohl dem träumerischen kroatischen Illyrismus als auch den Nationalbestrebungen Kroatiens. Sie kämpfte nicht um die südslawische Einheit, sondern um Gross-Serbien und wusste dieses Ziel auch restlos zum Siege zu führen.

Die „Schwarze Hand“ war eine revolutionäre Organisation und verfolgte ausgesprochen das Ziel, die Vereinigung sämtlicher Serben auf den Trümmern der Doppelmonarchie herbeizuführen. Zur Verwirklichung dieser Zielsetzung knüpfte sie mit allen jenen Ländern, Völkern, Vereinigungen und sogar Privatpersonen Verbindungen an, die Serbien und den serbischen Bestrebungen freundschaftlich gesinnt waren. Der Sitz der obersten Leitung befand sich in Belgrad; ihr oblag die Durchführung sämtlicher Beschlüsse und ihre Mitglieder rekrutierten sich nicht bloss aus den Delegierten der serbischen Lokalorganisationen, sondern auch aus denen der Provinzen und Gebiete mit serbischer Bevölkerung, als: 1. Bosniens und der Herzegowina, 2. Montenegros, 3. Altserbiens und Mazedoniens, 4. Kroatiens, Slawoniens und Syrmiens, 5. der Vojvodina (Bácska,

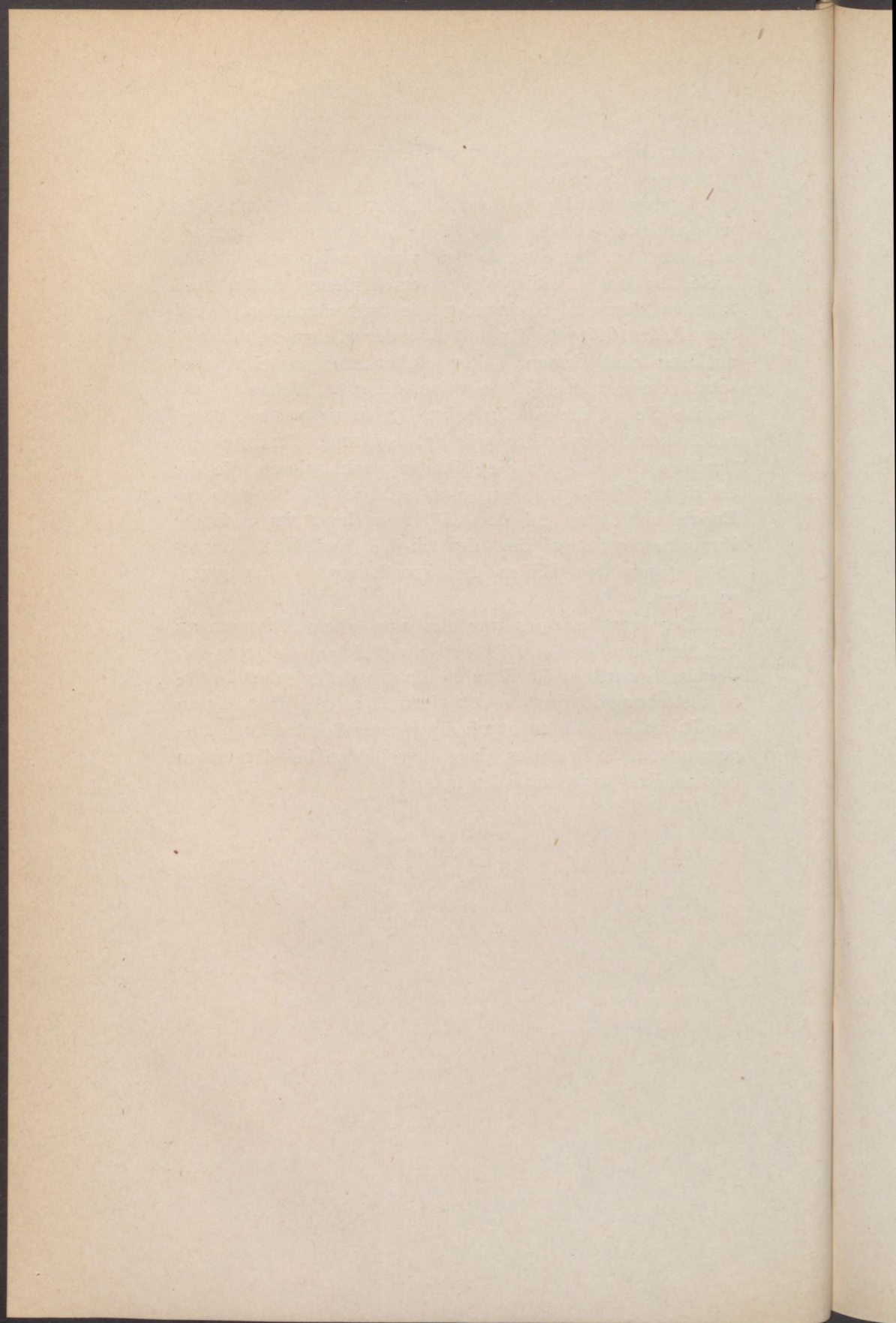
Banat) und 6. des Küstenlandes. Die „Schwarze Hand“ konnte über die „Narodna Odbrana“ sehr weite Gebiete erfassen. Die Bewegung hatte nicht bloss in Belgrad, sondern auch in Zagreb, Laibach und Sarajewo ihre Hauptsitze und errichtete überdies zahlreiche Zweigstellen, so u. a. in Tuzla, Mostar, Trebinje und Banjaluka. In diese Organisationen wurden nicht nur Angehörige der älteren Generation, sondern sogar Gymnasialschüler einbezogen. Auch Pašić selbst war über die Tätigkeit der „Schwarzen Hand“ wohl unterrichtet, so dass man ruhig die Behauptung wagen darf, ganz Serbien sei eine einheitliche revolutionäre Organisation gewesen. Durch die „Schwarze Hand“ wurden auch die Banden der Komitadschis organisiert, die häufig Einfälle nach Mazedonien unternahmen und dadurch 1912—13 den Balkankrieg provozierten, dann folgte die Ermordung Franz Ferdinands, durch die der Kriegsausbruch erzwungen und somit die Verwirklichung der gross-serbischen Idee gefördert wurde.

Der gross-serbischen Idee haben somit nicht bloss einzelne Politiker oder Dichter und Schriftsteller gedient, wie dem Illyrismus, sondern die Gesamtheit des serbischen Volkes. In der Idee des Gross-Serbentums liess sich das gesamte serbische Volk organisieren. In der „Schwarzen Hand“ und der „Narodna Odbrana“ waren die Offiziere des Heeres ebenso heimisch, wie die gesamte Bevölkerung der serbischen Dörfer unter der Führung ihrer Popen und Lehrer. In den Organisationen der Komitadschis taten sich zumeist die serbischen Bauersleute vom Lande hervor, im „Slovenski Jug“ war die serbische Jugend, der Handelsstand, die Politik und Wissenschaft gleichermassen vertreten, ebenso unter dem Deckmantel des St.-Sava-Vereins alles, was die griechisch-orthodoxe Kirche an Anhängern zählte. Der revolutionäre Geist des gross-serbischen Gedankens setzte also die Gesamtheit des Serbenvolkes in Bewegung, stellte es in Reih und Glied, und es war die Kraft dieser Idee, die Serbien in den Weltkrieg 1914—18 hineintriss; und als der S. H. S.-Staat zustandekam, war es dieser gewaltige Drang des Serbentums, der die kroatischen

Nationalbestrebungen zu überwinden und Gross-Serbien aufzubauen vermochte.

Der gross-serbische Geist hatte demnach mit dem Illyrismus und den kroatischen Nationalbestrebungen überhaupt nichts zu tun; beide verfolgten voneinander abweichende Ziele, bedienten sich völlig verschiedener Mittel und konnten demzufolge einander nie näherkommen. Wohl liess Pašić 1917 die Organisation der „Schwarzen Hand“ auflösen und dessen Leiter einkerkern; zugleich aber schuf er eine andere Organisation, die sog. „Weisse Hand“, welche die gleiche revolutionäre Gesinnung vertrat. General Živković liess später mit Unterstützung dieser revolutionären Organisation die Diktatur proklamieren, die die endgültige Festfügung des gross-serbischen Gedankens als Endziel verfolgte und der „Weissen Hand“ ist auch die Heraufbeschwörung des deutsch-jugoslawischen Krieges 1941 gegen den Willen des kroatischen Volkes zuzuschreiben.

Der Jugoslawismus war also von allem Anbeginn an lediglich eine Fiktion. Die Serben verfolgten den gross-serbischen Gedanken, die Kroaten die grosskroatischen Nationalbestrebungen, der Jugoslawismus wurde aber diesen unglücklichen Völkern durch die Pariser Vorortdiktate aufgezwungen. So kam es, dass Jugoslawien bei der ersten grossen Kraftprobe zerfallen musste.



III. Der Weltkrieg und die serbische Maffia.

Durch die historischen Forschungen wurde bereits die Tatsache völlig geklärt, dass der Weltkrieg 1914—18 durch den Kampf des Panslawismus gegen die Österreichisch-Ungarische Monarchie und Deutschland vorbereitet wurde. Die geheimen Machenschaften begannen bereits 1908, als die Monarchie Bosnien und die Herzegowina annektierte, und von diesem Zeitpunkt an bereitete Russland zusammen mit Serbien auf militärischem, als auch diplomatischem Gebiet und auch durch unterirdische Arbeit fleissig die grosse Abrechnung vor. In Petersburg lenkte der russische Aussenminister Sasonow, in Paris sein Botschafter Iswolski und in Belgrad Nikola Pašić die Ereignisse. Durch Russland ermutigt, schlossen Serbien und Bulgarien am 29. Februar 1912 den gegen die Doppelmonarchie und die Türkei gerichteten Balkanbund ab und ebenfalls mit russischer Unterstützung entstand eine Militärkonvention zwischen Sofia und Belgrad am 29. August des gleichen Jahres. Iswolski sprach bereits 1912, zur Zeit der Balkankriege, von einem Weltkrieg und erklärte, dass dem Sieg der Balkanvölker die Abrechnung zwischen Slawentum und Germanentum folgen würde. Der Panslawismus traf auch in militärischer Hinsicht seine Vorbereitungen für den Weltkrieg und die auf Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin abgefeuerte Kugel des Gavrilo Princip sollte lediglich als Schlusspunkt die grossen Vorbereitungen beenden. Die Zergliederung der Doppelmonarchie hatten die Panslawisten längst beschlossen, die Person Franz Ferdinands war hinwieder, den Serben aufs tiefste verhasst, da er eine Umgestaltung der Monarchie auf trialistischer

Grundlage anstrebte, wobei den slawischen Elementen die gleiche Rechtslage eingeräumt wäre, wie den Österreichern und den Ungarn. Dieser Plan hätte die gross-serbischen Bestrebungen durchkreuzt und so musste sein Urheber sterben.

Die Mordtat von Sarajewo erfolgte am 28. Juni 1914 und unter ihrer Wirkung beschloss das Wiener Aussenministerium, am Balkan endlich einmal eine klare Lage zu schaffen. Die Staatsmänner der Monarchie gingen mit grösstmöglicher Umsicht und Überlegung vor, insbesondere der ungarische Ministerpräsident Graf Stephan Tisza setzte alles daran, um den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Die Monarchie musste energisch auftreten, da sie sich über die panslawischen Zielsetzungen im klaren war. Das österreichisch-ungarische Ultimatum erging an Serbien am 24. Juli. Es forderte nebst der Bestrafung der Mörder in erster Linie die Auflösung der gegen die Monarchie gerichteten Organisationen und Einstellung der feindlichen Propaganda in der Presse und den Schulen, schliesslich auch die Mitwirkung österreichisch-ungarischer Behörden an der Kriminaluntersuchung des Falles. Die letztere Bedingung wurde dem Ultimatum aus dem Grunde beigefügt, weil man sich in Wien darüber klar war, dass für die Mordtat serbische Amtsorgane verantwortlich sind.

Das Ultimatum wurde serbischerseits als hart empfunden und nicht angenommen. Den Ausbruch des Krieges führte indes nicht der im Ultimatum angeschlagene Ton herbei, sondern die bereits festliegende geschichtliche Tatsache, dass Russland am Tage der Überreichung desselben, also am 24. Juli die Mobilmachung veranlasst und Serbien zur Ablehnung des Ultimatus ermutigt hatte. Als Antwort auf die russische Mobilmachung und das ablehnende Verhalten Serbiens erklärte die Monarchie am 28. Juli den Krieg.

Es lässt sich somit feststellen, dass die Doppelmonarchie und in deren Rahmen Ungarn durch das von panslawistischen Ideen durchglühte Russland und das in gross-serbischen Träumen schwelgende Serbien in den Weltkrieg

hineingerissen wurde und dass es von dieser verhängnisvollen Zwangsläufigkeit kein Entrinnen gab.

Der Angriff wurde durch die österreichisch-ungarische Armee am 12. August 1914 begonnen. Die 5. Armee des Generals v. Frank erlitt bei Šabac eine Niederlage, die 6. Armee dagegen wusste mehrere Siege nacheinander zu erringen. Ihr Befehlshaber, Feldzeugmeister Oskar Potiorek ging am 9. September neuerlich zum Angriff über, seine Truppen schlugen die Serben in wiederholten blutigen Kämpfen, eroberten Valjevo und bedrohten bereits Kragujevac. Hier ging jedoch der serbische Oberbefehlshaber, Voivode Putnik zum Gegenangriff über, wusste diesen erfolgreich zu entwickeln und bis an die ungarische Grenze vorzustossen. Unleugbar schlug sich die serbische Armee sehr tapfer, doch wurde ihr Sieg auch dadurch erleichtert, dass sich gleichzeitig von Russland her unermessliche Heeresmassen gegen die Monarchie heranwälzten. Von den Karpathen aus war auch Ungarn von dieser russischen Heeresflut bedroht und daher sah sich die österreichisch-ungarische Heeresleitung gezwungen, von den gegen Serbien aufmarschierten drei eigenen Armeen eine nach dem russischen Kriegsschauplatz zu werfen. Dort ist es der österreichisch-ungarischen Armee mit deutscher Unterstützung gelungen, den russischen Vormarsch aufzuhalten und später, Anfang Mai 1915 mit dem Durchbruch bei Gorlice die Zarenheere weit zurückzuwerfen.

Im Herbst 1915 schritten die Zentralmächte unter dem Oberbefehl des Generals Mackensen zu einem neuen Angriff gegen Serbien. Nach dem rasch erzwungenen Fall Belgrads eroberten die verbündeten Heere ganz Serbien in drei Wochen, im Dezember und Januar folgte die Bezwingung Montenegros durch die Armee des Generals v. Kövess, der im folgenden Monat auch in Albanien eindringen konnte. So endete das Jahr 1915 auf allen Kriegsschauplätzen mit glänzenden Erfolgen für die Zentralmächte. Serbien war vernichtet und die Reste seines Heeres samt König Peter und der Regierung nach der Insel Korfu geflüchtet. Dort schmiedete Pašić mit seiner Regierung an den gross-ser-

bischen Plänen weiter. Man setzte sich mit Dr. Anton Trumbić, früherem Bürgermeister von Zara in Verbindung, der aus der Monarchie emigriert, in London das „südslawische Komitee“ geschaffen und sich in englischen Kreisen grosses Ansehen erworben hatte. Serbischerseits war man auf Trumbić ziemlich angewiesen, da man die Möglichkeit befürchtete, dass sich die katholischen Kroaten und Slowenen für eine Vereinigung mit Serbien kaum begeistern würden. Auch war es bekannt, dass Lloyd George und die französischen Staatsmänner, Painlevé und Viviani, der Zergliederung der Doppelmonarchie nicht zugestimmt hatten. Wickham Steed, aussenpolitischer Schriftleiter der „Times“ und Seton Watson, Beauftragter des Exekutivkomitees der slawischen Propaganda in London fanden in Anton Trumbić den geeigneten Mann, der namens der katholischen Südslawen mit den Serben eine vollendete Tatsache schaffen würde. Eine solche musste einerseits gegen die Wiederaufrichtung der Doppelmonarchie, anderseits zur Paralisierung der italienischen Forderungen auf die Adriaküste geschaffen werden. In dem Vertrag, der in London am 26. April 1915 zwischen England, Frankreich und Russland einerseits und Italien anderseits zustandekam, wurde nebst anderen Gebieten der Monarchie auch Dalmatien samt den Inseln und sogar Durazzo Italien zugesichert. Die serbische Maffia hatte auch für diesen Vertrag nichts übrig. Unter der Mithilfe von Wickham Steed und Seton Watson brachte sie am 20. Juli 1917 das Abkommen von Korfu zustande, worin der Wunsch der in der Monarchie lebenden Südslawen auf Vereinigung mit Serbien feierlich besiegelt wurde. Das Abkommen, das durch Pašić für Serbien und durch Trumbić für den „südslawischen Ausschuss“ unterfertigt wurde, darf als eine der grössten Schwindeleien der Welt bezeichnet werden. Der Name Trumbić war in kroatischen und slowenischen Kreisen kaum bekannt; auch hatte er von diesen Völkern keinerlei Auftrag erhalten, in ihrem Namen Abkommen zu treffen, oder irgendwie über ihr Schicksal zu verfügen. Trotzdem erhielt das Abkommen eine historische Bedeutung, da es von den Alliierten im

Grand Trianon als aufrichtige und offizielle Offenbarung des Volkswillens gewertet wurde.

Ende September 1918 brach die bulgarische Front zusammen, um auch die Verbündeten alsbald mitzureissen. Diese günstige Wendung benutzten der Slowene Anton Korošec und der Serbe Svetozar Pribičević zur Errichtung eines serbisch-kroatisch-slowenischen Nationalrates. Am 29. Oktober 1918 verkündete der kroatische Sabor den Abfall von der Doppelmonarchie und erkannte den Nationalrat als höchste nationale Instanz an. Dieser übernahm denn auch sogleich die Macht und ernannte drei Regierungsorgane: in Zagreb eine kroatische, in Laibach eine slowenische und in Sarajewo eine bosnische Nationalregierung.

Durch diese Regierungsbildungen wurde das Selbständigkeitsbestreben der einzelnen südslawischen Völker stark betont, was in Paris nicht geringe Unruhe verursachte. Dort befürchtete man, dass die monarchietreuen südslawischen Elemente möglicherweise noch die Überhand gewinnen könnten und daher drang man zur baldigen Verkündung der südslawischen Einheit. Nikola Pašić traf daher mit dem Führer der slowenischen Klerikalen Anton Korošec, und mit Trumbić in Genf zusammen, um am 9. November dort die sog. Genfer Deklaration zu unterzeichnen, welche bis zur Entscheidung der südslawischen Konstituante ein dualistisches Jugoslawien vorsah. Demnach wäre der Regierung in Belgrad die serbische Staatsführung vorbehalten gewesen, wogegen die von Südslawen bevölkerten Gebiete der Donaumonarchie unter der obersten Leitung des Nationalrates durch die von diesem ernannten drei Regierungen verwaltet worden wären. Pašić unterfertigte diese Deklaration, wie er es später selbst eingestand, mit dem Entschluss, sie niemals einzuhalten.

Trotzdem musste zur Beruhigung von Paris. das grosse Schauspiel weitergeführt werden, worauf sich die Serben meisterhaft verstanden. Als Spielleiter zog man Pribičević heran. Er lud das serbische Militär nach Kroatien ein, zugleich waren in Zagreb serbische terroristische Jugendverbände tätig, die mittels dunkelster Machenschaften die

Stimmung für die Verkündung der jugoslawischen Einheit vorbereiteten. Vergeblich verwahrte sich die Mehrheit des Kroatenvolkes gegen die Einigung mit Serbien; Svetozar Pribičević riss die Macht an sich und liess am 24. November durch den Nationalrat den Anschluss verkünden.

Doch war das Schauspiel damit noch nicht beendet. König Nikita wollte zu seinen Montenegrinern heimkehren, wurde aber an der Ausführung seines Planes verhindert. Am 26. November liess man durch eine nach Podgorica einberufene Nationalversammlung die Vereinigung Montenegros mit Serbien aussprechen, ein Beschluss, den Nikita in der Folge nie anerkannte.

In Ungarn wurde am 9. November 1918 Ujvidék und am 13. Szabadka durch serbische Truppen besetzt. Später rückten die Serben auch in Temesvár und im Banat ein, obwohl das Schicksal dieses Gebietes noch umstritten war.

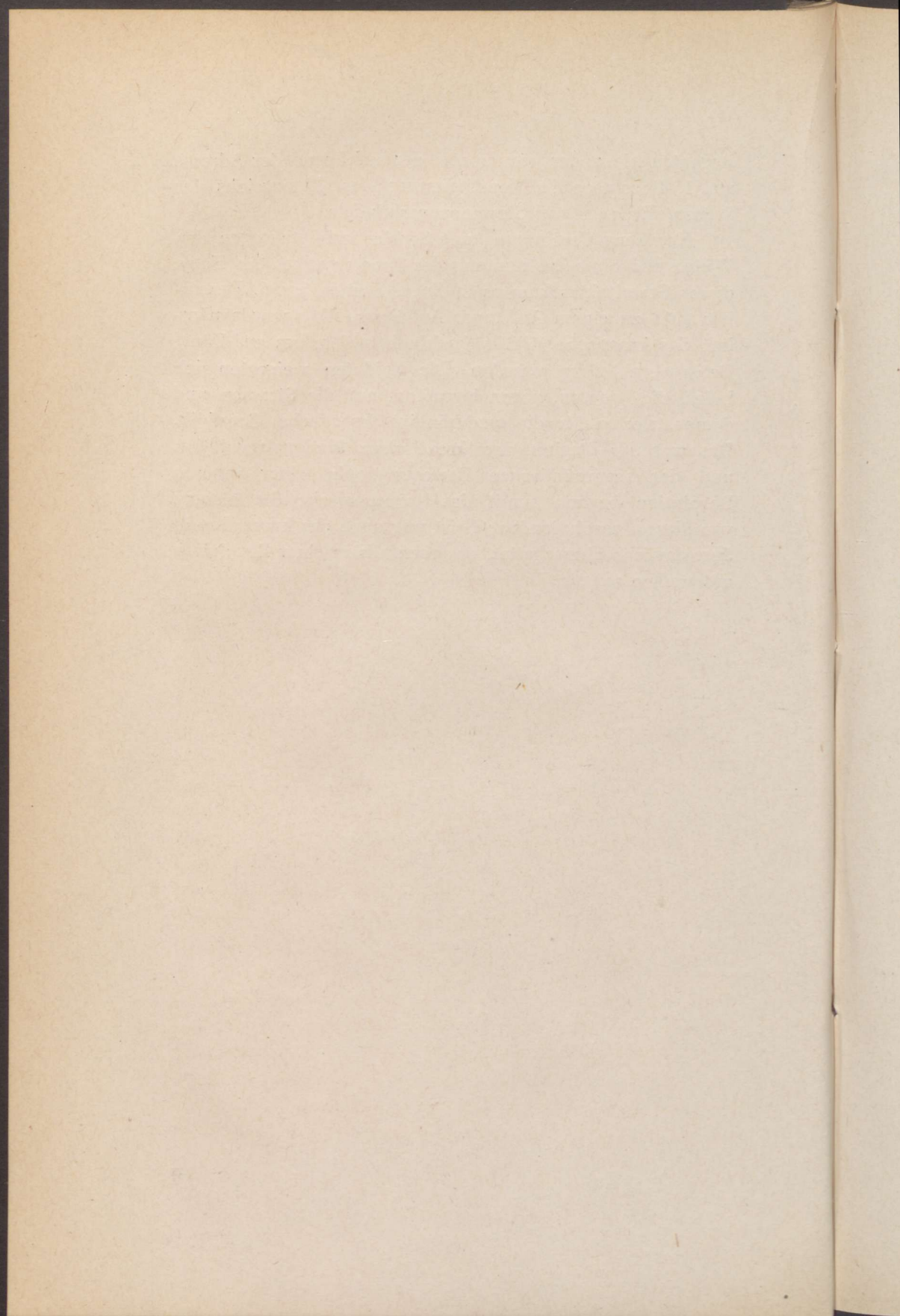
Die nach der Murinsel eindringenden jugoslawischen Truppen wurden von der dortigen Bevölkerung mit bewaffneter Hand vertrieben und konnten dieses Gebiet erst am 24. Dezember abermals besetzen. In die Murgegend (Wendenland) brachen sie am 26. Dezember ein, aber auch dort gelang es der wendischen Bevölkerung, die unerwünschten Gäste am 2. Januar vor die Tür zu setzen.

Alldies vermochte die Serben nicht daran zu hindern, schon am 25. November, einen Tag nach der Entscheidung des Nationalrates von Zagreb, in Ujvidék eine „grosse Nationalversammlung“ zur Verkündung des Abfalles der Südmarken von Ungarn zu veranstalten. Bei dieser Kundgebung waren Ungarn, Deutsche und Rumänen, also die Mehrheit der Bevölkerung nicht zugegen und so besass diese auch keinen grösseren Wert, als das Abkommen von Korfu.

Ungeregelt war auch mit Österreich die Frage Kärntens und mit Italien jene Dalmatiens. Alldies war den Serben recht gut bekannt und so mag ihnen wohl aus diesem Grunde die Schaffung einer endgültigen Lage so dringend gewesen sein. Der Beschluss des Nationalrats in Zagreb wurde dem serbischen König durch eine Abordnung überbracht. Die Abordnung wurde durch den Kronprinzen und

Regenten Alexander empfangen, der auf Grund der Adresse am 1. Dezember die Konstituierung des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen verkündete.

Kroatiens Vereinigung mit Serbien erfolgte gegen den Willen und ohne Zustimmung des Kroatenvolkes. Als Folge dieses Gewaltaktes kam es in Zagreb schon am 5. Dezember 1918 zu einem Aufstand. An diesem Tag wurde nämlich das kroatische Militär dorthin befohlen, um auf König Peter vereidigt zu werden. Die Soldaten weigerten sich indes, dies zu tun, zogen bewaffnet auf die Strassen und demonstrierten für die unabhängige kroatische Republik. Das war der Beginn der kroatischen Nationalrevolution und der separatistischen Bewegung. Mit einer inneren Revolution begann somit das jugoslawische Staatsleben; von diesem revolutionären Geist war auch das kurze Dasein Jugoslawiens überschattet, das ebenfalls in einer Revolution untergehen musste.



IV. Das geographische, statistische und wirtschaftliche Gesicht Jugoslawiens.

Wenige Staaten sind aus Ländern und Provinzen mit so gegensätzlicher geschichtlicher Vergangenheit, völkischer Eigenart und Kultur entstanden, wie Jugoslawien. Doch auch die staatliche Existenz des Landes wurde auf wankendem Boden aufgebaut, denn als Grundlagen dafür dienten lediglich Gewalt, balkanisches Ränkespiel und Irreführung. Und das klägliche und befremdende Bild der historischen Entstehung Jugoslawiens wiederholt sich im mosaikartigen Durcheinander der inneren Gegensätze seines geographischen, statistischen und wirtschaftlichen Aufbaus.

Jugoslawiens geographisches Gesicht wird durch die abwechslungsreiche geologische Gestaltung der Balkanhalbinsel bestimmt. In ganz Europa, oder vielleicht gar auf dem ganzen Erdenrund lässt sich kein ähnlich zerklüfteter geographischer Raum finden, wie diese Halbinsel, auf der sich drei verschiedene Oberflächenformen unterscheiden lassen: zwei Faltegebirgstöcke, ein Schollengebirge und zahlreiche Becken. Den Westteil der Halbinsel entlang verläuft eines der Faltegebirge, die Dinarischen Alpen, die sich über Dalmatien, Bosnien, die Herzegowina und Montenegro bis an das Süden der Halbinsel erstrecken. Das andere Faltegebirge wird durch die Balkankette gebildet, die sich im mittleren Teil der Halbinsel von dem Timoktal in westöstlicher Richtung bis an das Schwarze Meer ausdehnt. Zwischen den zwei Faltegebirgen breitet sich das Mazedonisch-Thrakische Schollengebirge aus, das sich unterhalb Ostrumeliens bis Konstantinopel erstreckt. Diesen Gebirgsregionen und den durch Flusstäler gebildeten Becken war im historischen Werden der Balkanvölker eine bedeutende

Rolle beschieden. Insbesondere die Becken besaßen in den verschiedenen Epochen sowohl im politischen, als auch im Wirtschaftsleben eine ganz besondere Bedeutung. Auf den Hochebenen (Planina), die getrennte Landschaftseinheiten bilden und in den Talbecken entwickelten sich grundverschiedene Wirtschaftsformen, völkische Bräuche und Kulturen. Dies erklärt die Jahrhunderte hindurch gegeneinander geführten Kämpfe der hier lebenden Völkerschaften, und auch die Unmöglichkeit ihrer Vereinigung.

Auch die im Moravabecken massierte serbische Bevölkerung vermochte erst langsam das in den übrigen Beckenregionen ansässige Serbentum im Rahmen eines einzigen Staates zusammenzuschliessen. Serbiens Ausgestaltung wurde demnach durch geographische Gegebenheiten bestimmt: das kleine Land erstreckte sich vor den Balkankriegen in der Gebirgsregion, zwischen den Dinarischen Alpen und dem Balkanmassiv. Es besaß im allgemeinen natürliche Grenzen: im Norden die Save und Donau; im Westen war es während seiner ganzen Geschichte durch die Drina von Bosnien getrennt; im Süden erstreckte es sich bis zur grössten Wasserscheide der Mazedonisch-Thrakischen Gebirgsregion, die Šar-Planina (S. Karte No 1.). Sein Gebiet betrug 48.302 Quadratkilometer, die Bevölkerungszahl 2.911.701.¹⁾ Nach den Balkankriegen dehnte sich Serbien bereits über diese natürlichen Grenzen aus, indem es südlich der Šar-Planina den grösseren Teil Mazedoniens erwarb. Mitsamt dieser Neuerwerbung und dem 1918 erhaltenen Caribrod belief sich Serbiens Gesamtgebiet auf 88.605 Quadratkilometer und seine Bevölkerung auf 4.403.315 Seelen. Die Eroberung Mazedoniens führte Bulgarien gegen Serbien in den Weltkrieg.

Unter der Hinzurechnung der ebenfalls 1918 erworbenen Gegenden von Bosiljgrad (584 km²), Strumica (916 km²) und des Unteren Timok (146 km²) erreichte Serbien im gleichen Jahre einen Gebietsumfang von 90.251 km².

¹⁾ Kuster Franja: Glavni demografski podatci o Kraljevini Srbiji. Drž. Stamp. Beograd, 1928.

Mangels einer Volkszählung lässt sich Serbiens Bevölkerung zu Ende des Weltkrieges nicht bestimmen.

Durch die Österreich-Ungarn entrissenen und Serbien zugeurteilten Gebiete erweitert, wurde dieses Land zu Jugoslawien, bzw. zum Königreich S. H. S. Nach der amtlichen Volkszählung²⁾ vom Jahre 1921 und laut der Publikation „Hrvatska povijest“,³⁾ die auf Grund der Volkszählungsdaten vom Jahre 1931 über das Staatsgebiet und die Bevölkerung zusammengestellt wurde, bietet Jugoslawien in territorialer und statistischer Hinsicht folgendes Bild:

Bezeichnung des Gebietes (Landesteiles)	1 9 2 1		1 9 3 1	
	Ausdehnung km ²	Gesamtbevölkerung	Ausdehnung km ²	Gesamtbevölkerung
1. Serbien	95,667 ⁴⁾	4,133,478	90,251	4,890,306
2. Montenegro	9,668	199,227	14,271	437,182
3. Bosnien-Herzegowina . .	51,199	1,890,440	51,199	2,323,676
4. Dalmatien	12,732	620,432	12,732	652,207
5. Kroatien-Slawonien . . .	43,173	2,642,996	42,541	2,967,027
6. Slowenien	15,997	962,624	15,997	1,053,581
7. Von Ungarn abgetrennt: Bácska, Banat, Baranya, Murgegend, Murinsel . . .	20,551	1,535,714	20,551	1,610,511
Insgesamt:	248,987 ⁵⁾	11,984,911	247,542 ⁶⁾	13,934,490 ⁶⁾

In dieser Tabelle sind jene sieben Gebiete angeführt, aus denen Jugoslawien zusammengesetzt wurde, doch müssen diesen noch das nach dem Balkankrieg erworbene

²⁾: Definitivni rezultati popisa stanovništva od 31 januara 1921. god. Državna Stamparija, Sarajevo, 1932, p. 467.

³⁾ Srkulj Stjepan: Hrvatska povijest u devetnaest karata. Tipografija D. D. Zagreb, 1937. p. 86.

⁴⁾ Darin figuriert auch der 1913 erworbene Gebietszuwachs von 4603 km² Montenegros.

⁵⁾ Angabe laut Stjepan Srkulj. Gegenüber dem Endergebnis der amtlichen jugoslawischen Volkszählung 1931 um 432 Seelen mehr.

⁶⁾ Beide amtliche Angaben, die jedoch nicht übereinstimmen.

Mazedonien und die von Bulgarien abgetrennten kleineren Gebiete hinzugerechnet werden. So war Jugoslawien im Endresultat aus nicht weniger als neun Gebietsteilen entstanden, von denen jeder eine grundverschiedene historische Entwicklung, geographische Gestaltung, völkische Eigenart, religiöses und Geistesleben, sowie wirtschaftspolitische Organisation besass. (S. Karte No 2.)

In dem ersten Kapitel wurde das geschichtliche Werden der einzelnen Gebietsteile und ihre Entwicklung dargestellt, und diese liefert den Beweis dafür, dass die zum Königreich Jugoslawien zusammengeschweissten Gebiete, beziehungsweise die sie bewohnenden Völkerschaften Jahrhunderte hindurch einander feindselig gegenüberstanden. Dem Serbentum ist es erst unter Zar Dušan und auch dann nur durch Gewalt gelungen, ein grösseres Reich zu errichten. Dieses kam aber dem Gebiete Jugoslawiens bei weitem nicht nahe, umsoweniger als die Slowenen sich zunächst der römisch-deutschen und später der österreichischen Reichsentwicklung angepasst hatten, Kroatien-Slawonien in seiner Eigenstaatlichkeit, Dalmatien erst in der kroatischen Schicksalsgemeinschaft und später abwechselnd unter italienischer und ungarischer Oberhoheit lebte, also in allen drei Phasen im westlich-lateinischen Kulturkreis seinen Platz fand. Montenegro strebte womöglich staatliche Unabhängigkeit an, Bosnien und die Herzegowina entwickelten sich, abgesehen vom Zeitalter der Türkenherrschaft unter den Fittichen Ungarns. In der Geschichte Mazedoniens spielt das Serbentum nur in einer kurzen Zeitspanne, unter dem Zaren Dušan eine Rolle, Mazedonien selbst war jedoch bereits bedeutend früher in den Kulturkreis der Bulgaren gelangt, deren Sprache auch die der mazedonischen Bevölkerung ist. Und wie wenig Mazedonien unter serbische Herrschaft gelangen wollte, wird durch die Tatsache bewiesen, dass zu Ende des Weltkrieges, als dort die Bulgarenfront zusammengebrochen war, sich mehrere Hunderttausend Mazedonier nach Bulgarien flüchteten und während der letzten 22 Jahre die Welt von der mazedonischen Frage widerhalte.

Die Ungarn entrissenen Südmarken bildeten während eines Jahrtausendes stets einen integrierenden Teil des Stephansreiches und hatten bis zum Zeitalter der Türkenherrschaft eine rein ungarische Bevölkerung. Zum Serbentum hatte dieses Gebiet keinerlei Beziehungen, nur dass die vor den Türken flüchtenden Serben durch die ungarischen Könige gastlich aufgenommen und hier angesiedelt worden sind. Auf historischer Grundlage könnte eigentlich vielmehr Ungarn auf Serbien, oder zumindest auf einen Teil desselben Anspruch erheben, da es im Mittelalter Ungarns Feudalherrschaft anerkannt und überdies das Macsó-Banat (Mačva), also die nördliche Region Serbiens mit Belgrad (ungarisch: Nándorfehérvár), Semendria und anderen Städten im Mittelalter bis zum Jahre 1496 Ungarn angehört hatte. Zwischen den einzelnen Völkerschaften und Gebieten Jugoslawiens bestanden keinerlei zusammenhaltende historische Bande, so dass dieser Staat bei der ersten bedeutenderen Erschütterung in seine Bestandteile zerfallen musste.

Auch in geographischer Hinsicht fehlte es Jugoslawien an zusammenhaltenden Kräften. Als abgesonderte geographische Einheit steht das Moravabecken da, in dem das engere Serbien entstand, ebenso Mazedonien mit den Flusstälern der Struma und des Vardar. Eine besondere Landschaftseinheit bildet auch die wundervolle Karstgegend, die sich südlich der Kulpa im Westen der Balkanhalbinsel, entlang der Adriaküste bis zum Drinatal hinzieht und Kroatien, Bosnien und die Herzegowina zu einer geologischen Einheit zusammenfasst. Im Laufe seiner Geschichte war Serbien stets durch die natürliche Grenze des Drinaflusses von Bosnien getrennt.

Der Landschaftseinheit der Karstregion gehört auch das entlang der Seeküste sich hinziehende Dalmatien samt der vorgelagerten Inselwelt an.

Eine besondere Landschaftseinheit bildet im Rahmen der Karstgegend Montenegro mit seinen mächtigen Hochgebirgsregionen.

Als ganz gesondert liegende Landschaftseinheit ist auch das aus Österreichs Körper herausgeschnittene, in der Gebirgsregion der Karawanken gelegene Slowenien zu betrachten.

Von den Ungarn abgetrennten Gebieten bildet die sog. Vojvodina die unmittelbare Fortsetzung der Grossen Ungarischen Tiefebene und die Murinsel samt der Murgegend die ergänzenden Teile der ungarischen Landschaftseinheit Transdanubiens (jenseits der Donau). Die Donau und die Drau bildeten stets die natürlichen Grenzen Ungarns nach dem Süden hin. Die natürliche und vollendete Einheit des Karpathenbeckens wurde durch das Friedensdiktat von Trianon naturwidrig zergliedert, indem der südliche Teil der Grossen Ungarischen Tiefebene und der südwestliche Teil Transdanubiens Jugoslawien zufielen. (S. Karte No. 3.)

Die neun Gebiete, aus denen Jugoslawien sich zusammensetzte, bildeten voneinander völlig verschiedene Landschaftseinheiten und entbehrten somit auch in geographischer Hinsicht jedweder zusammenhaltenden Kraft.

Wie weit aber Jugoslawien vom Begriff eines Einheitsstaates entfernt war, wird wohl am treffenden durch seine Bevölkerungsverhältnisse bewiesen.

I. Die nachfolgende Tabelle enthält die Daten der Nationalitätenstatistik der jugoslawischen Volkszählungen 1921 und 1931.

Volkszugehörigkeit	1921	in %	1931	in %
Serben, Kroaten, Slowenen . . .	9,931.506	82·87	11,912.065	88·51
davon Serben	5,538.774	46·22	6,646.529	47·71
Kroaten	2,700.000	22·53	3,239.262	23·25
Slowenen	1,019.997	8·51	1,221.996	8·77
Mazedonier	632.735	5·28	759.282	5·46
Juden	40.000	0·33	44.996	0·32
Ungarn	467.658	3·90	465.000	3·34
Deutsche	505.790	4·22	495.509	3·56
Albanier	439.657	3·67	478.640	3·44
Rumänen	231.068	1·93	134.514	0·97
Italiener	12.553	0·11	8.860	0·06
Bulgaren			6.173	0·04
Griechen			3.278	0·02
Türken	150.322	1·26		
Sonstige (Türken, Slowaken, Ruthenen, andere u. fremde Staatsbürger)	246.357	2·04	426.079	3·06
Insgesamt:	11,984·911	100·00	13,930.918	100·00 ¹⁾

Nach dieser Statistik betrug in Jugoslawien 1921 die Verhältniszahl der Serben 46·22%, 1931 dagegen 47·71% der Gesamtbevölkerung, so dass sie in beiden Fällen eine ausgesprochene Minderheit bildeten. Um diese Tatsache verschwinden zu lassen, wurden 1921 die Serben und Kroaten zusammen angeführt und 1931 kamen sogar die Slowenen als dritte dazu. So ist es auf dem Papier, mittels statistischer Zauberei wohl gelungen, die Einheit Jugoslawiens zustande zu bringen, doch wurde nur zu bald durch die historische Entwicklung der Beweis erbracht, dass diese Völkerschaften niemals zusammengehört haben.

¹⁾ Vgl. die Studie des Universitätsprofessors T. Radojević: „Wieviel Jugoslawen gibt es in der Welt?“ ersch. i. Tagbl. „Politika“, 16. Mai 1933. Dieser Ausweis zeigt gegenüber den von Stjepan Srkulj stammenden Feststellungen eine Abweichung von 3592 Seelen.

Noch bunter gestaltet sich das Bild der ethnographischen Gliederung Jugoslawiens auf Grund einer Analyse der konfessionellen Verhältnisse:

II. Konfessionelle Gliederung der Bevölkerung Jugoslawiens in den Jahren 1921 und 1931.

Glaubensbekenntnis	1921	in %	1931	in %
Griechisch-Orientalisch	5,593.057	46·67	6,785.501	48·71
Römisch-Katholisch	4,708.657	39·29	5,217·847	37·46
Griechisch-Katholisch	40.338	0·34	44.608	0·32
Muselmanisch	1,345.271	11·22	1,561.166	11·21
Deutsche und ungarische				
Lutheraner	229.516	1·91	113.218	0·81
Slowakische Lutheraner			62.061	0·44
Kalvinisten			55.890	0·40
Juden	64.746	0·54	68.405	0·49
Altkatholiken	3.326	0·03	7.273	0·05
Nazarener			6.990	0·05
Buddhisten			2.641	0·02
Sonstige und konfessionslose . .	—	—	5.318	0·04
Insgesamt:	11,984.911	100·00	13,930.918	100·00

Diese Statistik der konfessionellen Gliederung der Bevölkerung spricht am treffendsten für die Wahrheit, dass die der Prawoslawie angehörenden Serben die kleinere Hälfte der Bevölkerung vertreten. Trotzdem wusste diese Minderheit in ganz Jugoslawien den byzantinischen Geist heimisch zu machen und auch die übrigen Kirchen zu unterdrücken, die dem westlichen Kulturkreis angehörten. Darüber hinaus klärt diese Statistik auch das Bild der ethnographischen Gliederung der Bevölkerung Jugoslawiens. Von der, für 1931 amtlich mit 6,785.501 angegebenen Kopfzahl der Bevölkerung griechisch-orientalischer Konfession muss zunächst das in der Statistik ohne jede historische oder ethnographische Grundlage willkürlich und tendenziös zu den Serben gerechnete, ebenfalls griechisch-orientalische Mazedoniervolk von 759.282 Seelen als eine nachweisbar bulgarisch fühlende, selbstbewusste nationale

Minderheit abgezogen werden. Als weitere negative Posten müssen ferner die albanischen Angehörigen der orientalischen Kirche, ebenso die Rumänen, diese in der schätzungsweise Höhe von zumindest 125.000 Seelen und schliesslich die gesondert angeführten 6.173 Bulgaren und 3.278 Griechen abgerechnet werden.

Insgesamt ergeben diese Posten zumindest 1,043.733 offenkundig griechisch-orientalische, doch keinesfalls dem serbischen Volkstum angehörende jugoslawische Staatsangehörige und infolgedessen muss das Ergebnis der Volkszählung 1931 dahin berichtet werden, dass das Serbentum lediglich mit einer Seelenzahl von 5,741.768, nur 41·21% der Gesamtbevölkerung, statt der amtlich ausgewiesenen 47·71% entspricht. Solche statistische Zaubereien hat man sich serbischerseits auf der ganzen Linie erlaubt und auch bei der statistischen Erfassung des ungarischen Volkstums die gleichen Methoden angewandt. Aus der Nationalitätenstatistik geht hervor, dass 1921 die Zahl der Ungarn in Jugoslawien 467.658 Seelen betrug, um sich 1931 auf nur mehr 465.800 Seelen zu vermindern. Selbst über die Ausdehnung der von Ungarn abgetrennten Gebiete wurden immer wieder abweichende Angaben angeführt.

Gegenüber diesen jugoslawischen Angaben zeigen jene der ungarischen Statistik folgende Gebietsverluste:

1. von dem Banat abgetrennt	9.588·00 km ²
2. von dem Komitat Bács-Bodrog abgetrennt	8.150·50 "
3. von dem Komitat Baranya abgetrennt . .	1.143·75 "
4. von der Murgegend (den Komitaten Zala	
und Vas) abgetrennt	968·65 "
5. von der Murinsel (Komitat Zala) abgetrennt	700·00 "

Somit wurden vom ungarischen Staatsgebiet insgesamt 20.551 Quadratkilometer Jugoslawien zugeschlagen.

Aus der insgesamt 18.882·25 km² umfassenden Fläche des Banats, der Bácska und der Baranya wurde die sog. Vojvodina errichtet, wogegen die Murinsel an Kroatien und die Murgegend (Wendenland) an Slowenien gelangte.

Auf dem von Ungarn abgetrennten Gebiet lebte nach der ungarischen Statistik 1910 eine Bevölkerung von 1,545.662 Seelen und hievon waren 471.601 Ungarn. Über-

dies gab es noch in Kroatien-Slawonien eine ungarische Bevölkerung von 105.948 Seelen, sodass auf dem ganzen, an Jugoslawien abgetretenen Gebiet 557.549 Ungarn wohnhaft waren. Wohl wurden zu Beginn des Regimewechsels etwa 40.000 Ungarn durch die Serben ausgewiesen, doch dürfte das ungarische Element infolge des natürlichen Zuwachses 1931 trotzdem eine Seelenzahl von 550.000 erreicht haben, während sie in der jugoslawischen Statistik in der Höhe von 465.800 figuriert.

Nach der jugoslawischen Statistik betrug 1921 die Einwohnerzahl der Wojvodina 1,347.527 Seelen. Nach der Volkzugehörigkeit gliederte sich die Bevölkerung der Wojvodina wie folgt:

1. Ungarn	376.107	Seelen	27·9%
2. Deutsche	316.579	"	23·5%
3. Serbo-Kroaten	502.415	"	37·3%
4. Rumänen	69.530	"	5·2%
5. Slowaken	48.666	"	3·6%
6. Sonstige	34.230	"	2·5%

Auch diese amtliche jugoslawische Statistik liefert einen beredten Beweis dafür, dass die Serben vom ethnographischen Gesichtspunkte keinen Rechtsanspruch auf die Wojvodina besaßen, zumal dort nur 37·3% Serbo-Kroaten nicht weniger als 62·7% andere Nationalitäten beherrschen sollten.

Noch eindeutigere Beweise ergibt eine Überprüfung der Bevölkerung der Wojvodina nach ihrer konfessionellen Gliederung. Nach der jugoslawischen Statistik 1921 betrug in der Wojvodina

die Zahl der Römisch-Katholiken	693.751	51·5%
die Zahl der Griechisch-Orientalen	473.112	35·1%

In der Zahl der letzteren sind auch die 69.530 gleichfalls griechisch-orientalischen Rumänen mit enthalten und falls man ihre Zahl von jener der Gesamtbevölkerung griechisch-orientalischen Glaubens abzieht, ergibt sich für die prawoslawischen Griechisch-Orientalen eine Seelenzahl von nur 403.582, also 29·9%.

Diesem, nur zu 29·9% vertretenen prawoslawischen Serbentum zuliebe mussten aus der vollendeten naturgeo-

graphischen Einheit Ungarns die Vojvodina, die Murinsel und das Wendenland herausgerissen werden, obwohl nach den ungarischen Volkszählungsdaten 1910 auf diesen Gebieten 471.601 Ungarn wohnhaft, also in der Gesamtbevölkerung von 1.545.662 zu 30·5% vertreten waren.

In wirtschaftspolitischer Hinsicht springt der Unterschied in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen Serbien und den diesem angegliederten neuen Gebieten in die Augen. Die ehemals österreichischen und ungarischen Gebiete Jugoslawiens standen — schon infolge der Nähe Mitteleuropas — auf einer bedeutend höheren Stufe wirtschaftlicher Entwicklung und Kultur, als die balkanischen Landesteile. Bezeichnend für die wirtschaftlichen Verhältnisse Jugoslawiens ist die Tatsache, dass bei der Entstehung des neuen Staates auf Serbien nur ein Siebentel des gesamten Eisenbahnnetzes entfiel. Desgleichen wiesen die einzelnen Landesteile grundverschiedene Entwicklungsstufen von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel auf.

Vom Gesichtspunkte der Landwirtschaft sei beispielsweise erwähnt, dass in Serbien und Montenegro selbst 1930 noch mehrere hunderttausend Holzpflüge in Gebrauch waren, wogegen in den Ungarn abgetrennten Landesteilen modernste Wirtschaftsformen üblich waren mit landwirtschaftlichen Maschinen, Rinder-, Schweine- und Pferdezucht, Samenveredlungsstellen, landwirtschaftlichen Industrien, usw.

Die jeweiligen jugoslawischen Regierungen waren freilich bestrebt, diese Verschiedenartigkeiten auszugleichen. Zu diesen Zweck suchte man unter Lahmlegung der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes der neuen Gebiete, Serbien zu einer vorteilhafteren Lage zu verhelfen.

Die landwirtschaftliche Produktion der neuen Provinzen wurde in erster Reihe durch die Agrarreform zugrunde gerichtet. Diese Absicht konnte so gründlich verwirklicht werden, dass z. B. gegenüber den Grossgrundbesitzresten in Syrmien und der Vojvodina, die 1927 noch 11—13 q Weizen pro Katastraljoch produzierten, auf den benachbarten Parzellen der durch die Agrarreform mit Boden

Beteilten insgesamt nur 2—4 q Weizen geerntet wurden. Die „Vereinigung der Banken der Vojvodina“ untersucht in ihrem Jahresbericht 1927 die Krise der landwirtschaftlichen Produktion und veröffentlicht zwecks Gegenüberstellung der Produktionsziffern vor und nach dem Weltkriege die nachfolgende Tabelle:

	Weizen		Mais		Hafer		Korn		Hopfen	
	Anbaufläche 100 ha	Ernte 100 q	Anbaufläche 100 ha	Ernte 100 q	Anbaufläche 100 ha	Ernte 100 q	Anbaufläche 100 ha	Ernte 100 q	Anbaufläche 100 ha	Ernte 100 q
im Jahre 1913	1.765	21.020	1.953	36.608	569	5.899	298	3.299	415	4 115
Durchschnitt 1920—1926	1.629	15.870	1.987	28.390	385	3.129	200	1.551	372	3.129
In % des Vor- kriegsstandes	92·2%	75·5%	101%	77·5%	89%	67%	67%	47%	89%	76%

Der Bericht erwähnt ferner, dass die Schrumpfung der Produktion dem Staate bedeutende Verluste verursacht habe, die sich auf jährlich 700 Millionen Dinar beliefen. Der Rückgang machte sich in jedem Produktionszweig der Landwirtschaft, so auch in der Viehzucht fühlbar.

Der Regimewechsel war auch für die Industrie der Jugoslawien angegliederten ungarischen, kroatischen und slowenischen Gebiete von verheerender Wirkung. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Vojvodina wurden objektiv und mit grosser Sachkenntnis durch die „Arbeitskammer der Vojvodina in Ujvidék“ in ihrem Jahresbericht 1927—28 bearbeitet. Darin wird der soziale und wirtschaftliche Niedergang der Vojvodina auf Grund amtlicher statistischer Angaben dargelegt. Kein Dramatiker könnte das tragische Missgeschick dieser einst reichsten Gegend Ungarns mit packenderen und kräftigeren Zügen schildern, als dieser Bericht, obwohl darin nur trockene statistische Angaben enthalten sind.

Der Bericht legt die Verluste der Industrie in der Vojvodina von 1921 bis 1927 in folgenden Ziffern dar: (in 1000 Dinar).

1. Landwirtschaftliche Industrie	4,012.979
2. Metall- und Eisenindustrie	195.760
3. Holzindustrie	300.920
4. Ziegelindustrie	481.623
5. Elektrizität	97.134
6. Textilindustrie	567.428
7. Chemische Industrie	242.441
8. Lederindustrie	90.980
9. Verschiedene Industrien	169.300
Insgesamt	6,158.566

Demnach betrug der Verlust der Vojvodina infolge des Rückganges der Produktion von 1921 bis 1927 insgesamt 6.158,566.000 Dinar.

Unzulänglich und von mannigfachen Vorurteilen beeinflusst war auch die jugoslawische Kreditpolitik, die lediglich den Grundsatz der Stärkung Serbiens, bei gleichzeitiger Schwächung der neuerworbenen Provinzen befolgte. Bezeichnend für die Kreditpolitik der Jugoslawischen Nationalbank (Narodna Banka) ist die nachfolgende Aufstellung, welche die prozentuale Verteilung der bewilligten Kredite auf die einzelnen Provinzen zeigt:

Provinz	1925 %	1926 %	1927 %	1928 %	1929 %
Serbien	61	60	60	56	60
Kroatien	15	14	14·5	17	12
Slawonien	7	6·5	8	7·5	9·5
Vojvodina	8	8·5	8·5	6	9
Bosnien	6	8	5·5	8·5	4
Dalmatien	1·5	1·5	2	3	3·5
Montenegro	1·5	1·5	1·5	2	2

Aus dieser Aufstellung geht die Tatsache hervor, dass in Jugoslawien auf Serbien und Montenegro, die zusammen nur 36% der Bevölkerung vertraten, 62—63% sämtlicher gewährten Kredite entfielen, während Kroatien und Slawonien mit 22·5% der Bevölkerung, zusammen nur durchschnittlich 21% und die Vojvodina, auf die 11·5% der Bevölkerung entfielen, nur 8—8·5% der Kredite zugeteilt erhielten. Eine solche Kreditpolitik musste zur Zwangsliquidierung von Landbesitz, Geschäfts- und Fabrikanlagen führen. Der Regimewechsel hatte also auf den Jugoslawien angegliederten Gebieten sowohl in der Landwirtschaft, wie

auch im Handel und Gewerbe, Niedergang und Ruin zur Folge.

Dieser Verfall wurde noch durch die mit Hochdruck arbeitende Steuerpresse beschleunigt. Nach dem Jahresbericht 1927 der Vereinigung der Banken der Vojvodina trugen Serbien und Montenegro von der jugoslawischen Staatsgründung bis 1927 an direkten Steuern nur mit 23% zur Deckung der staatlichen Ausgaben bei. Demgegenüber waren Kroatien und Slawonien mit 21% und die Bevölkerung der Vojvodina mit 25.5% an den öffentlichen Lasten beteiligt.

Die Unhaltbarkeit der Lage tritt besonders scharf zutage, wenn man die Beträge prüft, die der serbische Staat zu Gunsten der mit Steuern in so ungleicher Weise belasteten Gebiete an staatlichen Ausgaben und Investitionen zurückvergütet hat. Es ergibt sich dabei, dass Serbien und Montenegro, die 25% der Steuerlasten trugen, nicht weniger als 65% der Gesamtausgaben des Portefeuilles für Volksgesundheit zugewendet erhielten, und für ärztliche Pflege und Aufrechterhaltung von Spitälern im ganzen übrigen Jugoslawien nur 35% übrig blieben. Noch ärger verhielt es sich bei der Verteilung der Unterrichtsausgaben der einzelnen Landesteile. Hier figurierte Serbien mit nicht weniger als 82.5%. Die im Vergleich zu Serbien zu viel höherer Steuerleistung herangezogene Vojvodina musste ihr Unterrichtswesen aus der lächerlichen Zuteilung von nur 3% unterhalten.

So verursachte der Regimewechsel in den neuen Gebieten einen beispiellosen wirtschaftlichen Niedergang, die gewerbliche und landwirtschaftliche Arbeiterschaft geriet in Elend und das gesamte Wirtschaftsleben steuerte unrettbar dem Verfall zu.

Das Serbentum erbrachte während seiner 22 jährigen Herrschaft den Beweis, dass es kein staaterhaltendes Element bilde und weiter wurde es erwiesen, dass die Urheber der Pariser Vororddiktate schwer gesündigt hatten, indem sie Völker mit höherer Kultur schutzlos dem auf niedriger geistiger Stufe stehenden Serbentum preisgaben.

V. Der zweiundzwanzigjährige Krankheitsprozess.

Durch blosse Gewalt entstanden, war Jugoslawien schon im Augenblick seiner Entstehung einem schweren Konstitutionsleiden verfallen. Die den Staat bildenden Provinzen und Völker wiesen gegensätzliche historische und geographische Gegebenheiten auf, die sich nicht ausgleichen liessen. So mussten diese gewaltigen Unterschiede dem Staatsleben, sowohl innerpolitisch wie aussenpolitisch, ihren besonderen Stempel aufdrücken und dieser strukturellen Krankheit musste dann der jugoslawische Staat erliegen. Sein kampferfülltes Leben und rascher Niedergang mögen als Beweis gelten, dass Völker und Kulturen weder die Zeit, noch Politik oder Gewalt endgültig verschwinden lassen können. Zugleich wird dadurch auch die alte historische Wahrheit erhärtet, dass jedes staatliche Leben auf den Grundlagen der Moral beruht und kein Staat auf die Dauer durch Bajonette, Gefängnisse und Spitzel aufrechterhalten werden kann. Nun ist aber gerade Jugoslawien nicht durch das gegenseitige Vertrauen seiner Völker und ihren Willen zu aufrichtigem Verständnis, sondern durch Irreführung entstanden, und Gewalt und Tyrannei waren die Grundlagen der Staatsführung.

Schon während der ersten Periode der Staatsgründung sind Kroaten, Slowenen, Bosniaken und die übrigen Volksstämme sehr rasch zur Wirklichkeit erwacht. Sie sahen recht klar, dass es bei den Serben nicht um die südslawische Einheit gehe, dass sie vielmehr Gross-Serbien und dessen Beherrschung anstreben, und dieses Ziel auch mit allen Mitteln verfolgen. Aus diesem Grunde setzte ein unerbittlicher Kampf zwischen der südslawischen Idee und den

gross-serbischen Bestrebungen ein. Dieser Kampf bestimmte während zweiundzwanzigundeinhalb Jahre das Leben Jugoslawiens und führte schliesslich seinen Zusammenbruch herbei.

1. Die Verfassung des S. H. S.-Staates. — Die Festsetzung der Grenzen.

Nach der am 1. Dezember 1918 verkündeten Einigung schwelgte Serbien in einem wahren Siegestaumel. Man betrachtete die neuerworbenen Teile als erobertes Gebiet, als rechtmässige Beute und so machten sich die serbischen Politiker an die Verwirklichung des gross-serbischen Gedankens. Am 1. März 1919 trat in Belgrad die sog. provisorische Volksvertretung zusammen. In diesem Vorparlament begann auch die Organisierung der politischen Parteien. Zumeist meldeten sich die alten Parteigruppen zum Wort. Die Führung riss die 1880 durch Pašić gegründete Radikale Partei an sich. Ein grosses Gewicht hatte auch die Kroatische Bauernpartei, die mit Stephan Radić als Führer noch vor der Verkündung des Einigungsaktes, der Politik des Nationalrates von Zagreb entgegentrat und dadurch mit einem Schlag die Herzen der Kroaten gewann. Diese Partei sandte keine Vertreter in das Vorparlament. Dagegen liess Stephan Radić im Frühjahr 1919 ein Memorandum mit 158.000 Unterschriften Wilson überreichen, worin das Selbstbestimmungsrecht für die kroatische Nation gefordert wurde. Radić wurde von der Regierung in der Folge öfters hinter Schloss und Riegel gesetzt.

Im September 1920 brachen in verschiedenen Gegenden Kroatiens schwere Bauernrevolten aus. Am 28. November 1920 fanden die Wahlen in die konstituierende Nationalversammlung statt. Die 419 Mandate der Konstituante verteilten sich ohne Berücksichtigung der kleineren Parteifractionen, wie folgt: Demokraten 94, Radikale 89, Kommunisten 58, Radić-Partei 49, serbische Agrarier 30, bosnische Muselmanen 24, Korošec-Partei 15, Nationalklub

(Kroaten) 11, Sozialisten 10 Mandate. Es liess sich somit keine Mehrheit erzielen und die recht abwechslungsreichen Parteiprogramme haben auch die Bildung einer Koalition sehr erschwert. Mitte Dezember fasste die Kroatische Bauernpartei von Radić den Beschluss, die Zuständigkeit der Nationalversammlung in Belgrad für kroatische Belange nicht anzuerkennen und sich an ihrer Arbeit nicht zu beteiligen.

Die grosse innere Kraftprobe für die Einheit des neuen S. H. S.-Staates bildete die Inkraftsetzung der Verfassung. Im Frühjahr 1921 legte die Regierung Pašić der Nationalversammlung ihren Entwurf vor, der unter Aufhebung der historisch herausgebildeten Landschaften und Autonomien, eine Strafe, in Belgrad zentralisierte serbische Vorherrschaft sicherstellen sollte. Daraufhin wandten sich die im Kroatischen Block zusammengeschlossenen kroatischen Abgeordneten mit einer Proklamation an das Kroatenvolk, in der die Verfassung, über die in zwei Tagen abgestimmt werden sollte, für nichtig und für Kroatien nicht bestehend erklärt wurde. Pašić liess trotzdem durch Bestechung der bosnischen Muselmanen und der Albanier die Verfassung am 28. Juni 1921 votieren. Tags darauf, am St. Veits-Tag (Vidovdan) wurde sie auch verkündet.

In dieser Verfassung wurde die Idee Gross-Serbiens (Velika Srbija) verwirklicht und Jugoslawiens klägliches Ende wurde eigentlich im Belgrader Verfassungsakt vorbereitet, worin Gross-Serbien an die Stelle Jugoslawiens getreten war. Dies geht aus den Parlamentsreden zur Verfassungsvorlage klar hervor. Die Debatte über den Verfassungsentwurf leitete der Präsident der Demokratenpartei, Ljuba Davidović ein und führte unter anderem folgendes aus: „Wir benötigen einen Einheitsstaat; einen König, eine Gesetzgebung, eine Regierung. Wir sind gegen jedwedes persönliche, oder landschaftliche Privileg...“¹⁾ Diese Worte sind klar und bedürfen keines Kommentars.

¹⁾ Siehe „Az új szerb alkotmány“ (Die neue serbische Verfassung). Hrsg. durch die Szt. Gellért Gesellschaft, Literar. Vereinigung, Budapest, 1922.

Ebenso klar waren auch die übrigen Reden. Der serbische Republikaner Djonović sagte folgendes: „Diese Verfassung schafft keine Gleichberechtigung, sondern sichert die Hegemonie einer einzigen Rasse. Sie schlägt die Presse in Fesseln, richtet einen orientalischen Polizeistaat ein...“¹⁾

Sehr beachtenswert war auch die Kritik des Führers der Slowenischen Volkspartei, Dr. Anton Korošec. Mit scharfem Blick erkannte er die gross-serbische Tendenz der zentralistischen Verfassung und auch deren sämtliche gefährlichen politischen Folgen. Zum Verfassungsentwurf erklärte er, dieser vernichte sämtliche geschichtlichen Überlieferungen der Kroaten und Slowenen, ihre bisher entwickelte selbständige Kultur, ihre autonome politische und wirtschaftliche Entwicklung, die eine Folge und ein Erfordernis der geschichtlichen und lebendigen Kontinuität sind. Im weiteren erklärte Korošec, dass der Bruch mit diesen überlieferten Werten die Grundlagen des jugoslawischen Staates untergraben würde. Dies sei nicht seine (Korošec's) persönliche Ansicht, sondern die unerschütterliche Überzeugung von 90 Prozent der Kroaten und Slowenen. Der innere Frieden des neuen Landes könne nur auf der Durchsetzung des Autonomieprinzips beruhen, andernfalls der junge Staat starke zentrifugale Bewegungen befürchten müsse.

Der später nach Moskau geflüchtete kommunistische Abgeordnete Dr. Marković erklärte, der parlamentarische Kampf gegen die Gesetzesvorlage sei lediglich die erste Phase jenes wirklichen Ringens, welches diese später, zum Gesetz erhoben, heraufbeschwören würde. Seiner Meinung nach sollte dann der wirkliche Kampf aufflammen, dessen Feuer die gesamte Verfassung, ja, vielleicht sogar auch den Staat vernichten werde können.

Auch Dr. Anton Trumbić, erster Aussenminister des S. H. S.-Staates und einer der Urheber des Abkommens von Korfu, sprach in seiner Rede über die Gesetzesvorlage ein Verdammungsurteil aus.

¹⁾ Siehe, ebda, S. 9.

Den schärfsten Ton schlug im Laufe der Verfassungsdebatte Dr. Drinković, jedoch ausserhalb des Parlaments an: „Die Kroaten sind den Serben zuliebe weder zu stagnieren, noch einem Abstiegsprozess zu verfallen bereit, nur um dadurch die Ambitionen des serbischen Chauvinismus zu befriedigen. Die bitteren Erfahrungen der letzten zwei Jahre belehrten die Kroaten darüber, dass sie in politischer Hinsicht mit den Serben nicht einig sind.“¹⁾

Alle diese Äusserungen sprechen klar für sich und bekräftigen die Tatsache, dass gerade bei der für den Bestand des Staates ausschlaggebenden Frage, der Festlegung der Verfassung, die jugoslawische Einheit gescheitert war. Alle in den Rahmen des S. H. S.-Staates gezwängten bedeutenderen Nationen und Volksstämme nahmen gegen die neue Verfassung Stellung, lediglich die bosnischen Muselmanen stimmten dafür, doch sind diese, wie bereits erwähnt, durch Pašić bestochen worden. Der ohnehin mit drückenden Finanzsorgen kämpfenden Belgrader Regierung wussten diese Hunderte von Millionen abzupressen. Mit Hilfe dieses Geldes wurde 1921 die Vidovdan-Verfassung ins Leben gerufen. Am Tage ihrer Sanktionierung verübte ein Arbeiter einen Mordanschlag gegen den Prinzregenten Alexander. Der Anschlag schlug fehl, doch fiel einige Monate später Innenminister Drašković einem anderen Attentat zum Opfer. Nach dem Anschlag reiste Kronprinz Alexander ins Ausland. Am 16. August 1921 ist König Peter gestorben. Infolge der inneren Kämpfe war Kronprinz Alexander selbst bei der Leichenfeier nicht zugegen. Pašić konnte den Kronprinzen nur mit schwerer Mühe dazu bewegen, heimzukehren und sich krönen zu lassen.

Nach der Votierung der Vidovdan-Verfassung spitzten sich die Gegensätze zwischen Serben und Kroaten endgültig zu. Eine Krise folgte der anderen. Die im Kroatischen Block zusammengeschlossenen kroatischen Abgeordneten wandten sich im Februar 1922 in einer Denkschrift an die Konferenz von Genua und auch an alle freien Völker. Der

¹⁾ Siehe „Die neue serbische Verfassung“, S. 10.

Kroatische Block erklärte in dieser Denkschrift, dass über kroatische Angelegenheiten und im Namen der kroatischen Nation einzig der Vorsitzende des Kroatischen Blocks und Vertreter des Kroatenvolkes, Stephan Radić zur Führung von Verhandlungen berechtigt sei. Der Kroatische Block richtete am 13. August 1922 eine Denkschrift an den Völkerbund. In dieser Denkschrift brachte der Kroatische Block dem Völkerbund zur Kenntnis, dass das kroatische Volk gegen seinen Willen mit Serbien und den übrigen südslawischen Völkern vereinigt wurde, ferner wird darin erklärt, dass das kroatische Volk die Vidovdan-Verfassung nicht anerkenne, und den Völkerbundrat um die Anerkennung der Unabhängigkeit Kroatiens ersuche.

In Belgrad wurde nun die Verhaftung Stephan Radić beschlossen. Dieser flüchtete am 21. Juli 1923 ins Ausland, um erst 1924, unter der Regierung Ljuba Davidović zurückzukehren und abermals den schärfsten Kampf gegen König und Scheinverfassung aufzunehmen.

Radić hatte dafür seine guten Gründe. Die Herren von Belgrad, Nikola Pašić an ihrer Spitze, betrachteten die neuangegliederten Gebiete als ihr freies Jagdgebiet, das sie auch gründlich auszubeuten wussten. Im Regierungsapparat kamen ausschliesslich die Serben zum Worte, die wirtschaftlichen Lasten hatte dagegen grösstenteils die Bevölkerung der neuen Gebiete zu tragen. Als bezeichnende Einzelheit sei der durchweg serbische Charakter der jugoslawischen Diplomatie erwähnt. Die leitenden Posten hatten ausschliesslich Serben inne. 1921 gehörten von den 200 Diplomaten des Landes 178 dem Serbentum an.

Die innerpolitischen Kämpfe schaden Jugoslawien viel, da es zu gleicher Zeit schwierige auswärtige Fragen zu bewältigen hatte. Zunächst handelte es sich um die Regelung der Grenzfragen.

Gegenüber Ungarn war die Frage der Räumung von Pécs, Baja und des Dreiecks von Ujszeged, desgleichen jene der Murgegend (Wendenland) zu regeln. Das Friedensdiktat von Trianon gab Pécs, Baja und das Dreieck von Ujszeged Ungarn zurück, doch wollten sich die Serben nicht

zur Räumung bequemen. Schliesslich haben im August 1921 die Alliierten die Räumung dieser Gebiete veranlasst, die vom 17. bis 21. August durch die ungarische Wehrmacht auch übernommen wurden. Dagegen blieben die am 19. August und 2. September vor der Grenzfestsetzungs-Kommission stattgefundenen Kundgebungen des Wendenvolkes für die Rückgliederung des Wendenlandes erfolglos. Der durch Herrn Tardieu irreführte Völkerbund sprach dieses Gebiet Jugoslawien zu.

Ungarn vermochte sich mit der ebenso furchtbaren wie rechtswidrigen Verstümmelung nicht abzufinden und begann seinen gerechten Kampf für die Abänderung des Friedensdiktats von Trianon. Dieser Kampf wurde ohne Waffen geführt, das Recht verlieh ihm aber eine gewaltige Kraft und für Ungarns Nachbarn, unter ihnen auch für Jugoslawien nahm er einen recht beunruhigenden Charakter an. Das krampfhafteste Festhalten an der Beute veranlasste dann Jugoslawien, am 14. August 1920 mit der Tschecho-Slowakei ein Defensivabkommen zu schliessen, dem am 23. April 1921 auch Rumänien beitrug. So kam unter dem Namen der Kleinen Entente jenes Bündnissystem zustande, das offen gegen Ungarn gerichtet war.

Als Folge seiner inneren Kämpfe musste Jugoslawien gegenüber Österreich, bei der am 10. Oktober 1920 in Kärnten, in der sog. Zone „A“ durchgeführten Volksabstimmung unterliegen.

Gegenüber Bulgarien konnte Jugoslawien wohl sämtliche Gebietsansprüche durchsetzen, doch entstand dadurch zwischen den beiden Staaten ein unüberbrückbarer Gegensatz.

Schwieriger war die Lage Rumänien gegenüber. Die Alliierten und Assoziierten Mächte hatten, da sie über die mitteleuropäischen Gebiete keine eingehenden Kenntnisse besaßen, das Banat noch im Laufe des Weltkrieges sowohl Serbien, als auch Rumänien, also auf einmal zwei Staaten versprochen. Die Serben wussten jedoch den Rumänen zuvorzukommen und besetzten im November 1918 das ganze Banat. Nun setzte der Kampf zwischen Serben und Rumä-

nen um den Besitz des Banats ein. Angesichts dieser Lage beantragte Clémenceau eine Volksabstimmung, wogegen sich jedoch beide Partner sogleich verwahrten, da sie recht gut wussten, dass ein Plebiszit zu Gunsten Ungarns ausgefallen wäre. Schliesslich nahmen die Rumänen die Volksabstimmung unter der Bedingung an, dass der Bevölkerung lediglich die Wahl zwischen Serbien und Rumänien erlaubt sei. Der Streit ging weiter und endete damit, dass die Friedenskonferenz am 28. Februar 1919 — im Sinne des ursprünglichen Vorschlags von Seton Watson — das Banat zwischen Serbien und Rumänien aufteilte. Nach dem Beschluss trug sich die rumänische Regierung mit der Absicht, Jugoslawien den Krieg zu erklären. Die Lage wurde nur durch das Einschreiten der französischen Regierung gerettet, und Rumänien durfte am 6. August 1919 das östliche Banat einschliesslich Temesvár in Besitz nehmen.

* Noch schwieriger gestalteten sich die Beziehungen zwischen Serbien und Italien. Die Alliierten und Assoziierten Mächte hatten im Abkommen von London (26. April 1915) der italienischen Regierung Istrien, Triest, Görz, Gradisca, die meisten istrischen und dalmatinischen Inseln samt Norddalmatien und sogar Valona zugesichert. Nach dem Zusammenbruch der Monarchie erhoben die Italiener auch auf Fiume Anspruch. Die Bevölkerung der Stadt erklärte sich für einen Anschluss an Italien. Dem gegenüber setzte sich jedoch Präsident Wilson zur Zeit der Friedenskonferenz demonstrativ für die französisch-slawischen Interessen ein, und die am 14. April 1919 errichtete sog. Wilson-Linie schlug Fiume zu Jugoslawien. Daraufhin verliess der italienische Hauptdelegierte, Ministerpräsident Orlando, die Friedenskonferenz und reiste heim. Der italienischen Öffentlichkeit bemächtigte sich eine tiefe Erbitterung und d'Annunzio nahm Fiume am 12. September 1919 mit seinen Freischaren eigenmächtig in Besitz. Jugoslawien wandte sich an Frankreich um Hilfe. Dort legte man Belgrad — angesichts der inneren Wirren Jugoslawiens — nahe, sich mit Rom auszugleichen. In Rapallo kam denn

auch am 12. November 1920 ein Abkommen zustande, wonach Italien ausser Zara, Zagosta und einiger kleinerer Inseln auf ganz Dalmatien verzichtete, das übrige ehemals österreichische Küstenland aber beibehielt, während Fiume eine unabhängige Republik wurde. Damit war aber die Fiumefrage noch nicht endgültig gelöst. Als Stephan Radić 1923 ins Ausland flüchtete, kam es unter den Kroaten zu Unruhen und Jugoslawien krankte an inneren Krisen. Pašić wollte die Leidenschaften durch aussenpolitische Erfolge beruhigen und leitete deshalb Verhandlungen mit Italien ein. Nebst den erwähnten innerpolitischen Gründen war Jugoslawien auch durch solche aussenpolitischer Natur dazu genötigt, freundschaftliche Beziehungen zu Italien herzustellen. In Bulgarien wurde die serbenfreundliche Stambuljisky-Regierung gestürzt; im Juni 1923 rissen unter der Führung von Professor Zankoff die gegenrevolutionären Elemente die Macht an sich, was das Aufflammen der bulgarischen Irredenta gegen Jugoslawien zur Folge haben musste. In Belgrad erwog man schon einen bewaffneten Eingriff in Bulgarien, doch winkte Paris ab. Nun wurde am 27. Januar 1924 in Rom das italienisch-jugoslawische Abkommen unterzeichnet, das aus zwei Urkunden bestand. Die erste enthielt den italienisch-jugoslawischen Freundschaftspakt, in der zweiten erkannte Jugoslawien die Souveränität Italiens über Fiume an.

Auch dieser aussenpolitische Erfolg Nikola Pašić' vermochte jedoch die inneren Gegensätze nicht aufzuheben.

2. Die serbisch-kroatische Koalition. — Die albanische Frage.

Den serbischen Nationalisten floss der Auflösungsprozess Jugoslawiens bereits 1924 schwere Besorgnisse ein und die Parteien gelangten nach und nach zur Einsicht, dass mit den Kroaten eine Einigung erzielt werden müsse. Der Burgfriede hatte selbst in der Radikalen Partei Anhänger gefunden. Als nun die von Ljuba Davidović geführte

Demokratenpartei sich mit Radić und den kroatischen Abgeordneten zusammenschloss, trat Pašić zurück und am 27. Juli 1924 bildete Ljuba Davidović die neue Regierung. Am 10. August kehrte auch Stephan Radić aus dem Auslande zurück. Er gelangte alsbald zur Einsicht, dass es keineswegs zu einer ernsten Versöhnung, bezw. zu einem Interessenausgleich kommen könne und so führte er seinen Kampf gegen das Serbentum mit verschärften Mitteln weiter; in den Volksversammlungen blieben vor seinen Angriffen nunmehr selbst König und Staat nicht verschont. Von jetzt an war er Herr der politischen Lage geworden. Ohne Radić konnte keine Politik mehr getrieben werden. Selbst der König wurde durch das Auftreten Radić' beunruhigt und betraute neuerlich Pašić mit der Regierungsbildung. Die neue Regierung wurde am 6. November 1924 unter Einbeziehung der Partei von Pribičević gebildet. Die neue Koalition verfolgte als Hauptaufgabe das Aufräumen mit den separatistischen Bewegungen, löste die Skupština auf und liess Radić samt seinen Anhängern verhaften. Pribičević plante auch ein unerbittliches Durchgreifen in Kroatien, wo das serbische Militär samt der Polizei die grössten Verfolgungen einleitete. Prügelstrafen, Einkerkerungen und Morde waren an der Tagesordnung. Trotzdem trug bei den Wahlen vom 8. Februar 1925 in Kroatien die Radić-Partei den Sieg davon. Die Gewaltmittel erwiesen sich als erfolglos. Daraufhin änderte Pašić seine Taktik und leitete durch seine Vertrauensmänner Verhandlungen mit dem verhafteten Stefan Radić ein. Diese waren von Erfolg begleitet, die Radić-Partei verständigte sich mit der Radikalen Partei, um eine Koalitionsregierung zu bilden, in die am 8. November 1925 auch Radić selbst eintrat.

Das Bündnis war auf keiner Seite aufrichtig gemeint. Pašić wollte das Ansehen Radić' untergraben, dieser wieder rechnete damit, im Besitze der Macht für Kroatien weitgehende Zugeständnisse erwirken zu können. Pašić liess von der serbischen Vorherrschaft nichts nach, und hintertrieb dauernd die Bestrebungen Radić', wobei er den

kroatischen Bauernführer vorübergehend auch diskreditieren konnte. Auch Pašić sollte das Bündnis mit den Kroaten nicht viel Nutzen bringen. In seiner eigenen Partei regten sich Stimmen des Unwillens, und dieser wurde auch durch die über die serbische Hegemonie ängstlich wachende „Weisse Hand“ genährt. Der Unzufriedenheit im eigenen Lager musste Pašić weichen und so nahm er am 6. April 1926 seinen Abschied.

Auf Wunsch der „Weissen Hand“ übertrug der König die Regierungsbildung einem bedeutungslosen Radikalen, Nikola Uzunović der am 8. April seine Regierung bildete. Radić schied aus dem neuen Kabinett schon am 15. April aus, die Mitglieder seiner Partei verliessen die Regierungsbänke am 1. Februar 1927. Damit war die serbisch-kroatische Koalition endgültig zerfallen und die Kroaten schritten zur Wiederaufnahme ihres Oppositionskampfes.

Pašić war zu dieser Zeit nicht mehr am Leben, er war am 10. Dezember 1926 gestorben. Das Serbentum betrauerte in ihm seinen grössten Sohn. Er schuf das unabhängige Serbien, galt als fanatischer Fahnenträger des gross-serbischen Traumes, brachte über unzählige Hindernisse hinweg Jugoslawien zustande und hielt es unter übermenschlichen Kämpfen zusammen. Trotzdem musste er in seinen letzten Jahren erleben, dass sich die Gunst des Königs von ihm abwandte und in seiner letzten Regierungsperiode wurde es ihm klar, dass sein grosses Lebenswerk bereits an allen Ecken und Enden gefährdet sei. Er musste zur Einsicht kommen, dass der Gegensatz mit den Kroaten zur Spaltung des nur lose gefügten Mosaikstaates durch innere Kräfte führen müsse, ein Zusammengehen mit ihnen hinwieder das Staatsgebäude der Gefahr aussetzen, durch äussere Kräfte vernichtet zu werden.

Die innen- und aussenpolitischen Interessen Serbiens und Kroatiens waren einander so weitgehend entgegengesetzt, dass sie nicht aufeinander abgestimmt werden konnten. Diese Gegensätze traten insbesondere beim Abschluss der Verträge von Nettuno zu Tage. Diese Verträge

hatte der Aussenminister der Pašić-Regierung Ninčić im Juli 1925 auf Grund der Römischen Abkommen abgeschlossen; Italien wurde darin das Recht eingeräumt, in Dalmatien eine grosszügige wirtschaftliche Tätigkeit zu entfalten. Ninčić glaubte durch diese Vereinbarung Jugoslawien nunmehr in Albanien freie Hand erlangt zu haben, worin er sich indessen gründlich verrechnet hatte. Für die Kroaten hatte die albanische Frage kein Interesse, dagegen waren sie durch den Vertrag über Dalmatien empfindlich berührt und entfalteten dagegen einen starken Widerstand. Mit Rücksicht auf Radić und seine Anhänger, die gerade zu jener Zeit in die Regierung eingetreten waren, wollte Belgrad die Ratifizierung der Verträge von Nettuno nicht wagen. Die innerpolitische Lage zwang somit die jugoslawische Regierung, sich gegen Italien zu wenden. Die Ratifizierung wurde in der Folge immer wieder hinausgeschoben, bis schliesslich Rom die Umschweife satt bekam und zur Wahrnehmung der eigenen Interessen am Balkan mit Albanien Beziehungen anknüpfte. Nach Pašić' Abgang ist es inmitten der andauernden innerpolitischen Krisen auch der schwachen Regierung Uzunović nicht gelungen, die Verträge von Nettuno zu ratifizieren. So sah sich Italien veranlasst, am 27. November 1926 in Tirana mit der albanischen Regierung ein Freundschafts- und Sicherheitsabkommen zu treffen. Die serbische Öffentlichkeit war darüber bestürzt und die Aufregung steigerte sich zu kriegerischer Spannung. So musste Pašić in seinen letzten Tagen noch erleben, dass die italienische Grossmacht am Balkan erschien, in Albanien Fuss fasste und von dort aus den entscheidenden Schlag gegen die gross-serbischen Bestrebungen vorbereitete.

3. Blutige Bruderkämpfe. — Die Nachbarstaaten gegen Jugoslawien.

Nach Pašić' Tod sollten jene gross-serbischen Kräfte, Politiker und Militärs, die sich in der revolutionären Organisation der „Weissen Hand“ zusammengeschlossen hat-

ten, eine noch grössere Handlungsfreiheit erlangen. Am 17. April 1927 bildete Velja Vukičević aus den Leuten der „Weissen Hand“, den sog. „Jungradikalen“ die Regierung. In diese radikal-demokratische Koalitionsregierung traten auch die bosnischen Muselmanen ein. Ministerpräsident Vukičević löste zunächst das Parlament auf und schritt zu Neuwahlen. Diese fanden am 11. September 1927 statt; es wurde dabei der schrankenloseste Terror entwickelt um die Kroaten niederzuhalten. Diese Kroatenverfolgungen und auch die sich zunehmend verschlechternde Lage der Provinzen veranlassten Stephan Radić zum Zusammengehen mit Svetozar Pribičević, der nun selbst zur Überzeugung gelangte, dass er von Belgrad hintergangen wurde.

Vergeblich rekonstruierte Vukičević sein Kabinett am 3. Februar 1928, den Oppositionskampf der Kroaten konnte er nicht mehr bändigen. Der Kampf flammte mit erhöhter Wucht auf, als die Verträge von Nettuno der Skupština zur Ratifizierung vorgelegt wurden. Der Gegensatz zwischen der Regierung und den Anhängern Radić' verschärfte sich nun derart, dass der serbische Radikale Puniša Račić am 20. Juni 1928, in offener Sitzung sechs Revolvergeschüsse auf die kroatischen Abgeordneten abfeuerte. Die Abgeordneten Georg Basariček und Paul Radić starben auf der Stelle und auch der tödlich verwundete Stephan Radić erlag am 8. August seinen Wunden.

Den Revolverkugeln des Puniša Račić fiel die Idee der jugoslawischen Einheit endgültig zum Opfer und die Kluft zwischen Kroatien und Serbien liess sich nicht mehr überbrücken. Auf die Mordnachricht hin brachen in Zagreb revolutionäre Kundgebungen aus und die serbische Gendarmerie machte von den Waffen Gebrauch. Das Begräbnis Stephan Radić' gestaltete sich jedoch zu einer einzigartigen Kundgebung des Kroatentums für seinen Führer und seine Freiheit. Die kroatischen Abgeordneten verliessen die Skupština und so geriet Jugoslawien wieder einmal in eine verhängnisvolle Krise. Auch die Regierung Vukičević wurde durch die blutigen Ereignisse in der Skupština weggefeht. Am 27. Juli 1928 bildete Anton Korošec die

Regierung, doch der nunmehr offen verkündeten separatistischen Bewegung vermochte auch er nicht Herr zu werden. Die innerpolitische Krise spitzte sich immer stärker zu.

Radić' Erbe trat als Führer der Kroaten Dr. Vladimir Maček an. Er verkündete alsbald die Ansicht, dass die kroatische Nation nur mehr durch die Einführung der Personalunion befriedigt werden könne. König Alexander musste sich davon überzeugen, dass Maček und seine Anhänger nicht daran dachten, ihre Forderungen herabzumildern und so gab er dem Druck der „Weissen Hand“ nach. Diese führte am 6. Januar 1929 ihren, bereits seit Monaten vorbereiteten Staatsstreich durch. Der König löste das Parlament auf, erklärte die Vidovdan-Verfassung für nichtig und verkündete den Absolutismus. Eine Regierung wurde durch den Präsidenten der „Weissen Hand“ und Kommandanten der Königlichen Garde, General Peter Živković gebildet.

Innerhalb von zehn Jahren war es also der aggressiven serbischen Politik gelungen, ihr Zerstörungswerk zu vollenden. Sie wusste die Jugoslawien einverleibten Nationen und Volksstämme gegen sich selbst aufzuwiegeln und lieferte damit den treffendsten Beweis für die Lebensunfähigkeit des Staates. Gleich dem Inlande, blieb die extremistische serbische Politik auch im Auslande erfolglos, denn Jugoslawien reizte alle seine Nachbarn gegen sich auf.

Im erster Reihe blieben die politischen Beziehungen zu Italien infolge der albanischen Frage unverändert gespannt. Die „Weisse Hand“ und der Aussenminister der Regierung Vukičević, Voja Marinković hätten Italien gerne aus Albanien verdrängt. Kundgebungen gegen Rom waren an der Tagesordnung, doch Marinković ging noch weiter, indem er sich mit Frankreich gegen Italien verbündete. Am 11. November 1927 wurde in Paris das französisch-jugoslawische Freundschaftsabkommen unterzeichnet, dessen Spitze gegen Italien gerichtet war. Italiens Gegenzug liess nicht lange auf sich warten, denn es schloss elf

Tage später, am 22. November ein Schutz- und Trutzbündnis mit Albanien ab. Die Erregung in Belgrad war nicht gering, doch hütete man sich, ernstlich aufzutreten, da angesichts der schwierigen innerpolitischen Lage Belgrad auch aus London und Paris zur Ruhe ermahnt wurde.

Die endgültige Niederlage in der albanischen Frage erlitt Jugoslawien im September 1928, als Zogu zum König von Albanien gekrönt und das Schicksal dieses Landes nunmehr an die italienische Grossmacht geknüpft wurde.

Ungarn versuchte 1926 eine Annäherung an Belgrad, wo man aber die ausgestreckte Rechte nicht annahm. Umsomehr erkannte man in Rom die wirtschaftliche und strategische Bedeutung des Stephansreiches, so dass am 5. April 1927 in Rom zwischen den beiden Staaten ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen wurde. Jugoslawien versäumte somit eine grosse Möglichkeit, Italien dagegen wusste sich im Donaauraum eine hervorragende Stellung zu sichern.

Sehr schlecht waren auch die bulgarisch-jugoslawischen Beziehungen. Stambulijsky baute seinerzeit auf die Verständigungspolitik mit Belgrad, strebte eine Zusammenarbeit mit dem Serbentum an, fand aber kein Gehör. Als dann in Sofia die nationale und irredentistische Richtung zur Herrschaft gelangte, unterstützte Belgrad die emigrierten Stambulijsky'schen Agrarier, was ihm von Sofia natürlich im höchsten Masse verübelt wurde. Aussenminister Marinković versuchte wohl im Sommer 1927 einen Vergleich mit den Bulgaren, wobei er jedoch auf der Aufrechterhaltung des *Status quo* bestand. Zur Annahme solcher Bedingungen liess sich in Sofia freilich kein einziger Staatsmann finden und so kam der Vergleich nicht zustande. Marinković erneuerte 1928 seine Ausfälle gegen Bulgarien, und als Folge davon war eine neuerliche Belebung der Tätigkeit des Mazedonischen Komitees zu verzeichnen. Nun nahm Jugoslawien eine immer drohendere Haltung gegenüber Bulgarien ein, doch eilte diesem jetzt

Italien zur Hilfe und gewann dadurch einen neuen Freund in Südosteuropa.

Auch zwischen Griechenland und Jugoslawien trat im August 1927 eine Spannung ein. Griechischerseits sah man sich nämlich ausserstande, die weitgehenden Forderungen Belgrads zur Benützung des Hafens von Saloniki zu erfüllen. Jugoslawien bedurfte des Hafens von Saloniki nicht etwa für Handelszwecke, sondern vielmehr aus strategischen Gründen, doch sind es gerade diese Gesichtspunkte, die die Griechen nicht berücksichtigen wollten. Der feindseligen Haltung Jugoslawiens gegenüber suchten sich auch die Griechen auf die Freundschaft Italiens zu verlassen und namentlich Venizelos tat sein möglichstes, um die Zukunft seines Vaterlandes durch die Unterstützung der italienischen Grossmacht sicherzustellen.

So wurde als Folge der ständigen inneren Krisen auch die Aussenpolitik Jugoslawiens endgültig in eine Sackgasse getrieben. Jugoslawien wurde durch die imperialistische Politik der Serben zu einem wahren Brandherd. Auch seiner Grenzen war es nicht mehr sicher, da ihm alle benachbarten Staaten zu Gegnern geworden waren, mit denen es sich nicht ausgleichen konnte und wollte.

4. Glück und Ende der Diktatur.

Anlässlich der Verkündung der Diktatur erklärte König Alexander, dass ihm nichts anderes übrig geblieben wäre, da er lediglich die Wahl zwischen Anarchie und Diktatur gehabt und sich für die letztere entschlossen habe. So offen und aufrichtig die Worte waren, folgten ihnen keine klugen Taten. Die Willkürherrschaft des General Živković erweiterte nämlich die ohnehin vorhandenen Risse, steigerte die Gegensätze, nahm keinerlei Rücksicht auf die Empfindlichkeit Kroatiens und der übrigen Volksstämme und schreckte vor keinerlei Gewaltmitteln zurück. Er versuchte die jugoslawische Einheit durch Gefängnisse, Morde und Spitzelei zu verwirklichen, bezw. die serbische Hegemonie zu sichern, erreichte aber gerade

das Gegenteil. Während seiner dreijährigen Diktatur wurden nicht nur die Kroaten und die übrigen angegliederten Volksstämme der jugoslawischen Staatsidee endgültig entfremdet, sondern selbst unter den Serben begann sich allmählich der Unwille zu regen.

General Živković regierte bis Ende 1931 durch Verordnungen und hatte somit Gelegenheit, in alle Zweige der staatlichen Politik einzugreifen. Die Parteien wurden aufgelöst, alle Freiheitsrechte aufgehoben, die Unabsetzbarkeit der Richter suspendiert und die Presse einer strengen Vorzensur unterworfen. Um die Vorherrschaft der Serben noch mehr zu festigen, wurde am 3. Oktober 1929 selbst der Name des Staates abgeändert, der fortan nicht mehr Königreich S. H. S., sondern „Kraljevina Jugoslavija“ hiess.

Auch die Verwaltung wurde reformiert, der Staat in neun Banate geteilt, zugleich wurden die Staatsbeamten und die Beamtenschaft der autonomen Gemeinwesen zur Disposition gestellt. Die Vereine, selbst solche nationalistischer Richtung, wurden aufgelöst, nur die „Narodna Obrana“ durfte ihre Tätigkeit fortsetzen. Durch die neuen Schulverordnungen wurde dem Unterrichtswesen Kroatiens und der übrigen Volksstämme der Boden völlig entzogen. Auch aus den Ämtern mussten die Kroaten verschwinden, die Serben wollten dagegen alles: Ämter, Geld und Macht an sich bringen. Als bezeichnende Einzelheit mag erwähnt werden, dass zu Ende der Diktatur im Innenministerium 116 von 127 Beamten Serben waren, desgleichen betrug das Verhältnis im Aussenministerium 180 : 219, im Ministerpräsidium 13 : 13, im Justizministerium 113 : 137, in der Hypothekenbank 196 : 200, im Verkehrsministerium 15 : 26 und bei Hof 30 : 31.

Kroatien befand sich unter einer wahrhaftigen serbischen Besetzung. 60.000 Polizisten und Gendarmen waren im Lande untergebracht, um jeden bewaffneten Aufstand niederzuhalten. Kroatische Patrioten wurden getötet oder eingekerkert. So wurde der Zagreber Universitätsprofessor Milan Sufflay ermordet, der frühere Abgeordnete Joseph

Predavec und später sogar der Kroatenführer Wladimir Maček eingekerkert.

Trotzdem konnte das Kroatentum nicht zum Schweigen gebracht werden. Zwei Tage nach der Verkündung des Absolutismus, am 7. Januar 1929 hat das Kroatentum seine revolutionäre Bewegung, die Ustaša formell gegründet. Vor Živković' blutigem Terror war ein Teil der kroatischen Politiker nach dem Auslande geflüchtet, so der Führer der Ustaša-Bewegung Dr. Ante Pavelić, der sowohl in Europa, wie auch in Amerika die wehrfähigen Kroaten für die Ustaša-Bewegung zu gewinnen und auch zu organisieren wusste. Diese Bewegung war es, die im Auslande als illegale Organisation der kroatischen Revolution bekannt wurde.

Nebst Ante Pavelić begaben sich auch zahlreiche kroatische Politiker ausserhalb Kroatiens, die dessen Unabhängigkeit durch legale Mittel zu erkämpfen suchten. Unter diesen befanden sich August Košutić und Juraj Krnjević. Beide unterstützten im Auslande den Kampf Mačeks und ihre Tätigkeit war daher dem Ausland als die sog. legale Bewegung bekannt.

Sowohl die legalen, wie auch die illegalen Organisationen leiteten nach der Ermordung Radić eine breit-angelegte, sowohl Europa, wie auch die amerikanischen Staaten umfassende Tätigkeit im Interesse der kroatischen Unabhängigkeit ein. Der Kampf entbrannte aber auch in Jugoslawien selbst. Vladimir Maček hielt am 13. August 1928, in der Trauersitzung des Abgeordnetenklubs der bäuerlich-demokratischen Koalition eine Rede und verkündete darin offen das Recht des kroatischen Volkes auf einen freien Kroatenstaat. Kurz darauf, am 25. August gab er dem „Deutschen Volksblatt“ eine Erklärung ab, worin er unter anderem folgendes ausführte: „Für uns kann der Staat in seiner heutigen Gestalt weder rechtlich, noch weniger aber von moralischem Gesichtspunkt mehr bestehen.“ Am 9. Februar 1929 erklärte er in einem Interview für die „Gazzetta del Popolo“: „Das kroatische Problem kann nur durch Kroatien selbst gelöst werden.

Durch die Diktatur dürfte dies höchstens nur beschleunigt werden und ich glaube auch, dass es beschleunigt wird.“

Ende 1929 begaben sich Košutić und Krnjević nach London, wo sie Englands Politiker und Presse für die kroatische Frage zu gewinnen suchten. Im September 1930 überreichte Krnjević beim Völkerbund eine Denkschrift, worin er die Aufmerksamkeit auf die kroatische Frage lenkte. Einen Monat später erschien in Genf die erste Nummer seiner Wochenschrift „Croatia“, als Amtsblatt der legalen Bewegung. Am 12. Mai 1931 überreichte er dem Völkerbundssekretariat eine weitere, umfangreiche Denkschrift, in der die Beschwerden der Kroaten niedergelegt wurden. Zwei Monate später, am 15. Juli landete Košutić in Amerika; er entfaltete dort eine so umfangreiche Tätigkeit, dass es ihm gelang, nicht nur eine Einheitsfront der Amerika-Kroaten zustandezubringen, sondern auch die amerikanische Öffentlichkeit für die kroatische Frage zu interessieren. Im März 1932 hielt sich Košutić zwecks persönlicher Fühlungnahme mit führenden Kreisen der Politik und Presse abermals in London auf. Noch im November des gleichen Jahres traf er erneut in England ein, um Vorträge im Royal Institute, sowie im Catholic Council for International Relationships zu halten. In seinem letzterwähnten Vortrag hob er besonders die Unmöglichkeit hervor, das katholische Kroatien mit dem prawoslawischen Serbien unter einen Hut bringen zu wollen. In beiden Vorträgen wies er auch auf den verhängnisvollen Weg hin, den die serbische Diktatur eingeschlagen hatte.

Unter dem Eindruck der Vorträge Košutić' veröffentlichten die „Sunday Times“ aus der Feder Wickham Steeds selbst einen grösseren Aufsatz, worin der Verfasser bevorstehende grosse Umwälzungen in Mitteleuropa und sogar den voraussichtlichen Zerfall Jugoslawiens voraussagte. Košutić reiste nach diesen Vorträgen nach Irland, um dort ebenfalls mehrere öffentliche Vorträge zu halten. Als Ergebnis seiner Bemühungen wurden am 30. Novem-

ber 1932 im Unterhaus zwei Interpellationen über die kroatische Frage eingebracht.

Von der weit ausgreifenden Tätigkeit, die auch Ante Pavelić seit 1929 im Auslande entfaltete, seien die folgenden wichtigeren Begebenheiten erwähnt: zunächst organisierte er die Ustaša-Bewegung auch im Auslande. Sie hatte nun in fast allen wichtigeren Städten Europas ihre Zweigstellen. Zur Verbindung der verschiedenen Ustaša-Organisationen untereinander errichtete er in Genf ein Bureau. Die wichtigste Grundlage seiner Tätigkeit bildete die in der belgischen Ortschaft Seraing errichtete kroatische Emigrantenkolonie. Auch in Amerika gab es überall besondere Ustaša-Organisationen; die wichtigsten bestanden in Buenos Aires und Pittsburgh.

Die grösste Kroatenorganisation Amerikas, „Hrvatsko Kolo“ genannt, wurde durch Pavelić 1929 gegründet. Sie veranstaltete alljährlich in Cleveland ihren wohlbesuchten Kongress, um das amerikanische Interesse für die kroatische Frage wachzuhalten. Bei solchen Gelegenheiten wurden in verschiedenen Grosstädten der Neuen Welt Strassendemonstrationen veranstaltet. Im September 1930 wandte sich die Bauernpartei der Amerika-Kroaten telegraphisch an den Völkerbund und verlangte die Anerkennung des unabhängigen Kroatiens. Auch auf der Kroaten-tagung in Toronto vom 21. bis zum 27. Januar fanden grosse Unabhängigkeitskundgebungen statt.

Sonderbarerweise flüchtete 1931 auch Pribičević, einer der Urheber des Jugoslawenstaates, nach dem Ausland und leitete dort den schärfsten Kampf gegen die Diktatur ein.

Schliesslich begannen selbst Jugoslawiens Verbündete die kroatische Separatistenbewegung peinlich zu empfinden. Paris versagte der Regierung Živković eine Anleihe und König Alexander erhielt vom Auslande immer häufigere Winke zur Wiederherstellung der Verfassung. Unter dem inneren und äusseren Druck gab Živković nach, liess eine neue Verfassung ausarbeiten und bildete am 2. September 1931 sein Kabinett um. Diesem traten nun auch Kroaten, Bosniaken und Slowenen bei und tags darauf,

am 3. September verkündete der König die neue Verfassung. Živković dankte ab, erhielt aber neuerlich den Auftrag zur Regierungsbildung.

Durch die Scheinverfassung, die vornehmlich der Beruhigung des Auslandes dienen sollte, liess sich General Živković an der Weiterführung seiner bisherigen Politik nicht hindern. Auch die Verordnungsgesetze behielten ihre Gültigkeit. Am 18. September 1931 erschien ein neues Gesetz über Vereinswesen, Versammlungen und politische Agitationen, wodurch die Offenbarung der wahren Volksstimmung gänzlich unterbunden wurde. Erst danach schrieb General Živković die Neuwahlen aus. Sie fanden für das Abgeordnetenhaus am 8. November 1931 und für den Senat am 4. Januar 1932 statt und das neue Parlament nahm seine Tätigkeit am 11. Januar auf.

Schon während der Wahlen, sodann am Tage der Eröffnungssitzung der Skupština veranstalteten die Belgrader Studenten gewaltige Kundgebungen, die aber durch Gendarmerie und Polizei blutig unterdrückt wurden. Auch im neuen Parlament kamen freilich die serbisch-kroatischen Gegensätze sogleich zum Vorschein und lieferten den Beweis dafür, dass auch die Diktatur die Einheit Jugoslawiens nicht zu verwirklichen vermochte, ja dass auch das Serbentum selbst dagegen auftrat.

Auch in aussenpolitischen Belangen waren der Diktatur keine Erfolge beschieden. Belgrad verharrte bei der aggressiven Aussenpolitik, obwohl zu jener Zeit bereits die Grundzüge des europäischen Systems nicht mehr dieselben waren, wie im Europa der Pariser Vorortdiktate. Italien zeigte stürmischen Kräftezuwachs, in Deutschland stiess der Nationalsozialismus vor und dank dem italienisch-ungarischen Freundschaftsvertrage hörte auch die Isolierung des Stephensreiches auf.

Das in den Pariser Vororten gewaltsam erzielte europäische Gleichgewicht hatte sich im Augenblick verändert, als Mussolini die Unterstützung der ungarischen Revisionsforderungen ankündigte und sodann das 1931 abgeschlossene ungarisch-österreichische Wirtschaftsabkom-

men den italienischen Intentionen gemäss im Februar 1932 durch den Abschluss der österreichisch-italienischen und ungarisch-italienischen Verträge zu einem Dreierpakt ausgebaut wurde. Diese sog. Brocchi-Verträge führten auf wirtschaftspolitischer Ebene zur Vertiefung der italienisch-österreichisch-ungarischen Beziehungen und schufen im Donabecken eine neue Lage. Zugleich gewann der Nationalsozialismus in Österreich schrittweise an Raum. Das Abkommen über die Zollunion mit Deutschland, das durch Schober und Curtius am 19. Mai in Berlin abgeschlossen wurde, erwies sich in der Folge als ein Werk von epochemachender Bedeutung. Die Bewegung, die in den politischen Kampf das Volkstumsprinzip hineinrug, war vom Deutschtum ausgegangen.

Allen diesen Ereignissen trat Jugoslawien unter Anlehnung an die Tschechen und Rumänen und hauptsächlich im Vertrauen auf die französischen Waffen in aggressivster Weise entgegen. Seine Aussenpolitik stand dem Wandel der Zeiten verständnislos gegenüber, strebte keinerlei friedliche Lösung an, sondern bediente sich vielmehr aller Mittel, um Ungarn einzuschüchtern und in Fesseln zu schlagen. Wie es im „Journal de Genève“ vom 4. April 1929 zu lesen ist, schloss Jugoslawien im März 1928 eine geheime Militärkonvention mit der Tschechoslowakei und später auch mit Rumänien ab. Diese Verträge wurden durch die im April und Mai 1929 getroffenen Abkommen ergänzt, worin sogar die einheitliche Leitung der gegen Ungarn aufzubietenden Streitkräfte und die „Vereinheitlichung und wirtschaftliche Rationalisierung der Aufrüstung und Kraftentfaltung“ der drei Staaten vorgesehen war. In diesen Verträgen verpflichteten sich die Beteiligten, falls einer der Staaten der Kleinen Entente nicht durch Ungarn, sondern durch eine andere Macht angegriffen würde, auch wenn dabei Ungarn sofort seine Neutralität erklärte: 1. zur sofortigen Mobilmachung gegen Ungarn und Besetzung der Trianon-Grenzen, 2. zur Durchführung bestimmter „militärischer Aktionen“ durch die aufmarschierten Kräfte.

Dieser Vertrag, der nicht bloss gegen Ungarn, sondern auch gegen Bulgarien gerichtet war, liefert den treffenden Beweis dafür, dass Jugoslawien und seine Verbündeten nicht dem europäischen Frieden, sondern der dauernden Unruhe dienten. In ähnlich gewaltsamer Weise trat Jugoslawien, mitsamt seinen Verbündeten gegen das Schober-Curtius-Abkommen auf. Und auch dem italienisch-österreichisch-ungarischen Wirtschaftsabkommen kündigte es den schärfsten Kampf an.

So ist es verständlich, dass General Živković die durch die früheren Kabinette mit Italien abgeschlossenen Verträge nicht zu verlängern vermochte.

Alle diese innen- und aussenpolitischen Misserfolge mussten schliesslich zum Sturz der Diktatur führen. Den Abgang General Živković' bezeichneten nur Ruinen im jugoslawischen Staatsleben. Als einziges Denkmal seiner Regierung blieb das während der Diktatur enthüllte Standbild des Gavrilo Princip zurück. Es dürfte für alle Zeiten ein vielsagender Beweis dessen bleiben, dass der politischen Ideologie des Serbentums auch der Mord und seine Anpreisung nicht fremd sind.

5. Der Königsmord von Marseille und die jugoslawische Aussenpolitik.

Nach dem Sturze Živković' bildete Marinković im April 1932 die neue Regierung, die jedoch nur von kurzer Dauer war und schon am 2. Juni desselben Jahres durch eine Regierung Srskić abgelöst wurde. Ministerpräsident Srskić, der vordem Justizminister und als solcher der geistige Führer der Diktatur gewesen war, setzte seine Politik auch in diesem Sinne, allerdings mit ebensowenig Erfolg wie sein Vorgänger fort. Die wiederholten revolutionären Versuche der Kroaten, Dalmatiner, aber auch weiter Schichten sonstiger Unzufriedener, verschärft durch die Weltwirtschaftskrise, bedeuteten für den jugoslawischen Staat immer neue, schwere Gefahren. Auch unter dieser „star-

ken“ Belgrader Zentralregierung kam es in den Randgebieten des Landes immer wieder zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen dem serbischen Militär und aufständischen Gruppen und Massen der unzufriedenen Bevölkerung. Der Wert des Dinars sank unter der Diktatur auf beinahe die Hälfte seines früheren Standes. Mangels ausländischer Kredite befand sich das Land seinen ausländischen Gläubigern gegenüber eigentlich im Zustande der Zahlungsunfähigkeit. Die an und für sich schwachen Banken konnten, insbesondere nach der erzwungenen Stützungsaktion für die Landwirtschaft, selbst durch ausserordentliche gesetzliche Massnahmen, sozusagen nur von Tag zu Tag über Wasser gehalten werden, während die bäuerliche Bevölkerung, trotz aller Regierungsmassnahmen, die Auswirkungen der schweren Wirtschaftskrise in ihrer ganzen Wucht zu tragen hatte.

Infolge dieser inneren und äusseren Schwierigkeiten musste denn auch die Regierung Srskić bereits am 3. November 1932 ihre Demission geben.

König Alexander suchte nach einem Ausweg: er wünschte die Verständigung mit den Kroaten und Slowenen. Der Berliner jugoslawische Gesandte Balugčić riet dem König, den Staat ganz auf föderalistischer Grundlage umzubauen, aber die Diktatur verwarf alle vernünftigen Pläne und so wurde auch die folgende Regierung wieder von Srskić gebildet. Die innere Krise hat sich dadurch nur weiter verschärft. Die Gefängnisse füllten sich mit kroatischen Patrioten — auch Anton Trumbić, einer der Gründer und erster Aussenminister des jugoslawischen Staates wurde von diesem Schicksal ereilt, ebenso wie Anton Korošec, der in ein Internierungslager kam. Korošec war Ministerpräsident der letzten jugoslawischen demokratischen Regierung gewesen und gehörte bis zur Verkündung der neuen Verfassung auch der diktatorischen Regierung des Generals Živković an. Später verband er sich wieder mit den alten Parteien, die gegenüber der Diktatur auf einem starr ablehnenden, oppositionellen Standpunkt verharrten. Zunächst näherte er sich der Kroatischen

Bauernpartei, und als die Kroaten 1932 ihre bekannten Forderungen zur Bildung einer föderalistischen Regierung erhoben, proklamierte Korošec die Forderungen der Slowenen auf Errichtung eines slowenischen Bundesstaates im Rahmen des föderalistischen jugoslawischen Staates. Wegen dieser Forderungen wurde der Führer der Kroatischen Bauernpartei, Dr. Maček, zu drei Jahren Zuchthaus, Dr. Korošec aber zur Internierung, erst in einem serbischen Kurorte, später auf der dalmatinischen Insel Hvar, verurteilt. Dr. Maček wurde später aus dem Zuchthause in Mitrovica in das Gefängnisspital in Agram übergeführt, Dr. Korošec blieb auch weiterhin auf der Insel Hvar.

Indessen führten die kroatischen Ustaši einen Guerrillakrieg gegen die serbische Gendarmerie.

Die ins Ausland geflüchteten Führer der Kroaten aber wandten sich nun an die Weltöffentlichkeit. Im Januar 1934 liess Krnjević den Aussenministern der Kleinen Entente eine Denkschrift zugehen, in der er darauf hinwies, dass die Kleine Entente eigentlich ein nichtbestehender Staatenbund sei, da er doch durch die Minoritäten der Mitgliedstaaten bekämpft werde.

Am 26. September 1933 traf der Seelsorger Ivan Stipanović aus Amerika in Genf ein und überreichte dem Völkerbund eine Denkschrift, die mit 41.000 Unterschriften und mit dem Siegel einer Reihe von Vereinigungen, die insgesamt 250.000 Kroaten repräsentieren, versehen war. Die Denkschrift legte die unerträgliche Lage des kroatischen Volkes und seinen Willen zur Unabhängigkeit dem Völkerbunde dar.

Im Jahre 1933 begann Dr. Ante Pavelić in Berlin mit der Herausgabe der „Croatia Press“ in deutscher, kurz darauf von Genf aus in französischer, und von Pittsburgh aus in englischer Sprache. Zweck dieses Blattes war, die Verbindung unter den Mitgliedern der Ustaša aufrechtzuerhalten.

Die Autorität der Regierung Srskić wurde durch diese Vorgänge schwer erschüttert. Als aber der König gegen

Ende Januar nach Zagreb kam, um die Kroaten doch zur jugoslawischen Staatsidee zu bekehren und von kroatischer Seite ein Bombenattentat gegen den König versucht wurde, musste die Regierung Srskić am 24. Januar 1934 abdanken. Beschleunigt wurde ihr Sturz auch dadurch, dass das Zagreber Bombenattentat die gerade zu dieser Zeit in Jugoslawien tagende Konferenz der Kleinen Entente sprengte, und Beneš und Titulescu Jugoslawien fluchtartig verliessen.

Der Regierung Srskić folgte am 27. Januar 1934 wieder eine Regierung Uzunović. Uzunović war bereits sechsmal Ministerpräsident gewesen, so auch im Auftrage der Radikalen Partei im Rahmen der Koalition mit der Radić-Partei. Gerade aus diesem Grunde fiel die Wahl des Königs auf ihn, der hoffte, dass es Uzunović auch diesmal gelingen werde, eine Aussöhnung mit den Kroaten herbeizuführen. Die Lage hatte sich aber gänzlich verschoben. Nach der Ermordung Radić' war es ganz unmöglich geworden, die Gegensätze zu überbrücken, denn das Verhältnis zwischen Kroaten und Serben wurde durch die Diktatur so weitgehend vergiftet, dass der gegenseitige Hass schliesslich zur Ermordung des Königs Alexander am 9. Oktober 1934 führte. König Alexander wollte die französische Hauptstadt besuchen, aber auf dem Wege dorthin, im Hafen von Marseille, traf ihn tödlich die Kugel eines Mitgliedes der Ustaša-Organisation. — In der kurzen Geschichte Jugoslawiens war dies nun schon der zweite Mord, der die innere Schwäche des jugoslawischen Staates vor der ganzen Welt offenkundig machte.

Nach dem Tode des Königs wurden die Regierungsgeschäfte an Stelle des minderjährigen Thronfolgers durch einen dreigliedrigen Regentschaftsrat mit dem Prinzen Paul an der Spitze übernommen.

Die Regierung Uzunović hatte abgedankt, Uzunović selbst wurde jedoch vom Prinzregenten neuerlich mit der Bildung des Kabinettes betraut. In dieser neuen Regierung Uzunović nahmen auch zwei führende Persönlichkeiten des diktatorischen Regimes, General Živković und der frühere

Ministerpräsident Srskić Platz. Die neue Regierung brachte somit keinen Regimewechsel, ja die politische Linienführung sollte keine Änderung erfahren, wie dies auch die „Vreme“ in ihrer Besprechung des Regierungsprogrammes feststellte, indem sie darauf hinweis, dass die Prinzipien, die seit dem 6. Januar 1929 die Grundlage der Regierungsführung gebildet hatten, nicht geändert werden sollten.

Das Ausland nahm die Zusammensetzung und das Programm der neuen Regierung mit tiefer Bestürzung zur Kenntnis. Die ganze Weltpresse gab der Ansicht Ausdruck, dass diese Politik der Gewalt Jugoslawien früher oder später in den Abgrund stürzen müsse. Sofort setzte auch im Innern der Kampf gegen die Regierung ein: kroatische Politiker, Künstler und Schriftsteller richteten an den Regentschaftsrat eine Denkschrift, in der sie die sofortige Wiederherstellung des gesetzlichen Zustandes forderten. Aussenminister Jeftić schied aus der Regierung aus, worauf am 18. Dezember 1934 die gesamte Regierung Uzunović ihre Demission einreichte.

Die neue Regierung wurde von Jeftić am 21. Dezember 1934 gebildet. Sowohl im Auslande als auch im Inlande hoffte man, dass sie die Diktatur beseitigen, den verfassungsmässigen Zustand wieder herstellen werde. Die Regierungserklärung, die der Ministerpräsident am 4. Januar 1935 in der Skupština verlas, und in der er erklärte, dass er auf dem Boden der Verfassung vom Jahre 1931 stehe, brachte eine schwere Enttäuschung. Bedeutete dies doch so viel, dass er gar nicht daran denke, die alten Freiheitsrechte wiederherzustellen, und Neuwahlen auszuschreiben. Die innere Unzufriedenheit wurde immer stürmischer, die Radikale Partei wandte sich gegen die Regierung und forderte die Wiederherstellung der Freiheitsrechte und Neuwahlen.

Um die allgemeine Gärung zu besänftigen, hielt Jeftić im Mai 1935 die Wahlen ab, die zu einer schweren Niederlage der Regierung führten. Die Opposition ging daraus

derart gestärkt hervor, dass es ihr gelang, Jeftić und mit ihm die ganze Diktatur zu stürzen.

Dieser Wahlsieg der Partei Dr. Mačeks übertraf alle Erwartungen. Er zeigte so recht, wie regierungsfeindlich die Stimmung in Kroatien war — wurde doch in einzelnen kroatischen Wahlbezirken auch nicht eine einzige Stimme auf die Liste der Regierungspartei abgegeben! So gestaltete sich diese Wahl zu einem einzigartigen, geschlossenen Bekenntnis Kroatiens zum kroatischen Nationalgedanken, und dies, obgleich mit offener Abstimmung gewählt wurde und es an vielen Orten zu blutigen Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der Kroatischen Bauernpartei und der serbischen Gendarmerie gekommen war. Bei diesen Zusammenstößen wurden zahlreiche Bauern getötet.

Dennoch trat im Regierungssystem keine Änderung ein, die Kroaten verharren nach wie vor in scharfer Opposition und die Abgeordneten der Partei Dr. Mačeks nahmen an den Arbeiten des Parlaments nicht teil. Die Lage verschärfte sich sogar derart, dass der Abgeordnete Banić die Kroaten in offener Sitzung der Skupština des Mordes an König Alexander bezichtigte. Diese Rede rief bei den kroatischen Abgeordneten der Regierungspartei ebenso wie bei den kroatischen Ministern so grosse Erbitterung hervor, dass sie nach einer Vorsprache bei Kriegsminister Živković und Finanzminister Stojadinović beschlossen, aus der Regierung auszuscheiden. Am 20. Juni 1935 stellten sie der Regierung ihre Portefeuilles zur Verfügung und brachten damit das Kabinett Jeftić zu Falle.

Vom Regierungsantritte Marinković bis zum Sturze der Regierung Jeftić wurde das innere Leben des Landes von Fieberanfällen geschüttelt und diese inneren Verhältnisse konnten auch auf die Aussenpolitik des Landes nicht ohne nachhaltige Wirkung bleiben. In dieser Zeit geriet die Aussenpolitik Jugoslawiens auf jene Irrwege, die diesem Staate letzten Endes zum Verhängnis werden sollten.

Jugoslawien wachte mit seinen Bundesgenossen scharf darüber, dass im Donaauraum keinerlei dynamische Entwicklung, oder sei es auch der Geist einer friedlichen Evo-

lution aufkommen könne. Dieselbe Tendenz befolgte die Politik nicht nur Jugoslawiens, sondern auch die seiner Bundesgenossen und keine der alljährlichen Konferenzen der Kleinen Entente verging, ohne dass dabei Ungarns, sei es in Form eines Protestes, einer Verdächtigung, Verleumdung oder einer Drohung gedacht worden wäre.

Der am 16. Februar 1933 in Genf abgeschlossene Bundesvertrag der Kleinen Entente war seinem ganzen Geiste nach gegen Ungarn, Deutschland und Italien gerichtet und sollte nach serbischer, tschechischer und rumänischer Auffassung nicht nur eine völlige Vereinigung ihrer Politik, sondern ein ewiges Bündnis zum Schutze der gemeinsamen Interessen bedeuten. Der Vertrag schloss die drei Staaten der Kleinen Entente in einem Staatenbunde zusammen, der seine Entstehung nicht wirtschaftlichen, sondern rein politischen Motiven verdankte, und der in der Hauptsache die Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse und die Verhinderung jeder Revision der Friedensverträge bezweckte.¹⁾

¹⁾ Über die Gründe des Zusammenschlusses der drei Staaten der Kleinen Entente zu einem Staatenbunde schreibt „Evening Standard“ vom 16. Februar 1933 wie folgt: „Die Umwandlung der Kleinen Entente in einen Dreierbund ist der raffinierteste Schlag, der bisher gegen die Abrüstungskonferenz geführt wurde. Diese Entwicklung zeigt, dass selbst der eifrige Pazifist Benes, eine der Hauptstützen des Völkerbundes von der Unfähigkeit der Abrüstungskonferenz überzeugt ist, die Gefahren, die der Sicherheit Mittel- und Osteuropas drohen, zu bannen. Darüber hinaus beweist der Vertrag aber auch die wachsende Ernüchterung der Staaten der Kleinen Entente gegenüber dem französischen Bündnis, dessen Wert für die Defensive immer fraglicher erscheint. Letzten Endes war es Hitlers Sieg, der die einander misstrauenden Staaten der Kleinen Entente dazu zwang, die sie trennenden Gegensätze zu überbrücken und in einer gemeinsamen Abwehrfront Zuflucht zu suchen. Vierzehn Jahre lang hatte lediglich die Furcht vor Ungarn die Kleine Entente zusammengehalten, jetzt aber muss jeder der drei Staaten selbst mit gefährlichen Nachbarn rechnen. Fürchtet sich die Tschecho-Slowakei vor Deutschland, so gilt das Gleiche für Rumänien hinsichtlich Russlands und für Jugoslawien, hinsichtlich Italiens. Als erster Erfolg des Bündnisses gelang es Rumänien von seinen Annäherungsversuchen an Italien abzubringen, woge-

Über den Zusammenschluss der drei Staaten der Kleinen Entente zu einem Staatenbund brachte die „Morning Post“ unter dem Titel „Die Kleine Entente“ einen längeren Aufsatz aus der Feder Benito Mussolinis. Mussolini führt unter anderem Folgendes aus: „Das Hauptziel des Vertrages ist die Aufrechterhaltung des besethtenden Zustandes und die Verhinderung einer Revision der Friedensverträge. Ungarn soll auch weiterhin verstümmelt und entwürdigt bleiben, Millionen Ungarn auch weiterhin ausserhalb ihres Vaterlandes leben. Der grösste Teil des erbeuteten fremden Gebietes aber war einst ungarisches Gebiet gewesen, einer der drei Staaten der Kleinen Entente hat seine Existenz überhaupt dem Kriege zu verdanken, die beiden anderen aber sind durch die Friedensverträge zu unvernünftiger Grösse angewachsen. Von den in diesen drei Staaten lebenden Nationen hatten mehrere während des Weltkrieges gegen die Entente gekämpft. Der Anteil der Serben und Rumänen an dem Siege der Entente ist geschichtlich geklärt. Mit Rücksicht auf die Einstellung Europas und der Welt gegenüber den Revisionsbestrebungen, rüstet die Kleine Entente gegen eben diese Revision und ist bestrebt, die Bande zwischen den neuen Herren des Donaubeckens je enger zu knüpfen. Der Gedanke der Revision ist jedoch schon zu weit fortgeschritten, als dass er durch den brüchigen Wall eines Protokolles aufgehalten werden könnte. Die Revision ist im Anmarsch, weil die Welt einen dauernden Frieden will und sehr wohl weiss, dass dieser Wunsch vergeblich wäre, wenn dem Frieden nicht die Gerechtigkeit folgte.“

gen ihm beide Bundesgenossen ihre Hilfe gegen äussere wie auch innere Gefahren zusagten.“

Der „Evening Standard“ deckte damit klar die eigentlichen Hintergründe des neuen Bündnisses der Kleinen Entente auf und sprach klipp und klar aus, dass die Kleine Entente durch Furcht zusammengehalten werde. Pertinax aber schrieb im „Echo de Paris“ am 15. Februar 1933 unter anderem Folgendes: „Der Bündnisvertrag, auf den sich die Kleine Entente gründet, war bisher lediglich gegen Ungarn gerichtet; jetzt handelt es sich aber auch darum, der italienischen Gefahr die Stirne zu bieten“.

Mussolini stellt in diesem Artikel unzweideutig fest, dass das Bündnis der Kleinen Entente nicht dem Frieden, sondern dem Hasse dienen sollte. Aber auch die europäischen Grossmächte erkannten dies sehr wohl und trachteten die Verwirklichung des europäischen Friedens unter Ausschluss der kleinen Staaten selbst in die Hand zu nehmen. Der englische Premierminister MacDonald, ebenso wie der italienische Regierungschef Mussolini waren bemüht, die Grundlagen eines europäischen Friedens in diesem Sinne zu schaffen und brachten am 7. Juni 1933 das Viermächte-Abkommen zustande, das durch England, Italien, Deutschland und Frankreich unterzeichnet wurde. Der Hauptzweck dieses Viermächte-Abkommens, das auf eine Dauer von zehn Jahren geschlossen wurde, war es, den Druck, der seit den Friedensverträgen auf der ganzen Welt lastete, zu beseitigen, den Gedanken der Solidarität zwischen den Völkern und hiemit auch das Vertrauen in den Frieden Europas zu stärken. Das Viermächte-Abkommen wurde jedoch — wie vorauszusehen — nicht ratifiziert. Die Kleine Entente begann noch vor Abschluss dieses Abkommens eine unterirdische Wühlarbeit, die auch Erfolg hatte: Frankreich schwenkte ab und trat gänzlich auf die Seite der Kleinen Entente.

Nach dem Scheitern des Viermächte-Abkommens entstand eine ganze Reihe defensiver und auch offensiver Bündnissysteme. Wieder waren es Jugoslawien und seine Verbündeten, die die Initiative zum Kampfe ergriffen. 1933 siegte in Deutschland der Nationalsozialismus — die Staaten der Kleinen Entente wurden von panischer Furcht ergriffen, man fühlte sich nicht mehr stark genug, eine friedliche Neuordnung Europas zu verhindern und trachtete daher den aufstrebenden neuen Kräften durch ein neues Bündnissystem entgegenzutreten. So kam am 9. Februar 1934 der Balkanbund zustande, in dem sich Jugoslawien, Griechenland, Rumänien und die Türkei zusammenschlossen. Der Vertrag sah auch die Sicherung der Grenzen Jugoslawiens, Griechenlands, Rumäniens und der europäischen Türkei vor.

Durch den Balkanbund gewann Jugoslawien zwar die Türkei und Griechenland für sich, dieser scheinbare Erfolg wurde jedoch seines Wertes völlig beraubt, indem es niemals gelang, auch Bulgarien zum Beitritt zu veranlassen. Bulgarien hielt auch weiterhin daran fest, dass es sich keinem Verträge anschliesst, der die Möglichkeit einer territorialen Revision verneint und die territorialen Verhältnisse auf dem Balkan zu verewigen sucht.

Der Balkanbund brachte also nicht nur keine Annäherung der Völker Südosteuropas zustande, sondern spaltete diese offensichtlich in eine revisionistische und eine anti-revisionistische Gruppe.

Die Antwort Roms und Budapests auf den Balkanbund liess nicht lange auf sich warten: am 17. März 1934 kam in Rom der ungarisch-österreichisch-italienische Vertrag zustande. Dieser sogenannte I. Vertrag bestand aus zwei Teilen, einem politischen und einem wirtschaftlichen Teil, richtete sich aber gegen keinen bestimmten Staat, sondern wollte lediglich der Befriedung Europas und dem wirtschaftlichen Neuaufbau dienen.

Trotzdem waren Frankreich und die Staaten der Kleinen Entente auch weiterhin um ihre Sicherheit besorgt, und der französische Aussenminister Barthou überraschte die Welt auf der Abrüstungskonferenz im Juni 1934 mit seiner Theorie der kollektiven Sicherheit französischer Prägung, einem Plane, der nicht nur im Namen der englischen Delegation durch Sir John Simon, sondern auch vom Präsidenten der Konferenz, Henderson, mit ungewöhnlicher Schärfe als Einkreisungspolitik bezeichnet und auf das bestimmteste zurückgewiesen wurde. Barthou bemühte sich diese kollektive Sicherheit zu verwirklichen, indem er durch den Ausbau eines umfassenden Netzes von Bündnisverträgen alle jene Faktoren zum Schweigen zu bringen trachtete, die, mit den durch die Pariser Friedensverträge geschaffenen Zuständen unzufrieden, eine radikale Lösung sämtlicher schwebenden Fragen betrieben. Barthou wollte hinter jedes Land, das um eine bessere Zukunft kämpfte,

als Gendarmen, drei bis vier andere, bis an die Zähne gerüstete Staaten stellen.

Jeftić, Titulescu und Beneš, die Aussenminister der Kleinen Entente, begrüßten selbstverständlich einen solchen Plan mit unverhohlener Freude. Barthou kam am 20. Juni 1934 nach Bukarest, als dort gerade eine Konferenz der Kleinen Entente tagte und benützte diese Gelegenheit, Ausfälle heftigster Art gegen Ungarn und den Gedanken einer friedlichen Neuordnung Europas zu richten. Andererseits versäumte er bei diesem Besuch auch nicht, den Rumänen die unbedingte Waffenhilfe Frankreichs zuzusagen.

Am 23. Juni traf Barthou, aus Bukarest kommend, in Belgrad ein und übernahm im Namen Frankreichs weitestgehende Verpflichtungen auch gegenüber Jugoslawien. Die unmittelbare Folge dieses Aufenthaltes und der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede Barthous, war, dass die gross-serbischen Leidenschaften in heftigster Weise aufgestachelt wurden und sich die öffentliche Meinung des Landes offen gegen Italien wandte. So forderten die Serben im September 1934, auf einer Versammlung in Marburg, die Angliederung von Triest, Görz, Fiume und Istrien an Jugoslawien. Diese Marburger Versammlung blieb keine vereinzelte Erscheinung, vielmehr wurden gleichzeitig alle bekannten nationalistischen und terroristischen Vereinigungen Serbiens gegen Italien mobilisiert. Es waren also wieder die Serben, die den Frieden Europas bedrohten.

Welche Gefahr Serbien und die Kleine Entente für den Frieden und die europäische Zusammenarbeit bedeuteten, erfuhr die Welt gelegentlich der Ermordung König Alexanders. Die Schuld an der Ermordung des Königs traf einzig und allein die Serben, denn sie waren es, die durch die Beseitigung Stefan Radić' und anderer kroatischer Patrioten das serbisch-kroatische Verhältnis vergifteten, was dann zum bedauerlichen und unheilvollen Attentat gegen König Alexander führte. Aber auch dieses traurige Ereignis suchten die Serben, mit ihren Bundesgenossen, politisch auszuschroten, um Ungarn und Italien in heftigster Weise anzu-

greifen. Ungarn wurde in Genf auf die Anklagebank gesetzt und man trachtete in jeder Weise den Völkerbund zu veranlassen, Ungarn für schuldig zu erklären. Wäre es dazu gekommen, so wäre Ungarn besetzt und damit die ungarischen Revisionsbestrebungen endgültig unterdrückt worden. In diesen schweren Zeiten war es Italien, das sich mit seiner ganzen Macht an die Seite Ungarns stellte. Aber auch die übrigen Grossmächte wollten keinen kriegerischen Konflikt heraufbeschwören und so scheiterte der gemeinsame Plan von Jeftić, Beneš und Titulescu. Bezeichnenderweise ist der Kampf in Genf um die Revision geführt worden, denn nach Ansicht Beneš musste die Ursache des Mar-seiller Attentates in den Revisionsforderungen gesucht werden. Ungarn nahm den Kampf unerschrocken auf und Jeftić musste mit leeren Händen nach Belgrad abziehen. Die aufgewühlte serbische öffentliche Meinung wandte sich gegen ihn und der Genfer Misserfolg kostete ihm bald die Macht. Die Leidenschaften der serbischen Öffentlichkeit mussten sich indessen Luft verschaffen: es wurden Tausende unschuldiger Ungarn aus dem Lande vertrieben. Diese fieberkranke Aussenpolitik war eine zwangsläufige Folge der inneren Kämpfe und Zerwürfnisse des Landes.

In Jugoslawien, der Tschecho-Slowakei und Rumänien herrschte ständige innere Unzufriedenheit, eine Unruhe, die diese Staaten durch aussenpolitische Unruhestiftung zu verdecken suchten. Dies wurde besonders offensichtlich, als die deutsche Regierung sich am 16. März 1935 für die Abschaffung der Aufrüstungsbeschränkungen entschied.

Auf die Nachricht von der deutschen Regierungserklärung über die Wiederherstellung der Gleichberechtigung rechneten sowohl Jeftić als auch Beneš und Titulescu mit einem unmittelbar bevorstehenden Krieg. Titulescu eilte sofort nach Belgrad und verständigte sich dort am 24. März mit Jeftić. Obwohl die ungarische Regierung überhaupt keinerlei Anteil am Zustandekommen der deutschen Regierungserklärung hatte, drohte Titulescu schon am nächsten Tage mit der Besetzung Ungarns, falls Budapest dem Berliner Schritte folgen sollte. Belgrad, Bukarest und

Prag waren sprungbereit, sobald einer der besiegten Staaten es wagte, sein Recht zu fordern.

Diese aggressive Innen- und Aussenpolitik brachte Jugoslawien und seine Verbündeten schliesslich in eine immer kritischere Lage, denn sie waren nicht imstande, den aufsteigenden jungen Kräften Europas Halt zu gebieten.

6. Die Erfolge Milan Stojadinović' auf dem Gebiete der Innen- und Aussenpolitik.

Nach dem Sturze Jeftić' bildete der bisherige Finanzminister Milan Stojadinović am 24. Juni 1935 die neue Regierung. Seine Aufgabe sollte darin bestehen, im Innern des Landes die Ordnung wieder herzustellen und die stürmisch bewegte Aussenpolitik Jugoslawiens in ruhigere Bahnen zu lenken. Stojadinović begann seine Arbeit unter günstigen Auspizien: der überwiegende Teil der öffentlichen Meinung des Landes brachte dem neuen Ministerpräsidenten, der des öfteren erklärt hatte, sich mit der Diktatur nicht zu identifizieren, Vertrauen entgegen. Stojadinović stellte sich die Aufgabe, die Zwingmauern der Diktatur ohne innere Erschütterungen abzureissen und die Herrschaft des Gesetzes wieder herzustellen. Allgemein erwartete man, dass die Regierung Stojadinović eine nationale Versöhnung vorbereiten werde. Da aber die Kroaten und die sogenannte „Vereinigte Opposition“ unter Führung Dr. Mačeks die unverzügliche Auflösung der Skupština verlangten, konnte eine nationale Zusammenarbeit mit den Kroaten nicht zustandekommen; trotzdem stellten sich die Kroaten und die Vereinigte Opposition der Regierung gegenüber auf den Standpunkt einer wohlwollenden Neutralität. Im allgemeinen hielt man die Regierung Stojadinović für eine Übergangsregierung, die das Budget in Ordnung bringen, die diktatorischen Gesetze ausser Kraft setzen, das geheime Proporzwahlrecht einführen und danach die allgemeinen Wahlen ausschreiben sollte.

Gelegentlich seines Amtsantrittes gab Stojadinović eine Regierungserklärung ab, in welcher er betonte, das Ziel seiner Regierung sei die Wiederherstellung des inneren Friedens. Ihrer Zusammensetzung nach war die Regierung eine Koalitionsregierung, in der auch Slowenen und bosnische Muselmanen vertreten waren, und man schloss daraus, dass sie tatsächlich neue Wege gehen werde. Einige, sofort nach seinem Regierungsantritt getroffene Verfügungen Stojadinović' wurden auch vom Volke mit Freude begrüßt: so wurde unter anderem die Pressezensur beseitigt und die Blätter durften — zum ersten Male nach sechs Jahren — ohne Vorzensur erscheinen.

In der Tat konnte Stojadinović zahlreiche Erfolge aufweisen, die er jedoch nicht etwa durch ehrliche Erfüllung seiner Versprechen, sondern lediglich durch geschickte taktische Methoden erzielte. Zwar wurde die Präventivzensur abgeschafft, aber die Regierung wachte darüber, dass die Blätter nur der Regierung günstige Nachrichten bringen. Über oppositionelle Bewegungen oder nicht regierungsfreundliche Äusserungen durfte die Presse nicht berichten. Die Tätigkeit der Opposition wurde dadurch vollständig gelähmt. Stojadinović verfolgte seine Gegner niemals mit offener Gewalt oder bewaffneter Macht, sondern liess sie lediglich durch Detektive beobachten und machte ihnen das Leben bitter. Offene Verfolgungen gab es nicht, aber er erwürgte seine Feinde und die Opposition mit unsichtbaren Händen. Viel Sorgfalt widmete er der Stärkung seiner eigenen Partei, der Partei der „Jugoslawischen Radikalen Gemeinschaft“. Nach aussen hin schien das Land ein regelrechtes, verfassungsmässiges Leben zu führen, in Wahrheit aber blieb die Diktatur, wenn auch in einer sehr geschickt verhüllten Form bestehen.

Eine Versöhnung zwischen Kroaten und Serben gelang es auch ihm nicht herbeizuführen, doch herrschte im Lande wenigstens dem äusseren Anschein nach Ruhe, was in erster Reihe der erfolgreichen Wirtschaftspolitik der Regierung zu verdanken war. Für die Bevölkerung des Landes, die hauptsächlich in der Landwirtschaft beschäftigt ist,

waren die zur Unterstützung der Landwirte ergriffenen Massnahmen von grösster wirtschaftlicher Bedeutung. So wurde die Steuerlast des Bodenbesitzes auf ein Drittel herabgesetzt, Schulden unter 25.000 Dinar zur Hälfte gestrichen, und zur anderen Hälfte auf 12 jährige Abzahlung gestundet. Die Pflichtversicherung der Ernte wurde eingeführt, eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 220 Millionen Dinar für den Bau von Getreidespeichern gegründet, die Errichtung von genossenschaftlichen Weinkellereien durch Kreditgewährung gefördert. Zur Förderung der Viehzucht und Aufbesserung des Viehstapels wurden neue Institutionen, u. a. eine neue tierärztliche Hochschule ins Leben gerufen, die Bodenreform und im Zusammenhange damit die Siedlungsaktion fortgesetzt und beschleunigt. Sehr viel wurde überdies zur Förderung von Industrie und Bergbau unternommen.

Obgleich es also der Regierung scheinbar gelungen war, durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik einerseits und taktische Geschicklichkeit andererseits, das Land zu befrieden, glomm unter der Oberfläche die frühere Unzufriedenheit weiter. Diese Unzufriedenheit und Gärung richtete sich vor allem gegen die Person des Ministerpräsidenten. Der Führer der Kroaten, Dr. Maček verharnte auf seinem alten Standpunkte, den er selbst in die Worte: „Zurück zu 1918“ zusammenfasste. Mit anderen Worten, zurück zur vollen Entschlussfreiheit des kroatischen Volkes. Den kroatischen Forderungen standen die extremistischen serbischen Politiker, die ihrerseits keinerlei Konzessionen auf Kosten der serbischen Hegemonie zu machen gewillt waren und folglich an der Diktatur festhielten, weiter schroff ablehnend gegenüber. Diese Gegensätze kamen in der Sitzung der Skupština vom 6. März 1936 zu leidenschaftlichem Ausbruch: der südserbische oppositionelle Abgeordnete Arnautović, ein fanatischer Anhänger der gross-serbischen Idee und der Diktatur, gab in offener Sitzung drei Revolver-schüsse auf den Ministerpräsidenten Stojadinović ab.

Infolge dieses Attentates trat Stojadinović zurück, jedoch nur um sich der Skupština am 9. März an der Spitze

eines neugebildeten Kabinetts wieder vorzustellen. In der neuen Regierung fehlte der frühere Kriegsminister Peter Živković, womit Stojadinović sich von den übertriebenen Diktaturbestrebungen distanzierte. Hierauf verbanden sich die Ultraserben unter Živković zu einer neuen politischen Partei und arbeiteten mit Jeftić nunmehr offen auf den Sturz Stojadinović hin. Aber auch die demokratische Opposition begann unter Führung Ljuba Davidović eine rege Tätigkeit und forderte vor allem den Ausgleich mit den Kroaten. Prinzregent Paul erachtete daher die Zeit zur Lösung der kroatischen Frage als gekommen. Am 16. Januar 1937 fand eine Zusammenkunft zwischen Stojadinović und dem Führer der Kroatischen Bauernpartei Vladimir Maček statt. Die Verhandlungen führten jedoch zu keinem Erfolg und so blieb die kroatische Frage noch immer ungelöst.

Schwer erschüttert wurde die Autorität der Regierung Stojadinović durch die Verhandlungen über die Konkordatvorlage. Das Einbringen dieses Gesetzenwurfes war von seiten Stojadinović ein sehr gewagtes Unterfangen, betrachteten doch gerade die Serben diesen als ein Attentat gegen die Prawoslawie. Die ganze öffentliche Meinung Serbiens wandte sich gegen ihn und Stojadinović konnte die Situation nur dadurch retten, dass er den vom Abgeordnetenhaus bereits verabschiedeten Entwurf dem Senat nicht vorlegte. Der Kampf der Opposition lebte jedoch mit erneuter Heftigkeit auf. Er wurde von zwei Gruppen der Opposition geführt: die eine war die „jugoslawische Opposition“ unter Živković und Jeftić, die andere die vereinigte Opposition, mit dem kroatischen Volksführer Maček an der Spitze. Die oppositionellen Parteien forderten die Ausschreibung von Wahlen, Stojadinović gab dem Drucke nach und hielt die Wahlen am 11. Dezember 1938 ab. Seine eigene Partei ging daraus zwar als Sieger hervor, aber dieser Sieg trug schon den Keim des nahenden Sturzes in sich.

Am 21. Dezember 1938 gestaltete Stojadinović seine Regierung neuerlich um, ohne jedoch an den Grundzügen seiner Politik zu ändern. Vor allem beharrte er in der

kroatischen Frage auf seinem intransigenten Standpunkte und nahm auch Anton Korošec, der für eine Verständigung mit den Kroaten eingetreten war, nicht in die neue Regierung auf. Daraufhin verbanden sich die Slowenen mit den Kroaten und stürzten am 4. Februar 1939 die Regierung.

Diese Entwicklung war für Jugoslawien nicht günstig, was Stojadinović auch bald merken musste. Seine Besorgnisse galten vor allem dem tschechisch-russischen Vertrag, denn er erkannte, dass dieses Bündnis Jugoslawien sehr leicht in einen Krieg gegen Deutschland und die römische Koalition verwickeln könne. So wurde die Zugehörigkeit zur Kleinen Entente mit ihren einander widersprechenden Interessen für Jugoslawien immer mehr zu einer Last. Stojadinović suchte die heranziehenden Gefahren zu bannen und wählte daher den Weg einer friedfertigen Aussenpolitik. Am 24. Januar 1937 wurde in Belgrad der Freundschaftsvertrag mit Bulgarien abgeschlossen und dadurch die feindlichen Gefühle, die beide Staaten einander seit Jahrzehnten entgegengebracht hatten, endlich zum Schweigen gebracht. Stojadinović machte damit den ersten Schritt zu einer Verständigung mit den Nachbarländern.

Wenig später konnte der Ministerpräsident einen neuen aussenpolitischen Erfolg für sich buchen: am 25. März 1937 kam der italienisch-jugoslawische Freundschaftsvertrag zustande. Dieser wurde durch Mussolinis Mailänder Rede vom Herbst 1936 ermöglicht, worin der Duce der Belgrader Regierung die Freundschaft Italiens anbot. Über die Sicherung einer friedlichen Entwicklung hinaus brachte der Vertrag für Jugoslawien auch bedeutende wirtschaftliche Vorteile mit sich.

Wie in der inneren Politik, so erwies sich Stojadinović auch in der äusseren Politik als ausgezeichnete Taktiker. Die Verständigung mit Bulgarien und Italien wurde in die Wege geleitet, ohne dadurch die Beziehungen sei es zu London und Paris, sei es zu den übrigen Mitgliedern der Kleinen Entente zu beeinträchtigen. Der Ministerpräsident selbst besuchte Paris und London, er blieb in enger

Führung mit der Kleinen Entente und dem Balkanbunde, suchte aber auch Rom auf und trachtete die freundschaftlichen Bande zu Italien fester zu knüpfen.

Der grösste Erfolg seiner Aussenpolitik war jedoch die Verständigung mit Berlin. Mitte Januar 1938 besuchte Stojadinović die deutsche Reichshauptstadt und es gelang ihm tatsächlich durch diesen Besuch ein harmonisches Verhältnis zwischen der deutschen und jugoslawischen Aussenpolitik anzubahnen.

Bis dahin war Ungarn der einzige Staat, mit dem Jugoslawien seine Beziehungen noch nicht normalisiert hatte. Aber auch dies sollte in der Folge gelingen. Am 21. und 22. August 1938 hielt der ständige Rat der Kleinen Entente seine Sitzung in Bled ab, wobei das Recht Ungarns zur Aufrüstung anerkannt wurde. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass dieser Beschluss lediglich der ausserordentlichen Geschicklichkeit Stojadinović' zu verdanken war, der alle von tschechischer Seite gemachten Winkelzüge zu entkräften und damit den Weg zu einer weitgehenden Verständigung zwischen Ungarn und Jugoslawien anzubahnen wusste.

Dieser ungarisch-jugoslawische Vertrag bildete den Schlussstein in der Reihe der aussenpolitischen Erfolge Stojadinović'. Als er die Ministerpräsidentenschaft übernommen hatte, befand sich die jugoslawische Aussenpolitik auf ihrem Tiefpunkte. Er war es, der seinem Lande statt der Feinde Freunde erwarb, die alten Freundschaften pflegte, das Ansehen des Staates nach aussen erhöhte und die Aussenpolitik endlich auf den Weg einer ruhigen Entwicklung führte. Trotzdem mangelte es seiner Politik an realen Grundlagen, denn die Erfolge in der Innen- wie auch der Aussenpolitik waren allzu eng mit seiner Person verbunden und entbehrten in den breiten Massen des jugoslawischen Volkes des Verständnisses und der Sympathie. Das Volk sah ihm seine politischen Schachzüge nach, spendete ihm wohl auch hie und da Beifall, unterstützte ihn aber nicht. Aus den gleichen Gründen gelang es Stojadinović auch nicht, jene Schwierigkeiten zu überbrücken, die sich

aus den strukturellen Mängeln des Staates ergaben: die gross-serbische Ideologie widersetzte sich seiner Innenpolitik und hätte auch in der Aussenpolitik die Aufrechterhaltung der Beziehungen lieber gesehen, die geeignet waren, die Verwirklichung des gross-serbischen Traumes zu fördern. Man verargte es ihm, dass er beim Zusammenbruch der Tschecho-Slowakei auch nicht ein Wort des Bedauerns für den ehemaligen Bundesgenossen fand, und machte ihn auch für die Auflösung der Kleinen Entente verantwortlich. Unterdessen aber hatten sich am Himmel Osteuropas die Sturmwolken immer düsterer zusammengeballt, die aussenpolitischen Kräfte und innenpolitischen Gegensätze entluden sich über seinem Haupte und fegten ihn selbst weg.

7. Vom serbisch-kroatischen Ausgleich bis zum Zusammenbruch Jugoslawiens.

Dragiša Cvetković bildete am 5. Februar 1939 seine Regierung im Zeichen des serbisch-kroatischen Ausgleiches. Noch am Tage nach seiner Designierung zum Ministerpräsidenten begann er seine Verhandlungen mit den Kroaten. Es gelang ihm jedoch nicht, Maček zum Eintritt in die Regierung zu bewegen — die Kroaten bestanden auf der Erfüllung ihrer Forderungen. Die internationale Lage drängte indessen zum serbisch-kroatischen Ausgleich, eine längere Verweigerung der kroatischen Forderungen schien immer schwerere Gefahren in sich zu bergen. Dies sah und wusste auch Prinzregent Paul, der alles daran setzte, den Ausgleich zustande zu bringen. Zwischen Maček und Cvetković liefen die Verhandlungen weiter; es galt zahlreiche Schwierigkeiten und Widerstände zu überwinden. Endlich kam der Ausgleich zustande und wurde am 24. August 1939 auch durch den Prinzregenten Paul und den Regentschaftsrat genehmigt.

Auf Grund des Ausgleichs wurde schon am 26. August eine serbisch-kroatische Koalitionsregierung gebildet, in der auch die Kroaten vertreten waren. Vladimir Maček wurde stellvertretender Ministerpräsident. Sofort nach Konsti-

tuierung des Kabinettes wurden mehrere sehr wichtige Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen.

Eines dieser Dekretgesetze, das „Regulativ mit Gesetzeskraft für das Banat Kroatien“ enthielt den serbisch-kroatischen Ausgleich. Die Regierung erhielt auch die Ermächtigung zur Ausschreibung von Neuwahlen. Durch eine andere Verordnung des Regentschaftsrates wurde der Schwager Mačeks, Dr. Ivan Šubašić, zum Ban von Kroatien ernannt. Eine besondere Verordnung hob das bis dahin geltende Pressegesetz sowie die gesetzlichen Verfügungen über das Versammlungs- und Vereinsrecht und über die Bildung politischer Parteien auf.

Die Verordnung über das Banat Kroatien, die den serbisch-kroatischen Ausgleich enthielt, bestimmte folgendes:

Das Banat Kroatien umfasst das Save- und das Küsten-Banat mit den Bezirken Ragusa, Sid, Ilok, Brčan, Gradački, Derventa und Foljnica. Alle diese Gebiete bilden zusammen das Banat Kroatien mit dem Sitz in Zagreb.

In die Kompetenz der Banatsbehörden gehören die folgenden Angelegenheiten: Landwirtschaft, Handel, Industrie, Forstwirtschaft, Bergbau, Bauwesen, Volkswohlfahrt, Volksgesundheit, Körperbildung, Justiz, öffentlicher Unterricht und innere Verwaltung. Alle übrigen Agenden fallen auf dem ganzen Gebiete des Banates in die Kompetenz der staatlichen Behörden. Ferner gehören in den Wirkungskreis der staatlichen Behörden alle die Sicherheit des Staates betreffenden Angelegenheiten, die Abwehr staatsfeindlicher Propaganda, der politische Nachrichtendienst sowie die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit.

Für die Erteilung der Staatsbürgerschaft ist das Banat zuständig, ausgenommen die in früheren Gesetzen erwähnten Sonderfälle sowie die Ausbürgerung. Vom Tätigkeitsbereich der Banatsregierung werden ferner jene Bergbauangelegenheiten ausgenommen, die die nationale Verteidigung berühren und durch die Banatsbehörden im Einvernehmen mit den Militärbehörden behandelt werden sollen. In Streitfällen entscheidet der Ministerrat.

Die Verordnung verfügt auch, dass der Ministerrat in Hinkunft bestimmte Angelegenheiten der Banatsregierung zur weiteren Erledigung zuweisen kann. Für die finanziellen Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben der Banatsregierung muss gleichfalls gesorgt werden; später zu erlassende Verordnungen werden die Einnahmequellen bestimmen, die der Banatsregierung zu diesem Zwecke zur Verfügung zu stellen sind. Ebenso bleibt auch die Regelung der Verwendung der Steuereingänge später zu erlassenden Verordnungen vorbehalten.

Die gesetzgebende Gewalt wird auf dem Gebiete des Banats gemeinsam durch den König und den zu wählenden kroatischen Sabor ausgeübt.

Der Sabor besteht aus Abgeordneten, die vom Volke in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl, im Einverständnis mit den Vertretern der Minoritäten, gewählt werden. Die erste Wahl wird durch königliche Verordnung ausgeschrieben. Die Abgeordneten haben das Recht der Immunität. Der Sabor wird durch königliches Handschreiben nach Zagreb einberufen. Das Recht seiner Auflösung steht dem König zu, doch muss im Auflösungsdekret gleichzeitig der Zeitpunkt der Ausschreibung der neuen Wahlen und der Tag der Einberufung des neuen Sabors enthalten sein. Das Auflösungsdekret wird auch vom Ban unterzeichnet.

Der kroatische Ban wird durch den König ernannt, dem auch das Recht der Suspendierung zusteht.

Das Suspendierungsdekret des Königs ist auch vom neu zu ernennenden Ban zu unterzeichnen. Vor seinem Amtsantritte hat der Ban den Eid auf den König und die Einhaltung der Gesetze zu leisten. Die strafrechtliche Verantwortung des Bans entspricht der des Ministers, mit dem Unterschiede, dass die Verantwortung des Bans nicht durch das Parlament, sondern durch den Sabor festgestellt wird. Der Ban wird durch ein eigenes Banschaftsgericht zur Verantwortung gezogen, das aus je drei Richtern der Septemviraltafel und des Zagreber Verwaltungsgerichtes gebildet wird.

Dieser Ausgleich stellte noch keine endgültige Regelung der kroatischen Frage dar, vielmehr erklärt sich sein Zustandekommen in dieser Form nur durch die aussenpolitische Lage. Der stellvertretende Ministerpräsident, Vladimir Maček, erklärte in seinem vor der bürgerlich-demokratischen Koalition am 29. August gehaltenen Rechenschaftsberichte über diesen Punkt:

„Anfangs dachten wir daran, die ganze kroatische Frage endgültig zu regeln. Dies schien jedoch unmöglich, da die bestehenden Meinungsverschiedenheiten eine endgültige Einigung verhindert hätten. Wir verwirklichten daher vorläufig nur jene Punkte des Ausgleiches, hinsichtlich deren wir eine gemeinsame Basis finden konnten, während jene Punkte, die zu Meinungsverschiedenheiten hätten Anlass geben können, einer späteren Regelung vorbehalten blieben. Das auf diese Weise zustandegekommene Abkommen regelt nicht alle Fragen, aber die wichtigsten Punkte unserer Forderungen wurden angenommen, so vor allem in bezug auf die Ausübung der öffentlichen Gewalt im Banate Kroatien, die zur Gänze in die Hände des kroatischen Volkes gelegt wurde. In Zukunft kann daher das kroatische Volk in den es betreffenden, seine Autonomie berührenden Fragen selbst entscheiden. Die Frage der Zuständigkeit der Banatsverwaltung haben wir noch nicht endgültig gelöst, aber mit Ausnahme der Aussenpolitik, der Eisenbahnangelegenheiten, des Post- und Heerwesens gehören alle Angelegenheiten in die Kompetenz der Banatsverwaltung.

„Für die Zukunft wurde das kroatische Nationalrecht auf eine feste Grundlage gelegt. Ich selbst konnte mich nur schwer zum Eintritt in die Regierung entschliessen. Ich habe jedoch diese Frage nach allen Seiten hin erwogen und mich schliesslich nur aus Pflichtbewusstsein und um die Rechte des kroatischen Volkes wahren zu können, entschlossen, ein Portefeuille anzunehmen.“

Schliesslich verwies Maček noch darauf, dass die Gesetze über die politischen Freiheitsrechte binnen kurzem

erlassen werden, und nach Abhaltung der Wahlen der kroatische Sabor zusammentreten könne.

Maček selbst war somit für diesen serbisch-kroatischen Ausgleich nicht sehr begeistert, noch weniger war es das kroatische Volk. Ein Teil der ins Ausland geflüchteten kroatischen Politiker, darunter Košutić und Krnjević, kehrten zurück, Ante Pavelić aber und die wirklichen Führer des kroatischen Separatismus blieben der Heimat auch weiterhin fern und kämpften nunmehr nicht nur gegen Belgrad, sondern auch gegen Maček. Ihre Haltung fand viele Anhänger auch in Kroatien selbst und manche hielten Maček für einen Verräter des kroatischen Volkes. Wiederholt kam es zu Zusammenstößen zwischen Maček und den Anhängern Pavelić, von denen Maček mehrere auch einkerkern liess. Die Ustaša-Bewegung fand in Kroatien immer neue Anhänger, doch bieb Maček Herr der Situation und er hielt das Abkommen mit Belgrad ein.

Scheinbar war also in Jugoslawien Ruhe eingekehrt, aber unter der Oberfläche blieben die Gegensätze nach wie vor bestehen. Nach dem serbisch-kroatischen Ausgleich forderten nunmehr auch die Slowenen und Bosniaken ihre Autonomie und damit begann die innere Atomisierung des jugoslawischen Staates. Dieser Zerfallsprozess wurde aber auch von den Serben selbst beschleunigt, indem sie mit dem serbisch-kroatischen Ausgleich unzufrieden waren, sich mit dem Verlust der Hegemonie nicht abfinden wollten und die Aussenpolitik der Regierung missbilligten.

Die jugoslawische Regierung setzte ihre friedliche Aussenpolitik weiter fort, sie bemühte sich Jugoslawien wie bisher vom Kriege fernzuhalten und die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen nach allen Seiten zu vertiefen. Sie pflegte die Freundschaft mit London und Paris ebenso wie sie das Verhältnis zu Rom und Berlin weiter zu vertiefen trachtete. Besonderes Gewicht legte sie auch auf eine engere Zusammenarbeit mit Ungarn. Das Verhältnis zu Ungarn war nämlich unterdessen zu einer Lebensfrage für Jugoslawien geworden. Ungarn war erstarkt und begann seine geschichtliche Rolle im Donau-

becken wieder aufzunehmen. Seine alten Freunde hatte Jugoslawien verloren: die Tschecho-Slowakei bestand nicht mehr, Rumänien war geschwächt, Griechenland stand im Kampf mit Italien und Frankreich hatte seinen Krieg gegen das Deutsche Reich verloren. Ungarns Freundschaft besass schon aus dem Grunde einen grossen Wert für Jugoslawien, weil es mit dessen Hilfe auf indirektem Wege seine Beziehungen zu den Achsenmächten enger knüpfen konnte. Ungarischerseits kam man diesem Bestreben mit Freude entgegen und so schlossen die beiden Staaten am 12. Dezember 1940 einen Freundschaftsvertrag ab, der in Belgrad unterzeichnet wurde.

Dieser Vertrag wurde von der Bevölkerung beider Staaten freudig begrüsst, und von allen europäischen Staaten mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, schien doch dadurch die Möglichkeit gegeben, die Völker dieses Teiles von Europa dem Kriege fernzuhalten und für sie die Möglichkeit friedlicher Konsolidierungsarbeit zu sichern.

Die jugoslawische Regierung setzte ihre Bemühungen in dieser Richtung auch tatsächlich fort. Der Prinzregent, Ministerpräsident Cvetković und Aussenminister Cincar-Marković waren sich darüber einig, dass einzig und allein die Fortführung der Friedenspolitik den weiteren Bestand und die freie Entwicklung des jugoslawischen Staates zu sichern geeignet sei. Von dieser richtigen Erkenntnis der wahren Interessen des jugoslawischen Staates wurden Prinzregent Paul, Cvetković und Cincar-Marković auch damals geleitet, als sich Jugoslawien am 25. März 1941 dem Dreimächte-Abkommen anschloss.

Das serbische Volk jedoch entschied anders. Jenes serbische Volk, das im Jahre 1914 den Weltkrieg entfacht, während 22 Jahren die ihm einverleibten Nationen und Volksstämme stets unterjocht, nach aussen hin seine Nachbarn ständig bedroht hat — wollte von neuem den Krieg. Die gleiche „Weisse Hand“, die Stefan Radić ermordet und Živković zur Diktatur verholfen hat, stürzte jetzt den Prinzregenten und die Regierung Cvetković und riss die

Macht an sich. Der Korpskommandant Dušan Simović bildete die neue Regierung, die auch durch die prawoslawische Kirche unterstützt wurde. Die gross-serbischen Elemente rissen die Zügel der Regierung an sich, Jugoslawien trieb auf den Abgrund zu.

Die Ereignisse folgten nun rasch aufeinander. Simović ordnete die allgemeine Mobilisierung an, die jugoslawischen Truppen marschierten an allen Grenzen auf — Jugoslawien befand sich im Kriege.

Der Krieg zwischen den Achsenmächten und Jugoslawien begann am 6. April und wurde in zwei kurzen Wochen beendet. Jugoslawien brach schon in den ersten Tagen des Krieges zusammen. Nach dem Angriff der deutschen Armeen löste sich das serbische Heer schon in den ersten Tagen des Krieges auf und konnte dann an keiner Front mehr ernsthaften Widerstand leisten.

Der rasche Zusammenbruch Jugoslawiens war auf seine innere Schwäche zurückzuführen. Wie Anton Trumbić dem französischen Journalisten Henri Pozzi schon 1933 voraussagte,¹⁾ lehnten sich die Völker Jugoslawiens beim Ausbruch des Krieges sofort gegen die Serben auf. Die Kroaten, Slowenen, Bosniaken und anderen Stämme verweigerten den Gehorsam, sabotierten die Einrückungsbefehle, ja, in vielen Orten Kroatiens wurden die serbischen Soldaten entwaffnet. Die Jugoslawien einverleibten Völker und Volksstämme erwarteten vom Kriege nur ihre eigene Befreiung und so geschah es auch: Jugoslawien zerfiel wieder in seine Bestandteile.

Während der ersten Tage des zwischen den Achsenmächten und Jugoslawien ausgebrochenen Konfliktes hatte Ungarn seine Ruhe bewahrt. Die Serben ihrerseits hatten jedoch sofort eine feindliche Haltung angenommen und Ungarn gegenüber nicht einmal die elementarsten Regeln des internationalen Rechtes und Anstandes eingehalten. Wie die Serben über den ungarisch-jugoslawischen Freundschaftspakt in Wahrheit dachten, geht am besten aus einer

¹⁾ s. Henri Pozzi: „La guerre revient“, Verlag von Paul Berger, Paris 29, Rue Championnet.

Erklärung eines berüchtigten Führers der Dobrovoljacén hervor, die auch in den Blättern veröffentlicht wurde. In dieser am 30. März gemachten Äusserung heisst es unter anderem: „Der mit den Ungarn geschlossene Vertrag ist nur ein Fetzen Papier, der Anschluss an den Dreierpakt nur eine Täuschung, die Zeit ist herangekommen, um das gross-serbische Reich in Mitteleuropa zu verwirklichen.“

Auf die ruhige und besonnene Haltung des ungarischen Volkes antworteten die Serben am 7. April 1941 mit einer Reihe von Bombenangriffen auf Szeged, Körmend, Siklós, Villány und Szt. Gotthárd. Die ungarische Regierung legte in Belgrad scharfen Protest ein, ohne jedoch eine befriedigende Antwort zu erhalten. Die Lage wurde dadurch noch gespannter, dass Tschetnizi und Dobrovoljazen in den seinerzeit an Jugoslawien angegliederten südungarischen Landesteilen mit der Verfolgung, Verhaftung und Hinrichtung von Ungarn begannen, die ungarischen Dörfer und Städte plünderten und Leben und Eigentum der Bevölkerung in ärgster Weise bedrohten. Unter diesen Umständen sah sich die ungarische Regierung gezwungen, zum Schutze des Lebens und Vermögens der halben Million dort lebenden Ungarn die unerlässlich notwendigen militärischen Massnahmen zu ergreifen.

Nikolaus v. Horthy, der Reichsverweser Ungars richtete folgenden Aufruf an das ungarische Volk:

„Seit dem Aufflammen des Krieges in Europa wurde ich stets von dem Bestreben geleitet, Ungarn und sein mir anvertrautes Volk, das schon im Welkriege 1914—1918 sein Blut so reichlich hingegeben hatte und auch nach dem Kriege so schwere Prüfungen zu ertragen gehabt, vor neuen Blutopfern und Leiden zu bewahren. Da nach dem Weltkriege der damals zu Tode erschöpften, ohnmächtigen und irregeführten Nation auch solche Gebiete — ohne jeden Kampf — entrissen wurden, die sie in tausendjähriger Arbeit und mit ebenso vielen Opfern zu ungarischem Boden geweiht hatte, war ich der Überzeugung, dass auch die Wiedergutmachung nach Recht und Billigkeit ohne Krieg und Kampf werde geschehen müssen.

Im Geiste dieser unserer Überzeugung sollte daher der Vertrag, den wir im Dezember vorigen Jahres mit der damals verständigungsbereiten Regierung Jugoslawiens abgeschlossen haben, dem Frieden im Donaubecken dienen.

Am 26. März wurde nun das verfassungsmässige Staatsoberhaupt Jugoslawiens mit Gewalt von seinem Platze entfernt und die zu friedlicher Verständigung bereiten Mitglieder der Regierung ins Gefängnis geworfen. Diese gewaltsamen Veränderungen sind scheinbar von den gleichen Kräften vorbereitet und durchgeführt worden, die schon einmal, im Jahre 1914, so viel Tränen, Blut und Leiden über Europa brachten. Auch jetzt wollen sie, nicht die Aufrechterhaltung des Friedens, nicht die Einigung im Rahmen eines gutnachbarlichen Verhältnisses, sondern ganz im Gegenteil die Ausbreitung des Krieges auch auf diesen Teil Europas. Aus diesem Grunde wurde der Zusammenstoss mit der grossen deutschen und italienischen Nation planmässig vorbereitet, mit denen wir nicht nur durch die Bande inniger Freundschaft, sondern ebenso durch unseren Beitritt zum Dreierpakt verbunden sind.

Das neue Belgrader Regime hat den Aufmarsch militärischer Kräfte an unserer Grenze angeordnet, wogegen Ungarn erst dann Verteidigungsmassnahmen ergriff, als das Gebiet des Landes durch wiederholte Luftangriffe betroffen wurde und Einbrüche über unsere Grenze versucht wurden, gegen die meine Regierung erfolglos Protest einlegte.

Die sich überstürzenden Ereignisse schufen eine neue Lage. Angesichts der verhängnisvollen Folgen der Politik des neuen Belgrader Regimes haben die Führer des kroatischen Volkes die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Kroatiens erklärt. Wir begrüssen diesen Entschluss mit aufrichtiger Freude und wollen ihn unsererseits in jeder Hinsicht respektieren. Wir haben mit dem kroatischen Volke seit tausend Jahren in guten und schlechten Zeiten zusammen gelebt, einander geschätzt und in Zeiten der Not unterstützt und wünschen, dass die edle kroatische

Nation in ihrer staatlichen Selbständigkeit Glück und Wohlergehen finden möge.

Mit der Schaffung eines selbständigen und unabhängigen kroatischen Staates hat Jugoslawien aufgehört zu bestehen und ist in seine Bestandteile zerfallen.

Hiemit ist es uns aber zur Pflicht geworden, das Schicksal des Ungarn im Jahre 1918 entrissenen Gebietes und des dort in grosser Seelenzahl lebenden Ungarntums wieder in unsere Hände zu nehmen. Diese so heilige nationale Pflicht muss unverzüglich erfüllt werden! Ich gebe daher meinen Soldaten noch am heutigen Tage den Befehl, das Ungartum des Südens vor den Verwüstungen der Anarchie zu schützen. Diese Massnahme richtet sich nicht gegen das serbische Volk, mit dem wir keine Gegensätze haben und mit dem wir auch in Zukunft in Frieden leben wollen.

Mit Liebe und Freude begrüsse ich unsere zu uns und unter unseren Schutz zurückkehrenden Brüder. Ich erflehe Gottes Segen auf die ungarische Nation und das Vaterland.“

Am 10. April 1941 erliess der Reichsverweser Ungarns den folgenden Tagesbefehl: „Soldaten! Die Pflicht gebietet uns neuerlich, unseren Brüdern auf dem abgetrennten Gebiete zu Hilfe zu eilen.

Ich vertraue auf eure immer bewährten soldatischen Tugenden und eure Mannszucht und ich bin dessen sicher, dass ihr diese Aufgabe restlos lösen werdet.

Der Gott der Ungarn und die Gedanken der Nation begleiten euch auf eurem Wege.

Vorwärts zur tausendjährigen Südgrenze!“

Auf den Befehl Nikolaus von Horthys überschritten die ungarischen Truppen die Grenze und erreichten innerhalb dreier Tage die tausendjährige ungarische Südgrenze. Blitzschnell hatte die ungarische Wehrmacht den Befehl Nikolaus von Horthys erfüllt und dem ungarischen Schwerte ein neues Blatt der Ehre und des Ruhmes erworben. Das südlichste Gebiet Ungarns wurde so nach

22 Jahren der Knechtschaft von der serbischen Herrschaft befreit.

In Kroatien hatte der stellvertretende Führer der kroatischen Nationalisten, General Kvaternik, am Abend des 10. April über den Zagreber Sender einen Aufruf an das kroatische Volk gerichtet, in dem er die Errichtung des selbständigen Kroatiens innerhalb seiner historischen Grenzen proklamierte. Auch Dr. Maček, der gewesene stellvertretende Ministerpräsident der jugoslawischen Regierung und Präsident der Kroatischen Bauernpartei wandte sich mit einem Aufruf an das kroatische Volk und forderte jeden Kroaten wie auch alle Funktionäre der Partei auf, der neuen Regierung Gehorsam zu leisten. Hiedurch fand der zwei Jahrzehnte lang währende Kampf der Kroaten unter Führung Dr. Ante Pavelić seinen Abschluss. Wenig später kehrte Dr. Pavelić nach Zagreb zurück und bildete dort am 15. April die kroatische nationale Regierung.

Gegenüber Deutschland hatte Kroatien die Frage seiner Grenzen schon am 13. Mai geregelt. Die Grenzen zwischen Kroatien und Italien wurden am 18. Mai in Rom festgesetzt. Der diesbezügliche Vertrag wurde vom italienischen Ministerpräsidenten Mussolini einerseits und Dr. Ante Pavelić als kroatischem Staatsoberhaupt andererseits unterzeichnet. Am gleichen Tage erschien eine kroatische Delegation mit Dr. Ante Pavelić an der Spitze vor König und Kaiser Viktor Emanuel III. und erbat die Designierung eines Prinzen aus dem Hause Savoyen zum König von Kroatien. In Erfüllung dieser Bitte bezeichnete König und Kaiser Viktor Emanuel III. Aimone von Savoyen-Aosta, Herzog von Spoleto als König von Kroatien.

Auch Bulgarien erhielt alle jene Gebiete, die es im Balkankriege und nach dem Weltkriege an Serbien abtreten musste, zurück. So erhielten alle Völker und Völkstämme, die durch die Pariser Vorortsverträge in den jugoslawischen Staat hineingezwängt wurden, ihre Freiheit wieder und so wurde die Fiktion des jugoslawischen Staates endgültig beseitigt.

Jugoslawiens nur 22 jährige Lebensdauer, seine schweren inneren Zerwürfnisse und Kämpfe werden der Nachwelt ein anschauliches Beispiel dafür bieten, dass man Staaten auf rein theoretischer Grundlage, am Beratungstische, nicht willkürlich schaffen, Völker und Kulturen nicht willkürlich vernichten kann. Mit der Schaffung des jugoslawischen Staates hatte man der geschichtlichen Entwicklung die unglaublichste Gewalt angetan — eben deshalb musste Jugoslawien untergehen. Dadurch ist jedoch dieser Teil Europas wieder auf den Weg einer gesunden, geschichtlich begründeten Entwicklung zurückgekehrt und wenn auch die Serben selbst aus dieser harten Lektion die richtigen Folgerungen ziehen werden, kann auch dieses Volk einst wieder zu einem nützlichen Mitgliede der europäischen Kulturgemeinschaft werden.

VI. Die politische, kulturelle und wirtschaftliche Lage der Serben in Ungarn.

Schon vor dem Weltkriege 1914—1918 entfaltete die serbische Propaganda nicht nur in der Monarchie ihre zersetzende Tätigkeit, sondern verstand es auch, ihre Klagen und Verleumdungen in die ganze Welt hinauszuposaunen und von einer Unterdrückung der unter ungarischer Herrschaft lebenden Nationalitäten zu fabeln. Im Bewusstsein ihres Rechtes, und da ihnen die täglichen Erfahrungen des praktischen Lebens die Grundlosigkeit dieser Anklagen vor Augen führten, unterliessen es die Ungarn, Schritte zu unternehmen, um diese erdichteten Anschuldigungen zu widerlegen. Die Folge davon war, dass namentlich in Westeuropa und in jenen Kreisen, die ihre Kenntnisse über mitteleuropäische Fragen im wesentlichen oder gar ausschliesslich aus ungarnefeindlichen Propagandaquellen schöpfen, ein vollständig falsches Bild über die Nationalitätenpolitik Vorkriegsungarns entstand. Diese Lügenpropaganda aber war die Hauptursache dessen, dass eine Fläche von insgesamt 20.551 Quadratkilometern aus dem ungarischen Staatsgebiete herausgerissen und dem neuen serbischen Staate einverleibt wurde.

Im Nachstehenden wird versucht, eine sachliche Schilderung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lage der Serben in Vorkriegsungarn zu bieten.

1. Die Serben genossen vollständige politische Freiheit.

Der Grossteil der Serben war — wie bereits im ersten Teile dieser Studie nachgewiesen — gegen Ende des XVII. Jahrhunderts unter Führung des Patriarchen Arsen

III. (Crnojević) in Ungarn eingewandert. Diesen serbischen hospites erteilte Kaiser und König Leopold I. im Jahre 1690 Privilegien, die auch von der ungarischen Hofkanzlei am 21. August 1691 bestätigt wurden. Der kaiserliche Privilegsbrief räumte den Serben sowohl in kirchlicher als auch in politischer Beziehung weitgehende Rechte ein und befreite sie unter anderem von der Steuerpflicht, der Entrichtung des Zehnten und der militärischen Einquartierung. Noch weitergehende politische Rechte erhielten die Serben nach dem vom ungarischen Reichstag im Jahre 1790—1791 erbrachten Gesetzartikel XXVII., der ihnen sowohl die bürgerliche Gleichberechtigung als auch das Recht zum Erwerbe von Grundbesitz und zur Bekleidung öffentlicher Ämter zuerkannte. Dieser Gesetzartikel sicherte den Serben alle jene Rechte zu, welche das staatsbildende Volk der Ungarn selbst besass. Der Gesetzartikel XLIV vom Jahre 1868 hinwieder regelte die Wünsche der in Ungarn lebenden Nationalitäten, darunter auch der Serben, in so weitgehender Weise, wie dafür zu jener Zeit die Nationalitätengesetzgebung keines einzigen anderen Volkes ein Beispiel bot.

Dass die Serben in Ungarn stets und in jeder Hinsicht als freie und unabhängige Staatsbürger behandelt wurden und sich aller politischen Rechte erfreuten, wird in anschaulicher Weise von Jovan Skerlić, dem Begründer und hervorragenden Vertreter der serbischen Literaturgeschichte in seiner „Neuen Serbischen Literaturgeschichte“ (Istorija Nove Srpske Knjevnosti, Belgrad 1911) beschrieben. Skerlić sagt über die Serben Südungarns, unter anderem: „Die Gewerbe und Handel treibenden Serben siedelten von dem an Silber reichen Zimony bis ganz hinauf zum kaiserlichen Wien. Sie wurden Gestalter und Träger der serbischen Kultur und Vorkämpfer der serbischen nationalen Aufklärung. Sie errichteten die ersten serbischen Schulen, organisieren das serbische Unterrichtswesen, sie geben die serbischen Bücher heraus, sie sind die Abonnenten der serbischen Zeitungen. Die in den grösseren ungarischen Städten wohnenden Serben hatten

ihre eigene Gemeindeautonomie, Gemeindevertretungen und Gerichte und lebten ihr Sonderleben auf kräftiger sittlicher und nationaler Grundlage. Das serbische Volk befand sich sowohl vom wirtschaftlichen als auch kulturellen Gesichtspunkte aus in rasch fortschreitender Entwicklung. In jeder Stadt und grösseren Gemeinde, wo Serben lebten, hatten sie ihre eigenen Schulen. Die durch Maria Theresia im Jare 1770 erlassene Ratio Educationis reorganisierte auch die serbischen Schulen und erhob und erzog die früheren Schulmeister zu Magistern.“

Skerlić beschreibt also ganz offen, wie die vom Balkan gekommenen Serben in Ungarn in den europäischen Kulturkreis gelangten und im Rahmen der ungarischen Verfassung nicht nur eine bürgerliche Rechtsstellung erhielten, sondern sich auch verwaltungsrechtlicher Autonomie erfreuten, serbische Vertreter in die autonomen Körperschaften entsandten und so im Rahmen ihrer bürgerlichen Freiheit auch ihr nationales Leben frei und ungehindert entfalten konnten.

Dass sie im Besitze so weitreichender politischer Rechte dennoch in einen Gegensatz zum Ungartume gelangten, hat zwei Gründe. Einerseits trachteten die Habsburger die Minoritäten Ungarns, darunter auch die Serben gegen die Ungarn auszuspielen, andererseits aber übernahm Belgrad nach der Befreiung Serbiens vom türkischen Joche und der Erringung seiner Selbständigkeit die politische Führung des ganzen serbischen Volkes, einschliesslich der ungarischen Serben, und entsandte Hunderte von Agenten auf ungarisches Gebiet, die im Bestreben, den gross-serbischen Traum zu verwirklichen, die hier lebenden Serben ständig gegen den Staat aufwiegelten.

2. Südungarn als Wiege der serbischen Kultur.

Auch die serbischen Geschichtsschreiber sind sich darüber einig, dass die Wiege der serbischen Kultur in Südungarn stand. Man darf ohne jede Übertreibung behaupten, dass die Serben ihre Kultur zur Gänze Ungarn

verdanken. Welche gewaltige Mission Ungarn im Aufbau der serbischen Kultur erfüllte, wird nur verständlich, wenn man die serbische Kultur Serbiens mit jener der Serben Ungarns vergleicht.

Bei den unter türkischer Herrschaft gebliebenen Serben kann von Schulen während annähernd fünf Jahrhunderte überhaupt nicht die Rede sein; sie ermangelten jeglicher Kultur oder Bildung schlechthin und 1815 befanden sich auf dem ganzen Gebiete des befreiten Serbiens insgesamt nur 3 Elementarschulen. Selbst in diesen war jedoch die Unterrichtssprache nicht die serbische, sondern die altslawische. Noch 1827 war in vielen Gegenden nicht einmal eine Schule auf je hundert Dörfer entfallen. Abgesehen von Geistlichen und Ordensbrüdern, konnte man unter tausend Bewohnern kaum einen Lesekundigen finden, und auch unter den Geistlichen und Ordensbrüdern waren die Schriftkundigen eine Seltenheit. Im Jahre 1831 gab es in ganz Serbien nur eine einzige Mittelschule — in Belgrad — und auch diese besaß nur die Klassen der Unterstufe.

Von einem serbischen Unterrichtswesen kann man überhaupt erst seit der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts sprechen — als nämlich die aus Südungarn dorthin ausgewanderten Serben die Führung übernahmen. Dositej Obradović, ein gewesener südungarischer Ordensgeistlicher schuf die erste Organisation des serbischen Schulwesens und wurde später der erste serbische Unterrichtsminister. Alles, was er in Serbien aufbaute, geschah im Geiste der „Ratio Educationis“ Maria Theresias. Unter den 72 Lehrern, die später in den Dienst des serbischen Unterrichtswesens traten, waren 68 frühere serbische Lehrer aus Südungarn, die ihre pädagogische Ausbildung am serbischen Lehrerbildungsinstitut Ungarns erhielten.

Somit standen die Serben des Altreiches bis zur Mitte des XIX. Jahrhunderts auf einer sehr niedrigen Kulturstufe, während zur gleichen Zeit die südungarischen Serben, dank der Fürsorge und unter Leitung der ungarischen Regierung, bereits das allgemeine europäische Kultur-

niveau ihrer Zeit erreicht hatten. Dies beweisen folgende Tatsachen:

Leopold I., deutscher Kaiser und König von Ungarn, sicherte den einwandernden Serben in seinen Privilegien vom 21. August 1690 und 20. August 1691 in dogmatischer wie auch in kirchenorganisatorischer Hinsicht freie Glaubensübung, bezw. das Recht, ihr Kirchenoberhaupt, den Patriarchen, frei wählen zu dürfen. Zu den Rechten des Patriarchen gehörte unter anderem die Weihe der Bischöfe, die Ernennung der Dorfgeistlichen, Gründung von Kirchen, Seelsorgerämtern und Klöstern. Um aber dem Patriarchen auch die materiellen Mittel zu einer, seiner Würde entsprechenden Lebensführung zu sichern, verlied der ungarische König dem Patriarchen Arsen (Crnojević) die Besitzung Dalja in der Grösse von 21.836 Joch. Kaiser und König Leopold I. hat also die Entfaltung der serbischen Kultur nicht nur zugelassen, sondern selbst die materielle Möglichkeit dafür geschaffen. Von diesen Begünstigungen machten denn auch sowohl Arsen (Crnojević) als auch die nach ihm folgenden Patriarchen in vollem Umfange Gebrauch. Die hervorragendste Persönlichkeit in der Reihe der serbischen Patriarchen des XVIII. Jahrhunderts ist zweifellos Paul Nenadović, der von 1749 bis 1768 an der Spitze der griechisch-orientalisch-serbischen Kirche Ungarns stand. Er errichtete das erste griechisch-orientalisch-serbische Priesterseminar in Novi Sad (Ujvidék) unter der Bezeichnung „Geistliches Kollegium“ und gründete in Karlovci ein als „Lateinische Schule“ bezeichnetes Gymnasium mit serbischen Lehrkräften. Zu jener Zeit waren die serbischen Elementarschulen ausschliesslich konfessionelle Schulen, die unter der autonomen Verwaltung der serbischen orientalischen Kirche standen. Ihrem Charakter nach stellten sie noch den griechisch-kirchlichen Schultyp dar. Es wurden lediglich serbische kirchliche Bücher als Lektüre benutzt und von weltlichen Gegenständen nur das Rechnen, aber auch dieses nicht an allen Schulen unterrichtet. Als Lehrkräfte wirkten keine Lehrer mit Fachbildung, sondern die Kin-

der wurden entweder durch den Popen, den Glöckner oder irgend einen Gewerbetreibenden oder Kaufmann, der eben gerade lesen und schreiben konnte, unterrichtet. Im Sinne des durch Leopold den Serben gewährten Privilegs wurden diese Schulen von der serbischen Kirchengemeinde aufrechterhalten und autonom verwaltet. Die Unterrichtssprache war die serbische Umgangssprache, die kirchlichen Bücher, die als Lektüre dienten, waren in kirchenslawischer Sprache geschrieben und wurden lange Zeit hindurch aus Russland bezogen, infolgedessen brachten sie russischen Geist und russische Kultur mit sich. Der Schulbesuch war, wie in jener Zeit allgemein üblich, nicht obligatorisch, trotzdem aber war die Zahl der serbischen Schulen Südungarns um die Mitte des XVIII. Jahrhunderts ziemlich bedeutend.

Maria Theresia stellte das ungarische Unterrichtswesen auf neue, moderne Grundlagen und reformierte gleichzeitig auch die serbischen Schulen. Schon 1774 hatte die Kaiserin-Königin „Weisungen“ erlassen, in deren Sinne die griechisch-orientalisch-serbischen und rumänischen Schulen reformiert werden sollten. Danach sollte in jeder von Serben bewohnten Gemeinde, in der sich eine Kirche oder ein Pfarramt befand, auch eine Schule errichtet werden. Die weltlichen Behörden aber wurden angewiesen, in Gemeinden, in denen noch keine serbischen konfessionellen Schulen bestanden, solche zu errichten, bzw. die in schlechtem Zustande befindlichen Schulen zweckentsprechend umzubauen. Die endgültige Reform der serbischen Schulen wurde sodann 1776 erlassen. Das diesbezügliche Gesetz war von demselben Geiste getragen wie die Ratio Educationis.

Das ungarische Königtum stand somit der Entwicklung der serbischen Kultur nicht nur nicht im Wege, sondern erzwang sogar eine fortschreitende Verbesserung des serbischen Schulwesens gegen den Willen eines grossen Teiles der serbischen Bevölkerung selbst.

Von tiefgreifendem Einfluss auf die weitere Entwicklung der serbischen Kultur war auch der Gesetzartikel

XXVII. des ungarischen Reichstages der Jahre 1790—91, der den Serben volle kirchliche Autonomie und ihren Bischöfen Sitz und Stimme im ungarischen Oberhause verlieh.

Der G.-A. IX : 1868 bestätigte erneut die Autonomie der ungarländischen griechisch-orientalisch-serbischen Kirche und bestimmte, dass in Angelegenheiten der serbischen Kirche als höchste Instanz der Kongress der vom serbischen Volke selbst zu wählenden geistlichen und weltlichen Vertreter in Karlovci zu entscheiden habe, die Verwaltungsangelegenheiten der Kirche nach den Beschlüssen dieses Kongresses zu regeln seien, sofern diese Beschlüsse auf Vorschlag des ungarischen Ministerpräsidenten vom König bestätigt wurden. Der serbische Kirchenkongress bestand nach der durch königliche Verordnung vom 29. Mai 1871 sanktionierten Wahlordnung aus 50 weltlichen und 25 geistlichen Mitgliedern. Das bischöfliche Kollegium erachtete jedoch die Wahl auch der geistlichen Mitglieder des Kongresses durch Laien als Rechtsverletzung und so wurde durch königliche Verordnung vom 12. Juli 1912 die auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes v. J. 1871 eingesetzte provisorische Diözesan-Organisation wieder ausser Kraft gesetzt und die ursprünglichen Bestimmungen der Verordnung vom 10. August 1868 wieder hergestellt. Solcherart erhielten die Bischöfe, bzw. Erzbischöfe die Möglichkeit, einen entsprechenden Einfluss auf die Zusammensetzung der ihnen zugeordneten Körperschaften und Behörden auszuüben, wodurch diese wieder zu wirklichen Ratgebern und Stützen der Bischöfe wurden.

Mit politischen Angelegenheiten durfte sich der Kirchenkongress nicht befassen. Trotzdem war in der serbischen öffentlichen Meinung die Neigung weit verbreitet, in ihm ein Organ serbisch-nationalen und politischen Charakters — eine Art serbischer Provinzialversammlung — zu erblicken und die Führer der serbischen nationalistischen Parteien waren von jeher bestrebt, die Autonomie der serbischen Kirche zur Grundlage serbischer politischer Aspirationen zu machen.

Nach dem G.-A. IX : 1868 sollten die serbischen Schulangelegenheiten durch den obersten Schulrat erledigt werden, der aus dem Patriarchen, dem Hauptreferenten für Unterrichtsangelegenheiten und sechs durch den Kongress ernannten Mitgliedern bestand.

Der Besuch der Volksschule war obligatorisch und alle Eltern prawoslawischen Glaubens und serbischer Nationalität waren verpflichtet, ihre Kinder vom 6. bis zum 12. Jahre in die serbische konfessionelle oder die Gemeindeschule zu schicken. Die Zeugnisse der konfessionellen, lehrgeldfreien serbischen Volksschulen waren denen der staatlichen Schulen gleichgestellt. In den serbischen konfessionellen und Gemeindeschulen konnten nur Lehrkräfte griechisch-orientalischen Glaubens und serbischer Nationalität angestellt werden, die das serbisch-prawoslawische Priesterseminar mit Erfolg absolviert haben; sie wurden von der Schulgemeinde gewählt. Für die Ausbildung der Volksschullehrer standen den Serben Ungarns und Kroatien-Slawoniens drei Lehrerbildungsanstalten in Zombor, Pakrac und Károlyváros zur Verfügung. In die Mädchenabteilung der Lehrerbildungsanstalten wurden nur Zöglinge aufgenommen, die die serbische höhere Mädchenschule in Pancsova, Ujvidék oder Zombor erfolgreich absolvierten. Ausser diesen Lehrerbildungsanstalten besaßen die Serben auch noch zwei autonome serbisch-prawoslawische Gymnasien. Die weitgehende Selbstverwaltung, deren sich die Serben in Ungarn erfreuten, ermöglichte es, dass sie allein in der ungarischen Südprovinz, der sogenannten Vojvodina ausser den schon erwähnten Unterrichtsanstalten über 179 selbstständige Volksschulen zu je (durchschnittlich) 4 Klassen, d. i. insgesamt 716 Elementarklassen mit 592 selbstgewählten, serbischen Lehrern verfügten, während die serbische Bevölkerung von ganz Ungarn (mit Ausnahme Kroatien-Slawoniens) die 2·5% der Gesamteinwohnerzahl oder 461.516 Köpfe umfasste, über 58 Gemeinde- und 211 konfessionelle Schulen, d. i. insgesamt über 269 selbstständige Volksschulen mit insgesamt mindestens 1076 Elementarklassen verfügte.

Die Mittel zur Erhaltung dieser Schulen stammten zum Teile aus den von den Mitgliedern der serbisch-orthodoxen Kirche steuermässig erhobenen Beiträgen, teils aus den zahlreichen Stiftungen und dem Ertrag des ungeheuren kirchlichen Vermögens. Die griechisch-orientalische serbische Kirche war eine der reichsten Kirchen Ungarns; sie besass einen Grundbesitz von 112.126 Joch. Ihr in verschiedenen Stiftungen und sonstigen Vermögenswerten angelegtes Kapital wurde auf 17.5 Millionen Goldkronen geschätzt. Dieses Riesenvermögen, das der ungarische Staat niemals antastete, machte überhaupt erst die Entwicklung der serbischen Kultur möglich.

Hiemit haben wir die Entwicklung der serbischen Kultur im Bereiche von Kirche und Schule kurz angedeutet.

Dass Ungarn die eigentliche Wiege der serbischen Kultur war und diese Kultur eine ganz ausserordentliche Entwicklung aufweisen konnte, wird auch durch den ausgezeichneten serbischen Geschichtsschreiber und Professor der serbischen Universität in Belgrad Stanoje Stanojević mit folgenden Worten von klassischer Kürze bestätigt: „Die Vojvodina ist die Wiege der serbischen Aufklärung und Kultur. Während noch im Laufe des XVIII. Jahrhunderts die Serben in den von den Türken beherrschten Gebieten, oft mit Flinte und Messer, um das blosse, nackte Leben kämpfen mussten, lebten die Bewohner der Vojvodina, frei vom türkischen Joche unter viel günstigeren Lebensbedingungen und besaßen alle Möglichkeiten, ihr Leben auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet frei und ungehindert zu entwickeln. Schon zu dieser Zeit wurden die ersten serbischen Elementarschulen, die erste serbische Lehrerbildungsanstalt, Priesterseminar und das Gymnasium von Karlovci gegründet. Die ersten Anfänge der serbischen Literatur und Wissenschaft in der Vojvodina gehen aber auf eine noch frühere Zeit zurück. Zu Beginn des XVIII. Jahrhunderts schrieb Georg Branković die erste Geschichte des serbischen Volkes von den Anfängen bis zu seinen Tagen. Im Laufe des XVIII. Jahrhun-

derts entwickelte sich ebenfalls dort auch die literarische Produktion, die sich bald auf immer weitere Gebiete der Literatur und Wissenschaften erstreckte. Gleichzeitig begannen auch die Bemühungen der serbischen Schriftsteller, Literatur und Wissenschaft dem Volke in populären Darstellungen, hauptsächlich in Form verschiedener Almanachs näherzubringen. Von revolutionierender Wirkung im literarischen Leben der Vojvodina war die „Autobiographie“ und andere Werke von Dositelj Obradović, in denen er schon eine Demokratisierung von Literatur und Wissenschaft forderte. Obradović machte die Sprache des einfachen Volkes zur Sprache von Literatur und Wissenschaft und er war auch der erste, der ein theoretische Rechtfertigung des serbischen Nationalismus bot. Ihm war noch das Glück beschieden, die Geburt des selbständigen serbischen Staates zu erleben, dessen erster Kultusminister er wurde. Um den Patriarchen Stjepan Stratimirović bildete sich ein engerer literarischer Zirkel, aus dem die Schöpfer der serbischen Rechtsschreibung und serbischen Spracherneuerung, die Sammler völkischer Kunst und der grösste Vertreter der modernen serbischen Literatur, Vuk Karadžić, hervorgingen. Die Serben der Vojvodina gründeten schon 1826 die erste serbische literarische Gesellschaft „Matica“, nach deren Muster später unter gleichem Namen ähnliche Gesellschaften bei allen slawischen Völkern und Stämmen entstanden. Zu Beginn des XIX. Jahrhunderts erschien in der Vojvodina auch das erste serbische politische Blatt. Später wird in Ujvidék die erste illustrierte serbische Zeitung herausgegeben und von dort nahm auch die serbische Kalender- und Jugendliteratur ihren Ausgang. Gleichzeitig wurde — gleichfalls in der Vojvodina — das erste serbische Theater gegründet, das allerdings nur von kurzer Lebensdauer war, aber ihm folgte schon 1863 ein ständiges Theater in Ujvidék. Die Serben der Vojvodina gründeten auch die ersten serbischen Lesezirkel und Gesangsvereine, ebenso das erste serbische Geldinstitut. Von der Vojvodina gingen auch die ersten parteipolitischen Bewegungen des serbischen Volkes aus. In Nagybecskerek

wurde die erste serbische Partei gegründet, dort wurde 1869 das erste serbische Parteiprogramm angenommen. Auch die Anfänge der serbischen Literatur und Wissenschaft gehen auf die Serben der Vojvodina zurück: der erste Vertreter der serbischen Sprachwissenschaft, Djuro Danišić, und der serbischen Geschichtsschreibung, Ilarion Ruvarac, stammten aus der Vojvodina. Die ersten namhaften serbischen Lyriker (Jovan Jovanović, Djuro Jakšić), die ersten Dramatiker (Jovan Popović, Djuro Trifković), die ersten Novellisten (Bogoljub Atanacković) sind gleichfalls Serben der Vojvodina. Sogar die ersten serbischen Kirchenpredigten (Nikofor Grujić, Theofan Živković) stammen aus der Vojvodina. Schon im XVIII. Jahrhundert lebte dort der berühmte serbische Maler Zaharija Orfelin, ebenso sind zwei der bekanntesten modernen Maler — Paja Joanović und Uroš Predić — gleichfalls Kinder der Vojvodina. Die besten serbischen Schauspieler und Schauspielerinnen stammen aus der Vojvodina und diese war der Schauplatz der Geburt der serbischen Musik (Kornel Stanković). In der Vojvodina wurde auch die erste serbische Kunstausstellung eröffnet.“

Mit geradezu feierlicher Offenheit resumiert Professor Stanojević die Beweise der kulturellen Priorität der Vojvodina wie folgt: „Die Vojvodina war es somit, wo der Grundstein der modernen serbischen Kultur und Zivilisation gelegt wurde: hier wurden die ersten Schulen errichtet, die erste Buchdruckerei in Betrieb gesetzt, hier entstanden serbische Wissenschaft, Literatur und Kunst in allen ihren Verzweigungen. Ujvidék (Novi Sad) aber wurde lange Zeit hindurch mit Stolz das serbische Athen genannt“.

Für viel bedeutender noch als den kulturellen Vorsprung der Serben der Vojvodina hält Professor Stanojević ihre geschichtlichen Verdienste, über die er folgendermassen urteilt:

„Vom Gesichtspunkte der Geschichte der serbischen Nation kommt der Vojvodina die allergrösste Bedeutung wegen der dortigen Geburt serbischen Nationalgeistes, des

serbischen Nationalismus, zu. Die Vojvodina ist die typische Vertreterin des serbischen Nationalismus. Der serbische Nationalismus ist in der Vojvodina sozusagen zum Leben erwacht und hat von hier aus die übrigen, von Serben bewohnten Gebiete erobert und mit seinem Geiste durchtränkt, weil das Schicksal den Serben der Vojvodina die Entwicklung ihrer Kultur und ihres öffentlichen Unterrichtes unter neuen Bedingungen ermöglicht hatte Die ungarländischen Serben entwickelten den serbischen Nationalismus zu dem, als was ihn die öffentliche Meinung Europas des XIX. und XX. Jahrhunderts kennen lernte Ohne Zaudern können wir es aussprechen, dass vom Standpunkte des Nationalismus die Vojvodina, von allen von Serben bewohnten Gebieten auf der höchsten Stufe stand. Aus diesem Grunde wurde der Nationalismus und Patriotismus der Vojvodina zum Vorbild und Prototyp für alle von Serben bewohnten Gebiete“

Nach diesen grosszügigen, objektiven und tiefschürfenden Feststellungen Stanojević' erübrigt es sich wohl, hervorzuheben, dass diese so glänzend beschriebene süd-ungarische serbische Kultur sich niemals so grossartig entwickelt hätte, wenn die auf der Flucht vor den Türken unter dem Patriarchen Arsen III. (Crnojević) eingewanderten Serben hier nicht in die Atmosphäre der tausendjährigen europäischen Kultur gelangt wären und der uralte ungarische Boden ihnen nicht jenes Freiland geboten hätte, auf dem jede Kultur Wurzeln schlagen, blühen und gedeihen konnte.

Aber nicht allein Stanoje Stanojević stellt diese Tatsachen fest, denn mit grosser Begeisterung behandelt den gleichen Gegenstand auch der Professor der Literaturgeschichte, Jovan Skerlić, wie dies am Anfang dieses Abschnittes bereits erwähnt wurde. Aus der Arbeit Jovan Skerlić' seien noch folgende Stellen angeführt: „Die Serben hatten im Laufe des XVIII. Jahrhunderts auch noch andere Schulen. 1726 wurde auf Grund der konfessionellen Autonomie die erste lateinisch-slowenische Schule in Karlovo errich-

tet. In Ujvidék entsteht 1740 das serbische Priesterseminar, „Duhovna Kollegija“, 1781 aber in Karlovci eine regelrechte griechisch-orientalische serbische Theologie. 1812 wird durch die autonome serbische Kirche in Szentendre, also in der Nähe von Buda, ein Priesterseminar und daneben auch eine Lehrerbildungsanstalt gegründet, die im Jahre 1816 nach Zombor verlegt wurde, wo sie bis zum heutigen Tage noch besteht“. Der wertvollste Träger der Kultur und gleichzeitig ihr zuverlässigster Gradmesser aber ist das Buch. In dieser Hinsicht finden sich in der Literaturgeschichte Skerlić besonders aufschlussreiche und schlagende Daten:

„Im Jahre 1771 bewilligte die illyrische Hofkanzlei den Serben den Gebrauch der von Kurzbach'schen auf cyrillische Buchstaben eingerichteten Buchdruckerei. Diese wurde dann 1792 durch ein serbisches Konsortium um den Preis von 25 Silbergulden erstanden, aus dessen Hand sie im Jahre 1796 in den Besitz der Budaer ungarischen Universität überging. Von dieser Zeit an bis ungefähr 1830 sind beinahe alle serbischen Bücher aus dieser Buchdruckerei hervorgegangen. Nicht viel später finden sich bei den süd-ungarischen Serben auch noch andere serbische Druckereien, so im Jahre 1841 in Ujvidék, 1846 in Szabadka, 1847 in Ujvidék und in Szeged.“¹⁾

Diese serbischen Druckereien Ungarns, haben nach den zahlenmässigen Angaben Skerlić folgende Tätigkeit entfaltet: Im Laufe des XVIII. Jahrhunderts erschienen auf dem Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie 220 serbische Werke, von 1830 bis 1850 — also innerhalb eines Zeitraumes von nur 20 Jahren — in Ungarn allein 1440 serbische Werke. Schon im Jahre 1811 wurden diese Bücher durch nicht weniger als 12 serbische Buchhandlungen vertrieben.

Zu dieser Zeit bestanden auch schon in Buda und Ujvidék sehr beachtliche Bibliotheken. Im Jahre 1826 wurde

¹⁾ s. Jovan Skerlić „Istorija Nove Srpske Književnosti“ Belgrad 1911, S. 12, 20-25, 123, 124.

in Ujvidék die „Matica Srpska“ als literarische und wissenschaftliche Vereinigung gegründet, 1833 in Temesvár die „Serbische Literarische Gesellschaft“. Auch die erste literarische Zeitschrift in serbischer Sprache ist unter dem Titel „Danica“ in Ujvidék erschienen. Serbische Theater Vorstellungen finden im Jahre 1736 in Karlovci, 1792 in Versec, 1802—1811 im Ujvidék, 1813 in Pest, 1815 in Baja und Szeged, 1823 in Temesvár und 1832 in Arad statt. Von 1838 an bestand eine ständige serbische Schauspielergesellschaft, die abwechselnd in den von Serben bewohnten Städten Südungarns, meist aber in Ujvidék und Pancsova spielte.

Endlich sei noch zu erwähnen, dass der Mittelpunkt des serbischen kulturellen Lebens während des XVIII. Jahrhunderts Wien war, später Buda und in der zweiten Hälfte des XX. Jahrhunderts Ujvidék, das „serbische Athen“. Erst zu Beginn des XX. Jahrhunderts übernahm Belgrad diese Rolle, wobei aber Ujvidék auch heute noch an zweiter Stelle steht.

Es ist nur natürlich, dass dort, wo die ganze serbische Kultur sozusagen geboren wurde, ihre Blüte erreichte und von wo aus sie so befruchtend weiterwirkte, von einer kulturellen oder gar nationalen Unterdrückung der Serben keine Rede sein konnte.

3. Günstige wirtschaftliche Lage der Serben.

Auch hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Lage hatten die in Ungarn lebenden Serben keinen Grund zur Klage. Vom Balkan her mit allen Zweigen des Handels wohlvertraut, übten sie diesen Beruf auch in ihrer neuen Heimat weiter aus. Sie waren nicht nur die tüchtigsten und findigsten Viehhändler, sondern infolge ihrer Kenntniss der Balkansprachen wie Griechisch, Bulgarisch, Türkisch usw. die eigentlichen Vermittler des Handels zwischen Ungarn und dem Balkan.

In den ungarischen Südprovinzen gelangten sie dank ihrer Regsamkeit bald zu beträchtlichem Bodenbesitz,

erwarben die herrenlos gewordenen Güter der Ungarn und brachten es auch in den bauerlichen Schichten zu beachtlichem Wohlstand.

Als Händler und Gewerbetreibende liessen sie sich am liebsten in den Städten nieder, wo sie sich schnell zu bereichern wussten. Aus diesem serbischen Handels- und Gewerbestande ging der serbische Mittelstand, der eigentliche Träger der serbischen Kultur hervor. Er sandte seine Söhne zur Erziehung nach Wien, Pest, Berlin, und diese wurden dann in der Heimat die Träger des serbischen Nationalgedankens und der serbischen Kultur.

Die serbischen Händler und Gewerbetreibenden sind die Abonnenten der serbischen Zeitungen, sie gehören als Mitglieder den serbischen literarischen Gesellschaften an und unterstützen diese auch materiell in freigebiger Weise. Nach der Abschaffung der Grenzbezirke erhielten die Serben bedeutende Gebiete als Gemeinbesitz und bildeten daher in Ungarn die wirtschaftlich stärksten Gemeinden.

Die Serben machten auf Grund der ungarischen Statistik vom Jahre 1910 nur 2·5% der Gesamtbevölkerung des Landes aus, trotzdem stellen sie in der Klasse der Zwergbesitzer unter 5 Joch 12·3%, von den Besitzern von 5—10 Joch 15·7%, von den Besitzern von 10—20 Joch 16·3%, von den Besitzern von 20—30 Joch 11·8%; über ihrer Verhältniszahl sind sie auch beteiligt an den Bodenbesitzen von 50—100 Joch und selbst an den Besitzen von 100—1000 Joch, wo ihr Anteil 5·4% betrug.

Demgegenüber zahlten die Serben 3—5% aller Steuern, während die Ungarn, die 54·5% der ganzen Bewohnererschaft ausmachten, am Grundbesitze mit 59·9% beteiligt waren und 61·1% aller Steuern entrichteten.

Der wirtschaftliche Wohlstand der ungarländischen Serben wird auch durch die Tatsache beleuchtet, dass von Jahrzehnt zu Jahrzehnt immer mehr serbische Geldinstitute, Banken und Sparkassen entstanden. In der Zeitspanne von 1871—1890 wurden die zwei ersten serbischen Geldinstitute gegründet, 1891—1900 vier weitere, 1901—1910

achtzehn und zwischen 1911 und 1915-sechs. Es bestanden demnach im Jahre 1915 dreissig serbische Geldinstitute mit einem Kapital von insgesamt 8,557.000 Goldkronen.

Diese wenigen Angaben über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Serben in Ungarn sind ein deutlicher Beweis dafür, dass sie in Ungarn in Wohlstand, teilweise sogar in Reichtum lebten und dem Ungartum gegenüber sicherlich keinerlei Grund zur Klage hatten.

Im Laufe eines mehr als zweihundertjährigen Zusammenlebens hat das Ungartum die einst als exules und hospites (Flüchtlinge und Gäste) ins Land gekommenen Serben ritterlich und brüderlich behandelt und ihnen auf politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete alle Rechte und Begünstigungen eingeräumt, die es als Staatsvolk überhaupt zu vergeben hatte.

VII. Die politische, kulturelle und wirtschaftliche Lage des Ungartums in Jugoslawien.

Die Serben haben nach ihrer Flucht vor den Türken in Ungarn eine zweite Heimat gefunden und Jahrhunderte hindurch besessen. Sie wurden hier allmählich wohlhabend, bereicherten sich in zunehmendem Masse, bewahrten ihre nationale Eigenart, ihre Sprache und ihre Religion, sie konnten ihre Kultur frei entwickeln, ihren unter türkischem Joch schmach tenden Brüdern helfen und ihre in der westlichen Atmosphäre Ungarns auf eine hohe Stufe gebrachte Kultur auch ihren in balkanischer Unkultur lebenden serbischen Brüdern vermitteln. Ihre Dankesschuld für all das Gute, das ihnen in und von Ungarn zuteil wurde, trugen sie dadurch ab, dass sie in Ungarn die Irredenta hochzuchteten und — als der gross-serbische Traum in Erfüllung ging und Südslawien entstand, — einen rücksichtslosen Vernichtungsfeldzug gegen das unter ihre Herrschaft geratene Ungartum unternahmen. Den grausamsten Terror, die zügelloseste Verfolgung und Unterdrückung übten sie in dem von Ungarn abgetrennten südlichen Gebiete, in der sogenannten Vojvodina (Wojwodschaft), in der Murinsel und in der Murgegend (Prekomurje), in diesen hochkultivierten Gebieten aus. Es sollte eben die ungarisch-deutsche Mehrheit vertrieben oder zugrunde gerichtet werden, um dieses tausendjährige ungarische Land fest in Besitz nehmen und behalten zu können. Zur Erreichung dieses Zieles beraubten sie die Ungarn ihrer politischen Rechte, schnitten sie von ihren wirtschaftlichen Kraftquellen ab und richteten ihre Kultur zugrunde. Die als Flüchtlinge und Gäste aufgenommenen und sich der grösstmöglichen

materiellen, moralischen und geistigen Unterstützung erfreuenden Serben lehnten sich gegen ihre Gastgeber auf und lohnten die ihnen erwiesenen Wohltaten mit schnödestem Undank. Die am dortigen Ungartum verübten Verfolgungen, Grausamkeiten und Behelligungen verstießen nicht nur gegen den Begriff der Menschlichkeit, sondern standen auch in schärfstem Gegensatz zu den Gesetzen sämtlicher zivilisierten Staaten und den internationalen Verträgen. Sie bedeuten aber zugleich auch die Verleugnung jenes Vertrages, den der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS) zum Schutze der unter seine Herrschaft geratenen Volksminderheiten am 10. September 1919 in Saint-Germain-en-Laye unterzeichnete und in dem er die Verpflichtung übernahm, die „in den Artikeln 2-8 enthaltenen Bestimmungen als Grundgesetze anzuerkennen, mit dem Zusatz, dass keinerlei Gesetz, Verordnung oder amtliche Massnahme im Gegensatz zu diesen Bestimmungen stehen und dass gegenüber diesen Bestimmungen keinerlei Gesetz, Verordnung oder amtliche Massnahme Geltung haben sollte.“ Diesen internationalen Vertrag, den der SHS-Staat mit den Alliierten und Associierten Grossmächten, also mit seinen eigenen Verbündeten geschlossen hatte und der die Vorbedingung der territorialen Zuteilungen war, haben die Serben niemals eingehalten und jeden einzelnen Punkt des Vertrages vom ersten Tage an mit Füßen getreten. Dieser Minderheitenvertrag sicherte den im SHS-Staate siedelnden nationalen Minderheiten die bürgerliche Gleichberechtigung und die Gleichheit vor dem Gesetz und bestimmte, dass sie vor den Behörden den gleichen Rechtsschutz geniessen werden. Der Vertrag gewährleistete ferner die freie kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Minderheiten. In schärfstem Gegensatz zu diesen Bestimmungen beraubten die jeweiligen Regierungen des SHS-Staates das dortige Ungartum seiner elementarsten menschlichen Rechte, richteten seine Kultur zugrunde und untergruben seine materielle Existenz.

1. Die politische Unterdrückung des Ungartums.

Bereits zu Beginn der serbischen Herrschaft hörte die Sicherheit der Person auf, die namentlich durch die Geheimpolizei, die Dobrowolzen und die aus Serbien eingewanderten Beamten gefährdet wurde. Man kann sich vorstellen, wie sich das Leben der ungarischen Minderheit gestaltete, als der Kutte entlaufene Popen, des Unterrichts überdrüssige Lehrer, ausgediente Feldwebel und Komitadschiführer in hohe Ämter eingesetzt wurden. Zu Gemeindefotaren wurden Personen ernannt, die kaum lesen und schreiben konnten, von den gesetzlichen Vorschriften und Verordnungen aber keine blasse Ahnung hatten. Um an die Spitze einer Gemeinde zu gelangen, genügte es, wenn der Bewerber ein Serbe, ein Anhänger der radikalen Partei oder ein Kriessfreiwilliger war. Diese Individuen schlimmster Sorte verfolgten blindlings alles, was ungarisch war, und trachteten ohne Arbeit, innerhalb der kürzesten Frist ein je grösseres Vermögen zu ergattern. Von den zahllosen Beispielen und Vorfällen seien hier bloss einige erwähnt. In Óbecse (Altbetsche) wurde eine ganze Verbrecherbande entlarvt, deren Mitglieder Polizei- und Gendarmeriebeamte waren, die die reichsten Bürger unter dem Vorwand „politischer Unzuverlässigkeit“ und „kommunistischer Umtriebe“ verhafteten und dann für ein Lösegeld, recte „Bakschisch“ von 10.000—100.000 Kronen wieder auf freien Fuss setzten. Wer nicht zahlen wollte oder konnte, erhielt 25 Stockstrieche. Politisch war in ihren Augen jeder Ungar verdächtig und unzuverlässig, und infolgedessen wurden massenhaft politische Prozesse angestrengt und Verhaftungen, wie auch Morde waren sozusagen an der Tagesordnung. Alte Familienväter, ausgediente Soldaten und Kriegshelden, wie auch politische Führer wurden geprügelt und gefoltert. Man braucht bloss die hierauf bezüglichen in der Skupština durch die Minderheiten-Abgeordneten gestellten Anfragen und die von den kroatischen Volksvertretern vorgebrachten Beschwerden zu

lesen, um eine klare Vorstellung von all diesen Schandtaten zu haben. Die kroatische Presse, die vor der Einführung des diktatorischen Regimes noch freier schreiben konnte, berichtete Tag für Tag über die unmenschlichen Greueltaten der unverantwortlichen serbischen lokalen Verwaltungspaschas. Das Blatt Stjepan Radić „Slobodni Dom“ veröffentlichte in jeder Nummer sozusagen protokollarisch diese beständigen balkanischen Schandtaten. Es ist überaus bezeichnend für die serbische Denkart und die politischen Methoden der serbischen Regierungen, dass zwar drei-vier Gesetzentwürfe gegen die Korruption vor die Skupština gelangten, jedoch nie angenommen und durchgeführt wurden. Zur Einschüchterung des Ungartums wurden auf Grund falscher Anklagen massenhaft politische Prozesse angestrengt und von den in Gewahrsam genommenen Ungarn wurden viele zu Tode gepeinigt. Wir erinnern hier u. a. an den gegen Dr. Georg Vargha, Julius Ignác und Genossen in Szabadka angestrengten grossen Strafprozess und an die in dessen Verlauf vollführten grässlichen Folterungen, denen Georg Vargha, Julius Ignác und Genossen erlegen sind. Wir erinnern ferner daran, dass im Polizeigebäude zu Szabadka erschlagene Ungarn massenhaft zum Fenster hinausgeworfen wurden, was die Polizeibehörde amtlich dahin „berichtigte“, dass die unglücklichen Opfer selbst zum Fenster hinausgesprungen und so umgekommen wären. Wir erinnern uns auch daran, dass von denen, die in Temesvár der serbischen Polizei in die Hände fielen und in die Kellerräume des Hotels „Hungaria“ geschleppt wurden, kein einziger mit dem Leben davonging. Es erübrigt sich, die Aufzählung dieser und ähnlicher Schandtaten fortzusetzen, da die Erinnerung an die von den Serben verübten Greueltaten in uns noch lebendig ist.

Die ungarischen Staatsbeamten wurden ohne Ruhegehalt oder Abfertigung ihrer Posten erhoben und des Landes verwiesen. Die Ausweisungen erfolgten zumeist binnen 24 Stunden, was für die Betroffenen die Zurücklassung, oft aber auch den endgültigen Verlust ihres be-

weglichen und unbeweglichen Vermögens und somit ihren vollständigen materiellen Ruin bedeutete.

Die Ungarn lebten bis zum 26. Januar 1922, also drei Jahre hindurch in völliger Rechtsunsicherheit, da die jugoslawische Regierung — in totaler Missachtung der internationalen Verträge — sich auf den Standpunkt stellte, dass bis zum Ablauf der zur Ausübung des Optionsrechtes festgesetzten Frist, also bis zum 26. Januar 1922 jeder Ungar zugunsten Ungarns optieren könnte, weshalb den Ungarn das Staatsbürgerrecht erst nach Ablauf dieses Termins zuerkannt werden könne. Indes wurden die Gesuche ungarischer Minderheitszugehörigen um Zuerkennung der Staatsbürgerschaft auch nach Ablauf obiger Frist nicht erledigt, um auf diese Weise den Ungarn die Ausübung der politischen Rechte zu verwehren. Diese Rechtsunsicherheit bestand bis zuletzt, wie es sich auch nach dem Marseiller Königsmord zeigte, als abermals viele Tausende von Ungarn des Landes verwiesen wurden.

Nach der Übernahme des Imperiums beeilten sich die Serben das Versammlungsrecht, die Pressfreiheit und die Selbstverwaltung der Gemeinden und Komitate aufzuheben. Die Beamten und Angestellten der Selbstverwaltungen wurden von der Regierung ernannt, und die Beamten ungarischer Volkszugehörigkeit wegen angeblicher politischer Unzuverlässigkeit ohne weiteres ihrer Stelle enthoben. Anfangs wurde es der ungarischen Volksminderheit verboten, sich politisch zu organisieren, sodass die Ungarische Partei sich erst im Februar bzw. September 1922 konstituieren konnte, wobei zu bemerken ist, dass die Tätigkeit dieser Partei von den unverantwortlichen Elementen (Dobrowoljzen, Četnici usw.) ständig gestört wurde. Die Ungarische Partei fasste hierauf ihre Beschwerden in einer Denkschrift zusammen, die sie am 9. August 1922 dem damaligen Ministerpräsidenten Pašić unterbreitete. Die Denkschrift enthielt u. a. folgendes: „Wir müssen darüber Klage führen, dass die Verwaltungsbehörden in der Vojvodina gegenüber der Organisation der

Ungarischen Partei keineswegs im Geiste der Bestimmungen der Verfassung vorgehen.

„Während nämlich die zentrale Verwaltungsbehörde bisher die Konstituierung der Ungarischen Partei nicht behinderte, wenden die Behörden der Bácska und der Oberstuhlrichter von Törökkanizsa gesetzwidrige präventive Massnahmen und alle Mittel der Pression an, um die zur Konstituierung der Partei einberufenen Versammlungen zu unterdrücken.

Zum Beweise unserer Behauptung führen wir nur die folgenden von den vielen Tatsachen an:

Die Verwaltungsbehörden von Szabadka haben die konstituierende Versammlung der Ungarischen Partei zwar genehmigt, jedoch die Abhaltung der auf den 7. Mai anberaumten Versammlung verhindert.

Als das für die Abhaltung der Versammlung bestimmte Datum bekanntgegeben wurde, liess der Obergespan der Stadt Szabadka die Parteileitung zu sich rufen und verlangte mit Berufung auf höhere kompetente Kreise, dass die konstituierende Versammlung der Ungarischen Partei vertagt und nicht in Szabadka, sondern in irgendeiner anderen Stadt der Wojvodina abgehalten werde, da die Behörde sonst genötigt wäre, die für den 7. Mai einberufene Versammlung zu verbieten. Die Parteileitung gab zwar nach, indem sie die Abhaltung der Versammlung bis nach Beendigung der Arbeiten der ungarisch-serbischen Grenzberichtigungskommission vertagte, sie konnte sich jedoch nur schwer dazu entschliessen, die Versammlung nicht in Szabadka abzuhalten, da Szabadka im Zentrum jenes Gebietes der Wojvodina liegt, wo die Masse der ungarischen Volksminderheit ansässig ist.

In Zombor haben der Vizegespan und der Bürgermeister alle Mittel einer rücksichtslosen Pression angewandt, um die Organisierung der Ungarischen Partei und die Abhaltung ihrer konstituierenden Versammlung zu verhindern. Ausweisung, Entlassung der Verwandten aus dem öffentlichen Dienst, Requirierung von Wohnungen und Häusern, Verweigerung der Reisepässe und Entzie-

hung des behördlichen Schutzes drohten sie jenen Staatsbürgern an, die in der Organisation und Leitung der Ungarischen Partei ein Ehrenamt bekleideten und in vielen Fällen wurde aus diesen Drohungen bitterer Ernst. Und als die Partei ungeachtet der mannigfachsten Behelligungen sich dennoch konstituierte, liess es die Behörde trotz der Anwesenheit von 25 Polizisten und 4 Polizeibeamten ohne weiteres zu, dass die Dobrowolzen nach der Versammlung deren Teilnehmer grob insultierten und den Zomborer Ungarn die Fenster einschlugen. Auf eine diesbezügliche Beschwerde erhielt die Ungarische Partei die bezeichnende Antwort: sie möge froh sein, dass es nicht noch viel schlimmer kam. Die Parteimitglieder waren überdies seit der Konstituierung ständigen behördlichen Drohungen und Verfolgungen ausgesetzt.

In Zenta nahm die Behörde die Anmeldung der konstituierenden Versammlung zwar zur Kenntnis, vereitelte jedoch deren Abhaltung dadurch, dass sie unmittelbar vor der Eröffnung der Versammlung den Veranstaltern den Bescheid mitteilte, dass zur Versammlung nur Personen zugelassen werden, die sich zum freiwilligen Eintritt in die Armee des SHS-Staates melden. Die Parteileitung legte gegen diesen Bescheid Verwahrung ein, worauf der Innenminister später die Abhaltung der konstituierenden Versammlung gestattete.

In Magyarkanizsa konnte es geschehen, dass serbische Bürger in Anwesenheit des Polizeihauptmanns die Versammlung sprengten und die Protokolle zerrissen.

Als die Ungarische Partei in Csóka eine Versammlung abhalten wollte und dies dem Oberstuhlrichter von Törökkanizsa ordnungsgemäss anmeldete, erwiderte dieser, dass er in dem ihm unterstellten Bezirk keinerlei ungarische Organisation dulde, es sei denn, dass die dortige ungarische Minderheit sich der demokratischen Partei anschliesst. Da er diesbezüglich keine Garantie erhielt, verbot er an dem für die Versammlung festgesetzten Tage telephonisch deren Abhaltung mit der nichtigen Begründung, dass „die Ungarn jetzt, zur Zeit der landwirtschaftlichen Arbeiten, nicht

politisieren, sondern arbeiten sollen. Sollten sie jedoch die Versammlung trotzdem abhalten, so werde er sie durch Gendarmen auseinanderjagen lassen“.

Die Regierung Pašić-Pribičević hat die Ungarische Partei, zugleich mit der Deutschen Partei, im April 1924 aufgelöst. Die bezügliche Verordnung wurde jedoch bald darauf, im August des gleichen Jahres durch die Regierung Davidović rückgängig gemacht. Die Ungarische Landespartei beteiligte sich zum ersten Mal an den am 8. Februar 1925 abgehaltenen Abgeordnetenwahlen, konnte jedoch infolge des serbischen Terrors kein einziges Mandat erlangen. Es ist für diese Wahlen höchst bezeichnend, dass der weitaus grösste Teil der wahlberechtigten ungarischen Bürger in die Wählerlisten nicht aufgenommen wurde und dass sogar ein beträchtlicher Teil der in die Wählerlisten eingetragenen Ungarn gestrichen wurde. Allein in Zenta wurden 6000 Wähler, demnach fast sämtliche Wähler ungarischer Volkszugehörigkeit ihres Wahlrechtes beraubt. Die Mitglieder der Leitung der Ungarischen Partei wurden einige Tage vor den Wahlen hinter Schloss und Riegel gesetzt, die Versammlungen der Partei verboten, das amtliche Parteiblatt: „Hirlap“ wurde eingestellt und die ungarischen Urnenhüter zum Rücktritt gezwungen oder eingesperrt. So war es um die Staatsbürgerrechte des Ungartums unter der Serbenherrschaft bestellt.

Um die Nationalitäten noch mehr zurückzudrängen, bzw. mit den slawischen Massen zu verschmelzen, wurde die Bezirks- und Komitatseinteilung der früheren österreichischen und ungarischen Gebiete abgeschafft und das Land in 33 neue Verwaltungseinheiten: Provinzen (Oblast) eingeteilt. Der neuen Einteilung fiel die bisherige administrative Einheit der Komitate der Vojvodina zum Opfer. Das ganze Gebiet längst der Tisza (Theiss) mit seiner fast rein ungarischen Bevölkerung und die obere Hälfte des Banats wurden dem Belgrader, die untere Hälfte des Banats aber dem Gebiet von Smederevo (Szendrő, Semendria) zugeteilt, während aus dem grösseren Teil der Bácska die Provinz Bačka gebildet wurde.

Wegen des unablässigen Terrors vermochte die Ungarische Partei ihren ersten Wahlerfolg erst bei den am 23. Jänner 1927 stattgefundenen Provinzialwahlen zu erzielen, als es ihr gelang einige Mandate, 10 an der Zahl, zu erhalten. Bei den am 11. September 1927 abgehaltenen Abgeordnetenwahlen erzielte die Ungarische Partei ein weiteres, wenn auch recht mageres Resultat, indem sie zum ersten Male 3 Abgeordnete in die Skupština entsenden konnte. Auf dieses geringe Ergebnis musste sie allerdings volle 8 Jahre warten und sich mit 3 Mandaten begnügen, wo ihr, bezw. der durch sie vertretenen ungarischen Volksminderheit im Verhältnis zu ihrer Seelenzahl doch 12—13 Mandate gebührt hätten.

Im Jahre 1927 wurde auch in der Vojvodina die Selbstverwaltung wiederhergestellt. Vergebens wählten jedoch die Ungarn ihre Vertreter in die verschiedenen Selbstverwaltungskörperschaften; die Serben verhinderten die Konstituierung der Gemeinderäte der überwiegend von Ungarn bewohnten Gemeinden und die Wahl ungarischer Beamten und Angestellten wurde von den vorgesetzten serbischen Behörden zumeist annulliert. Die Wahl ungarischer Gemeindenotare wurde mit der Begründung rückgängig gemacht, dass sie der Staatssprache nicht mächtig seien. Im Wahlbezirk Zombor wurden beispielsweise sämtliche gewählten Gemeindenotare ungarischer Volkszugehörigkeit, 11 an der Zahl, ihrer Stelle enthoben. Die zwei letzten ungarischen Gemeindenotare — im ganzen gab es deren bloss 6 — wurden anfang 1929 aus ihrem Amte entfernt. Auch diese Scheinautonomie war übrigens nur von kurzer Dauer. Die am 6. Jänner 1929 eingeführte Diktatur schaffte mit einem Federstrich sämtliche öffentlichen Rechte und Verfassungsgarantien: die Pressfreiheit, die Selbstverwaltung der Provinzen, Städte und Gemeinden, das Vereinigungs- und Versammlungsrecht ab und löste sämtliche politischen Parteien auf. An die Spitze der Gemeinden wurden ernannte Ausschüsse, an die Spitze der städtischen und Provinzialverwaltung militärische oder aus Serbien herübergebrachte Zivilpersonen gestellt. Das

Staatsgebiet wurde in neun Banschaften eingeteilt (3. Oktober 1931), was dem Ungartum, wie überhaupt allen Volksminderheiten höchst nachteilig war. Die Vojvodina d. h. das Banat, die Bácska und das Baranyaer Dreieck wurden in die Donaubanschaft eingegliedert, um dadurch die ungarisch-deutsche Mehrheit in eine zahlenmässige Minorität zu verwandeln. In der auf diese Art und zu diesem Zweck gebildeten Banschaft mit einer nunmehr slawischen Mehrheit wurde der Gebrauch der ungarischen Sprache in sämtlichen Ämtern streng verboten bei gleichzeitiger Entlassung der bis dahin noch geduldeten wenigen Beamten und Angestellten ungarischer Volkszugehörigkeit. Die ungarischen Pensionisten und Kriegsinvaliden wurden schwer geschädigt, keine Sichtvermerke und Reisepässe für Reisen nach Ungarn erteilt, in den Banalrat der Donaubanschaft wurden nur zwei Ungarn ernannt, wo doch der ungarischen Minderheit im Verhältnis zu ihrer Seelenzahl mindestens 17—19 Sitze gebührt hätten. Es erübrigt sich wohl, hier auch die endlose Liste der sonstigen Beschwerden des Ungartums aufzuzählen.

Was die Diktatur im politischen Leben an Barbarei und Greueltaten vollbracht hat, lässt sich kaum schildern. Zur Kennzeichnung der damaligen Lage führen wir nachstehend bloss einige Stellen aus der vom Generalsekretär der Radić-Partei und früheren Skupština-Abgeordneten, Dr. Juraj Krnjević dem Völkerbundrat, aber auch „der ganzen Kulturwelt“ unterbreiteten Denkschrift an. „Die politischen Rechte — heisst es in dieser Schrift u. a. — wurden aufgehoben, die Sicherheit der Person, des Vermögens und des Lebens wurde ebenso vernichtet, wie auch jede Möglichkeit einer freien Meinungsäusserung. Jede öffentliche Institution, angefangen von den Gemeinden bis zu den Handelskammern, geriet in das Joch des Absolutismus, da die Gemeindevorstände, die Vorsitzenden der Handelskammern mittelbar oder unmittelbar vom Innenminister ernannt wurden. Die Zensur der Presse wurde so streng gehandhabt, dass das Damoklesschwert des Verbots jederzeit über der Presse schwebte und ihr stets auch

der Kerker drohte. Die politische Kritik war ein völlig unbekannter Begriff. Die Presse durfte in diesem Belange auch nichts anderes schreiben, als was das Pressebureau des Ministerpräsidiums ihr zur Verfügung stellte. Die wirtschaftlichen Berichte, statistischen Angaben und Nachrichten waren zumeist unwahr, politische Internierungen ohne vorheriges Verhör oder gesetzliches Verfahren waren an der Tagesordnung. Für politische Prozesse wurde ein neues standrechtartiges Sondergericht mit ausschliesslich serbischen Richtern eingesetzt, gegen dessen Urteile es keine Rechtsmittel gab.

An einem einzigen Tage verhängte dieses politische Standgericht Kerkerstrafen von 166 Jahren. Es ist höchst bezeichnend, dass der Vorsitzende der Radić-Partei, Maček in eine dumpfige, finstere Kerkerzelle gesperrt wurde, wo man ihn alltäglich mit dem grössten physischen und moralischen Terror dazu zwingen wollte, in der Politik die Rolle eines Verräters an seinem Volke zu übernehmen.“

Nach dem Sturz der Diktatur im Jahre 1931 wurde eine Scheinverfassung geschaffen, die überhaupt keine Volksminderheiten kannte und auch von deren Rechten nichts wissen wollte. Die neue Verfassung verbot ausdrücklich jedwede Organisationstätigkeit der Volksminderheiten. Die Selbstverwaltung der Gemeinden wurde erst 1933 wiederhergestellt, wodurch auch einige Ungarn als gewählte Vertreter in die Gemeindevertretungen gelangten. Die Selbstverwaltung der Städte wurde jedoch nur ein Jahr später im Juli 1934 wiederhergestellt, ohne dass Wahlen abgehalten worden wären. Anlässlich der im Herbst 1931 abgehaltenen Skupštinawahlen vermochte nur die Regierung eine gültige Landesliste aufzustellen, auf der auch ein ungarischer Renegat zu einem Mandat kam. Auch die Deutschen erhielten nur ein Mandat. Die übrigen nationalen Minderheiten: die Rumänen, Albanier, Bulgaren usw. gingen vollkommen leer aus. Im Senat erhielt das über eine halbe Million starke Ungartum keinen Sitz, während der deutschen Volksgruppe auch dort ein Mandat zugestanden wurde.

Auch bei den im Dezember 1938 stattgefundenen Abgeordnetenwahlen gelangte nur ein einziger Ungar statt 11—13 in die Skupština und auch dieser verdankte sein Mandat der Regierung.

Auch in den Senat wurde nur *ein* ungarischer Senator ernannt, wobei es unmöglich blieb, einen Senatsitz durch Wahl für die ungarische Minderheit zu verschaffen. Die Entrechtung und politische Unterdrückung der ungarischen Volksminderheit wurde von ihren berufenen Vertretern Dr. Emmerich Várady, Dr. Leo Deák und mehreren anderen bei den zuständigen südslawischen Regierungsorganen unzähligemale zur Sprache gebracht, wobei sie jedoch statt der angestrebten Abstellung der Beschwerden bloss Versprechungen erhielten. Das war übrigens während der ganzen südslawischen Herrschaft der Fall. Die Beschwerden der ungarischen Volksminderheit brachte in der Skupštinasitzung vom 6. März 1939 auch ihr einziger Abgeordneter Gerhard Fodor zu Sprache, der u. a. folgendes ausführte: „Der eine halbe Million starken ungarischen Minderheit wird nunmehr jede Entwicklungsmöglichkeit abgeschnitten. Man liess sie derart geistig verkümmern und wirtschaftlich zugrundegehen, dass sie zum Tode verurteilt zu sein scheint. Die Führer der ungarischer Volksminderheit haben unzähligemale die Beschwerden und vollauf berechtigten Wünsche ihrer Volksgenossen vor den führenden Politikern des Landes zu Sprache gebracht ohne jedoch etwas anderes als hochtönende Versprechungen zu erhalten. Die auffallendste unserer politischen Beschwerden ist, dass es im Beamtenpersonal der von Ungarn bewohnten Städte und Gemeinden gar keine ungarischen Angestellten gibt. Wir sind mithin ausserstande, unsere akademisch gebildete Jugend unterzubringen, da sämtliche Stellen im öffentlichen Dienst mit slawischen Bewerbern und in vielen Fällen sogar mit solchen ohne entsprechende Befähigung besetzt werden, die dann die einst blühenden Gemeinden zugrunde richten... Derzeit gibt es im ganzen Lande nicht eine einzige Gemeinde mehr, die einen Notar ungarischer Volkszugehörigkeit

hätte. Das in Jugoslawien wohnhafte Ungartum ersucht daher die königliche Regierung, die gehörig befähigte ungarische Jugend im Verhältnis zur Seelenzahl der ungarischen Volksgruppe in den öffentlichen Ämtern anzustellen.

„Die bei den Privatunternehmungen und Betrieben angestellten ungarischen Beamten und Angestellten werden allmählich aus ihren Stellen verdrängt. Ich habe von vielen minderheitszugehörigen Bürgern Briefe erhalten, worin sie sich darüber beklagen, dass sie unter dem Vorwand der Nationalisierung auf behördlichen Druck ihrer Stelle enthoben wurden. Die ungarische Volksminderheit wünscht ferner, dass in den von Ungarn bewohnten Gebieten nur solche Richter ernannt werden, die die Sprache der Minderheit vollauf beherrschen. Die ungarische Minderheit führt auch darüber Klage, dass die Erlangung der Staatsbürgerschaft sogar für solche minderheitszugehörige Personen ausserordentlich erschwert wird, die schon vor dem Jahre 1910 im jetzigen Jugoslawien lebten und hier auch die Zuständigkeit (das Heimatsrecht) erworben haben. Eine weitere Beschwerde des hiesigen Magyarentums besteht darin, dass insbesondere die Staatsbürger ungarischer Volkszugehörigkeit nur mit den grössten Schwierigkeiten einen Reisepass erhalten können.

„Von wirtschaftspolitischem Gesichtspunkt wird der ungarischen Minderheit auch durch die Verordnung über die Einschränkung des Immobilienverkehrs ein grosses Unrecht zugefügt, da sich die Spitze dieser Massnahme ausschliesslich gegen die nationalen Minderheiten richtet. Die Sache steht heute bereits so, dass ein Ungar dem anderen seine Liegenschaft nicht mehr verkaufen kann, weil der Kaufvertrag nicht genehmigt wird, wenn der Käufer ein Ungar ist. Der eigentliche Zweck der Verordnung besteht also darin, vornehmlich die Staatsbürger ungarischer Volkszugehörigkeit von dem Erwerb eines Grundbesitzes oder irgendeiner anderen Liegenschaft auszuschliessen.

„Die ungarischen Landarbeiter gingen bei der Bodenreform vollkommen leer aus und erhielten von den serbi-

schen Behörden nicht einmal einen kleinen Hausgrund zugeteilt. Ebenso erging es auch dem von den enteigneten und aufgeteilten Grossgrundbesitzen vertriebenen Gesinde, den Kleinhäuslern und Kleinpächtern ungarischer Nationalität, die nun gänzlich verarmt sich in der verzweifeltsten Lage befinden. Ich erachte es für meine Pflicht, die Aufmerksamkeit der Regierung auf die trostlose Lage dieser ins Elend gestürzten ungarischen Landarbeiter zu lenken.

„Auf kulturellem Gebiet war es die bisherige Schulpolitik, die uns zu den schmerzlichsten Klagen veranlasst. Das hiesige Ungartum wendet sich mit der Bitte an die Regierung, zunächst die verschiedenen Verordnungen über die berüchtigte Namensanalyse ausser Kraft zu setzen. Infolge der rücksichtslosen Anwendung der Namensanalyse entstand z. B. in Horgos die ganz absonderliche Lage, dass von den dortigen 17 Elementarschulklassen nur noch in 6 Klassen ungarischer Unterricht erteilt wird, obgleich 9500 von den 11.000 Einwohnern dieser Gemeinde ungarischer Volkszugehörigkeit sind. Wir ersuchen ferner die Regierung, dass sowohl in den Volks-, als auch in den Mittelschulen der Religionsunterricht nicht in serbo-kroatischer, sondern an die ungarischen Schüler ausschliesslich in deren Muttersprache erteilt werde, ohne Rücksicht darauf, ob die Schüler die ungarische Parallelabteilung, oder die serbische Abteilung besuchen. Ein anderer Wunsch der ungarischen Minderheit bezieht sich darauf, dass die an den Staatsschulen mit serbo-kroatischer Unterrichtssprache angestellten ungarischen Lehrkräfte an die sogenannten ungarischen Parallelabteilungen versetzt und dass die ungarischen Lehramtskandidaten, die ihre Studien jüngst beendet haben, je eher ernannt und angestellt werden, um dadurch die Wiedereröffnung der wegen angeblichen Mangels an Lehrkräften gesperrten ungarischen Parallelabteilungen zu ermöglichen. Das gilt namentlich für die Gehöfteschulen, in welchen der Unterricht schon seit Jahren ruht.

„Das Ungartum wünscht ferner auch, dass ihm die Möglichkeit geboten werde, ein ständiges ungarisches

Theater zu errichten, dem die gleichen Steuerbegünstigungen einzuräumen wären, wie den Theatern, die in der Staatssprache spielen. Schliesslich ersuchen wir um Genehmigung der Satzungen der sich jeglicher Politik enthaltenden Kulturvereine, was uns bereits seit vielen Jahren in Aussicht gestellt, jedoch bis auf den heutigen Tag nicht erfüllt wurde.“

Die hier angeführte Rede Gerhard Fodors weist eindeutig auf die wahrhaft tragische Lage hin, die das in Jugoslawien siedelnde Ungartum unter der 22-jährigen serbischen Herrschaft sowohl auf politischem, als auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu erdulden hatte. Auf diese traurige Lage bezieht sich auch die Rede des Vorsitzenden der demokratischen Partei Milan Grol, die er am 24. April 1940 in Ujvidék (Neusatz) anlässlich einer Gedenkfeier zu Ehren des gewesenen Ministerpräsidenten und Gründers der demokratischen Partei Ljuba Davidović hielt. Grol führte u. a. folgendes aus: „Ljuba Davidović’ wusste, dass die Serben in der Vojvodina auch unter ungarischer Herrschaft ihre Nationallieder frei singen durften...“

„Ausser Südserbien verfolgte Davidović auch die Entwicklung der Vojvodina mit der grössten Besorgnis. Er überzeugte sich davon, dass es mit der den serbischen Fremdlingen überantworteten Verwaltung dieses Gebietes übel bestellt ist. Diese Beamten verstanden das neue Gebiet und dessen gemischte Bevölkerung nicht, sie führten die Bodenreform schlecht durch, was höchst unselige Folgen nach sich zog. Auf dem reichlich gedüngten, überaus fruchtbaren Boden der Vojvodina wucherte die Korruption, worin die Bevölkerung dieses Gebietes eine Neuigkeit erblicken musste.

„In den ersten Jahren des neuen Staates gab es für alle genügend Brot, sowohl für diejenigen die arbeiteten, als auch für jene, die nicht arbeiteten. Als jedoch die wirtschaftliche Krise hereinbrach, hatte auch die Vojvodina viel zu leiden, da sie weit mehr Lasten zu tragen hatte, als jedes andere Landesgebiet. Ljuba Davidović hat hierauf

mit derselben Entschiedenheit, mit der er die schlechte Verwaltung Südserbiens verdammt hatte, auch das durchaus verfehlte Regime der Vojvodina gegeißelt.“ Milan Grol führte noch folgendes aus: „Wir können niemals die ergreifende Szene vergessen, die wir anlässlich der Rundreise Ljuba Davidović' durch die Vojvodina erlebten.

„Das Volk konnte Ljuba Davidović nur hinter den Bajonetten der Polizei begrüßen und feiern. Der greise Politiker besuchte im Laufe der Wahlkampagne von Ujvidék (Neusatz) ausgehend Óbecse, Zenta, Kanizsa, Szabadka und Bácsopolya, von wo er wieder nach Ujvidék zurückkehrte. Überall bot sich uns das gleiche Bild dar. In der vordersten Reihe der Vertreter der Behörden standen die Serben aus Serbien. „Es schmerzt mich nicht, was mir diese antun, erklärte Davidović, ich schäme mich jedoch wegen des Landes, aus dem diese Leute stammen“... Auf dem Hauptplatz Zentas sahen wir lediglich Polizisten, ebenso auch in Szabadka, in beiden Städten wurde bei dieser Gelegenheit der Belagerungszustand verhängt. Als wir Szabadka verliessen, standen grosse Volksmassen in den langen Vorstadtgassen. Beim Herannahen des Wagens, in dem Davidović sass, kniete das Volk nieder und begrüßte weinend den greisen Führer der Demokratischen Partei. Auch Davidović weinte, weil er feststellen musste, in welchem Masse die Behörden in Südserbien und in der Vojvodina das Ansehen der Šumadija (des serbischen Piemont aus der Zeit vor dem Weltkriege) zerstört hatten.“

Man kann sich nach alledem leicht vorstellen, wie vollständig die politische Unterdrückung der ungarischen Minderheit unter der 22-jährigen serbischen Herrschaft war.

Bekämpfung des kulturellen und religiösen Lebens der ungarischen Minderheit.

Auf kulturellem und religiösem Gebiet war die Lage des in Jugoslawien siedelnden Ungartums noch jämmerlicher. Der Hauptangriff richtete sich gegen die Minder-

heitenschulen. Aus der Seele der ungarischen Jugend sollte das ungarische Nationalbewusstsein ausgerottet, und die heranwachsende neue Generation ihres teuersten Gutes — der Muttersprache — beraubt werden. Dieses Zerstörungswerk trachteten die Serben möglichst gründlich zu vollenden. Vor der Staatsumwälzung gab es in der Vojvodina 645 Volksschulen mit ungarischer Unterrichtssprache, darunter 266 staatliche mit 790 Lehrkräften, 67 Gemeindeschulen mit 252 Lehrkräften, 303 konfessionelle Schulen (röm. katholische, evangelische, reformierte) mit 776 Lehrkräften und 9 Privatschulen mit 11 Lehrkräften. Der Stufe des Volksschulunterrichts gehörten noch 61 kommunale und 2 staatliche Gewerbelehrlingsschulen, wie auch 7 kommunale, 1 staatliche und 2 private Kaufmannslehrlingschulen an. Es gab weiters 12 Mittelschulen, 9 mittlere Fachschulen, 51 ungarische Bürgerschulen, 4 Lehrerbildungsanstalten, darunter 2 serbo-prawoslawische. Ausser den Elementarschulen gab es noch 277 ungarische Kindergärten mit 279 Kindergärtnerinnen und 148 Betreuerinnen. Ausserdem unterhielten der Julian-Verein in Kroatien-Slawonien und Bosnien 75, die ungarischen Staatsbahnen 14 und die beiden protestantischen Kirchen 11 Elementarschulen mit ungarischer Unterrichtssprache für die dortigen ungarischen Kinder.

Dem hochentwickelten ungarischen Schulwesen wurde durch die am 20. August 1920 erlassene Regierungsverordnung, die die Verstaatlichung sämtlicher Lehranstalten verfügte, ein tödlicher Schlag versetzt. Für die nationalen Minderheiten, so auch für die ungarische Minderheit, wurden im Rahmen der staatlichen Lehranstalten sogenannte Parallelabteilungen mit doppelsprachigem Unterricht errichtet, die durchwegs unter staatlicher Leitung standen.

Die diplomierten ungarischen Lehrer und Oberlehrer wurden zur Ablegung praktischer und Ergänzungsprüfungen in serbischer Sprache verhalten. Der in Kroatien-Slawonien und in der Murgegend siedelnden ungarischen Volksgruppe wurde nicht eine einzige Schule mit ungarischer Unterrichtssprache zugestanden. Für ein derartiges

Vorgehen den Minderheiten gegenüber gibt es wohl in ganz Europa kein anderes Beispiel. Auch die Tätigkeit der ungarischen Kulturanstalten wurde eingestellt bei gleichzeitiger restloser Beschlagnahme ihres gesamten Vermögens, ohne jedwede Entschädigung. Im Volksschulgesetz vom 5. Dezember 1929 wurde zwar das Recht der Minderheiten, ihre Kinder in der Muttersprache unterrichten zu lassen anerkannt, ihnen die Errichtung privater Lehranstalten jedoch zugleich verboten. Ungarische Schulen hat es demnach unter der 22-jährigen Jugoslawenherrschaft überhaupt nicht gegeben. Der Unterricht der ungarischen Kinder ging folgendermassen vor sich: Die Kinder besuchten im Alter von 4—6 Jahren serbische Kindergärten und sogenannte Vorbereitungsschulen und erlernten dort die Staatssprache. In den vier unteren Klassen der achtklassigen Volksschule konnten sie allfällig die sogenannte ungarische Parallelabteilung besuchen, wo es eben eine solche gab, und falls es die serbischen Behörden zuließen. Doch auch in diesen Klassen wurden ausser den „nationalen“ Lehrgegenständen: der serbischen Sprache, Geschichte und Geographie, auch das Rechnen, der Gesang, die Spiele, die Sprach- und Verstandesübungen in serbischer Sprache unterrichtet. In den oberen vier Klassen wurde ausschliesslich in serbo-kroatischer Sprache unterrichtet. In diesem Belange wurden durch eine anfang 1931 erlassene Verordnung lediglich der deutschen Minderheit einige Zugeständnisse gemacht. Im April 1933 erliess der damalige Unterrichtsminister Stanković — offenbar in der Absicht, die Wirkung einer beim Völkerbundsekretariat eingereichten ungarischen Petition abzuschwächen — eine Verordnung, wonach sämtliche Lehrgegenstände, mit Ausnahme der Staatssprache, in den vier Klassen der minderheitlichen Parallelabteilung in der Sprache der betreffenden Minderheit unterrichtet werden sollten. Die Schulinspektorate richteten jedoch unverzüglich an die ihnen untergeordneten Schulleiter eine Gegenverordnung, wonach in den ungarischen Parallelabteilungen weiter in der gleichen Weise wie bis dahin unterrichtet werden

solle. Offenbar konnten die Schulinspektoren diese Gegenorder nur mit Wissen des Ministers herausgeben. Dieser Übelstand wurde noch dadurch verschärft, dass in den ungarischen Klassen sehr oft Lehrkräfte unterrichteten, die nur die serbische Sprache beherrschten. Die ungarischen Schüler haben demnach ihre Studien in serbischer Sprache begonnen, in serbischer Sprache fortgesetzt, und in dieser auch beendet.

Durch die von der Diktatur von 1929—1931 im Verordnungswege erlassenen vier „vereinheitlichten“ Schulgesetze wurde den minderheitszugehörigen Schülern sogar die Gründung von Vereinen auf rassischer oder religiöser Grundlage verboten. Die Regierung hatte es lediglich auf den vom röm. katholischen hohen Klerus und vom päpstlichen Nunzius eingelegten scharfen Protest hin den Schülern gestattet, ausserhalb der Schule konfessionelle Vereine bilden zu können. Bezüglich der Vereine auf völkischer Grundlage blieb das Verbot auch weiterhin in Kraft.

In der Vojvodina gab es insgesamt 452, nach den neuesten Ausweisen vom Frühjahr 1941 sogar nur 437 Parallelklassen mit serbisch-ungarischem Unterricht, wogegen der ungarischen Minderheit im Verhältnis zu ihrer Seelenzahl zumindest 1228 Klassen mit ungarischer Unterrichtssprache gebührt hätten. Nach amtlichen jugoslawischen Angaben wurden im Schuljahr 1934/35 die ungarischen Parallelabteilungen der staatlichen Volksschulen von ungefähr 26.000 ungarischen Schülern besucht, während über 24.000 ungarische Kinder in serbischen Schulen Unterricht erhielten. Grund dafür war zum Teil, dass man in vielen Ortschaften die Errichtung der ungarischen Parallelabteilung nicht gestattete, zum anderen Teil aber, dass die ungarischen Kinder mittels der Namensanalyse zum Besuch der serbischen Schulen gezwungen wurden. Die Namensanalyse bedeutete soviel, dass Name und Abstammung der Eltern, Gross- und sogar Urgrosseltern untersucht wurden, und falls auch nur einer von ihnen einen slawisch klingenden Namen hatte,

musste das Kind die serbische Schule besuchen. Das Volksschulgesetz vom 5. Dezember 1929 ermöglichte zwar die Errichtung von ungarischen Parallelabteilungen dort, wo sich mindestens 30 ungarische Kinder zur Aufnahme meldeten, ja auf Grund einer besonderen ministeriellen Erlaubnis konnte auch für 25 ungarische Kinder eine Parallelabteilung errichtet werden, doch war die Errichtung solcher Abteilungen nicht obligatorisch, sondern musste durch die Eltern beantragt werden. Solche Anträge wurden jedoch von den zuständigen Schulbehörden systematisch abgewiesen. Die Errichtung ungarischer Parallelabteilungen wurde auch dadurch vereitelt, dass man die Heranbildung ungarischer Lehrkräfte nicht zuließ, und sogar die vorhandenen ungarischen Lehrer und Lehrerinnen ihrer Stelle enthob oder an serbische Schulen versetzte. Im Herbst 1929 wurden auf einmal 108 ungarische Lehrkräfte entlassen.

Auf dem Gebiete des Mittelschulunterrichts war die Lage der ungarischen Minderheit noch schlechter, sie hatte keine einzige Mittelschule, keine Fachschule und besass nur im Rahmen des Szabadkaer staatlichen Realgymnasiums eine achtklassige und im Rahmen des Zentaer Untergymnasiums eine vierklassige ungarische Parallelabteilung. Doch wurde der Unterricht auch in diesen Abteilungen mit Ausnahme der ungarischen Sprache und Literatur in serbischer Sprache erteilt.

Eine weitere Schädigung erfuhr die ungarische Minderheit dadurch, dass es keinen Nachwuchs an Lehrern und Professoren gab, und dass die Heranbildung ungarischer Lehrer und Professoren nicht gestattet wurde. Erst im Schuljahr 1933/34 wurde die erste Klasse der an der Belgrader staatlichen Lehrerbildungsanstalt errichteten ungarischen Parallelabteilung eröffnet, im nächsten Schuljahr wurden jedoch in diese Klasse keine Schüler mehr aufgenommen. Im Schuljahr 1937/38 wurden endlich in die erste Klasse ein Paar Schüler wieder aufgenommen. An den serbischen Universitäten und Hochschulen wurden die ungarischen Hochschüler verfolgt. Die Tätigkeit der

ungarischen Kulturvereine wurde auf Schritt und Tritt behindert und in vielen Fällen gänzlich hintertrieben.

Die Führer der ungarischen Minderheit haben die jugoslawische Regierung unzähligemale um die Abstellung dieser Misstände ersucht, bis endlich am 25. Mai 1940 Unterrichtsminister Božo Maximović unter Zahl 26.323 eine Verordnung erliess, durch die der Bestimmung des § 45 des Volksschulgesetzes vom 5. Dezember 1929 Geltung verschafft werden sollte, wonach in jenen Gemeinden und Städten, wo eine entsprechend starke Minderheit lebt und wo es zumindest 30 minderheitszugehörige schulpflichtige Kinder gibt, ja auf Grund einer besonderen ministeriellen Bewilligung auch schon für 25 solche Kinder eine Parallelabteilung zu errichten sei. Maximović sicherte den Eltern auch das Recht zu, die Volkszugehörigkeit ihrer Kinder selbst zu bestimmen und sie nach eigenem Ermessen in die ungarische Parallelabteilung der Volksschule einschreiben zu lassen. Leider wurde auch diese Massnahme von den untergeordneten Organen und Schulbehörden umgangen. So begründete u. a. der Szabadkaer Schulinspektor seinen ablehnenden Standpunkt damit, dass er die Verordnung über das Recht der Eltern auf freie Schulpflichtwahl nicht erhalten habe und daher deren Inhalt auch nicht kenne. Mit welchen Machenschaften die unteren Schulbehörden die ungarischen Kinder vom Besuch der ungarischen Parallelabteilung abzuhalten versuchten, erhellt u. a. auch aus folgendem Aufruf, den Dr. Leo Deák, einer der Führer der ungarischen Minderheit Jugoslawiens an die ungarischen Eltern richtete: „Tag für Tag erhalte ich Berichte und Klagen teils darüber, dass die Eltern sich beeilten ihre Kinder auf Grund der Ministerialverordnung No. 26.323 in die bereits bestehenden oder zu eröffnenden ungarischen Parallelabteilungen der staatlichen Elementarschulen einschreiben zu lassen, teils auch darüber, dass die unteren Schulbehörden durchaus nicht im Geiste obiger Verordnung vorgehen. Die Beschwerden beziehen sich namentlich darauf, dass die Anmeldung der Kinder durch die Eltern für die Einschulung in die ungarische Parallel-

abteilung entweder unter dem Vorwand der Verspätung, oder wegen Mangels an notwendigen Urkunden, zumeist aber ohne jede Begründung abschlägig beschieden wird. Vielerorts, namentlich im Kroatischen Banat beschwert sich die ungarische Minderheit darüber, dass die Schulbehörden die Vorzeigung eines Staatsbürgerzeugnisses verlangen, ungeachtet dessen, dass die Beschaffung dieser Urkunde überaus langwierig und kostspielig ist und die Organe, die mit den Verhältnissen vertraut sind, und die Personen kennen, die Einschreibung auch ohne dieses Dokument vornehmen könnten. Aus den meisten Ortschaften wird gemeldet, dass die Namensanalyse nach wie vor so angewendet wird, wie im allgemeinen vor der Erlassung obiger Verordnung. Dort, wo die neue Verordnung die Eröffnung einer neuen ungarischen Parallelabteilung ermöglicht, fehlt es an geeigneten Lehrkräften. In anderen Ortschaften wurden die an der ungarischen Abteilung wirkenden Lehrkräfte versetzt, was die Einstellung des Unterrichts zur Folge hatte. In manchen Gemeinden hingegen verlangt man die Versetzung der an der slawischen Abteilung tätigen Lehrkräfte an die ungarische Parallelabteilung, weil die betreffenden Lehrkräfte der ungarischen Sprache mächtig sind, während die an der ungarischen Abteilung wirkenden Lehrkräfte der ungarischen Sprache völlig unkundig sind.

„Darin stimmen die Meinungen überein, dass es sich um ein Vorgehen der untergeordneten Schul- und Verwaltungsbehörden handelt, das die oberen Behörden und in höchster Instanz das Unterrichtsministerium selbst mit ihrer eigenen Auffassung für unvereinbar halten. Es ergibt sich daher die Notwendigkeit, die obersten Unterrichtsbehörden von dem eigenmächtigen Vorgehen der untergeordneten Stellen und von diesen Misständen in Kenntnis zu setzen. Ich wurde ersucht die Führung einer Abordnung zu übernehmen und beim Herrn Ministerpräsidenten und dem Herrn Unterrichtsminister vorstellig zu werden. Ich übernehme bereitwillig diesen Auftrag und habe mich bereits erkundigt, wann die Minister die Ab-

ordnung empfangen und meine Unterbreitungen entgegennehmen könnten.“

Tatsächlich beantragten zu Beginn des Schuljahres 1940/41 in mehr als 60 Gemeinden mit ungarischer Mehrheit die ungarischen Eltern die Errichtung der ungarischen Parallelabteilung und auch die erforderliche Schülerzahl war vorhanden, die Schulbehörden verweigerten jedoch die Bewilligung. In 30 Grossgemeinden haben die ungarischen Eltern um Erweiterung der bestehenden ungarischen Parallelabteilung ersucht, doch wurde auch diese Bitte abgewiesen.

Der einzige Senator der eine halbe Million starken ungarischen Volksminderheit, Dr. Emmerich Várady suchte am 16. Juli 1940 den Ministerpräsidenten Cvetković auf und unterbreitete ihm die Beschwerden und Wünsche der ungarischen Minderheit. Er brachte u. a. die seit 21 Jahren der Lösung harrende Frage des ungarischen Kulturverbandes zur Sprache, dessen Konstituierung der zuständige Minister bis dahin nicht zugelassen hatte. Er trug ferner die Bitte vor, dass der ungarischen Abteilung des Zentaer staatlichen Untergymnasiums ungarische Professoren zugeteilt werden. Hiernach suchte Várady zusammen mit Dr. Leo Deák den mit der Leitung der Angelegenheiten der Vojvodina betrauten Verkehrsminister Bešlić auf, den sie ausser den genannten Punkten noch um die Versetzung der in serbischen und kroatischen Gebieten wirkenden ungarischen Lehrkräfte an ungarische Parallelabteilungen, um die Bewilligung zur Errichtung einer selbständigen privaten Mittelschule unter ungarischer Leitung und um die Eröffnung einer Reihe von parallelen Elementarschulabteilungen mit ungarischer Unterrichtssprache ersuchten. Mit all diesen Bitten, Klagen und Vorstellungen wurde wenigstens soviel erreicht, dass die erste Klasse der ungarischen Parallelabteilung an der Belgrader staatlichen Lehrerbildungsanstalt auch im Schuljahr 1940/41 eröffnet wurde, und dass sich endlich auch der Ungarische Kulturverband am 24. November 1940 konstituieren durfte.

Die Serben leiteten auch gegen die nichtprawoslawischen Kirchen einen Vernichtungsfeldzug ein. Die serbische Regierung bot alles auf, um der serbo-prawoslawischen Kirche die begünstigte Lage einer Staatsreligion zu verschaffen. Sie unterstützte daher diese Kirche in höchstem Masse und unterdrückte die anderen Kirchen. Die allergrösste und schmerzhafteste Beeinträchtigung widerfuhr den westlichen Kirchen, als Jugoslawien sämtliche konfessionellen Schulen verstaatlichte und die zur Erhaltung dieser Schulen bestimmten Vermögenswerte, Grundbesitze und sonstige Liegenschaften, Schulgebäude und deren Einrichtung, Stiftungen, Fonds und Hinterlassenschaften ohne die geringste Entschädigung beschlagnahmte. Der röm. katholische Erzbischof von Zagreb Dr. Bauer und Bischof Ludwig Budanović legten am 24. Juli 1924 der Regierung eine Denkschrift vor, in der sie darauf hinwiesen, dass auf dem Gebiete der Bácska ausser 20 Klostergebäuden und Schulen, in denen Nonnen unterrichteten, sämtliche Schulgebäude der röm. katholischen Kirchengemeinden samt 212 Lehrsälen und 70 Kantorwohnungen und darüber hinaus noch allein in der Gemarkung von Szabadka 920 Katastraljoch Ackerfeld weggenommen wurden, dessen Ertrag bis dahin zur Erhaltung röm. katholischer Schulen gedient hatte. Für die beschlagnahmten Güter und Werte erhielten die rechtmässigen Eigentümer keine Entschädigung, keine Miete und keinen Pachtschilling. Erst viel später wurde ihnen für die Schulgebäude eine gewisse Jahresmiete gewährt.

Der reformierten Kirche, der an die 60.000 Gläubige angehören ($\frac{2}{3}$ Ungarn und ein schwaches Drittel Deutsche) und die die ärmste Kirche des Landes ist, wurden mit Ausnahme dreier Schulen, sämtliche Schulgebäude mit 70 Lehrsälen, 30 Lehrer- und Kantorwohnungen, wie auch 274 Katastraljoch Ackerfeld weggenommen, dessen Ertrag teilweise zur Deckung der Erhaltungskosten der reformierten konfessionellen Schulen diente.

Die Rechtsverhältnisse der serbo-prawoslawischen Kirche wurden am 9. November 1929, diejenigen der jüdi-

schen Kirche am 14. Dezember 1929, die der mohammedanischen Kirche am 31. Dezember 1931 und die der reformierten und der evangelischen Kirche durch das am 16. April 1931 sanktionierte Gesetz geregelt. Mit dem Oberhaupt der röm. katholischen Kirche waren hingegen Verhandlungen behufs Abschlusses des Konkordats im Zuge, die jedoch am Widerstand der prawoslawischen Kirche scheiterten. Trotz der gesetzlichen Regelung kam die Rechtsgleichheit der nicht-prawoslawischen Kirchen nicht zustande. Die ungleiche Behandlung wurde u. a. auch in dem von den Bischöfen der röm. katholischen Kirche am 8. Januar 1933 erlassenen und in den Kirchen verkündeten Hirtenbrief beanstandet, worin festgestellt wurde, dass ein Teil der Lehrgegenstände auf Grund der in den Schulen gebrauchten und amtlich zugelassenen Lehrbücher in einer den Glauben und die Moral der Kirche verletzenden Weise vorgetragen wird, und die geschichtlichen Tatsachen entstellt und gefälscht werden. Der Hirtenbrief verwahrte sich dagegen, dass in Schulen, in denen die röm. katholischen Schüler die Mehrheit bilden, andersgläubige weltliche Lehrkräfte sogar zur Stellvertretung der Religionslehrer angestellt werden. Die Bischöfe protestierten ferner gegen die Verfolgung der Bischöfe, Geistlichen und führenden röm. katholischen Männer auf Grund von Spitzelberichten und forderten zugleich, dass die „Soko“ (Soko — Sokol — Falke) genannte Landesorganisation für körperliche Ertüchtigung als Feind der röm. katholischen Kirche von der röm. katholischen Jugend ferngehalten werde. Weiters verlangten sie, dass der röm. katholischen Kirche das Recht zurückgegeben werde, konfessionelle Schulen frei errichten und deren Lehrkräfte selbst ernennen zu dürfen, dass die röm. katholischen Religionslehrer an den Staatsschulen nur von den Bischöfen ernannt, versetzt oder abgelöst, bzw. entlassen werden. Schliesslich legte der Hirtenbrief gegen die Auflösung der katholischen Turn- und Sportvereine und gegen das Verbot der Gründung neuer Vereine Verwahrung ein.

Gegen die Unterzeichner des Hirtenbriefes wurde wegen dessen Verkündigung das Strafverfahren eingeleitet und so wurde u. a. der röm. katholische Bischof Ludwig Budanović zu 10 Tagen Arrest und einer Geldbusse von 10.000 Dinar, im Falle der Uneinbringlichkeit aber zu weiteren 90 Tagen Arrest verurteilt.

Diese scharfe Verfolgung der röm. katholischen Kirche bezweckte die Sicherung der privilegierten Lage der prawoslawischen Kirche und die Förderung der gross-serbischen Ziele. Das bezeugt auch eine Rede des serbischen Bischofs von Niš, Dositej, in der er u. a. folgendes ausführte: „Der jugoslawische Staat und die serbo-prawoslawische Kirche ergänzen nicht nur einander, sondern bilden eine einzige und einheitliche nationale Organisation.“

Die Folge dieser extremen serbischen Politik war, dass die katholischen Geistlichen aus den Schulen vertrieben, an ihrer Stelle weltliche Lehrer mit dem Religionsunterricht betraut wurden und dass nicht einmal die Tätigkeit der Maria-Kongregation zugelassen wurde. Später, als der Abschluss des Konkordats zur Diskussion stand, machte die Regierung der röm. katholischen Kirche zwar einige Zugeständnisse, doch wurden die katholischen Geistlichen auch jetzt staatlichen Prüfungen unterworfen.

Die ungarischen Gläubigen der evangelischen Kirche beschwerten sich vornehmlich darüber, dass das auf die beiden protestantischen Kirchen bezügliche Gesetz nur zwei lutherische Kirchen kennt, u. zw. die slowakische und die deutsche Kirche. Wohl liess § 25 des Gesetzes zu, dass die anderssprachigen, also ungarischen lutherischen Kirchengemeinden ein selbständiges Seniorat bilden, wenn ein Viertel der betreffenden Kultusgemeinden eine solche Forderung erhebt, doch war dieses Seniorat keineswegs selbständig, was sich insbesondere bei der Besetzung der Seelsorgerstellen und der Verwaltung der Kirchengüter als sehr nachteilig erwies. Das Gesetz erschwerte es ferner in hohem Masse, dass in irgendeiner Kirchengemeinde die anderssprachigen Gläubigen eine neue Kirchengemeinde gründen, denn § 27 des Gesetzes bestimmt, dass die Aus-

tretenden noch 5 Jahre nach erfolgtem Austritt ihren materiellen Verpflichtungen nachzukommen haben, ohne dass sie auch nur auf den geringsten Teil des Vermögens der früheren Kirchengemeinde Anspruch erheben könnten. Diese Bestimmung richtete sich ausdrücklich gegen die evangelischen Gläubigen ungarischer Volkszugehörigkeit, da nach dem Umbruch sämtliche lutherischen Kirchengemeinden für deutsch oder slowakisch erklärt wurden.

Es gab keine Verordnung und kein Gesetz, die die Heranbildung ungarischer Geistlicher gesichert hätte. In den röm. katholischen Priesterseminarien war den Zöglingen ungarischer Volkszugehörigkeit der Gebrauch ihrer Muttersprache selbst im Privatverkehr untersagt.

Wie sehr die westlichen Kirchen benachteiligt und unterdrückt wurden, in welchem Mass die Regierungen die serbo-prawoslawische Kirche unterstützten, beweist auch die Tatsache, dass in den dreissiger Jahren von den im Staatsvoranschlag für Kirchenunterstützung präliminierten Beträgen, die serbo-prawoslawische Kirche 70 v. H. erhielt, während die anderen Kirchen sich mit insgesamt 30 v. H. begnügen mussten, ungeachtet dessen, dass nach der jugoslawischen Statistik einschliesslich der Rumänen, Mazedo-Bulgaren und anderer Volksstämme die Seelenzahl sämtlicher griechisch-orientalischen Gläubigen bloss 46·67% betrug, wogegen die Zahl der röm. katholischen, protestantischen und sonstigen Gläubigen 53·33% ausmachte.

Zum Vergleich mit dieser Unterdrückungspolitik der Serben erwähnen wir noch die Tatsache, dass in Rumpfun garn trotz des Trianoner Diktats die ungarischen Regierungen das Vermögen der serbo-prawoslawischen Kirche und Schulen unangetastet liessen, dass ferner die ungarländische serbo-prawoslawische Kirche der Gerichtsbarkeit des serbischen Patriarchen und der prawoslawischen Synode in Jugoslawien unterstand und dass der Bischof der ungarländischen serbo-prawoslawischen Kirche auf Grund seiner Stellung und Würde Mitglied des Oberhauses des ungarischen Reichstags ist.

Die Haltung der Serben den westlichen Kirchen gegenüber, insbesondere aber ihr bodenloser Hass gegen die katholische Kirche gelangte in der schärfsten Form anlässlich der Kämpfe um das Konkordat zum Ausdruck. Der Kulturkampf, den die jeweiligen jugoslawischen Regierungen trotz völkerrechtlicher Verträge, der Landesgesetze und Verordnungen seit der Gründung des jugoslawischen Staates gegen die röm. katholische Kirche führten, war für Jugoslawien mit viel Unannehmlichkeiten verbunden. Die jugoslawische Regierung fand es daher schliesslich angebracht, mit der röm.-katholischen Kirche einen Ausgleich zu treffen und zu diesem Behufe mit dem Heiligen Stuhl Verhandlungen einzuleiten, die im Jahre 1937 zum Abschluss eines Konkordats führten. Die Gesetzesvorlage über das Konkordat wurde im Sommer 1937 der Skupština unterbreitet, die dann die Vorlage auf Betreiben des damaligen Ministerpräsidenten Stojadinović auch votierte. Diese Tatsache rief aber in serbo-prawoslawischen Kreisen und in breiten Schichten des serbischen Volkes grosse Entrüstung hervor. Die heilige Synode veranstaltete allorts Demonstrationsumzüge und legte gegen das Konkordat schärfste Verwahrung ein. Wegen des Konkordats entbrannten zwischen der Regierung und der heiligen Synode scharfe Kämpfe, die mit dem Siege der letzteren endeten, worauf die Regierung von der Ratifizierung des Konkordats Abstand nahm und die Gesetzesvorlage endgültig zurückzog.

Wirtschaftliche Ruinierung der ungarischen Volksgruppe.

Die vollkommenste Arbeit haben indes die Serben mit der wirtschaftlichen Ruinierung des in Jugoslawien lebenden Ungartums geleistet. Zunächst wurde ihm der Boden entzogen. Die Enteignung von Grund und Boden wurde im Ministerrat vom 25. Februar 1919 beschlossen. Der lediglich durch Ministerialverordnungen und keineswegs durch parlamentarisch beschlossene Gesetze verfügten Ent-

eignung verfielen in der Wojvodina sämtliche Grundbesitze über 100, bzw. 518 Katastraljoch, je nachdem der Eigentümer den Boden vormals verpachtet oder selbst bewirtschaftet hatte. Die Reform wurde des weiteren nicht von unabhängigen und unparteiischen Gerichten im Wege eines regelrechten gerichtlichen Verfahrens, sondern durchweg vom Verwaltungsapparat durchgeführt, was allen möglichen Missbräuchen Tür und Tor öffnete. Das Gesamtareal des von der Bodenreform erfassten Grossgrundbesitzes in der Wojvodina betrug 751.149 Hektar, darunter 435.812 Hektar Ackerboden, von dem im Laufe der nächsten Jahre 285.592 Hektar (495.216 Katastraljoch) 12.265 Dobrowolzen (Kriegsfreiwilligen), 4.730 Kolonisten, Optanten und Flüchtlingen, wie auch 57.193 lokalen Bewerbern, insgesamt also 74.188 Agrarinteressenten ausschliesslich slawischer Volkszugehörigkeit zugeteilt wurden. Durch diese Bodenverteilung wurde der in ungarischen Händen befindliche Grundbesitz in der Wojvodina um mehr als 50% vermindert.

Die beschlagnahmten und zur Verteilung bestimmten Grundbesitze wurden zunächst auf die Dauer eines Jahres, dann auf vier Jahre und so fort bis auf weiteres den Bewerbern in Zwangspacht gegeben. Der äusserst niedrig bemessene Pachtschilling, der ein Fünftel, in vielen Fällen jedoch nur ein Fünfzehntel des üblichen Pachtschillings betrug, wurde jedoch nicht den rechtmässigen Eigentümern zugeführt, sondern von den Agrarkommissionen eingehoben und den zuständigen Agrarämtern eingeliefert, von hier an die Agrardirektion weiterbefördert und von dieser endlich auf das bei der Nationalbank eröffnete Konto des Ministeriums für die Agrarreform erlegt.

Ein Viertel der überwiesenen Beträge wurde zur Deckung der Kosten der Bodenreform in Abzug gebracht und aus den restlichen drei Vierteln wurden zunächst die verschiedenen Steuern und sonstige Abgaben bestritten, so dass die Eigentümer nicht nur leer ausgingen, sondern obendrein noch namhafte Summen an Steuern und Gebühren draufzuzahlen hatten. Dieses Vorgehen und die

damit einhergehende Überlastung hatte für viele ungarische Grundbesitzer den völligen materiellen Zusammenbruch zur Folge.

Die von der Bodenenteignung betroffenen Grundbesitzer wurden bis 1. Juli 1923 dazu verhalten, die staatlichen Steuern, die Gemeindeabgaben, die Gebühren an die Entwässerungsgesellschaften, sowie auch die sonstigen Gebühren nicht nur nach dem ihnen belassenen Grundbesitz, sondern auch nach dem aufgeteilten zu entrichten. Anlässlich der Beschlagnahme des Grundbesitzes wurde ferner das Veräußerungs- und Belastungsverbot grundbücherlich vorgemerkt, das gesamte lebende und tote Inventar registriert und dessen Enteignung fallweise, je nach Bedarf in willkürlicher Weise durchgeführt. Das Eigentumsrecht der zu Kolonisationszwecken beschlagnahmten Grundstücke wurde ohne weiteres und — obgleich die Ablösungspreise noch nicht festgesetzt waren — grundbücherlich auf die angesiedelten Kolonisten übertragen.

Die minderheitenfeindliche Tendenz der jugoslawischen Agrarreform geht vornehmlich aus der höchst ungerechten Massnahme hervor, dass die minderheitenzugehörigen Bodenbewerber samt und sonders von der Bodenverteilung grundsätzlich ausgeschlossen wurden. Das auf den landwirtschaftlichen Betrieb eingeübte Gesinde und die grosse Masse geschulter Feldarbeiter und Kleinpächter zumeist ungarischer Volkszugehörigkeit, die auf den Gütern der Grossgrundbesitzer Unterkunft und eine gesicherte Existenz gefunden hatten, sind bei der Bodenverteilung durchaus unberücksichtigt geblieben und so von heute auf morgen obdach- und erwerblos geworden.

Ebenso minderheitenfeindlich war auch jene Verordnung, wonach in dem überwiegend von Ungarn bewohnten nördlichen Grenzgebiet der Vojvodina innerhalb einer 50 Kilometer breiten Zone ungarische und überhaupt minderheitenzugehörige Interessenten Grund und Boden ohne vorherige Zustimmung des Innen- und Kriegsministers nicht erwerben durften.

Auf dem fruchtbaren und zeitgemäss bebauten Boden der Bácska und der Komitate Torontál und Baranya wurden in den Methoden moderner Bodenkultur gänzlich unbewanderte Elemente angesiedelt, nur weil sie Slawen und grösstenteils Serben waren, die minderheitszugehörigen Ureinwohner hingegen wurden zu Zehntausenden rücksichtslos in das tiefste Elend gestürzt und grossenteils zur Auswanderung gezwungen.

Diese Bodenverteilung wird in dem von der Ujvidéker (Neusatzer) Arbeiterkammer im Jahre 1928 verfassten Jahresbericht folgendermassen gekennzeichnet: „Die Agrarreform hat den von der Bodenzuteilung gänzlich ausgeschlossen minderheitszugehörigen Feldarbeitern tödliche Wunden zugefügt. Durch die Aufteilung des Grossgrundbesitzes haben sie ihre Arbeitsgelegenheiten eingebüsst und sind nun wegen beständiger Arbeitslosigkeit der Hungersnot ausgesetzt. Gegen die nationalen Minderheiten der Vojvodina hat der Staat mittels der Bodenreform eine ununterbrochene Reihe von Schädigungen unternommen, die der Todesstrafe gleichkommen“.

Über die nachteiligen Folgen der Agrarreform äusserte sich der Jahresbericht für 1926 des Verbandes der Geldinstitute der Vojvodina folgendermassen: „Nach unserer tiefsten Überzeugung halten wir, wenigstens bezüglich der Vojvodina und Syrmiens, ausser der Steuerüberlastung, der schlechten Verwaltung und anderen Misständen die auf unglückliche Weise durchgeführte Bodenreform für die Hauptursache der Verarmung dieser einst reichsten Provinzen. Ohne Rücksicht darauf, dass in einem grossen Teil der Gemeinden der Vojvodina die Agrarreform fast der einzige Grund dafür ist, dass die Gemeindeumlagen eine unerträgliche Höhe erreicht haben, wirkte sie sich auch vom allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkt völlig negativ aus“.

Die abfälligste Kritik an der allgemein in Misskredit geratenen Bodenreform dürfte indes der frühere Agrarreformminister Daka Popović geübt haben, der in offener Parlamentssitzung am 15. März 1928 rückhaltlos das vollständige Fiasko der „nach bolschewistischen Methoden

durchgeführten Agrarreform eingestand, in deren Verlauf rohe Verwüstungen, Plünderungen und Brandstiftungen an der Tagesordnung waren“.

Nach amtlichen jugoslawischen Berichten wurden die Eigentümer der enteigneten Grundbesitze teils mit Bargeld, teils mit staatlich garantierten Obligationen entschädigt. In der Vojvodina wurden namentlich die ungarischen Grundbesitzer, die Gemeinden und die nicht serbo-prawoslawischen Kirchen ausschliesslich mit 4%-igen Obligationen abgefertigt, sofern solche überhaupt ausgefolgt wurden. Die Tilgung, bzw. Einlösung der Obligationen sollte nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Liquidierung der Agrarreform vom 19. Juli 1931 und im Sinne des Gesetzes vom 24. Juni 1933 über die Abänderung und Ergänzung dieses Gesetzes zwanzig Jahre hindurch mittels Verlosung oder im Wege von Kauf- und Verkauf an der Börse vorgenommen werden. Falls der Eigentümer, dessen Grundbesitz enteignet wurde, die erste Art, also die Verlosung wählte, so hätte er, vom Tage der Emission der Obligationen an gerechnet, allfällig noch zwanzig Jahre auf die Barauszahlung des mit einem Zehntel bis einem Fünftel des realen Wertes festgesetzten Entschädigungspreises warten können. Wollte er aber seine Obligationen an der Börse verwerten, so würde er mangels entsprechender Nachfrage höchstens 40—50% des Nominalwertes der Obligationen, mithin bestenfalls $\frac{1}{20}$ — $\frac{1}{30}$ des Verkehrswertes von seinem Grund und Boden erhalten haben.

Die Bodenreform hat demnach einen wichtigen Bestandteil des Volksvermögens der ungarischen Minderheit: die grösseren Grundbesitze und den Gemeindebesitz erheblich vermindert und stellenweise gar zur Gänze zerstört. Was davon allfällig noch in ungarischen Händen verblieb, wurde allmählich weggesteuert. Nach dem in einer Julinummer des Jahrganges 1928 der *Politika* veröffentlichten Ausweis hatte die Bevölkerung der Vojvodina eine Steuerlast von 1.846 Dinar pro Kopf zu tragen, gegen 454 Dinar in Dalmatien, 554 Dinar in Serbien und Montenegro, 694 Dinar in Kroatien-Slawonien und 1.336 Dinar in Slowenien.

In der Vojvodina hatte jedoch die Bevölkerung ausser der überaus hohen Kopfquote von 1.846 Dinar an Staatssteuern noch sehr hohe Gemeindeabgaben zu zahlen, die z. B. in Bácsstopolya 1929 nicht weniger als 1.100% betrugen. Es ist daher begreiflich, dass die ungarischen und deutschen Gemeinden unter der Last dieser hohen Abgaben verarmen mussten. Diese hohen Steuern hatten in der Vojvodina nur die Ungarn und die Deutschen zu entrichten, den Serben, insbesondere den Dobrowoljzen und Četnici wurden sie zumeist nachgelassen. Die verschiedenen Steuergattungen wurden nach besonderen Steuerschlüsseln für die Vojvodina und nach ganz anderen für die Einwohner der übrigen Gebiete bemessen. So betrug beispielsweise die auf ein Katastraljoch bemessene Staatssteuer in der Vojvodina 150 Dinar, im Morawabanat 21 und im Zetabanat (Montenegro) 6 Dinar. Die auf einen Einwohner entfallende direkte Staatssteuer betrug in der Vojvodina 164·5 Dinar, im Morawabanat 45·2 und im Wrhasbanat bloß 30·9 Dinar. Die Ungleichheit in der Besteuerung ist besonders auffallend bei der Firmentafelsteuer. In Ujvidék (Neusatz) musste man für nichtslawische Aufschriften einen 10%-igen, in Szabadka sogar einen 50 %-igen Zuschlag entrichten.

Universitätsprofessor und Abgeordneter Dr. Mirko Košić hat in einer Sitzung des Finanzausschusses der Skupština im Juni 1935 den Nachweis erbracht, dass die grössere Hälfte der 650 Millionen Dinar betragenden Grundsteuer zu Lasten der Landwirte der Vojvodina eingehoben wurde, u. zw. 220 Millionen als eigentliche Grundsteuer, 120 Millionen Dinar aber als Steuerzuschlag, obwohl der Ackerboden der Vojvodina bloss ein Zehntel der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes ausmachte. Den weitaus grössten Teil dieser Steuerlast hatten natürlich die der ungarischen und deutschen Minderheit angehörigen Landwirte zu tragen.

Ausser der Bodenenteignung und der höchst ungleichen Besteuerung wurden jedoch auch noch andere Mittel zur wirtschaftlichen Ruinierung des Ungartums ange-

wandt. Gleich nach dem Imperiumwechsel wurden die minderheitszugehörigen Geldinstitute und Unternehmungen nationalisiert. In ihre Verwaltungs- und Aufsichtsräte musste eine bestimmte Anzahl slawischer, beziehungsweise serbischer Mitglieder, zumeist 50 % und darüber, gewählt, und ein entsprechender Teil der Aktien slawischen Interessenten überlassen werden. Auf dem Gebiete der Vojvodina gab es vor dem Umbruch 168 ungarische Banken und sonstige Geldinstitute, die allmählich entweder ganz eingingen oder mit serbischen Geldinstituten zu fusionieren genötigt waren. Von den einst blühenden 230 ungarischen Genossenschaften sind bloss 17 übriggeblieben.

Die ungarischen Pensionisten, namentlich die Lehrkräfte und Eisenbahner wurden ihres Ruhegehaltes dadurch beraubt, dass sie sogar mehrmals den Nachweis ihrer Staatsbürgerschaft zu erbringen hatten, was in Jugoslawien mit ziemlich grossen Schwierigkeiten verbunden war. Waren sie nicht imstande, die erforderlichen Urkunden vorzulegen, so wurde ihnen das Ruhegehalt entzogen.

Sogar die ungarischen Kriegsinvaliden wurden behelligt und verfolgt. Für die Kriegsinvaliden wurde nämlich zum Zwecke der Neuprüfung des Invaliditätsgrades auf Grund des Gesetzes vom 4. Juni 1929 eine allgemeine Revision angeordnet, in deren Verlauf die Minderheitszugehörigen wie gewöhnlich abermals benachteiligt wurden. Auf dem Gebiete der Vojvodina wurden über 70.000 Gesuche an das mit der Revision betraute Szabadkaer Invalidengericht eingereicht, zumeist von Kombattanten der ehemaligen österreich-ungarischen Armee. Bis zu einem gewissen Zeitpunkt wurden mehr als 15.000 Gesuche erledigt, davon jedoch bloss 700 günstig beschieden. Die Gesuche der ungarischen Bewerber und Bittsteller wurden massenhaft abgewiesen.

Die Führer der in Jugoslawien lebenden ungarischen Minderheit unternahmen unzähligemal vergebliche Schritte bei der Regierung, um die Abstellung dieser Misstände und eine Erleichterung der untragbaren Steuerlasten zu er-

wirken; ihre Bemühungen blieben jedoch stets erfolglos. In wirtschaftlichen Belangen haben die Massnahmen der jugoslawischen Regierungen die Lebensmöglichkeit der Minderheiten immer mehr eingeengt. So hat u. a. Justizminister Milan Simović im Einvernehmen mit dem Ackerbau-, Innen- und Kriegsminister am 24. Februar 1938 eine gesetzkraftige Verordnung über die Einschränkung des Immobilienverkehrs auf dem Gebiet des Ujvidéker und des Zagreber Appellationsgerichtes erlassen, die in der von Ungarn abgetretenen Vojvodina und in der Kroatischen Banschaft, demnach im grössten Siedlungsgebiet der deutschen und ungarischen Volksminderheit durchgeführt wurde. Im Sinne dieser Verordnung durften nämlich Liegenschaften auf Grund von Rechtsgeschäften zwischen lebenden Personen lediglich mit Bewilligung eines eigens dazu eingesetzten Ausschusses vermögensrechtlich übertragen werden, — jedoch nur in dem Falle, wenn der abgeschlossene Kaufvertrag nicht gegen die Interessen der Landesverteidigung, der Staatsverwaltung, der Selbstverwaltungskörper, also der Banschaften und der mehr oder weniger autonomen Gemeinden und Städte, wie auch des öffentlichen Verkehrs verstiess. Diese Verordnung bedeutete eine weitgehende Erweiterung und Verschärfung der auf Grund des Finanzgesetzes für 1927/28 erlassenen gesetzkraftigen Verordnung, durch die in dem von Ungarn abgetrennten südlichen Gebiete innerhalb einer 50 Kilometer breiten Zone *Ausländern* der Erwerb von Liegenschaften nur dann gestattet wurde, wenn dadurch die Interessen der Landesverteidigung nicht gefährdet wurden, und der zuständige Minister dazu die Bewilligung erteilte. Diese Verordnung machte also den Minderheitenangehörigen, namentlich aber den Staatsbürgern ungarischer Nationalität den Verkauf und besonders den Erwerb von Liegenschaften fast unmöglich, da die Bewilligung dazu völlig von der Laune und Willkür der Behörden abhing. Gegen diese Verordnung haben die Führer der ungarischen und wohl auch der deutschen Minderheit zu wiederholten Malen Verwahrung eingelegt, ohne jedoch Abhilfe zu finden.

Die gross-serbischen Bestrebungen wurden also in vollem Umfang durchgeführt; die zweiundzwanzigjährige serbische Herrschaft hat das Wirtschaftsleben der ungarischen Volksgruppe gedrosselt und die Ungarn an den Bettelstab gebracht.

SCHLUSSWORT

Der unerwartet rasche Zusammenbruch Jugoslawiens hat die ganze Welt überrascht. Die Serben haben sich im Weltkrieg 1914—1918 tapfer geschlagen, sie haben den Armeen der Monarchie lange Zeit Widerstand geleistet, und auch nach ihrer Niederlage mit grosser Seelenstärke ihr Los ertragen und mit ihrem heldenhaften Opfermut dem serbischen Heer Achtung und dem serbischen Volk Anerkennung verschafft. Die dem jugoslawischen Staat eingegliederten Kroaten, Bosniaken und Montenegriener stammen jedoch aus noch tüchtigeren Soldatennationen und haben im Laufe der Jahrhunderte noch mehr soldatische Tugenden bekundet. Eben deshalb hielt die europäische öffentliche Meinung Jugoslawien für einen starken Militärstaat und war davon überzeugt, dass seine Wehrmacht imstande sein würde, den Staat zusammenzuhalten und gegen einen feindlichen Angriff zu verteidigen. Die Serben haben mit ständigem Säbelgerassel und geschickter Propaganda alles unternommen, um diesen Glauben sowohl bei sich zuhause, als auch im Ausland immer mehr zu festigen.

Wer aber die inneren Verhältnisse und die aussenpolitische Lage Jugoslawiens besser kannte, war sich darüber klar, dass dieser Mosaikstaat noch schwächer war als Grossrumänien und die Tschecho-Slowakei, dass er infolge seiner inneren Schwäche bei der ersten ernstlichen Lastprobe zusammenbrechen würde. Jugoslawien befand sich zweiundzwanzig Jahre hindurch in revolutionärem Zustande, führte gegen sämtliche unter seine Herrschaft

geratenen Nationen und Volksstämme einen rücksichtslosen Krieg und richtete sie allmählich zugrunde. Es ist daher nicht zu verwundern, dass diese Völker ständig der Befreiung harreten und die serbische Herrschaft so bald wie möglich loswerden wollten.

Die Serben haben zweiundzwanzig Jahre hindurch den Beweis erbracht, dass sie nicht imstande waren, Völker zu führen und zusammenzuhalten. Sie waren lediglich in der Zerstörung, in der Verheerung gross, um so kleiner aber in der Aufbauarbeit und im Dienste an grossen menschlichen Aufgaben. Die Serben sind kein staatenbildendes Volk und insbesondere nicht geeignet, im Donaubecken eine höhere historische Sendung zu erfüllen, um so weniger, als sie auch innerhalb ihrer eigenen Stammesorganisation immerwährende Streitigkeiten zu bestehen haben. Die Sieger des Weltkrieges von 1914—1918 haben daher ein verhängnisvolles Verbrechen an Europa und auch an Serbien selbst begangen, indem sie dieses kleine Land vor eine seine Kräfte weit übersteigende Aufgabe stellten. Die ihm als Belohnung zugedachte grosse Aufgabe wurde zur schwersten Strafe und stürzte das unglückliche Land ins grösste Elend und Verderben.

Die gewaltsame Schaffung und der überraschend schnelle Verfall Jugoslawiens beweist ausserdem, dass man der natürlichen Ordnung, der geschichtlichen Entwicklung und den geographischen Gegebenheiten keinesfalls Gewalt antun darf. Die Ordnung des Donaubeckens wurde ein Jahrtausend hindurch durch die unumstösslichen Gesetze der Geopolitik bestimmt und den Mittelpunkt, die feste Grundlage dieser Ordnung bildet *Ungarn*. Dieser Staat ist ein unentbehrlicher Grundpfeiler des europäischen Gleichgewichtes, die stärkste Stütze der Ordnung und des Friedens. Nur ein starkes und unabhängiges Ungarn ist in der Lage, dem südosteuropäischen Chaos zu wehren und in diesem Teile Europas die Ruhe und den Frieden wiederherzustellen.

LITERATUR

1. Bajza József: Jugoszlávia. Budapest, 1929. Magyar Szemle Társaság.
2. Balla Antal: A legújabb kor világtörténete. Budapest, 1937. Királyi Magyar Egyetemi Nyomda.
3. Luciano Berra: Vinti e vincitori nell'Europa Danubiana. Milano, 1937. L'eroica.
4. A. Besozzi—V. A. Martini: La Jugoslavia e la Pace Europea. Milano, 1930. Unitas.
5. Bethlen István gróf angliai előadásai. Budapest, Génius.
6. Buday László: A megcsontított Magyarország. Budapest, 1921. Pantheon.
7. Sergio de Cesare: Revisione. Responsabilità di guerra. Parità giuridica—Disarmo. Napoli 1931. Anacreonte Chiurazzi e Figlio.
8. Sergio de Cesare: La Guardia al Trianon. (Il problema Magiario.) Napoli 1931. Anacreonte Chiurazzi e Figlio.
9. Sergio de Cesare: Il problema Magiario. Napoli 1933. Anacreonte Chiurazzi e Figlio.
10. Gino Cucchetti: Ungheria „La grande Mutilata“. Palermo, 1937. Trimarchi.
11. Aldo Dami: La Hongrie de Demain. Paris, 1929. André Delpeuch.
12. Aldo Dami: Les nouveaux martyrs. Destin des minorités. Paris. Fernand Sorlot.
13. Danibuan Review. Magyar Reviziós Liga kiadása, 1933—1941. évfolyamok.
14. Definitivni rezultati popisa stanovništva od 31 januara 1921. god. Državna Stamparija. Sarajevo 1932.
15. Pierre Delattre: Les luttes présentes du catholicisme en Europe Centrale. Paris, 1930. Editions Spes.
16. Georges Desbons: La Hongrie après le Traité de Trianon. Paris, 1933. Marcel Rivière.
17. Jean Desthieux: Refaire La Paix. Paris, 1933. Heures perdues.
18. Sir Robert Donald: The Tragedy of Trianon. London, 1928. Thornton Butterworth Limited.

19. Edvi Illés A.—Halász A.: Ungarn vor und nach dem Krieg, in wirtschaftlichen Karten. Budapest, 1926. Allamtudományi Intézet.
20. Dr. Fall Endre: Mit tett a fasiszta Olaszország Magyarorszáért. Budapest, 1940.
21. vitéz Feketekuty Béla dr.: Jugoszlávia magyar szemmel. Budapest, 1940. Cserépfalvy.
22. Gen. C. A. Ferrario: Italia ed Ungheria. Napoli 1933. Alfredo Guida.
23. Frank Ivo dr.: A revízió és Horvátország. Budapest, 1933. Erdélyi Férflak Egyesülete.
24. Virginio Gayda: La Jugoslavia contro l'Italia (Documenti e Rivelazioni) Roma, 1933.
25. Sir Robert Gower: Treaty Revision and the Hungarian Frontiers. London, 1936. Grayson—Grayson.
26. Sir Robert Gower: The Hungarian Minorities in the Succession States. London, 1937. Grant Richard.
27. Halász Albert: Das neue Mitteleuropa. Budapest, 1928.
28. Halász Albert: Die mitteleuropäischen Staaten: I. Europa, Budapest, 1936. II. Die Aufteilung der österreichisch-ungarischen Monarchie. Budapest, 1937.
29. Hóman Bálint—Szekfü Gyula: Magyar történet. Budapest. Királyi Magyar Egyetemi Nyomda.
30. François Honti: Que demande la Hongrie? Budapest, 1933.
31. Horváth Jenő: The Banat. Budapest, 1930.
32. Horváth Jenő: Die Geschichte Ungarns. Budapest, 1938.
33. Horváth Jenő: A magyar kérdés a XX. században. A trianoni békeszerződés megalkotása és a revízió útja. Budapest, 1939. Magyar Tudományos Akadémia.
34. Hungaricus Viator: The Treaty of Trianon, and its consequences. Budapest, 1929. Athenaeum.
35. Izveštaj Udruženja Vojvodjanskih Banaka za Godinu 1929.
36. Jancsó Benedek: DEFENSIO NATIONIS HUNGARICAE. Budapest, 1920.
37. Kállay Béni: A szerbek története. 1780—1815. I—II. kötet. Budapest. Magyar Tudományos Akadémia.
38. Kállay Béni: A szerb felkelés története. I—II. kötet. Budapest, 1909. Magyar Tudományos Akadémia.
39. Dr. Krisztics Sándor: A békeszerződések revíziója. Budapest, 1927. Grill-féle R. T.
40. Kuster Franja: Glavni demografski podatci Kraljevini Srbiji Drž. Stamp. Beograd, 1928.
41. Latinus: L'Italia e i problemi internazionali. Milano, 1935. ISPI.
42. Magyar Kisebbség: Die Lage der Minderheiten in den Nachfolgestaaten. Lugos, 1930. (Különlenyomat.)

43. Magyar Reviziós Liga: The Hungarian Minorities in the Succession States. Budapest, 1927.
44. Magyar Reviziós Liga: Statistical Data of the Homogenous Hungarian and German Enclaves in the Succession States. Budapest, 1927.
45. Magyar Reviziós Liga: Responsibility for the War and for the Treaty of Trianon. Budapest, 1928.
46. Magyar Reviziós Liga: Das ungarische Problem. Budapest, 1929.
47. Magyar Reviziós Liga: Tatsachen. Budapest, 1929.
48. Magyar Reviziós Liga: Ungarn vor und nach Trianon. Budapest, 1934.
49. V. A. Martini: Pace coatta e disarmo armato. Milano, 1930. La Lanterna.
50. V. A. Martini: Il Mondo Inquieto. (Panorami e problemi di politica internazionale.) Milano, 1934. Mundus.
51. Dr. Márki Sándor: Egyetemes és hazai történelem. 4. kötet. Budapest, 1910. Athenaeum.
52. Mikola Sándor: A vendség multja és jelene. Budapest. Szerző kiadása.
53. Alexius Mirowsky: Ein Volk klagt an. 1930. Frankfurt.
54. A. A. Monti: Rossobiancoverde e Azzurrobiancorosso (Ungheria e Jugoslavia). Roma, 1931. P. Maglione.
55. Rodolfo Mosca: Problemi politica: l'Ungheria contemporanea, Bologna, 1928. Nicola Zanichelli.
56. Muravölgyi J.: Muraköz és a horvátok. Budapest, 1929. Muraközi Szövetség.
57. Emile de Nagy et M. Fenyő: Le Traité de Trianon et ses conséquences. Budapest, 1927.
58. Wolfgang Peters: Ein Volk hasst. Ungarns Kampf um sein Recht. Berlin, 1938. Brunnen Verlag.
59. Alexander Powel: Embattled Borders (Eastern Europe from the Balkans to the Baltic). London, 1928. John Long Limited.
60. Alexander Powell: The Danger on the Danube. London, 1929. Century Co.
61. Henri Pozzi: La Guerre revient. Paris, 1933. Paul Berger.
62. Henri Pozzi: La Bataille contre la Paix. Paris, 1939. Victor Attinger.
63. Prokopy Imre: A jugoszláv agrárreform. Lugos, 1933. Különlenyomat a „Magyar Kisebbség“ évfolyamából.
64. Prokopy Imre: A revizió és Dél-Magyarország. Budapest, 1933. Erdélyi Férfiak Egyesülete.
65. Prokopy Imre: La situazione degli ungheresi nella Jugoslavia. Budapest, 1939.

66. Radnička Komora za Vojvodinu u Novom Sadu. Privredni i socijalni odnosi u Vojvodini 1928. Urania štamparski zavod izdavačke poduzeće. (Martin Komlos) Novisad.
67. J. Rhys Davies and Ben Riley: Modern Hungary and the Peace Treaties. London, 1933. Kézirat.
68. J. Rhys Davies and Ben Riley: The Croats under Jugoslavian Rule. (Kézirat.)
69. Georges Roux: Réviser les Traités. Paris, 1931. Revue Plans.
70. Georges Roux: Révolution. Paris, 1934. Nouvelles Éditions Latines.
71. Antonio Scrimali: La revisione del trattato del Trianon. Palermo, 1938. La Luce.
72. Simeoni e Bucchi: Trianon. Calvario d'Ungheria. Roma, 1931. Sapiéntiá Editrice.
73. Iovan Skerlić: Istorija Nove Srpske Knjževnosti. Belgrád, 1911.
74. Stjepan Srkulj: Hrvatska povijest u devetnaest karata. Tipografija. D. D. Zagreb, 1937. p. 86.
75. Milan Sufflay: Hrvatska u svijetlu svjetske historije i politike. Zagreb, 1928.
76. Szent Gellért Társaság Irodalmi Egyesület: A Jugoszláviai Magyar Párt memoranduma Pasicshoz. Budapest, 1922.
77. Szent Gellért Társaság Irodalmi Egyesület: Az új szerb alkotmány. Budapest, 1922.
78. Gróf Teleki Pál: Frontières politiques et frontières nationales en Europa centrale. Budapest, 1937. (Különlenyomat.)
79. Vaska Géza: Jugoszlávia története. Budapest, 1932.
80. Italo Zingarelli: La grande Belcanica. Milano, 1927. Fratelli Treves.
81. Italo Zingarelli: Das Erbe von Versailles. Wien, 1930. Amalthea.

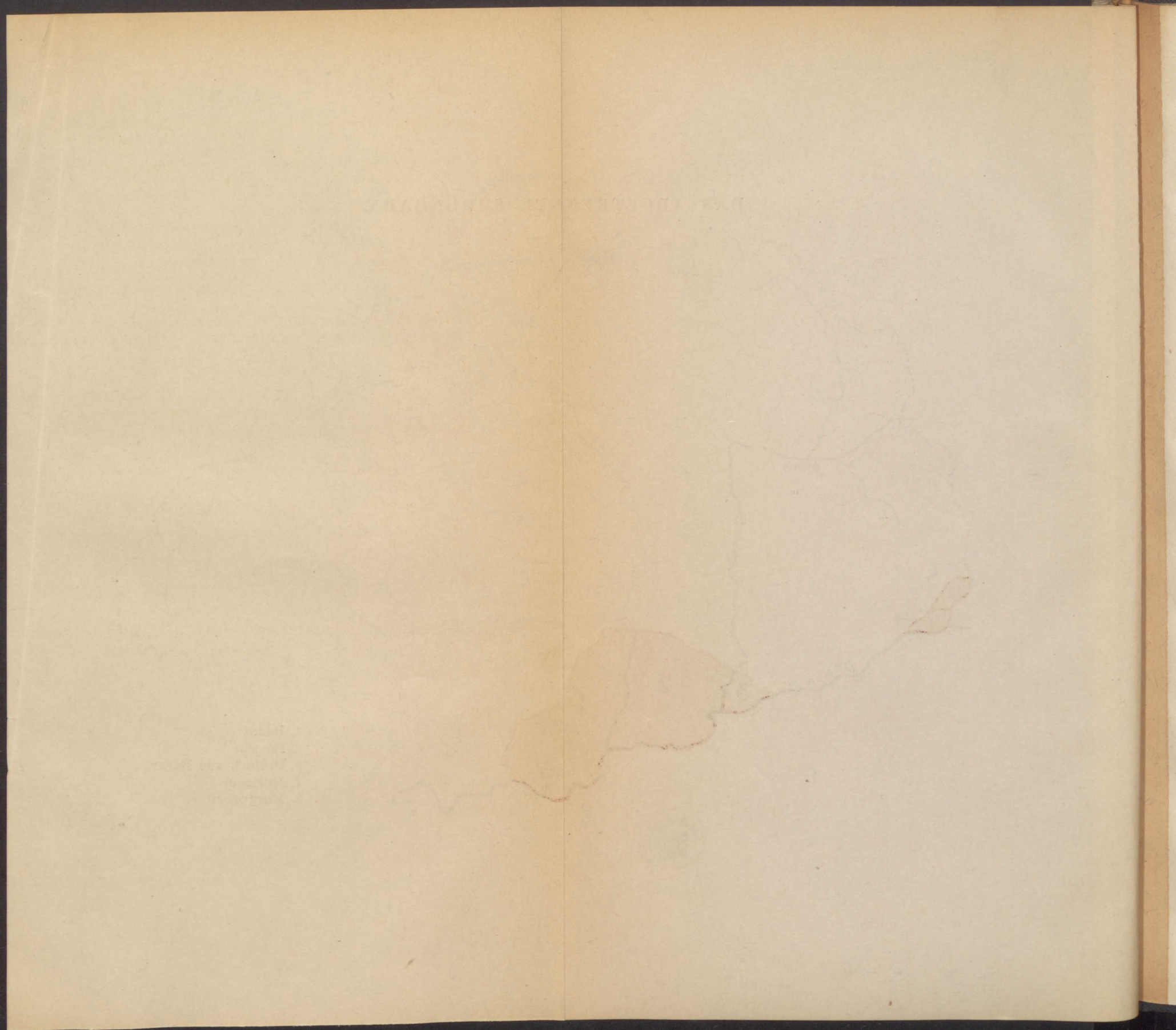


DAS ABGETRENNTTE SÜDUNGARN.



1. Banat
2. Bácska
3. Dreieck von Baranya
4. Murinsel
5. Murgegend





SERBIEN VOR DEM BALKANKRIEG.



Fläche: 48.302 qkm
Bevölkerung: 2.911.701

SERBIEN NACH DEM BALKANKRIEG.



Fläche: 88.605 qkm
Bevölkerung: 4.403.115

JUGOSLAWIEN.

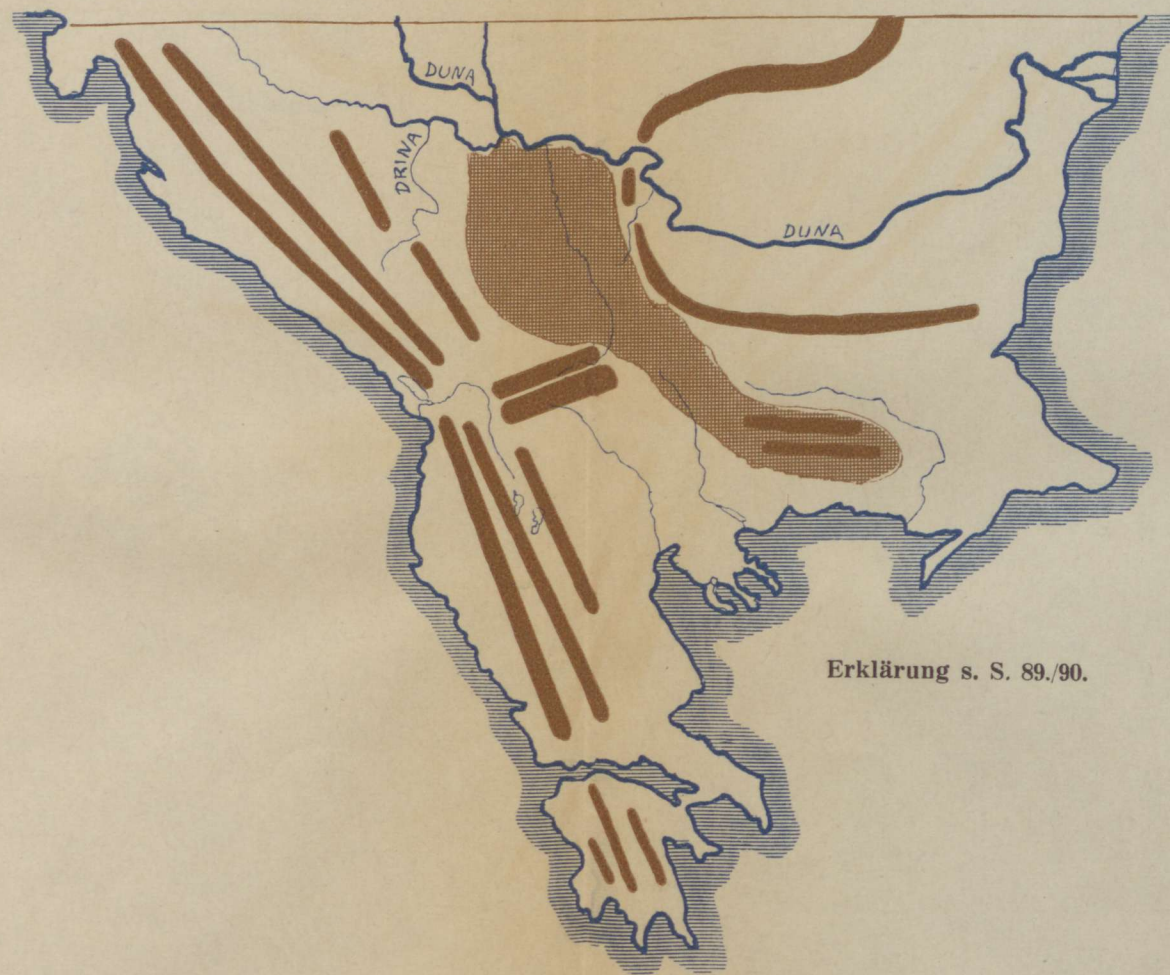


Fläche: 248.987 qkm
Bevölkerung: 11.984.911

1. Serbien vor dem Balkankrieg
(schwarz kariert)
2. Im Balkankrieg erworbene Gebiete
(braun schraffiert)
3. Kroatien-Slawonien
(rot schraffiert)
4. Bosnien-Herzegowina
(gelb schraffiert)
5. Dalmatien
(schwarz punktiert)
6. Montenegro
(grün)
7. Slowenien
(grün schraffiert)
8. Ungarn abgetrennte Gebiete
(rot)
9. Bulgarien abgetrennte kleinere Gebietsteile
(gelb)

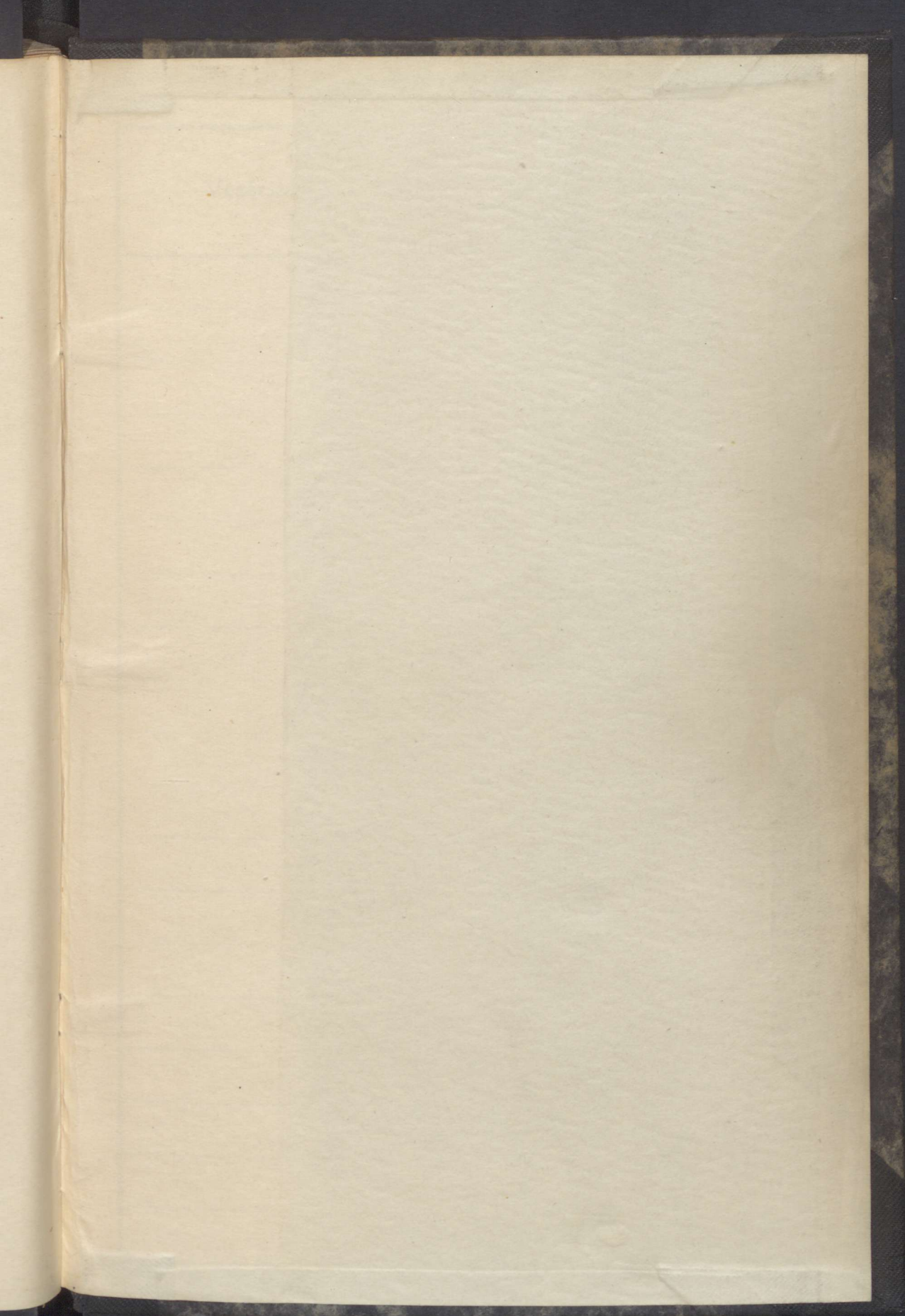


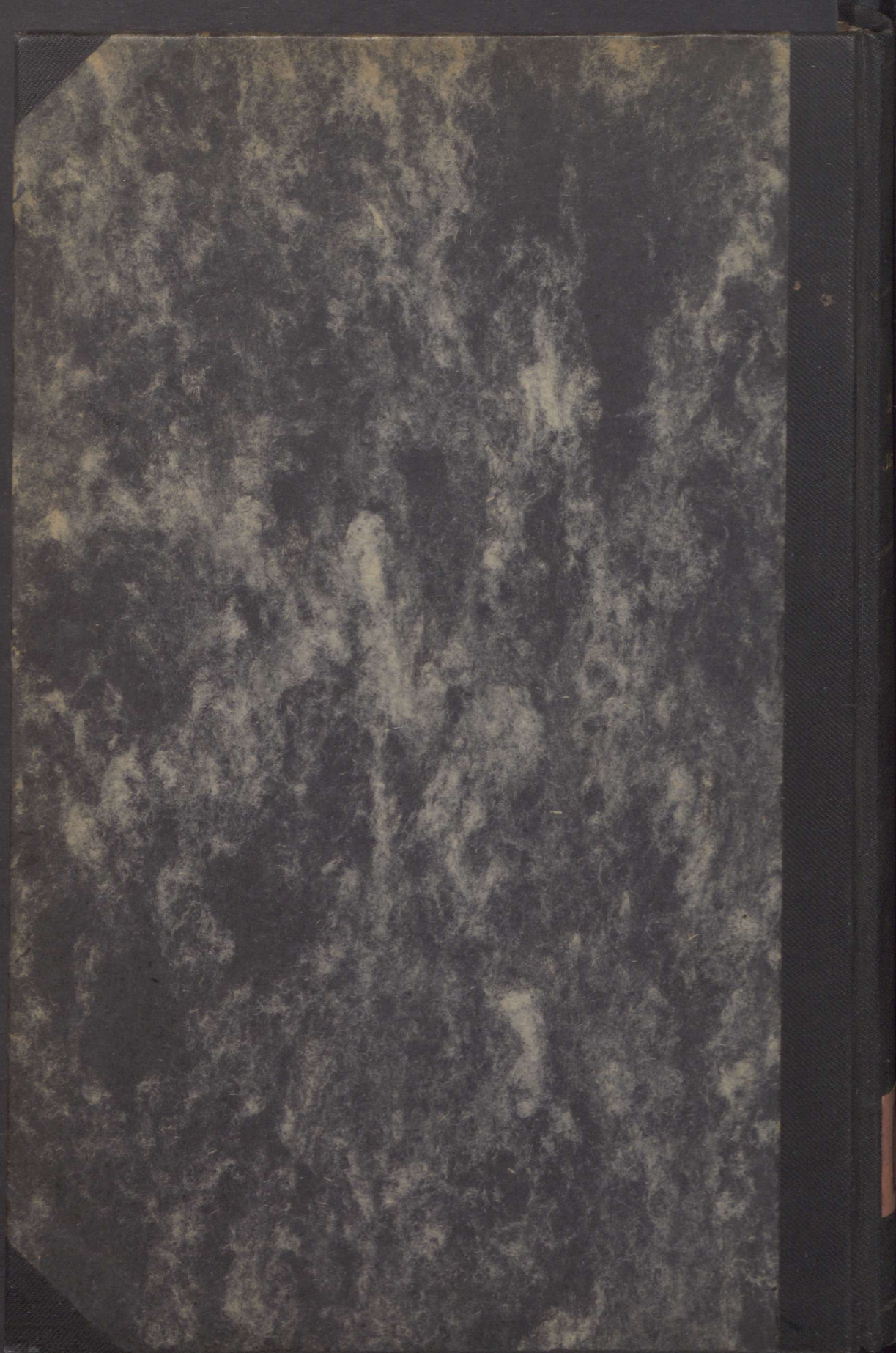
OROGRAPHISCHE SKIZZE DER BALKAN-HALBINSEL.



Erklärung s. S. 89./90.







FALL
—
Der
Zusammen-
bruch
Jugoslawiens

553

N. M.